Elke Schnitger

Frauen und Parlamente

Verhältnisse und Verhinderungen

Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
1990

Verlag/Druck Vertrieb: Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) - Verlag -
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg,
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: sip@bis1.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0218-X

Vorwort

Seit etwa 150 Jahren wird - anfangs noch von Minderheiten, inzwischen längst als allgemeiner Konsens im Grundsätzlichen - die politische Gleichberechtigung der Frauen gefordert.
Schon in der ersten deutschen Republik von Weimar war sie formell den Frauen ohne Einschränkung zugestanden, aber über das Wahlrecht und die vereinzelte Vertretung in den Parlamenten hinaus wurde sie weder in der ersten noch in den drei Jahrzehnten der zweiten Republik wirklich. Dabei waren es nicht, wie einst von den Müttern und Vätern der Arbeiterbewegung angenommen, soziale Klassenschranken, die die Frauen von politischen Mandaten und Ämtern fernhielten; dies belegt ihre Unterrepräsentanz auch in den traditionellen Arbeiterorganisationen nur allzu deutlich.
Vielmehr ist die primäre Ursache in der jahrtausendealten und schon in der Sozialisation tief verankerten Aufteilung zwischen der den Männern vorbehaltenen öffentlichen und der den Frauen zugewiesenen privaten Lebensphäre zu sehen.
Erst in den 80er Jahren wurden, ausgehend von den Frauen in der Partei der GRÜNEN, neue Energien auf die Realisierung des Gleichberechtigungspostulats in den politischen Institutionen aufgebracht. Daß damit zumindest eine neue Qualität von Defizitbewußtsein im öffentlichen Bewußtsein erreicht wurde, erweist sich daran, daß inzwischen selbst in den konservativen Parteien Frauen gelegentlich mit der Forderung nach einer Quotenregelung drohen.

Elke Schnitger stellt in ihrer Studie nicht nur kompetent den Entwicklungsprozeß der Beteiligung von Frauen an parlamentarischen Funktionen dar, sondern sie benennt auch die vielfachen alten und neuen Ursachen des nach wie vor zögerlichen praktischen Fortschritts. Mit ihrer Arbeit informiert sie gründlich über ein Thema, das zwar ständig in aller Munde ist, über das jedoch im Detail erstaunlich wenig gewußt wird.

Gerhard Kraiker

Oldenburg im Juni 1990

1 *Einleitung*

In der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich derzeit ein noch nie dagewesenes Phänomen: die Frauen sind im Kommen. Zunehmend erscheinen sie in männerbeherrschten Bereichen; sie dürfen beispielsweise in die Feuerwehr[1] und an den Schaltknüppel der Lufthansa-Flugzeuge,[2] und ab 1990 zieren sie gar die Hälfte der neu einzuführenden Geldscheine.[3]

Aber Frauen treten auch zunehmend als fordernde Gruppe in Erscheinung, sei es in den berufsständischen Vertretungen, in den Gewerkschaften oder in Parteien.

Die bildungspolitischen Rahmenbedingungen ermöglichen den Frauen verstärkt, die Berufstätigkeit als Lebensperspektive zu begreifen und zu nutzen. Die gleichberechtigten Nutzungsmöglichkeiten des allgemeinbildenden Schulsystems führten zu Bewußtseinswandel und Verhaltensänderung bei beiden Geschlechtern.[4]

Diesem positiven Bild gesellschaftlicher Realität steht aber auch ein ganz anderes gegenüber: Frauen stellen den größten Anteil unter den Arbeitslosen und sind in besonderem Umfang von Armut[5] und Sucht[6] bedroht.

Diese widersprüchliche Lebenswirklichkeit ist bezeichnend für Frauen, die in einer patriarchal geprägten Welt leben. Sie verdeutlicht das Spannungsfeld zwischen Macht und Ohnmacht, zwischen Gleichberechtigung und Diskriminierung. Das wird besonders deutlich an der Tatsache, daß Frauen seit 70 Jahren das aktive und das passive Wahlrecht haben, aber in der Politik noch immer eine untergeordnete Rolle spielen.

---

1 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20.05.1985: "Frauen dürfen Brände löschen"

2 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 10.12.1985: "Dem Flugzeug ist es egal, wer es steuert"

3 Vgl. Nordwestzeitung vom 19.04.1989: "Neue Serie von Banknoten erstmals mit 200 DM-Schein"

4 Vgl. Fleßner/Knake-Werner (1983), S. 79; Schmidtchen (1984)

5 Vgl. Nordwestzeitung vom 20.10.1987: "Die Armut ist weiblich"

6 Vgl. Nordwestzeitung vom 22.09.1987: "600.000 Frauen sind vom Alkohol abhängig"

Warum verweigert sich die Politik den Frauen? Und warum verweigern sich die Frauen der Politik? Worin liegen die Ursachen für die geringe parlamentarische Repräsentation der Frauen? Wodurch ist das geringe politische Interesse der Frauen begründet? Sind es Parteistrukturen oder Motivationsprobleme, oder liegt der Kern des Übels in den Sozialisationsinstanzen?

Um diesen Fragen nachzuspüren, sollen die historische Entwicklung der Frauenstimmrechtsbewegung, deren Bedingungen, Ausprägungen und Ergebnisse untersucht werden. Auch der Versuch von Frauen, unter anderem durch das Stimmrecht, die gesellschaftlichen Bedingungen für sich selbst zu ändern, ihre Schwierigkeiten, Barrieren und persönlichen Grenzen, aber auch ihre Kraft, werden beleuchtet.

Obwohl sich die Situation der Frauen um 1900, 1920, 1945, 1968 und 1989 sehr verschieden darstellt, sind die Verhältnisse und Verhinderungen von Frauen im politischen Bereich doch sehr ähnlich, zum Teil sogar identisch.

Da die gesellschaftlichen Lebensbedingungen politische Positionen beeinflussen und festigen und Verhinderungen von Frauen im direkten Zusammenhang mit festgefahrenen Gesellschaftsstrukturen stehen, würde eine konsequente Aufgabe der Unterdrückung von Frauen das gesamte kunstvoll stabilisierte Gebäude ins Wanken bringen und hätte somit revolutionären Charakter.

Diese Erkenntnis hat mich von der Notwendigkeit überzeugt, Frauen in ihren Biographien zu begreifen und damit auch ihre politische Motivation, sowohl im historischen Kontext als auch im aktuellen.

Mir schien es im Rahmen dieser Arbeit wichtiger, die 'Beweggründe' der jeweiligen Flügel der Frauenbewegung an den Biographien einzelner Vertreterinnen aufzuzeigen, als viele Fakten und Zahlen aneinanderzureihen.

Ich versuche, die erste Frauenbewegung vor allem in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang zu verstehen und darzustellen, um das Bild anhand der Biographien abzurunden und verständlicher zu machen.

Die Darstellung der Biographien erscheint mir besonders wichtig, da diese in der herrschenden Geschichtsschreibung so sträflich vernachlässigt werden.

> "Die Unterschlagung von Frauenbewegungen in der Geschichte vereinzelt jede Frau, da sie sich geschichtlich an nichts orientieren

> kann, was ihre persönlichen Erfahrungen in eine Kontinuität mit der Vergangenheit bringen würde ... Der dadurch erzielte Effekt ist ein ständiges Defizit weiblicher Vorbilder."[7]

Aber was hat die Frauenbewegung mit ihrem Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht bewirkt?
70 Jahre formale politische Gleichberechtigung schlagen sich in den Statistiken über die Beteiligung der Frauen am politischen Leben kaum nieder.
Die Analyse des Zahlenmaterials erhebt zwar keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ermöglicht aber doch einen Überblick über die Auswirkungen des aktiven bzw. des passiven Wahlrechts auf Frauen und deren politische Partizipation. Die Auswertung des Zahlenmaterials über die Oldenburger Parlamente seit 1918 erhärtet die Aussagen über die Verhinderung von Frauen in der Politik.

Die Frage nach den Gründen der Verhinderung offenbart eine vermeintliche Entpolitisierung des weiblichen Geschlechts durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die geschlechtsspezifische Sozialisation der Frau stellt eine systematische Konditionierung der Frau hin auf das 'typisch Weibliche' dar. Die Festlegung auf Attribute wie nett, zurückhaltend, opferbereit u.ä., die konträr laufen zu den politisch relevanten, nämlich offensiv, aggressiv, raumeinnehmend ..., bewirkt die Herausbildung der 'unpolitischen' Frau ebenso wie die Festlegung des Begriffs des 'Politischen' durch die herrschende Gruppe der Männer.

Zu diesen indirekten Verhinderungsstrategien kommt eine alltägliche Diskriminierung von Frauen, der Politikerinnen in ganz besonderem Umfang ausgesetzt sind. Dazu gehören der Umgang mit Sprache ebenso wie die Ignoranz der Frauen durch die Medien und die sexistische Anmache von Machtmännern.

Da empirische Arbeiten und genaue Untersuchungsergebnisse über die ganz konkrete Diskriminierung von Politikerinnen leider noch ausstehen, werden hier persönliche Beobachtungen, die Wahrnehmungen von betroffenen Frauen, Zitate und die Darstellungen der Medien ausgewertet.

Die Legitimationskrise der politischen Parteien in Sachen Frauenpolitik, die Defensive gegenüber ihren weiblichen Parteimitgliedern und die

---

7 Janssen-Jurreit (1976), S. 64

Machtkämpfe zwischen den Geschlechtern machen deutlich, wie latent die männlichen Verhinderungsstrategien im Alltag der Politik wirken. Selbst scheinbar progressive Parteipositionen entpuppen sich bei genauem Hinsehen oft genug als Versuche der Gefahrenabwehr gegenüber dem Machtstreben der Frauen.

Zu diesen männlichen Verhinderungsstrategien gesellen sich dann in schöner Eintracht weibliche Vermeidungsmechanismen. Die Nichtteilhabe an der Macht wird auch von den Frauen selbst betrieben. Die Frage, ob Macht ein für Frauen attraktives Ziel ist und warum sie für die Durchsetzung weiblicher Interessen von Bedeutung ist, soll neben der Reflexion des Machtbegriffes als solchem die Arbeit abrunden.

Warum partizipieren Frauen in nur geringem Umfang an der politischen Macht? Warum läßt sich die Mehrheit der Bevölkerung (52% sind Frauen) von der Minderheit ihre politischen Rechte vorenthalten? Warum bemühen sich Frauen nicht offensiver um die Teilhabe an der Macht? Dieses sind die zentralen Fragen der vorliegenden Arbeit.

Eine möglichst umfassende, wenngleich nicht allumfassende Analyse der "Verhältnisse und Verhinderungen" der Frauen in der Politik soll Handlungs- und Verhaltensstrategien eröffnen, die eine Veränderung der Realität zugunsten einer verstärkten Partizipation von Frauen in der Politik ermöglichen.

Der Titel der Arbeit wurde angeregt durch das Buch "Verhältnisse und Verhinderungen: Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert" von Ute Gerhard, worin die soziokulturellen Interdependenzen weiblicher Lebensbedingungen aufgezeigt werden.

2 *Frauen kämpfen um politische Gleichberechtigung*

> "Frauen wacht auf! Die Stimme der Vernunft läßt sich auf der ganzen Welt vernehmen. Erkennt Eure Rechte!"
>
> *Olympe de Gouges*[1]

Dieser Aufruf der Olympe de Gouges macht deutlich, daß eine Wurzel der ersten Frauenbewegung und der Diskussion um die Gleichberechtigung der Frau auch in der Idee der Aufklärung zu finden ist.

Das zeigte sich deutlich in Frankreich: Das nach politischer und sozialer Emanzipation strebende Bürgertum begehrte im 18. Jahrhundert gegen feudale Strukturen und Vorrechte auf und forderte die gesellschaftliche und politische Umgestaltung Frankreichs. Die Idee der Französischen Revolution und der Wunsch nach Freiheit und Gleichheit für alle Menschen führte 1789 zur Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte.
Olympe de Gouges kritisierte diese 'Männerrechte' und stellte ihnen 1791 die Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin entgegen, denn: "Die 'Menschen und Bürgerrechte' als politisches Programm waren zugeschnitten auf männliches Geschlecht und Eigentum."[2]
Mit dem Satz: "Sie haben wohl das Recht auf die Tribüne, denn sie haben ja auch ein Recht auf das Schafott"[3] trat Olympe de Gouges vor der Pariser Volksvertretung für die Rechte der Frau ein.
Dieser Satz bezeichnet - ebenso wie die von ihr 1791 deklarierten 17 Artikel der Rechte der Frau und Bürgerin - den Beginn einer Zeit, in der sich die Frau ihrer Stellung innerhalb der gegebenen Gesellschaft bewußt wurde.

Das Alleinwohl der Besitzbürger und der Familienoberhäupter war festgeschrieben worden; eine Interessenidentität zwischen ihnen und den Frauen gab es nicht. Somit ist die Veröffentlichung der Deklaration als unmittelbare Reaktion auf die Herrschaftsansprüche der Männer der Revolution und als Aufruf an die unterdrückten Frauen zu verstehen.

---

1 In: Emma (7/1977), S. 37

2 Schröder/Sauter (1977), S. 48

3 Michelet; zit. nach Wolters/Sutor (1979), S. 23

Die Frauen waren als Kampfgenossinnen der französischen Revolutionäre akzeptiert und sicher auch unentbehrlich, doch an den erkämpften Erfolgen und den Rechten sollten sie nicht partizipieren.

> "Gemessen an dem revolutionären Anspruch der Freiheit und Gleichheit aller Menschen an diesem lautstark verkündeten egalitären Prinzip, ist die zugleich propagierte Unfreiheit und Ungleichheit aller weiblichen Menschen eine bürgerliche Bankrotterklärung ... Das ist - im Vergleich zur feudalen Gesellschaft, die sich offen zur hierarchischen Ordnung bekannte - ein gewaltiger politischer Rückschlag für die Frauen gewesen."[4]

Olympe de Gouges wurde am 03. November 1793 wegen ihres engagierten Einsatzes für die Gleichberechtigung auf dem Schafott hingerichtet. Auch andere Avantgardistinnen, wie zum Beispiel Madame Roland, endeten dort.
Darüber hinaus schloß der Konvent alle politischen Frauenclubs und Frauenvereinigungen, die seit 1770 überall in Frankreich entstanden waren, und verbot den Frauen den Besuch des Konvents und öffentlicher Versammlungen.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die Frauen dieser Zeit einen männlichen deutschen Fürsprecher hatten: Theodor Gottlieb von Hippel, Junggeselle, Bürgermeister, Polizeidirektor und Geheimer Kriegsrat sowie Jacobiner.
Er veröffentlichte 1793 in Königsberg eine Schrift,[5] in der er den Männern der Französischen Revolution vorwarf, mit den Frauen für die eigenen Rechte gekämpft zu haben, diese Rechte aber den Frauen vorzuenthalten.

Frankreich sollte noch mehr als 100 Jahre brauchen, um die Forderungen der Olympe de Gouges nach Gleichberechtigung im Wahlrecht formal zu verwirklichen, denn auch die Anträge des Fourieristen Considerant 1848 und Pierre Leroux' 1851 vor der Verfassungskommission blieben ohne Erfolg. Erst 1944 erhielten die französischen Frauen das volle aktive und passive Wahlrecht.[6]

---

4 Schröder/Sauter (1977), S. 33

5 Hippel, von (1828/1977)

6 Diese wie alle folgenden Jahreszahlen im Hinblick auf die Erlangung des vollen aktiven und passiven Wahlrechtes sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus: Woodtli (1983), S. 248.

In *England* währte der Kampf um das Wahlrecht derweil schon länger als in Frankreich, denn bereits 1649 wurden Anhängerinnen der Leveller-Bewegung aus dem Parlament vertrieben, als sie Oliver Cromwell, dem Vorsitzenden des Staatsrates, nahelegten, Meinungen und Interessen der Frauen genauso ernst zu nehmen wie ihr Seelenheil.[7]
1790 schrieb Mary Wollstonecraft gegen Edmund Burke, Publizist und Politiker sowie Gegner der Französischen Revolution, ein Buch mit der Forderung nach den Menschenrechten, dem sie 1792 auch die Forderungen nach den Menschenrechten für das eigene Geschlecht anschloß. In "Eine Rechtfertigung der Rechte der Frauen" forderte sie die volle Gleichberechtigung der Geschlechter zum Besten des Ganzen.
Nach "schweren seelischen Krämpfen", verkannt und verhöhnt, starb sie 1797.[8]

1831 forderte der radikale englische Abgeordnete Hunt erstmals das aktive Wahlrecht für Frauen, und 1838 trat die demokratische und sozialistisch orientierte Chartistenbewegung, die erste organisierte Arbeiterbewegung Englands, in der ersten Fassung ihrer Volks-Charta für das Frauenstimmrecht ein.

An einem Beispiel aus England läßt sich verdeutlichen, auf welch' subtile Art die wenigen Rechte, die Frauen hatten, noch weiter beschnitten wurden (und bis in die heutige Zeit werden). Im Mittelalter hatten Frauen, die Grundherrinnen waren, das Wahlrecht und übten als solche auch richterliche Gewalt aus.
War noch in der Wahlreformakte von 1832 das Wort 'person' gebraucht worden, was für beide Geschlechter Anwendung findet, so wurde es in der Wahlreformbill von 1867 durch das Wort 'man' ersetzt.

John Stuart Mill beantragte im britischen Unterhaus die Wiedereinsetzung des Wortes 'person' mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Gleichberechtigung der Geschlechter; sein Antrag scheiterte jedoch wiederholt.[9]
Auch die Anträge für das Stimmrecht der Frauen von Lord Salisbury und Alfred Russel Wallace (1888) wurden im britischen Unterhaus nicht angenommen.

---

7 Vgl. Breuer (1975), S. 86

8 Vgl. Bebel (1946), S. 372

9 Vgl. Bebel (1946), S. 383

Um die Jahrhundertwende kämpften die Suffragetten, eine Stimmrechtsbewegung unter Emmeline Punkhurst und deren Töchtern Christabel und Sylvia, erst gewaltlos, später militant für die Durchsetzung des Stimmrechts.[10]
Durchgesetzt wurde es in Großbritannien erst 1918.

Als sich die *Vereinigten Staaten von Amerika* Ende des 18. Jahrhunderts die Unabhängigkeit von England erkämpften und sich eine demokratische Verfassung gaben, waren es Mercy Ottis Warren und Mrs. Adams, die Frau des späteren zweiten Präsidenten von Amerika, die sich für die Gleichberechtigung einsetzten. Aufgrund ihres Einflusses hatte lediglich der Staat New Jersey den Frauen das Stimmrecht erteilt, es ihnen aber bereits 1807 wieder entzogen.

Der Bundesstaat Wyoming darf sich der Pionierleistung rühmen, als erster Staat der Welt das Frauenwahlrecht eingeführt zu haben.
Das Experiment wurde in den eigenen Reihen als geglückt angesehen, wie zwei Dokumente beweisen. Zum einen schrieb 1872 Richter Kingman aus Laramie City an die Frauenzeitung 'Woman's Journal' in Chicago - drei Jahre nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts -, welch' gute erzieherische Wirkung die Mitwirkung der Frauen am öffentlichen Leben habe, so unter anderem in der Verbrechensbekämpfung und -überführung. 1894 schickte die Volksvertretung Wyomings eine Adresse an alle Parlamente der Welt, in der bescheinigt wird:

> "Der Besitz und die Ausübung des Stimmrechts durch Frauen in Wyoming hat keinerlei schlechte, sondern nach vielen Richtungen hin sehr gute Folgen gehabt", und weiter: "Gestützt auf unsere Erfahrungen dringen wir darauf, daß jeder zivilisierte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht gewährt."[11]

Inwieweit diese Adresse Erfolg gehabt hat, läßt sich schwerlich sagen; Tatsache ist jedoch, daß in den nachfolgenden Jahren mehrere Bundesstaaten das allgemeine Wahlrecht für Frauen einführten, so zum Beispiel Colorado (1893), Utah (1895), Idaho (1896), Süd-Dakota (1908) und Washington (1909).

---

10 Vgl. Rowbotham (1980), S. 104 ff.

11 Vgl. Bebel (1946), S. 378

In einer Reihe von Bundesstaaten beschlossen die Parlamente das Wahlrecht für Frauen, Volksabstimmungen annullierten jedoch diese Beschlüsse wieder, so in Kansas, Oregon, Nebraska, Indiana und Oklahoma.[12]
Für die Vereinigten Staaten galt das Frauenwahlrecht ab 1920.

Es ließen sich aus den verschiedenen Ländern noch viele Beispiele aufzählen, die beweisen, daß der Kampf um das Wahlrecht überall notwendig gewesen ist; zwar war die Gleichheit der Menschen in vielen Verfassungen festgeschrieben, jedoch wurde sie oft zuungunsten der Frauen ausgelegt.

Vor dem I. Weltkrieg hatten in *Europa* lediglich die Insel Man (1880) und Finnland (1906) den Frauen das Stimmrecht zugestanden. Nach dem I. Weltkrieg folgten neben Deutschland und Großbritannien die skandinavischen Länder, die Niederlande und Luxemburg, nach dem II. Weltkrieg kamen alle anderen Länder hinzu.

Die Schweiz war 1971 das vorletzte Land, das das Frauenstimmrecht zuließ; auch hier aber erst nach vielen Initiativen von seiten der Frauen. Das Schlußlicht bildet Liechtenstein, wo Frauen erst seit 1984 wählen dürfen.

Bislang wurden nur die Wurzeln der Aufklärung als Antriebsfedern im Kampf um die Gleichberechtigung genannt, jedoch wird vor allem in der Auseinandersetzung mit der deutschen Frauenbewegung, aber auch mit der französischen, englischen und schweizerischen deutlich, daß es noch eine Wurzel gibt, nämlich die fortschreitende Industrialisierung in den europäischen Ländern und damit verbunden die Veränderung der bürgerlichen Familienstrukturen und die zunehmende Verelendung des Proletariats, was auch für die Frauen das Problem der existenziellen Sicherung mit sich brachte.
Das Gewicht dieser Frage zeigte sich in Deutschland sowohl in der bürgerlichen als auch in der proletarischen Frauenbewegung. Der Kampf um das Stimmrecht offenbarte die Hoffnung, durch politisches Gewicht die eigene Situation verbessern zu können.
Neben dem Bedürfnis nach rechtlicher Gleichberechtigung ging es vor allem darum, Einfluß nehmen zu können auf Fragen wie Arbeitsschutz, Militarisierung usw.
Aus diesem Anspruch erklärt sich dann auch die Angst der Stimmrechtsgegner, nämlich die Tragweite der gesellschaftlichen Veränderungen nicht

---

12 Vgl. Bebel (1946), S. 372 ff.

überblicken zu können. Das formulierte der Deutsche Bund gegen die Frauenemanzipation 1915 in seiner 24seitigen Denkschrift, die unter anderem auch dem Oldenburgischen Landtag zugestellt wurde, folgendermaßen:

> "Die Wahlbeteiligung der radikalen, stärker politisierten Frauen der Arbeiter ist, wie das Beispiel der Frauenstimmrechtsländer zeigt, bedeutend größer, als die der gemäßigten Parteien. Ein allgemeines gleiches Gemeindewahlrecht der Frauen müßte darum notwendig zu einer derartigen Verstärkung der sozialdemokratischen Massenheere führen, daß die Verwaltung unserer Städte in Kürze vollständig in sozialdemokratischen Händen sein würde ... so bedeutet das parlamentarische Wahlrecht für die Frau die Eroberung der ganzen Feste, den glücklichen Abschluß des Feldzuges. Dann würden die Frauen die Klinke der Gesetzgebung in die Hand nehmen, den Staat in ihrem Sinne ummodeln und die Frauenherrschaft fest begründen können."[13]

Der Bund hofft:

> "Gebe Gott, daß die Not der Zeit mit dieser gefährlichen Modetorheit völlig aufräumt und beide, die Frauen und die politischen Parteien, zu einer richtigen Auffassung der Frauenpflichten und -Rechte zurückgeführt werden!"[14]

Neben den bürgerlichen Parteien lehnten auch Teile der Frauenbewegung das Stimmrecht für Frauen ab, und selbst die Sozialdemokraten taten sich schwer in der Anerkennung der Gleichberechtigung der Frauen. Bebel stellte fest:

> "Es gibt eine nicht unerhebliche Anzahl Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen wie der Kapitalist dem Sozialismus. Die abhängige Stellung des Arbeiters vom Kapitalisten begreift jeder Sozialist, und er wundert sich oft, daß andere, namentlich die Kapitalisten selbst, sie nicht begreifen wollen; aber die Abhängigkeit der Frau vom Manne begreift er häufig nicht, weil sein eigenes liebes Ich ein wenig dabei in Frage kommt."[15]

Erst nach Jahren konnte Bebel sich durchsetzen und die Forderung für das Frauenwahlrecht im Erfurter Programm verankern (1891).

Aber nicht nur die Genossen taten sich schwer mit der Akzeptanz der gleichberechtigten Frau, die Sozialdemokratinnen selbst waren oft genug zu Kompromissen bereit, indem sie ihre Forderungen relativierten. Ein Beispiel dafür

---

13 Langemann (o.J.), S. 13

14 Langemann (o.J.), S. 7

15 Zit. nach Woodli (1983), S. 15

ist die 1902 in München abgehaltene Frauenkonferenz, die den Beschluß, für das Frauenwahlrecht zu agitieren, mit der Maßgabe einschränkte, daß hierdurch die Erweiterung und Sicherung der politischen Rechte der Arbeiterklasse nicht gefährdet werden dürften.[16]
Zwar hatte die SPD als erste Partei die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Parteiprogramm aufgenommen, aber geschenkt, wie sie heute gern behauptet, hat sie es den Frauen nicht.

Bereits während der 48er Revolution forderten bürgerliche Frauen die politische Gleichberechtigung (z.B. Luise Dittmar, Mathilde Franziska Anneke); enttäuscht über die Tatsache, daß zur Wahl der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche nur Männer zugelassen wurden, verließen viele Vormärzfeministinnen das Land.[17]
Andere relativierten ihre Forderung nach dem Wahlrecht und bekannten, daß die Zeit, dafür zu kämpfen, noch nicht gekommen sei (Louise Otto), oder sie erhofften sich das Wahlrecht als Lohn für Mühe, Arbeit und treue Pflichterfüllung, sozusagen als Krönung (Jenny Hirsch); wieder anderen war die Einsicht gekommen, daß die Frauen erst erzogen und gebildet werden müßten, bevor sie wählen könnten (Helene Lange).[18]
Die einzige, die der Ansicht war, daß nur radikale Forderungen die Sache der Frau wirklich voranbringen würden, war Hedwig Dohm, die bereits 1876 die Bildung eines Stimmrechtsvereins vorschlug, jedoch Einzelkämpferin blieb.[19]

Der 1902 gegründete Deutsche Verband für das Frauenstimmrecht wurde von den Frauen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung getragen, sein Wirken war jedoch begrenzt, unter anderem, weil die Aufhebung der Vereinsgesetze 1908 den Frauen den Zugang zu den politischen Parteien ermöglichte und somit viele versuchten, innerhalb der Parteien Einfluß zu gewinnen. Die dadurch aufbrechenden politischen Haltungen, gerade in bezug auf das Stimmrecht, führten in den folgenden Jahren zur Spaltung des Verbandes und zur Schwächung der gesamten Frauenbewegung, was nicht zuletzt durch die unterschiedlichen Positionen zum Krieg gefördert wurde.

Als die deutschen Frauen 1918 das Wahlrecht zugesprochen bekamen, war das parlamentarisch sicher den Sozialdemokraten zu verdanken, jedoch

---

16 Vgl. Soltau (1988)

17 Vgl. Filter (1988), S. 21

18 Vgl. Soltau; in Die Tageszeitung (TAZ) 05.12.1988

19 Vgl. Filter (1988), S. 21 f.

gesellschaftspolitisch ist das Wirken der Frauenbewegung mit ihren zum Teil radikalen Forderungen von nicht unerheblicher Bedeutung.

Zu allen Zeiten, in allen Ländern, gab es Frauen, die für die Gleichberechtigung des eigenen Geschlechts gekämpft haben, und Kampf ist es gewesen, denn leicht wurde es ihnen nie und nirgendwo gemacht. Wenn auch von den Geschichtsschreibern totgeschwiegen, verursachten das Engagement, die Arbeitskraft, aber auch der Einfluß der Frau in der Männerwelt viel Unruhe, Unruhe, die notwendig war, um das Wahlrecht der Frauen politisch durchzusetzen.

Woher nahmen diese Frauen bei dem oft so aussichtslos scheinenden Kampf die Kraft, gegen die Diskriminierung und Ausbeutung, gegen formale, rechtliche und politische Ungleichheit, aber auch gegen die gesellschaftlichen Bedingungen zu kämpfen?
Und welche Wege schlugen sie ein?
Um dem auf die Spur zu kommen, will ich im folgenden auf die deutsche Frauenbewegung, ihre Strömungen und einige der Führerinnen näher eingehen.

2.1 Die erste deutsche Frauenbewegung

Verglichen mit der Französischen Revolution nimmt sich die bürgerliche Revolution von 1848 in Deutschland bescheiden aus. Ihre Ziele - die Einigung Deutschlands und die Befreiung von der alten staatlichen Vormundschaft - waren die des erstarkenden Bürgertums, denn im Agrarland Deutschland fehlte es noch an der breiten Front des Industrieproletariats.
Die Durchsetzung dieser Ziele war die Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitalismus, und erst diese Entwicklung führte zu der aktiven Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, denn durch die veränderten ökonomischen Bedingungen kam es zu sozialen Veränderungen und somit zu Konflikten.
Soziale Veränderungen waren unter anderem die Proletarisierung der Bauern und Handwerker, die Verschlechterung der Einkommenssituation und die miserablen Bedingungen der Industriearbeit, auch für Kinder und Frauen. Als Folge kam es zur sozialdemokratischen Bewegung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Soll die bürgerliche Revolution in Deutschland beurteilt werden, ist sie als eine 'Revolution von oben' zu erklären, denn unter dem Druck der französi-

schen Aufstände und der Stärkung der antifeudalen bürgerlichen Opposition wollten bestimmte feudale Kreise mit den Landesfürsten an der Spitze einer Revolution von unten durch Reformen zuvorkommen (Agrarreform, Gewerbepolitik, Abgeordnetenhaus in Preußen usw.).[20]
Zu einem Aufstand des Vierten Standes, wie in Frankreich, kam es nicht.

Ähnlich stellt sich der Kampf der Frauen in Deutschland dar.
Waren ihre Schwestern während der Französischen Revolution 1789 aktiv an den Kämpfen beteiligt und zogen die Frauen des Vierten Standes am 05. Oktober 1789 - nachdem sie aus Angst vor einer Hungersnot die Bäckerläden geplündert hatten - mit dem Ruf: "Versailles schlemmt, Paris hungert!" nach Versailles, um die Nationalversammlung zu stürmen, blieb es in Deutschland vergleichsweise ruhig. Fordernde oder handelnde Frauenmassen traten überhaupt nicht auf.

> "Es versteht sich, daß in der Atmosphäre der deutschen Revolution freiheitlich gerichtete Frauenvereine aufkamen, jedoch ohne sozial klar fundierte politische Ziele, ohne grundsätzliche Frauenrechtsforderungen. Ihnen eignete überwiegend der Charakter von Hilfsorganisationen demokratischer Vereine der Männer, von Samariterorganisationen."[21]

Der Beginn der Frauenbewegung in Deutschland war zeitgleich mit dem Beginn der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, und die großen sozialen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts waren entscheidende Faktoren für die Entwicklung ihrer Ziele.
So stellte Louise Otto-Peters 1847 fest: "Wenn die Zeiten gewaltsam laut werden, ... so kann es niemals fehlen, daß auch die Frauen ihre Stimme vernehmen und gehorchen ... Es ist ein Leben und Streben in unserer Zeit, wie es nie vorher gewesen ... Dies Leben hat auch die Frauen mit in seine bewegten Kreise gezogen."[22]

Zu dem Zeitpunkt, als Louise Otto-Peters dies feststellte, war die deutsche Frauenbewegung eine bürgerliche Bewegung. Erst das politische Aufbegehren der Arbeiter in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte die proletarische Frauenbewegung hervor, doch die jeweils unterschiedlichen Lebensbedingungen der Bürgerinnen und der Arbeiterinnen, die sich nicht

---

20 Vgl. Baar/Wilberg (1977), S. 1515

21 Zetkin (1979), S. 15

22 Otto-Peters; zit. nach Hervé (1982), S. 17

zuletzt infolge der ökonomischen Umwälzung durch die Großindustrie ergaben, führten zu unterschiedlichen emanzipatorischen Forderungen.
Darum erscheint es mir notwendig, im folgenden die beiden Bewegungen getrennt zu verfolgen und dabei zu berücksichtigen, daß sich in der bürgerlichen Frauenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts ein radikaler Flügel bildete, der in vielen seiner Forderungen den proletarischen Frauen näher stand als den Bürgerinnen.

Bei allen Unterschieden, auf die ich noch näher eingehe, scheint es sinnvoll, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben, nämlich die Forderung der politischen Gleichberechtigung und das Recht auf Arbeit. Die Ziele waren die gleichen, wenn auch die Wege und Mittel sehr unterschiedlich waren, ebenso wie die Beweggründe. So formulierte August Bebel:

> "Immerhin haben die feindlichen Schwestern weit mehr als die im Klassenkampf gespaltene Männerwelt eine Reihe Berührungspunkte, in der sie, getrennt marschierend, aber vereint schlagend, die Kampf führen können."[23]

Berührungspunkte gab es darüber hinaus noch während des I. Weltkrieges, sowohl in der euphorisch-patriotischen Haltung vieler Frauen als auch in der pazifistischen Haltung einiger weniger.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Frauenfrage durch die veränderte gesellschaftliche Situation - entstanden aufgrund der industriellen Revolution, deren Voraussetzung die bürgerliche Revolution war - an gesellschaftlicher Brisanz gewann. Veränderte Produktionsweisen, in deren Folge veränderte Lebenszusammenhänge entstanden, schufen neue Abhängigkeiten, besonders für Frauen.
Der Widerspruch zwischen den gewonnenen bürgerlichen Freiheiten und der verhinderten Gleichberechtigung der Frau gab die Impulse für den Kampf zur Befreiung des eigenen Geschlechts, in der bürgerlichen Frauenbewegung ebenso wie in der proletarischen.

---

23 Bebel (1946), S. 46

2.1.1 Die bürgerliche Frauenbewegung

> "Die maschinelle Produktion, die alle Konsumgüter besser, billiger, schneller und massenhaft herstellte, löste die alten familienmäßigen Produktionsformen auf und verwandelte die Familie von einer Produktions- in eine Konsumtionsgemeinschaft."[24]

Anders als bei den Arbeiterfrauen, denen sogleich die außerhäusliche Fabrikarbeit aufgezwungen wurde, sollte sich die bürgerliche Frau auf Haushalt und Familie begrenzen. Die einzig akzeptierte Form der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern war für die bürgerliche Gesellschaft, die Berufsarbeit dem Mann und die Familienarbeit der Frau vorzubehalten, obwohl der Verdienst des Mannes oft nicht ausreichte, um die Familie zu ernähren und die Töchter bis zu deren Heirat zu unterhalten.
Somit wurde die berufliche Bildung der Frau der bürgerlichen Schicht zur existenziellen Notwendigkeit, zumal die Heiratschancen gering waren.[25]

Um das Familieneinkommen aufzubessern, versuchten die Frauen und Mädchen, im geheimen Näh-, Stick- und Häkelarbeiten anzufertigen und zu verkaufen, denn es war für sie unschicklich dazuzuverdienen (ihre Arbeit durfte also nicht öffentlich bekannt werden). Auf diese Weise vermehrte sich die Arbeit der bürgerlichen Frau, fand aber unter strenger häuslicher Zurückgezogenheit statt.

Die wirtschaftliche Situation der bürgerlichen Frauen hatte zur Folge, daß die ersten Vereine der Frauenbewegung die Frage der Erwerbstätigkeit als vorrangiges Problem betrachteten. So lautete der § 1 des Vereinsprogramms des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (Leipzig, 1865):

> "Die erste deutsche Frauenkonferenz erklärt die Arbeit, welche die Grundlage der ganzen neuen Gesellschaft sein soll, für eine Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechtes, sie nimmt dagegen das Recht der Arbeit in Anspruch und hält es für notwendig, daß alle der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse entfernt werden."[26]

Die Forderungen des Lette-Vereins Zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts und des Vaterländischen Frauenvereins (Berlin 1865/66) gingen in die gleiche Richtung. Grundsätzlich jedoch kämpfte die

---

24 Menschik (1979), S. 49 f.

25 In der Mitte des vorigen Jahrhunderts war in Deutschland von den 15- bis 50jährigen Frauen nicht einmal die Hälfte verheiratet (vgl. Menschik (1979), S. 53

26 Zit. nach Menschik (1979), S. 53

bürgerliche Frauenbewegung auch um die Forderungen der 48er Revolution nach politischer Freiheit.

Somit war neben der Berufsfreiheit das Wahlrecht ein zentrales Ziel. Jedoch gerade am Wahlrecht zeigten sich dann in den folgenden Jahren die unterschiedlichen Entwicklungen in der Bewegung. Bereits 1865 formulierte der Lette-Verein: "Was wir nicht wollen, und niemals, auch nicht in noch so fernen Jahrhunderten wünschen und bezwecken, ist die politische Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen."[27] Damit gab der Verein eine wichtige Forderung für die Gleichberechtigung der Frauen auf.

1911 unterzeichnete der Vaterländische Frauenverein Oldenburg durch Willa Thorade eine Petition von acht Oldenburger Frauenvereinen an den Landtag des Großherzogtums, in der um die Änderung der Gemeindeordnung bezüglich des Wahlrechtes für Frauen gebeten wurde. Das führte zu einer scharfen Rüge des Berliner Hauptvereins, der jede politische Betätigung der regionalen Vereine ausschloß. Daraufhin zog der Oldenburger Zweigverein seine Unterschrift zurück.[28]

Es ließen sich noch viele Beispiele dafür anführen, daß die Frauen oft selber zu den schärfsten Gegnern des Wahlrechtes für Frauen gehörten.

Bis zur Jahrhundertwende bildeten sich innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung drei Richtungen heraus:

- Der *rechte Flügel:* Er wird bei Betrachtungen meistens mit der Begründung ausgeklammert, er habe keine emanzipatorischen Bestrebungen verfolgt. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß es neben einigen 'unpolitischen' Organisationen auch solche gab, die im Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) mit ihren konservativen bis deutschnationalen Bestrebungen einen erheblichen Einfluß hatten. Einer dieser meist konfessionell gebundenen Frauenvereine war der Deutsch-evangelische Frauenbund, der das Stimmrecht für Frauen ablehnte. Er war einer der mitgliederstärksten Vereine des BDF; andere waren die Landfrauen- und Hausfrauenvereine.

---

27 Zit. nach Hervé (1979), S. 19

28 Vgl. Oldenburgisches Staatsarchiv, Bestandszuordnung 136, Nr. 1397 (im folgenden für "Oldenburgisches Staatsarchiv 'STA Oldenburg'; für "Bestandszuordnung" Best)

Die Ziele des rechten Flügels waren die Lösung der Lohn- und Brotfrage, die Verbesserung der Wohlfahrtsarbeit und die ideologische Abwehr von 'radikalen Elementen'.
Da dieser rechte Flügel für die Wahlrechtsbewegung nicht von Bedeutung ist, gehe ich in meinen Ausführungen nicht mehr näher auf ihn ein.

- Der *mittlere Flügel*, die Gemäßigten, wollte mit Reformen der Revolution zuvorkommen. "Entweder wolle man das soziale System durch Reformen verbessern oder man habe die Absicht, es durch die Revolution zugrunde zu richten."[29]

  Die Ziele dieses Flügels waren Bildung und Berufsfreiheit für Frauen, der Zugang zu Hochschulen, Reformen anstelle von Mildtätigkeit und Gerechtigkeit statt Barmherzigkeit.

  Als vorrangig erkannten die Gemäßigten jedoch bei allen emanzipatorischen Forderungen die Mutterschaftsbestimmung der Frau an, und damit sind auch gleich die Grenzen des Flügels benannt.
  Politisch war er dem liberalen oder nationalliberalen Denken verpflichtet, für das Wahlrecht engagierte er sich erst spät.

- Der *linke Flügel*, die Radikalen, forderte die Menschenrechte auch für ihr eigenes Geschlecht und setzte sich darum für das demokratische Frauenwahlrecht ein.[30]
  Dieser Flügel stellte die engagiertesten Kämpferinnen in der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts.
  Die Radikalen wollten die Ausbildung und Entwicklung der Persönlichkeit der Frau, unabhängig von der Funktion als Mutter und Ehefrau. Sie engagierten sich für ein verbessertes Ehe- und Familienrecht und erstellten Untersuchungen zur Lage der Arbeiterinnen. Politisch sind sie vor allem liberalen, demokratischen oder sozialistischen Parteien zuzuordnen.
  Viele Forderungen der radikalen Frauenbewegung sind auch heute noch aktuell und werden in ähnlicher Form von Feministinnen vertreten.

Aus der Erkenntnis, daß die Durchsetzung der eigenen Interessen nur durch eine wirksame Vertretung möglich ist, kam es 1894 zum Zusammenschluß in

---

29 Solomon, A.; zit. nach Wurms (1982), S. 52

30 In der deutschen Frauenstimmrechtsbewegung reichten die Forderungen vom DreiKlassen-Wahlrecht über ein eingeschränktes Frauenwahlrecht bis hin zum demokratischen gleichen Wahlrecht für alle.

der nationalen Dachorganisation Bund Deutscher Frauenvereine, die dem Internationalen Frauenbund beitrat. Die Zusammenarbeit gestaltete sich schwierig und konnte nur funktionieren, solange strittige Punkte nicht zur Diskussion kamen. Das führte dazu, daß die radikalen Frauen innerhalb des BDF isoliert wurden.

2.1.1.1 Der gemäßigte Flügel

> "Die 'Gemäßigten' gingen davon aus, daß in den Fragen der politischen, rechtlichen und beruflichen Gleichstellung bescheidene Forderungen und viel Wohlverhalten zum Erfolg führen würden. Sie suchten die Anerkennung der Frauenforderungen durch die staatlichen Autoritäten und vermieden daher Themen, die im Wilhelminischen Deutschland zum Skandal führen mußten: vor allem Fragen der sexuellen Liberalisierung und die Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht."[31]

In den folgenden Biographien wird deutlich, daß sowohl die patrizischen, bürgerlichen Elternhäuser als auch die Religiosität der Eltern bzw. Großeltern das Denken der Töchter maßgeblich beeinflußten. So wurden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weitgehend akzeptiert; zu einer klaren Auflehnung gegen die einengenden Konventionen der eigenen Schicht kam es nicht.
Vielmehr wurde von den Frauen versucht, unter Beibehaltung der Lebensbedingungen die eigene Situation zu optimieren, und zwar insofern, als die gesellschaftlichen Normen bis zu ihrer Grenze gedehnt, aber nicht gesprengt wurden.
Das bedeutete für die beiden nachfolgend vorgestellten Frauen, Marianne Weber und Gertrud Bäumer, daß sie sich ein Maximum an Bildung verschafften und sich politisch engagierten, ohne die Toleranz der Gesellschaft unnötig zu strapazieren.
Marianne Weber unterwarf sich nur widerwillig einer hauswirtschaftlichen Ausbildung und stellte später fest, daß ihr in der Ehe gar nicht soviel Hausfrauentätigkeit abverlangt wurde. Gertrud Bäumer legitimierte dagegen ihre politische Aktivität und ihre Berufstätigkeit als 'geistige Mutterschaft', die im Rahmen der spezifisch weiblichen Fähigkeiten 'dem Ganzen' zugute käme.

---

31 Ausstellungskatalog "Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert" (1980), S. 65

Deutlich zeigt sich in beiden Biographien die Bereitschaft zur Anpassung und zu einer ausgeprägten Opferbereitschaft.

Nach der Aufhebung der Vereinsgesetze 1908 traten die gemäßigten Frauen dann Parteien bei, die sich den Frauen bzw. den Frauenfragen gegenüber sehr zurückhaltend zeigten.[32]
So schlossen sich unter anderem Helene Lange, Gertrud Bäumer und Alice Salomon der Fortschrittspartei an, die alle Forderungen der Frauenbewegung unterstützte, aber nicht die nach dem Wahlrecht.
Marianne Weber trat den Jungliberalen bei, die sich ebenfalls in der Frauenfrage engagiert zeigten, aber das Frauenstimmrecht ablehnten.[33]

Marianne Weber (1870-1954) und ihre Mutter Anna (1851-1873)

Um deutlich zu machen, wieviel mehr Möglichkeiten die Frauen um die Jahrhundertwende im Gegensatz zu ihren Müttern hatten, stelle ich im folgenden auch die Biographie der Mutter Marianne Webers vor; dies dient der Verdeutlichung des Einflusses gesellschaftlicher Veränderungen auf die konkreten Lebenssituationen von Frauen.

Anna

Geboren in einer patrizischen Bielefelder Familie mit hohem Standesbewußtsein, erhielt sie die gleiche Schulbildung wie ihre Brüder, jedoch nicht mit dem Ziel der Berufsausübung, sondern zur Vervollkommnung der eigenen Persönlichkeit.
Anna besuchte die Oerlinghauser Dorfschule, war klug und strebsam, fiel jedoch durch ihr etwas vorlautes, rechthaberisches Wesen auf und wurde oft wegen der ihr mangelnden weiblichen Bescheidenheit und Demut ermahnt.
Mit 17 Jahren wurde sie auf dem 'Ressourcenball' - dem Parkett für heiratswillige junge Männer auf der Suche nach einem standesgemäßen Mädchen mit guten Eigenschaften und vernünftiger Mitgift - in die Bielefelder Gesellschaft eingeführt. Das temperamentvolle, impulsive Mädchen ließ sich von der 'Verführungsmacht sinnlicher Leidenschaft anrühren', die ihm von einem

---

32 Vgl. Schenk (1980), S. 41

33 Vgl. Schenk (1980), S. 41

Mann entgegengebracht wurde. Als dieser später um ihre Hand anhielt und von Annas Vater abgewiesen wurde, fügte sie sich demütig und dankbar:

> "Ich danke Gott, daß ich der Gefahr entronnen bin. Ich war wie in einem Rausche. Ich hatte mich betören lassen. Nun bin ich erwacht. Ich habe eine Zeit voller Schatten durchgemacht. Papa sagt, ich sei um Jahre reifer geworden" (1948, S. 21).[34]

Obwohl sie sehr unter der Ablehnung des Mannes durch ihren Vater litt, entsagte sie ihren Bedürfnissen.

Am Krankenbett ihres jüngeren Bruders lernte sie Eduard Schnitger, den 24jährigen Dorfarzt, kennen, der aus einer armen Lemgoer Lehrerfamilie stammte und sich in Oerlinghausen niedergelassen hatte. Er hielt um die Hand der 18jährigen an, und Anna war überwältigt und demütig, als sie schrieb, "daß er viel zu gut, zu edel und zu schön" für sie sei (1948, S. 25).
Die Anzeichen einer beginnenden psychischen Krankheit bei dem jungen Mann wollte sie nicht sehen; 1869 fand die Hochzeit statt.

Nach der Geburt ihrer Tochter Marianne war Anna nach langem schweren Leiden voller Begeisterung für das Kind und erfüllt von einer tiefen Dankbarkeit. Als die Gemütskrankheit ihres Mannes immer stärker auftrat, versuchte Anna, ihr Schicksal tapfer zu tragen und es allein zu bewältigen. Das fiel ihr besonders schwer, weil ihre Mutter, eine tiefreligiöse Frau, starb und Eduard die Kontakte zu ihrem geliebten Vater eifersüchtig ablehnte: "Man mischt sich die Karten im Leben nicht selbst, sonst würde man sich manche Schwere ersparen. Jedem wird sein Los zuerteilt, und es erfüllt sich unwiederbringlich" (1948, S. 30), schrieb sie ihrer Schwägerin, ihre Probleme damit nur andeutend.
1873 starb sie bei der Geburt ihres zweiten Kindes.

Annas Biographie verdeutlicht, in welchem Maße die Anforderung der Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft von den jungen Mädchen, aber auch von den erwachsenen Frauen akzeptiert wurde.

Die Beschränkung der eigenen Bedürfnisse wurde nicht nur hingenommen, sondern als die besondere Reife der eigenen Persönlichkeit, als Wert der eigenen Person, dargestellt. Opferhaltung und Demut wurden gleichgesetzt mit menschlicher Größe.

---

34 Im Abschnitt "Marianne Weber" stammen alle Zitate aus: Weber, 1935; 1948; 1950. Die entsprechenden Jahres- und Seitenzahlen werden jeweils in Klammern angegeben.

Marianne

Annas Tochter Marianne, knapp dreijährig bereits mutterlos, wuchs im Hause ihrer Großmutter in einem streng protestantischen Milieu auf. In diesem Haushalt lebten mehrere alleinstehende Frauen, die sich als Lehrerinnen ihren Unterhalt verdienten und mit der Großmutter die 'Last des Verhängnisses', unverheiratet zu sein, trugen.
Dieses Zusammenleben eröffnete Marianne die Möglichkeit einer Selbständigkeit, die nicht zum Ausschluß aus der Gesellschaft führte, wenngleich die Situation, keinen Ehemann zu haben, als Schicksalsschlag bewertet wurde. Das wird deutlich in der Beschreibung dieser Lebenssituation durch Marianne Weber:

> "Es gab wenig Heiratsgelegenheiten für die Honoratiorentöchter; denn die jungen Männer verließen den Ort und fanden ihre Gesponse auswärts. Wer etwa als Vikar oder Referendar neu herein hinzukam, trug meist schon den Ring am Finger. Meine Freundinnen blieben fast sämtlich unverheiatet - das Leben ging an ihnen vorüber und ließ sie mit leeren Händen stehen" (1948, S. 42).

17jährig kam sie in ein vornehmes Mädchenpensionat in Hannover. Ihren Aufenthalt dort finanzierte der wohlhabende Großvater, um sie zu 'standesgemäßer Gesittung' heranbilden zu lassen. Ehrgeizig lernte sie viel und gerne, bekam Kontakt zur Kunst und verließ zwei Jahre später die Leinestadt als anspruchsvoller Kulturmensch, der dem Lemgoer Kleinstadtmilieu nichts mehr abgewinnen konnte.

Da die Großmutter inzwischen gestorben war, zog Marianne - praktisch heimatlos - zu der kinderreichen jüngeren Schwester ihrer Mutter, bei der sie sich auf ihre künftige Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereiten sollte.
Doch innerlich rebellierte sie gegen das überlieferte Mädchenschicksal, und das dienende Helfen kostete sie viel Überwindung; zudem langweilte sie sich auf dem Land halb krank, hatte ein schlechtes Gewissen und war tiefunglücklich.

Als Enkelin des wohlhabenden Karl Weber jedoch hatte sie wenige Alternativen für ihr Leben. Sie brauchte und sollte kein Geld verdienen, dem Beruf der Lehrerin konnte sie ebensowenig abgewinnen wie dem der Krankenschwester, und die Möglichkeit eines Studiums in der Schweiz war ihr doch zu ungewöhnlich und wurde somit verworfen.

Als sie mit 21 Jahren für einige Wochen zu Verwandten nach Charlottendorf eingeladen war, lebte sie auf und genoß das volle Leben in Berlin ebenso wie

die Kunstschätze der Stadt. Sie lernte ihren Vetter, den Assessor Max Weber, kennen, und dieser führte sie auf ihren ersten Ball.
Ein Jahr später willigte der Großvater ein, und sie durfte ihr bescheidenes Zeichentalent in Berlin ausbilden lassen.
Marianne sah Max wieder und verliebte sich in ihn, wußte aber um eine Frau, Emmy, der Max verpflichtet war und die im Süden seit Jahren eine Krankheit kurierte. Für Marianne schien das einzig Würdige die Entsagung zu sein, bis Max in einem Brief an sie diese Situation zu klären versuchte.
In diesem Brief erklärte er seine Liebe zu Marianne, aber auch seine Gefühle für Emmy. Er sprach von der 'Sturmflut der Leidenschaft', forderte aber gleichzeitig distanzierte Selbstbeherrschung:

> "Aber bedenke: im Kopf und Busen des Seemanns muß es klar sein, wenn es unter ihm brandet. Keine phantasievolle Hingabe an unklare und mystische Seelenstimmungen dürfen wir in uns dulden. Denn wenn die Empfindung Dir hoch geht, mußt Du sie bändigen, um mit nüchternem Sinn Dich steuern zu können" (1950, S. 207).

Mariannes Kommentar in ihren Lebenserinnerungen: "Als das Mädchen diesen Brief las, erschütterte sie das Unnennbare, Ewige. Sie begehrte nichts weiter. Ihr Dasein sollte hinfort ein Dankopfer sein für das Geschenk dieser Stunde" (1950, S. 207).

In der Vorbereitungszeit ihrer Ehe wurde deutlich, daß sie für Max keine demütige, unterwürfige Ehefrau sein sollte, sondern eine ebenbürtige. Max erwartete, daß sie sich Kompetenz verschaffte auf einem Gebiet, das er nicht beherrschte; sie sollte sich ein eigenes 'Herrschaftsgebiet' erobern, auf dem sie nicht mit ihm konkurrieren würde, am besten den Bereich des Haushalts. Max forderte sie auf, nicht so voller Verachtung von der 'Nur-Hausfrau' zu sprechen und untermauerte das, indem er auf seinen mangelnden Respekt vor der geistigen Arbeit hinwies und die praktische Fähigkeit und 'Unbefangenheit der Empfindungen' lobte: "... und ich habe das Bedürfnis, mir imponieren zu lassen" (1950), S. 216). Dazu Marianne:

> "Aber das Mädchen tat doch, was ihr eigner Dämon sie hieß, obschon sie nicht ahnte, daß künftig der Haushalt nicht viel von ihr verlangen, daß aber das Glück ihrer Ehe einmal weitgehend von ihrer selbständigen geistigen Existenz abhängen werde" (1950, S. 218).

Mit 22 Jahren heiratete die schwärmerische, phantasievolle Frau den Soziologen Max Weber. Sie gehörte später zu den gemäßigten Frauenbewegung, an deren Diskussionen sie durch ihre Schriften teilnahm.

In ihrer 1907 veröffentlichten Untersuchung "Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung" stellte sie zu diesem Thema eine Entwicklungsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart geschlossen dar. Hier wie in ihren Essays war für sie die monogame Ehe die einzig menschenwürdige Lebensform. Damit richtete sie sich gegen alle Versuche der 'Radikalen', eine neue Moral und somit andere Lebensformen zu finden.
1919 wurde sie im Badischen Landtag Abgeordnete der Deutsch-Demokatischen Partei und trat im gleichen Jahr die Nachfolge Gertrud Bäumers als Präsidentin des BDF an. Da die politische Arbeit nicht ihr Schwerpunkt war, zog sie sich bereits 1920, nach Max Webers Tod, aus der aktiven Politik zurück, um die Schriften ihres Mannes herauszugeben und seine Biographie zu verfassen.
Darüber hinaus unterstützte sie weiterhin die Vorstellungen der Gemäßigten.

Den Nationalsozialismus lehnte sie wegen des Antisemitismus ab, trug aber durch die eigene national-konservative Haltung zu seiner Entwicklung bei, was sie aber nicht sehen wollte. So glorifizierte sie in ihrer Biographie das Ende des BDF als antifaschistischen Widerstand, obwohl der Bund sich 1933 mit einer wohlwollenden Stellungnahme zur nationalsozialistischen Frauenbewegung verabschiedete.

Auch bei Marianne Weber finden wir die Verzichts- und Opferhaltung, die sie in ihren Lebenserinnerungen bei der Mutter schon idealisiert hatte, und doch stellt sich die Lebenssituation der Tochter anders dar; sei es nun aufgrund veränderter gesellschaftlicher Strukturen, nach denen es den Frauen um die Jahrhundertwende eher zugestanden wurde, die eigene Identität in der Berufsarbeit zu suchen, oder sei es, daß es Marianne durch andere Bildungsmöglichkeiten und Kontakte eher gelang, eigene Positionen zu finden, die über den Rand der Familie hinausreichten.
Ein Stückchen Autonomie hatte sie sich erarbeitet, jedoch wurde das Bedürfnis, als Subjekt wahrgenommen zu werden, immer wieder gehemmt, zum einen durch die nur verhaltene Förderung durch ihren Mann, der sie auf den Haushalt verwies, zum anderen aufgrund der verinnerlichten bürgerlichen Strukturen und Moralvorstellungen.

Ihre politischen Ziele waren die Gleichberechtigung der Frauen in der Ehe sowie die Durchsetzung der Berufsausbildung für Frauen - beides Voraussetzungen für Autonomie, die von ihr sehr hoch bewertet wurde. Gleichwohl ordnete sie diese immer wieder ihren bürgerlichen Moralvorstellungen unter,

indem sie die als typische weiblich benannten Fähigkeiten bzw. Eigenschaften wie Demut und Opferbereitschaft sowie das Wirken im stillen als ethische Werte über alles stellte.
Die Frau als Hüterin der kulturellen und moralischen Werte war in den Augen Marianne Webers ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft.

Diesen Widerspruch lebte sie selbst; einerseits gab sie eigene Schriften heraus, engagierte sich in der bürgerlichen Frauenbewegung und war als Landtagsabgeordnete tätig; andererseits nahm sie ihre eigenen Interessen immer wieder zurück, um dem von ihr favorisierten Frauenbild zu entsprechen. Dieses Verhalten wurde besonders deutlich dadurch, daß sie sich nach dem Tod Max Webers aus der politischen Arbeit zurückzog, um seine Schriften herauszugeben.

In ihren eigenen Schriften befaßte sie sich überwiegend mit der Heroisierung des bürgerlichen Frauenbildes; die Schriften muten an wie die Rechtfertigung ihrer eigenen Lebenssituation, wie die Bestandsaufnahme des von ihr gelebten Widerspruchs zwischen der Gleichberechtigung und Autonomie auf der einen und der demütigen Aufopferung bzw. "Hingabe an Mitgeschöpfe" (1935, S. 10) auf der andere Seite.
Ihr Lebensideal formulierte Marianne Weber folgendermaßen: "Im Alltag Liebe zu üben unter dauerndem Einsatz des Selbst - bis zur Aufopferung - ist Leistung" (1935, S. 282); damit beschreibt sie ein entscheidendes Merkmal der bürgerlichen Frauenbewegung.

Gertrud Bäumer (1873-1954)

Ihren Vater, einen evangelischen Pfarrer und Schulinspektor, verlor Gertrud Bäumer bereits im Alter von zehn Jahren. Nach dem Tod des Vaters zog sie mit ihrer Mutter zu den Großeltern nach Halle. Diese Menschen führten einen patrizischen protestantischen Haushalt, der eine bornierte konservative Enge verursachte, nicht zuletzt durch die diktatorisch 'regierende' Großmutter, die den Familienmitgliedern - ganz besonders den Kindern - eine bewußte Kargheit auferlegte und Selbstbeherrschung und Religion als Prinzipien abverlangte.

So erzählt Gertrud Bäumer in ihren Biographien von dem Besuch einer Kindergesellschaft bei einer Fabrikantenfamilie, wo sie mit Schokolade und Marzipan beschenkt worden war. Diese für sie 'köstliche' Bewirtung zog das

Verbot weiterer Kontakte mit der Familie nach sich. Sie selbst rechtfertigt dieses Verbot:

> "Alle Genüsse werden gehoben und gesteigert erlebt, wenn solche Genügsamkeit und Selbstdisziplin sie vorbereitet und einrahmt - das ist die geheime Klugheit, die in der Selbstbescheidung und dem edlen Maßbewußtsein dieser Schicht lag, die ein halbes Jahrhundert unter dem glücklichen Doppelgestirn der Armut und Geistigkeit gelebt hatte" (S. 58).[35]

Da Gertrud kein Vermögen besaß, war sie auf einen Beruf angewiesen. Sie wurde Lehrerin und im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit in der Volksschule in Magdeburg mit dem Elend der Arbeiterschaft konfrontiert. Sie bekam die schreckliche Lebenssituation in der Arbeitervorstadt zu sehen und war erschrocken über die Auswirkungen dieser Zustände:

> "Man konnte beobachten, wie die Gesittung und Haltung der eingesessenen Bevölkerung, ihre Ruhe, Sauberkeit, das Schamgefühl der Frauen durch das enge Zusammenwohnen mit Menschen einer sehr viel niedrigeren Kultur aufgelöst wurden" (S. 112).

So schildert sie die Veränderung der Lebensgewohnheiten der einheimischen Stadtbevölkerung durch die Siedlungen der zugewanderten Oberschlesier, die Zechenarbeiter in Kamen. Doch empfand sie die Situation in Magdeburg, das durch eine Mischung als ländlichem und industriellem Proletariat geprägt war, noch viel schlimmer. Auf der Suche nach Lösungen für die Arbeiterfrage, die sich im Zuge der Industrialisierung auftat, fühlte sie immer wieder die eigene Ohnmacht.
Da es für sie selbstverständlich war, eine Lösung nur von der religiösen Seite her zu suchen, stieß sie auf Friedrich Naumann und Adolf Harnack. So kam sie zu einer überzeugenden Analyse der gesellschaftlichen Situation, die sie mit dem sozialen Auftrag des Christentums lösen wollte, und erkannte die Notwendigkeit von Reformen, nicht zuletzt, 'um der marxistischen Agitation den Boden zu entziehen'.

Ihr eigenes Bedürfnis nach mehr Bildung, vor allem, um die sozialen Bedingungen besser zu verstehen, und die Begegnung mit der Zeitschrift 'Die Lehrerin' sowie die unbefriedigende Arbeitssituation als einzige Frau im Kollegium brachten sie zu dem 'verwegenen' Entschluß zu studieren, und zwar

---

35 Im Abschnitt "Gertrud Bäumer" stammen alle Zitate aus Bäumer, 1933. Die SeitenZahl wird jeweils in Klammern angegeben.

weniger, um als Oberlehrerin an der Oberstufe zu unterrichten denn als geistige Aufgabe. Voraussetzung für das Studium war eine zweijährige Arbeit an einer höheren Mädchenschule, die sie als eigene Bereicherung sowohl geistiger als auch seelischer Art betrachtete.
Gemeinsam mit Kolleginnen gründete sie 1890 in Magdeburg einen Lehrerinnenverein; sehr zum Unmut des Schulrates, der 'agitatorische Zwecke' vermutete. Es wurden Arbeitsgemeinschaften und Fortbildungskurse angeboten sowie eine Kinderschutzkommission gegründet.

1898 ging sie zum Studium nach Berlin. Dort lernte sie durch die Arbeit im Lehrerinnenverband Helene Lange kennen, mit der sie später bis zu deren Tod zusammenlebte.

1900 wurde sie, 26jährig, in den Vorstand des BDF gewählt. Gemeinsam mit Helene Lange gelang es ihr, die radikalen Frauen aus dem Vorstand zu drängen und die radikalen Diskussionsthemen zu unterdrücken.
1910 löste sie die liberale Marie Stritt als Präsidentin ab; sie selber wurde 1919 durch die ebenso konservative Marianne Weber abgelöst - ein äußeres Zeichen dafür, wie sich die Auseinandersetzung im BDF auf die Durchsetzung der konservativen politischen Ziele reduzierte.
Es zeigte sich besonders im I. Weltkrieg, daß der Bund mit der Tradition des Pazifismus und Internationalismus gebrochen hatte und sich die deutschnationale Einstellung durchsetzte. Die Lösung der sozialen Probleme vermutete Gertrud Bäumer in der großen Volksgemeinschaft.

Die Beschreibung ihrer Gefühle und Wünsche während des II. Weltkrieges zeigt, daß sie dem Nationalsozialismus mit wohlwollender Neutralität gegenüberstand. So begrüßte sie beispielsweise das Dienstjahr für Frauen und die Mutterschutzgesetzgebung dieser Zeit.

Nach der Selbstauflösung des BDF 1933 blieb die Zeitschrift 'Die Frau' bis 1944 bestehen. Gertrud Bäumer behauptete später, daß diese Zeitung Beiträge zum Widerstand geleistet habe und jegliche Kritik daran auf kommunistische Umtriebe zurückginge. Tatsächlich jedoch vermied 'Die Frau' alle politischen Themen und beschäftigte sich mit religiösen Fragen.
Nach 1945 war Gertrud Bäumer Mitbegründerin der CDU.

Gertrud Bäumer erkannte die sozialen Probleme in der Gesellschaft und suchte nach Lösungen. Dabei vermied sie jedoch, die Ursachen dieser Probleme bzw. deren Verfestigung zu benennen.

Die bürgerliche Schicht war für sie nicht Kritikpunkt; vielmehr suchte sie die Lösungsmöglichkeiten unter Anerkennung der Herrschenden oder auch durch die Herrschenden.
Im Mittelpunkt ihrer Schriften stand häufig die gesellschaftlich problematische Situation der Frau;[36] jedoch nahm sie die Analyse der Probleme fast ausschließlich an der bürgerlichen Frau vor und richtete Lösungsmöglichkeiten ebenfalls nur an diese, obwohl sie - anders als Marianne Weber - während ihrer Tätigkeit als Lehrerin das Elend der Arbeiterfrauen kennengelernt hatte.
Die Frau war für Gertrud Bäumer in erster Linie Mutter, d.h., das Wesen der Frau und die weibliche Sexualität finden ihre Würde nur in der Mutterschaft, der Beruf ist als geistige Mutterschaft zu betrachten. Bäumers Forderung war nicht die Freiheit der Frau, vielmehr sei die weibliche Natur bestimmt zu frauenspezifischem Dienst am Ganzen.
So erklärt sich auch die Haltung der Gemäßigten zu den 'unmoralischen' Anliegen der Radikalen nach einer freien Sexualmoral und Abtreibungsmöglichkeiten.

Sehr ausgeprägt waren Gertrud Bäumers von Religiosität getragene Lebensprinzipien, nämlich Selbstdisziplin und Genügsamkeit. Sie beklagte sich nicht, obwohl sie schwere Schicksalsschläge zu verkraften hatte.
Selbst in ihren persönlichen Briefen an Freundinnen und Freunde[37] findet sich einerseits eine unendliche Duldsamkeit und andererseits eine ausgeprägte Leistungsbereitschaft.
Eine kritische Selbstreflexion zeigt sich jedoch in keiner ihrer Schriften.

Trotz ihrer demütigen Haltung entwickelte Gertrud Bäumer deutliche Führungsbedürfnisse, was sich in der Schilderung der Begegnung mit Auguste Schmidt, Veteranin der deutschen Frauenbewegung, zeigt:

> "Die Frau ... war die Verkörperung einer reinen abgeklärten Humanität, eine ausgesprochen ... vornehme und edle Persönlichkeit, auch, trotzdem sie krankhaft stark war, in ihrer äußeren Wirkung ... Aber wir verlangten nach mehr Stahl im Blut, Festigkeit in der Prägung, und uns widerstrebte damals die gütige Damenhaftigkeit, die von ihr ausströmte" (S. 142).

---

36 Vgl. u.a. Bäumer 1914, 1939 und 1940

37 Vgl. Beckmann (1956)

Als 'Neue Konservative' war Gertrud Bäumer gegen die Ordnungsstrukturen der Wilhelminischen Zeit, jedoch suchte sie die Volksgemeinschaft nicht als reale Demokratisierungsmöglichkeit, sondern als Mittel zur Überwindung der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit. Darüber hinaus erkennt man an vielen Stellen ihres Buches die Angst vor radikalen Strömungen.

Anpassung und Unterwürfigkeit zum Zweck der Überwindung gesellschaftlicher Mißstände - so könnte die Lebensdevise von Gertrud Bäumer beschrieben werden.

2.1.1.2 Der radikale Flügel

> "Die 'Radikalen' repräsentierten das antiautoritäre Element. Sie verlangten soziale Reformen statt der Armenpflege, sie traten für liberale Forderungen ein: allgemeine freie Wahlen, Versammlungsfreiheit; ihre Haltung zur sexuellen Moral war freier, und insgesamt war die Form ihrer politischen Auseinandersetzung eine andere. Konflikt und öffentlicher Skandal schienen ihnen der Situation angemessen."[38]

In der Biographie der Lida Gustava Heymann wird deutlich, worin die Radikalität der Frauen dieses Flügels lag: in der klaren Ablehnung der bürgerlichen Strukturen und Moralvorstellungen und der Forderung der absoluten Gleichberechtigung, wie sie bereits 100 Jahre früher von Olympe de Gouges in Frankreich formuliert worden war.
Nicht durch Wohlverhalten sollte die Erfüllung dieser Forderungen verdient, sondern durch kompromißlose Sachlichkeit und Unbekümmertheit sollte sie erkämpft werden. Gleichberechtigung war nicht das Ziel, sondern die Voraussetzung für die Verbesserung der gesellschaftlichen Situation.

Dieser zahlenmäßig kleine Flügel der Frauenbewegung war in der Formulierung von Forderungen durchaus durchsetzungsfähig.
So waren es die Initiativen der Radikalen, die zum Beispiel die Aktionen gegen das alte Familien- und Eherecht, die Bildung von Rechtsschutzstellen, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht oder die Koedukation in das Programm des BDF brachten.
In diesen Punkten folgten die Gemäßigten den Radikalen, aber in den Forderungen nach dem demokratischen Wahlrecht und der freien Sexualmoral zeigten sich die eklatanten Unterschiede der beiden Flügel.

---

38 Ausstellungskatalog "Frauenalltag ..." (1980), S. 65

Die Anfänge des radikalen Flügels gehen auf die Gründung des Vereins Frauenwohl durch Minna Cauer 1888 in Berlin zurück.

1899 kam es zum Zusammenschluß der radikalen Vereine im Verband fortschrittlicher Frauenvereine unter Minna Cauer und Anita Augspurg, der sich neben der Forderung nach voller Gleichberechtigung die Verpflichtung gab, alle Versuche abzulehnen, die die Frauen des Bürgertums von den Proletarierinnen trennten.
Die Rechtsentwicklung im BDF um die Jahrhundertwende bis zu den Anfängen des I. Weltkrieges, die Ablehnung der Diskussion um die 'Neue Ethik' und die Zersplitterung der Stimmrechtsbewegung ab 1912 führten zur Auflösung des radikalen Flügels der Frauenbewegung.

Politisch stand er der proletarischen Bewegung näher als dem gemäßigten Flügel; trotzdem kam es kaum zur Zusammenarbeit, da die von der Arbeiterbewegung formulierte Trennung zwischen Bürgerin und Arbeiterin nicht akzeptiert werden konnte. Die Radikalen wollten vielmehr die Grenzen abschaffen "im Recht, in der Politik, in der Wirtschaft, in Ehe, Familie und Beziehungen, um den Frauen die Ausbildung ihrer Individualität zu ermöglichen".[39]

Somit saßen sie zwischen zwei Stühlen: von den Gemäßigten abgelehnt wegen ihrer 'unmoralischen Radikalität', von den proletarischen Frauen wegen ihrer Herkunft.

Während des I. Weltkrieges standen viele der radikalen Frauen zu ihrer pazifistischen Haltung, in der Weimarer Zeit zu ihrer antifaschistischen.

Lida Gustava Heymann (1868-1943)

Tochter eines wohlhabenden Großkaufmanns in Hamburg, der - liberal denkend und sich von den Gepflogenheiten in der Gesellschaft distanzierend - zu seinen unkonventionellen Meinungen stand. Gerade deshalb verehrte Lida ihn besonders.
Ihre Mutter, 30 Jahre jünger als der Vater, entstammte dem Kreis des verarmten sächsischen Landadels.

---

39 Wurms (1982), S. 62

So wuchs Lida, wie sie selber sagte, in einem "eigenartigen Gemisch von Lebensführung, Erziehung und Eindrücken auf" (S. 24)[40]*. Die Mutter achtete auf die Einhaltung der Konventionen des gesellschaftlichen Milieus, der Vater entzog sich ihnen, wo er nur konnte; trotzdem bestimmte die Mutter auf ihre ruhige Art die Lebensführung, ohne dem Vater die absolute patriachalische Herrschaft abzusprechen.*

Gemeinsam mit ihren vier Schwestern (vier Brüder starben bei der Geburt oder kurz danach) wurde Lida, umgeben von Hauslehrern und -lehrerinnen, Gouvernanten und Dienern, eine enge, behütete Kindheit zuteil, die sie selber wegen der mangelnden Freiheiten als nicht sehr glücklich bezeichnete.
Das Verhältnis der Schwestern zueinander war geprägt durch Streitereien und Prügeleien auf der einen Seite sowie absoluter Solidarität gegenüber den Erwachsenen auf der anderen Seite.
Unter den Mädchen fiel Lida als die 'Ungezogene' auf, jedoch setzte sie sich bereits früh für das Hauspersonal ein, wenn sie Ungerechtigkeiten gewahr wurde oder von einer Krankheit hörte. Den Gouvernanten und Hauslehrern gegenüber aber hatte sie allzeit eine Abneigung.

Den Kontakt mit der entfernteren Verwandtschaft vermied sie, wo sie nur konnte; so etwas wie Familienstolz war ihr unverständlich, da ihr Zuneigung und Verstehen als nicht verordnungsfähig erschienen.

Die Schulbildung der Mädchen war die der Höheren Töchter der Hamburger Gesellschaft; nach dem Unterricht durch die Hauslehrer erfolgte der Besuch einer vornehmen orthodoxen Höheren Töchterschule.
An der Frage, ob sie sich konfirmieren lassen sollte, geriet sie mit sich selbst in tiefe Konflikte, und sie stimmte dem nur zu, weil der Vater erklärte, eine Ablehnung der Konfirmation der Mutter nicht antun zu können.
Sie solle es über sich ergehen lassen und glauben, was sie wolle.

> "Der Tag der Konfirmation war einer der unglücklichsten Tage meines Lebens, ich kam mir, obwohl die Aussprache mit meinem Vater mich in mancher Hinsicht beruhigt hatte, doch wie eine Betrügerin vor. Nach meiner Konfirmation habe ich keinen Gottesdienst mehr besucht" (S. 30).

Später wurde Lida zur Vollendung ihrer Erziehung in eine Pension nach Dresden geschickt, in der sie Mädchen aus Kanada, USA, Australien und

---

40 Im Abschnitt "Lida Heymann" stammen alle Zitate aus Heymann (1972). Die SeitenZahlen werden jeweils in Klammern angegeben.

England kennenlernte. Hier wurde viel Wert gelegt auf die kulturelle Bildung, ansonsten ließ man den Mädchen viele Freiheiten, was Lida sehr genoß.

Als ihre Schwestern nacheinander pommersche Landjunker heirateten, war sie gezwungen, an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Hier wurden ihr die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Adel und Volk an den Konventionen wie Tischordnung und Umgangsformen bewußt und empörten sie über alle Maßen.
Als die Eltern Lida zu ihrem ersten Ball führten, erklärte sie am nächsten Morgen:

> "Einmal und nie wieder, eine solche Gesellschaft ist ja ekelhaft, der reine Heiratsmarkt, und die Unterhaltungen der Männer zu albern und dumm. Zu einem solchen Blödsinn gebe ich meine Zeit nicht her, da bleibe ich lieber daheim und lese ein gutes Buch" (S. 35).

Frühzeitig war ihr klar, daß sie nicht heiraten wollte, denn die Selbstüberschätzung der Männer ärgerte sie immer wieder.
Bis zu ihrem 28. Lebensjahr lebte sie im Haus ihrer Eltern, half dem Vater bei geschäftlichen Angelegenheiten und war, als er starb und ihr ein beträchtliches Vermögen vermachte, dankbar und glücklich, finanziell unabhängig und frei zu sein, denn nur so hatte sie als Frau, das wußte sie sicher, die Voraussetzung für die Selbstbehauptung und unbeeinflußte Weiterentwicklung.
Sie konnte sich nun von den Konventionen der Gesellschaft mehr und mehr lösen und ihre Idee, unterdrückten Frauen und Kindern zu helfen, in die Tat umsetzen.

1896 eröffnete sie ein Frauenhaus, in dem es für alle Frauen ein preiswertes Mittagessen gab; im eigenen Kinderhort wurden Jungen und Mädchen gemeinsam und gleich erzogen (für damalige Verhältnisse revolutionär), und es gab eine Rechtsberatungsstelle.
Lida engagierte sich für die Reformschule, für eine Kleiderreform (Verbannung der einengenden Kleidung für Frauen) und gegen die Doppelmoral der Gesellschaft bzw. der Behörden im Umgang mit der Prostitution.
Im Hafenarbeiterstreik 1896/97 half sie den notleidenden Familien durch unentgeltliches Verteilen von Mittagessen. Sie nannte diese Zeit "beglückende Jahre des Schaffens, des Helfens, des Aufbauens, des Kampfes für die Befreiung der Frau, für Gleichheit und Freiheit. Der Himmel hing uns voller Geigen" (S. 40).

Durch ihre Arbeit erkannte Lida erst das wahre Ausmaß des Leidens und der Unterdrückung der Frau und versuchte, durch Vorträge und Bildungsarbeit, aber auch durch kulturelle Unterhaltung, diese Frauen zu unterstützen und ihnen zu helfen.

Die Mitgliedschaft in der neu gegründeten Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins ließ sie unbefriedigt, da die Damen der Hamburger Gesellschaft ihn zu einem freundlichen Kaffeeklatsch-Verein verkommen ließen und ihnen das Wohlverhalten wichtiger war als der Kampf gegen die Ungerechtigkeiten.
Lida zog daraus die Konsequenz und gründete den Verein Frauenwohl, in dem offensiv und mit unverhüllter Sachlichkeit, ohne vorsichtiges 'Wenn' und 'Aber' für das Wohl der Frauen gekämpft wurde. Hier bezogen die Frauen Stellung zu tagespolitischen Fragen; es wurden Bildungskurse durchgeführt, für ein einheitliches Vereinsrecht in Deutschland gestritten, die Hinzuziehung von Ärztinnen in Schule und Polizeibehörde gefordert sowie für eine Gefängnisreform gekämpft.

> "Im Verein Frauenwohl gab es Arbeit, Arbeit und kein Ende! Aber es war eine Arbeit, die von allen mit größter Hingabe geleistet ward, die sie mit Begeisterung und Lebensfreude erfüllte. Wir radikalen Frauen waren bei allem heiligen Ernst für die Sache eine lustige Arbeitsgemeinschaft, der nichts von dem Gouvernantenhaften, Geschraubten der alten Frauenvereine anhaftete" (S. 57).

Da ihr die private Fürsorge zu wenig war, begann sie mit 35 Jahren in München das Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Hier lernte sie Anita Augspurg, die kämpferische Frauenrechtlerin, kennen. Mit ihr lebte und arbeitete Lida bis zu ihrem Tod zusammen.

> "Während der Jahre voll des herrlichsten Kampfes und für die Gleichberechtigung der Frau und Freiheit für alle führten wir ein beglückendes, abwechslungsreiches, interessantes Eigenleben. Jedes Jahr brachte uns einander näher, vertiefte unsere Freundschaft, ließ uns erkennen, daß wir nicht nur in Fragen der Weltanschauung, dem Streben nach Wahrheit und Freiheit, sondern überhaupt bei allen Begebenheiten des täglichen Lebens - die so häufig zwischen Menschen dauernd Zwistigkeiten auslösen, zu Katastrophen des Unbehagens werden - in köstlicher Harmonie standen" (S. 64).

Vor dem I. Weltkrieg kämpfte Lida für das Frauenstimmrecht, für die Durchsetzung der kämpferischen Demokratie. Sie fühlte sich der Sozialdemokratie nahe, lehnte aber deren doktrinäre Züge ab. Kurze Zeit war sie Mitglied der

Deutschen Freisinnigen-Partei, was sie zu der Erkenntnis brachte, daß Frauen von der Parteipolitik der Männer ferngehalten werden sollten (vgl. S. 103).

Im BDF isoliert, versuchte sie, gemeinsam mit anderen radikalen Frauen eine Organisation zu gründen. Dieser Versuch scheiterte.

Im I. Weltkrieg arbeitete Lida zusammen mit Anita Augspurg für die Einberufung einer internationalen Frauenkonferenz gegen den Krieg, die im April 1915 in Den Haag stattfand. Sie fühlte sich angewidert von der Kriegseuphorie der Deutschen bei Kriegsausbruch und hilflos bei den Leiden der Frauen und Kinder während des Krieges, die sie zu mildern versuchte.

> "Einsam, verlassen waren die wenigen Pazifisten, in dem Augenblick völlig machtlos, ohne jede Bedeutung. Wer später gegen sie den Vorwurf erhob, daß bei ihrer Gesinnung Schweigen ein Verbrechen gewesen sei, bewies nur, daß er von dem in Deutschland bei Kriegsausbruch herrschenden Zustande auch nicht die geringste Ahnung hatte" (S. 124).

Ihre radikaldemokratische Einstellung brachte Lida Gustava Heymann in der Rätezeit an die Seite der Linken in Bayern. Sie erkannte den faschistischen Charakter der Rechten und die Folgen für die Demokratie durch die rechte sozialdemokratische Politik. Von 1919 bis 1933 gab sie die Zeitung 'Die Frau im Staate' heraus, in der sie die Zusammenhänge von Frauenpolitik, Völkerverständigung und Frieden darlegen wollte.

Zum Zeitpunkt der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten war Lida mit Anita Augspurg im Ausland und kehrte auch nicht in das Reich zurück, sondern ging nach Zürich ins Exil.
Da ihr Vermögen konfisziert worden war, lebten die beiden Frauen von Veröffentlichungen und Schenkungen.
1941 erschien die Biographie der beiden Frauen. Das Interesse an der Veröffentlichung einer Biographie lag auf seiten Lidas und Anitas vor allem darin, die Geschichte der 'Radikalen' festzuhalten, die von dem gemäßigten Teil der Frauenbewegung totgeschwiegen wurde.

Die Widersprüchlichkeit ihrer Kindheit - einerseits die behütete Enge des wohlhabenden Bürgertums, andererseits die liberale, freigeistige Haltung ihres Vaters - beeinflußten Lida Gustava Heymann derart, daß sie einen klaren Blick für gesellschaftliche Ungerechtigkeiten entwickelte.

Anders als bei den Biographien der Gemäßigten ist bei Lida eine klare Abgrenzung zum bürgerlichen Milieu festzustellen. Sie betrachtete ihre Eltern wohlwollend, aber kritisch, und empfand früh die Einschränkungen, die von den bürgerlichen Konventionen ausgingen. Finanziell unabhängig, hatte sie jedoch die Möglichkeit, sich davon zu befreien.

Bereits früh erkannte Lida Gustava Heymann, daß sich männliche Überheblichkeit oftmals brutal gegen Frauen richtete, darum nutzte sie ihre Unabhängigkeit, indem sie hauptsächlich für Frauen und Kinder Hilfen anbot. Dabei beschränkte sie sich nicht nur auf caritative Hilfe; vielmehr wirkte sie verstärkt in Bereichen, die sich gegen gesellschaftliche Normen richteten.
Ihre klaren Urteile über Personen und Verhältnisse sind nicht von Phantasie und Gefühl überlagert. Sie erkannte die Ursachen der gesellschaftlichen Konflikte und wollte diese verändern. Sozialdemokraten und Kommunisten waren für sie keine Schreckgespenster, obwohl sie deren Dogmatismus ablehnte.

Ihre Forderungen waren radikal, oft radikaler als die der proletarischen Frauenbewegung, und richteten sich gegen die bürgerlichen Gesellschaftsstrukturen. Trotzdem blieb sie eine bürgerliche Frau, die sich auch finanziell das Leben einer Bürgerin leisten konnte - und die von der proletarischen Frauenbewegung abgelehnt wurde.

Die Biographie Lida Gustava Heymanns zeichnet die Arbeit der radikalen Frauenbewegung nach, ohne die Personen selbst auszusparen. So wird bereits in den Kindheitserinnerungen die kritische Reflexion der bürgerlichen Gesellschaft deutlich, ohne die ganz persönlichen Bereiche, die Gefühle und Wünsche, auszuklammern.

Trotzdem bleibt die langjährige Beziehung zwischen Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg hinsichtlich der privaten, intimen Verbindung unklar. Zwar wird die klare Abgrenzung zu Männern ebenso deutlich wie die große Harmonie zwischen den beiden Frauen, verschwiegen werden aber emotionale Bedürfnisse und Erfahrungen, die gerade hinsichtlich der radikalen Forderungen zur Sexualmoral von Interesse wären.

2.1.2 Die proletarische Frauenbewegung

> "Während es der proletarischen Frau in erster Linie um Schutz vor zuviel Arbeit ging, ging es der bürgerlichen Frau um die 'standesgemäße' Zulassung zu Berufen. Für die Arbeiterin war die Stellung in der Produktion der Ansatz zur Emanzipation, für die bürgerliche Frau das Geschlecht der Ansatz zur Gleichberechtigung."[41]

Das ist nur verständlich, wenn man sich die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Frauen vor Augen führt. Die Bürgerin, aufgewachsen in einer behüteten Umgebung und ausgestattet mit guter Bildung, hatte selbst unter finanziell begrenzten Bedingungen Zugang zu geistigem und kulturellem Kulturgut. Ihr ging es vor allem um die Befreiung aus den einengenden bürgerlichen Verhältnissen sowie um die rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Mann (Vater/Ehemann), also um die Gleichberechtigung.

Die Arbeiterfrau dagegen war von Bildung überhaupt ausgeschlossen und wurde in die industrielle Erwerbsarbeit hineingestoßen, weil die Existenz der Familie von ihrem Verdienst abhing. Männer verdienten so wenig, daß es nicht einmal für das Nötigste reichte. Frauen und Kinder *mußten* arbeiten, und das zu Hungerlöhnen.

Die kapitalistische Industrie machte sich die Arbeiter nutzbar, die zur Verfügung standen: je billiger, desto besser. Da Frauen und Kinder billigere Arbeitskräfte waren als Männer, wurden sie von diesen als Konkurrenten um Arbeitsplätze betrachtet.

Dabei handelte es sich um ein Vorurteil, denn es gab typische Frauenarbeitsplätze ebenso wie es typische Männerarbeitsplätze gab, so daß Frauen nur sehr selten wirklich Konkurrentinnen der Männer waren.[42]

So erklärt sich dann auch der "proletarische Antifeminismus"[43] des 1863 von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der das Verbot der Frauenfabrikarbeit forderte und Abwehrstreiks empfahl. Die Arbeiter übernahmen das bürgerliche Familienideal, nach dem die Frau als Ehefrau und Mutter, der Mann als Ernährer der Familie fungiert.

---

41 Hervé (1979), S. 17

42 Vgl. Willms-Herget (1980), S. 147 ff. und (1985), S. 155 ff.

43 Dieser Begriff wurde geprägt durch Thönnessen und meint die ablehnende Haltung der Arbeiter gegenüber der weiblichen Konkurrenz, die in ihren Augen eine Ursache Für die Verelendung der Arbeiterfamilien darstellten (vgl. Thönnessen (1969), S. 12).

Eine positive Haltung zur Frauenerwerbsarbeit hatten anfangs nur die sächsischen Arbeitervereine, in denen Bebel eine führende Rolle spielte, die aber innerhalb der Arbeiterbewegung eine Minderheit waren.
So wurden Frauen zwar von den Männern als Arbeiterinnen nicht akzeptiert, hatten aber mit den Behinderungen durch das Vereinsgesetz von 1850 zu kämpfen, das Frauen, Schülern und Lehrlingen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbot, ebenso wie die Teilnahme an deren Versammlungen.[44]

In der Zeit der 'Sozialistengesetze' (1878-1890) kam es zur Solidarisierung zwischen den Männern und Frauen der Arbeiterbewegung, nicht zuletzt durch die Bewunderung der Frauen der Pariser Commune 1871, denn jetzt ging es um die Organisation der Untergrundarbeit.
Das 1879 von Bebel veröffentlichte Buch 'Die Frau und der Sozialismus' tat ein übriges. Obwohl Bismarck die 'Vergiftung des gemeinen Mannes' befürchtete und der preußische Innenminister das Buch als 'verbrecherisch' bezeichnete, konnte es trotz seines Verbotes zwischen 1879 und 1891 in acht Auflagen erscheinen.[45]
In dem Buch wird die Lösung der Frauenfrage in der Lösung der sozialen Frage gesehen und die Ansicht vertreten, die Gleichberechtigung aller Menschen beinhalte die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

> "Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Mann als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschicke ... In der Liebeswahl ist sie gleich dem Mann frei und ungehindert. Sie freit oder läßt sich freien

---

44 § 8 des Vereinsgesetzes von 1850 lautet (in: Baader (1979), S. 115): "Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer Vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen: a) sie dürfen keine Frau-Enspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen; b) sie dürfen nicht mit Anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbeSondere nicht durch Komite's, Ausschüsse, Central-Organe oder ähnliche EinrichtunGen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel. Werden diese Beschränkungen überSchritten, so ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, vorbehaltlich des gegen die BetheiLigten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens, den Verein bis zur ergehenden richTerlichen Entscheidung (§ 16.) zu schließen. Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge Dürfen bei Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beiwohNen. Werden dieselben auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der ObRigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Sitzung (§§. 5. 6.) vorhanden."

45 Vgl. Hervé (1979), S. 30

> und schließt den Bund aus keiner anderen Rücksicht als auf ihre Neigung. Dieser Bund ist ein Privatvertrag."[46]

1889 machte Clara Zetkin in ihrer Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris nachhaltig auf den Zusammenhang zwischen ökonomischer und sozialer Abhängigkeit aufmerksam und forderte die Berufsarbeit und die Organisation der Frauen.

> "Die Frauenarbeit ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann; auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit beruht die soziale Sklaverei oder Freiheit; ohne wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann gibt es keinen Grund mehr für die soziale Abhängigkeit vom Mann; die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau ist die Voraussetzung für die Beseitigung der Unterdrückung."[47]

Für dieses Ziel kämpften die Arbeiterinnen mit Einfallsreichtum: Versammlungen wurden in Männerkleidung besucht oder gar gestürmt; das Vereinsverbot wurde durch die Ernennung von 'Vertrauenspersonen' umgangen, die die Frauen auf Parteitagen vertraten; es kam zur Gründung immer neuer Arbeiterinnenvereine mit unverfänglichen Bezeichnungen; häufig wurden diese Vereine aber wieder aufgelöst.

Obwohl die Gründung vieler dieser Vereine auf Initiative der bürgerlichen Frauen zurückging und die polizeiliche Verfolgung aufgrund des Vereinsgesetzes sich nur auf proletarische Vereine auswirkte, setzte sich der bürgerliche Allgemeine Deutsche Frauenverein kaum damit auseinander. Bei der Gründung des BDF 1894 wurden die Arbeiterinnenvereine erst gar nicht zum Beitritt aufgefordert, was nur *ein* Zeichen für das widersprüchliche Verhalten der Bürgerlichen war.

Die sozialistische Frauenbewegung war eng verbunden mit der SPD. 1891 übernahm sie in ihr Erfurter Programm die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht, unabhängig vom Geschlecht. 1900 trafen sich die Sozialistinnen zu ihrer ersten Frauenkonferenz. Ihre Forderungen nach Gleichstellung und Wahlrecht waren sozialdemokratische Forderungen, ihre mögliche Mitgliedschaft im Statut verankert, was selbst die bürgerliche Helene Lange zu der Feststellung veranlaßte: Wenn man in seiner politischen

---

46 Bebel (1946), S. 585

47 Zit. nach Hervé (1979), S. 31

Partei zugleich eine volle Vertretung des Programms der Frauenbewegung suche, so bliebe eben nur die Sozialdemokratie.[48]

Nach der Veränderung des Vereinsgesetzes (1908) wurde die proletarische Frauenbewegung sehr schnell in die SPD integriert und verlor dadurch ihre Selbständigkeit, obwohl es eine eigene Frauenorganisation innerhalb der Partei weiterhin gab. Es standen zwar auch Kinder- und Heimarbeit sowie Arbeiterinnenschutz zur Diskussion, aber insgesamt fand eine Verlagerung hin zur Tagespolitik statt.

Aus der proletarischen Frauenbewegung wurde eine Untergruppierung der SPD und nach deren Spaltung auch der KPD.
In der Weimarer Zeit zeigte sich, daß führende Frauen der proletarischen Frauenbewegung zur KPD gegangen waren, denn in der SPD entwickelte sich ein zunehmend konservatives Frauen- und Familienbild. Dertinger berichtet in ihrem Buch über die vielfältigen Behinderungen der Frauen in der SPD durch die Männer der eigenen Partei; leicht hatten es die Frauen in der SPD nie![49]

Die proletarische Frauenbewegung hat für die radikale gesellschaftliche Veränderung gekämpft, weil sie die eigene Unterdrückung als Teil der gesellschaftlichen Unterdrückung einer ganzen Klasse analysierte.
So ist auch der Kampf der proletarischen Frauen als gemeinsamer Kampf *mit* den Männern gegen die herrschende Klasse zu verstehen und nicht als ein Kampf gegen die Männer, was wiederum erklärt, warum die Zusammenarbeit mit den 'radikalen' Frauen der bürgerlichen Bewegung abgelehnt wurde.

Das wird auch deutlich in den folgenden Biographien von Ottilie Baader und Adelheid Popp. Auffällig in proletarischen Lebensläufen ist, daß das Private als unpolitisch begriffen wird und nur insoweit aufgeführt ist, als es als gesellschaftlich relevant erscheint. Familienstrukturen und Gefühle spielen keine Rolle, wohl aber die Bedingungen der Lohnarbeit oder des Arbeitskampfes.
Nicht die eigene Person war wichtig, sondern das Ziel, die Leserin ihre eigene Lage wiedererkennen zu lassen und sie damit zum Kampf zu ermutigen.

'Einfache' Frauen schilderten ihr Leben zum Zweck der Agitation, und entsprechend sind diese Lebenserinnerungen verfaßt: schlicht in der Sprache,

---

48 Nach Wurms (1982), S. 52

49 Dertinger (1980), S. 93 ff.

leicht verständlich im Inhalt, ohne philosophische oder theoretische Abhandlungen. Das Hauptaugenmerk wird in den Biographien auf die Stationen des politischen Kampfes gerichtet, weniger auf die Schilderung der eigenen persönlichen Situation. Das hat zur Folge, daß die Persönlichkeiten proletarischer Frauen in deren Schriften kaum deutlich werden, was diese Schriften deutlich von denen bürgerlicher Frauen unterscheidet. So entstehen eher plakative Selbstbilder von Frauen, die für ihre politischen Ideale gekämpft haben; Widersprüchlichkeiten, Zweifel und Kritik tauchen praktisch nicht auf.

Ottilie Baader (1847-1925)

Ottilie wurde als zweites von vier Kindern geboren. Sie hatte nur wenige sorglose Kinderjahre zu verleben, da die Mutter früh starb und sie ihre Funktion für die drei- bis achtjährigen Geschwister weitgehend übernehmen mußte.
Der Vater, Arbeiter in einer Zuckerfabrik, arbeitete in Frankfurt an der Oder. Die Kinder blieben sich weitgehend selbst überlassen, da das Geld für eine Wirtschafterin nicht gereicht hätte.

Mit zehn Jahren wurde Ottilie in die dritte Klasse einer Klosterschule eingeschult, denn der Vater hatte den Kindern Schreiben, Lesen und Rechnen beigebracht, und die Kinder hatten von seiner guten Schulbildung profitiert.

Bereits mit 13 Jahren mußte Ottilie die Schule wieder verlassen, da der Vater nach Berlin zog und die Tochter mitverdienen mußte. Als Näherin arbeitete sie täglich zwölf Stunden und mehr, was oft auch Nachtarbeit bedeutete.

Als der Unternehmer kurz nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges Absatzprobleme für seine Produkte bekam, wollte er den Lohn für die Arbeiterinnen halbieren. Das führte zu massivem Protest, den Ottilie mitorganisierte und der Erfolg hatte:

> "Wir waren durch unsern Erfolg selbst überrascht. Dem Unternehmer aber war ebenso neu, daß Arbeiterinnen sich zusammenfanden und geschlossen ihre Forderungen stellten. Er war überrumpelt worden" (S. 18).[50]

---

50 Im Abschnitt "Ottilie Baader" stammen alle Zitate aus Baader (1979). Die jeweilige Seitenzahl wird in Klammern angegeben.

Später kaufte sich Ottilie eine Nähmaschine, um zu Hause arbeiten zu können.

> "Dabei habe ich das Los der Heimarbeiterin zur Genüge kennengelernt. Von morgens um sechs bis nachts um zwölf, mit einer Stunde Mittagspause, wurde in einer Tour 'getrampelt'. Um vier Uhr aber wurde aufgestanden, die Wohnung in Ordnung gebracht und das Essen vorbereitet. Beim Arbeiten stand dann eine kleine Uhr vor mir, und es wurde sorgfältig aufgepaßt, daß ein Dutzend Kragen nicht länger dauerte wie das andere, und nichts konnte einem mehr Freude machen, als wenn man ein paar Minuten sparen konnte" (S. 19).

Als der Vater nicht mehr arbeiten konnte und die Geschwister aus dem Haus waren, wurde Ottilie zur Ernährerin für sich und den Vater. Für ihn hat sie noch 20 Jahre lang gesorgt, aber oft auch für die Kinder der Geschwister.

> "Ich kann nicht sagen, daß ich immer sehr froh war. Schließlich hatte auch ich etwas anderes vom Leben erhofft. Ich habe manchmal das Leben so satt gehabt, so Jahr um Jahr immer an der Nähmaschine, immer nur Kragen und Manschetten vor sich, ein Dutzend nach dem anderen, das Leben hatte gar keinen Wert, man war nur eine Arbeitsmaschine und hatte keine Zukunftsaussichten. Und von dem Schönen in der Welt sah und hörte man nichts, davon war man einfach ausgeschlossen" (S. 20).

Sie suchte Kontakt zum Arbeiterinnenverein von Lina Morgenstern, um sich weiterzubilden, und in der Zeit der Sozialistengesetze, als es zur verstärkten Solidarisierung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern kam, weil die Verfolgung ganzer Familien publik wurde, besorgte sie sich das 'Kapital' von Marx und Bebels 'Frau'- heimlich, denn beide waren verbotene Bücher.
Während sie an der Nähmaschine saß, las der Vater daraus vor, und gemeinsam diskutierten sie darüber. Das bedeutete jedoch nicht, daß der Vater sie als mündige Tochter akzeptierte, vielmehr hatte sich Ottilie nach ihm zu richten, eine eigene Meinung brauchte sie nicht zu haben.
Als sie es dann irgendwann schaffte, einmal allein zu einer Versammlung zu gehen, hielt sie spontan die erste unvorbereitete Rede.

Trotz der Sozialistengesetze kam es zu den ersten Vereinigungen von Arbeiterinnen. Nach dem Fall dieser Vorschriften nahm die Frauenbewegung einen Aufschwung. Es kam zur Herausgabe der Zeitung 'Die Arbeiterin', der Vorgängerin der 'Gleichheit'; Frauenbildungsvereine wurden gegründet und viele Veranstaltungen durchgeführt. Das war fast immer verbunden mit Kämpfen gegen die Polizei, die das Vereinsgesetz durchsetzen wollte, das den Frauen jegliche politische Tätigkeit untersagte.

Erfindungsreich wurden immer neue Möglichkeiten der Organisation und Agitation gesucht. Eine dieser Formen war die Wahl der 'Vertrauenspersonen', die die Interessen der Frauen, unter anderem auf den Parteitagen der SPD, zu vertreten hatten, denn Vereine konnten aufgelöst werden, Personen nicht.
1900 wurde Ottilie Baader als Zentralvertrauensperson gewählt. Ihr Engagement galt allen Interessen der Arbeiterinnen, ob es nun um die Unterstützung von Streiks ging, das Elend der Heimarbeit oder den Kinderschutz - Ottilie Baader war überall auf nationaler wie internationaler Ebene zu finden, wenn Kongresse sich diesen Themen widmeten.

Ottilie Baader war eine bescheidene Kämpferin, die sich bis zu ihrem Tode für die Sache der proletarischen Frauen einsetzte. Sie nahm ihr Schicksal als typisches proletarisches Frauenschicksal wahr und nicht als individuelles. Darum leitete sie ihre Lebenserinnerungen auch so ein:

> "Es war nicht meine Absicht, in diesen Erinnerungen auch von mir selbst, von meinem eigenen Leben zu sprechen. Aber mein Leben ist von kleinauf Arbeit gewesen, und all das, wovon ich hier erzählen will, baut sich auf diesem Arbeitsleben auf und ist von dieser Grundlage aus erst recht zu verstehen. Es ist auch kein besonderes Leben; so wie ich lebte und schaffte, haben Tausende von Arbeitermädchen meiner Zeit gelebt und geschafft" (S. 11).

Und sie endete hoffnungsvoll:

> "Vieles ist errungen worden. Der Kampf gegen reaktionäre Gesetze, für freieres Recht ist unerschrocken geführt worden. Weder behördliche Schikane noch Anklagen und Verurteilungen haben uns von dem Kampf für unser Menschenrecht abzubringen vermocht ... Das freie Wahlrecht, für das wir in jahrzehntelangem Kampf gestanden haben, ist errungen worden, und vieles andere. Möge die jetzige Generation nun auf diesem freieren Boden den Kampf für den Sozialismus mutig und zielklar weiterführen, für den manchen Weg zu ebnen der Erfolg der vergangenen Jahre und Kämpfe war" (S. 114).

Ihre 1921 erstmalig erschienenen Lebenserinnerungen weisen sie als schlichtes Wesen aus, dessen Leben in erster Linie harte Arbeit war.
Da außer ihren Lebenserinnerungen keine Schriften vorliegen, sind innerparteiliche Auseinandersetzungen, Arbeitsschwerpunkte, genauere politische Standortbestimmungen kaum auszumachen.
Persönlichkeitsmerkmale, persönliche Beziehungen zu anderen Menschen, Probleme und Auseinandersetzungen, Wünsche, Hoffnungen und Enttäu-

schungen, soweit sie über die typischen Erfahrungen aller Arbeiterinnen hinausgehen, bleiben den LeserInnen weitgehend verborgen.

Gezeichnet wird das positive Bild einer Sozialdemokratie, die mit ihren bescheidenen Mitteln und Möglichkeiten für die Sache der Arbeiterinnen und Arbeiter kämpft, die Beispiel sein möchte.
Beschrieben werden in nüchternem Stil Erfahrungen und Erlebnisse, wie sie viele Arbeiterinnen hätten beschreiben können. Die Person Ottilie Baader wirkt austauschbar.
Und doch wird deutlich, unter wieviel schwereren Bedingungen Arbeiterfrauen für ihre Gleichberechtigung gekämpft haben, da sie weder auf der Grundlage einer umfassenden Bildung noch mit finanziellem Rückhalt arbeiteten, wie es für die bürgerlichen Frauen üblich war.
Bei einem zwölfstündigen Arbeitstag, dem die Hausarbeit bereits vorausgegangen war, blieb nicht viel Raum für politische Arbeit. Es ist beeindruckend, daß Frauen für die eigene Bildung oder zum Zwecke der Agitation trotzdem noch Kraft und Zeit aufbrachten, zumal diese Aktivität nicht selten den Männern erst abgetrotzt werden mußte.

Auch Ottilie Baader hatte Differenzen mit ihrem Vater, der sich selber gern politisch mit ihr auseinandersetzte, aber die außerhäusliche politische Tätigkeit seiner Tochter ablehnte.
Darum ist verständlich, daß sie - die unter derart schwierigen Bedingungen für die politischen und gesellschaftlichen Rechte der Frauen kämpfte - ihre Lebenserinnerungen in der Hoffnung aufschrieb, daß dieser Kampf von der nächsten Generation weitergeführt werden würde.

Adelheid Popp (1869-1939)

Als 15. Kind einer Weberfamilie wuchs Adelheid in bitterster Armut auf. Von ihren Geschwistern überlebten nur fünf das Säuglingsalter.
Der Vater, jähzornig und trunksüchtig, schlug die Mutter häufig. Er starb nach längerem Leiden früh und ließ die Familie (bedingt durch die Kosten der Krankheit) in noch größerem Elend zurück, als sie es bis dahin erlitten hatte.

Unermüdlich und aufopfernd schaffend, versorgte die Mutter die Familie allein. Bereits früh mußten die Kinder mit für den Unterhalt sorgen, so daß die Mutter die Schulpflicht als eine ungerechte Härte empfand, zumal sie selber nie eine Schule besucht hatte. Drei Jahre Schulbesuch waren in ihren

Augen genug, denn die Kinder hatten bereits mit zehn Jahren zu arbeiten, was nicht ausschloß, daß auch jüngere Kinder nach der Schule durch Hilfsarbeiten zum Unterhalt der Familie beitrugen, wie es Adelheid mit Knöpfeannähen tat.
So blieb wenig Zeit zum Spielen und vor allem zum Lesen, was ihre Lieblingsbeschäftigung war. Sie las alles, was ihr unter die Finger kam und schuf sich durch Romane eine Traumwelt.

> "... ich war der Wirklichkeit entrückt und identifizierte mich mit den Heldinnen meiner Bücher ... Ich war mit meinen Gedanken immer in einer ganz andern Welt und sah nichts von dem Elend um mich her, noch empfand ich mein eigenes Elend" (S. 39).[51]

Als sie zehn Jahre alt war, zog die Mutter mit ihr in die Stadt, in der Hoffnung, hier leichter und mehr Geld zu verdienen. Das erwies sich jedoch als Trugschluß.
Diese Zeit wurde für Adelheid, die durch den Umzug der Schulpflicht entzogen war, eine Zeit des demütigen Bittens um Arbeit. Sie verdingte sich als Dienstmädchen, Näherin und Fabrikarbeiterin und sagte selbst über diese Zeit: "In späteren Jahren überkam mich oft ein Gefühl grenzenloser Erbitterung, daß ich gar nichts, so gar nichts von Kinderfreuden und Jugendglück genossen hatte" (S. 36).

Als 13jährige wurde Adelheid aufgrund der andauernden Überarbeitung - ein Zwölf-Stunden-Tag war normal, oft wurden mehr Stunden gearbeitet -, verbunden mit schlechter, unzureichender Ernährung ernsthaft krank und mußte ins Krankenhaus. Den Aufenthalt genoß sie sehr, da sie regelmäßig reichliches Essen bekam und viel lesen konnte. Doch für die Familie bedeutete jede Krankheit verschärfte Armut, denn neben dem Verdienstausfall mußten auch die Krankheitskosten verkraftet werden.

Als Adelheid einmal in einer Fabrik für ihre Verhältnisse gut verdiente, war es ihr höchstes Glück, sich etwas Schönes zum Anziehen leisten zu können, damit ihr am Sonntag in der Kirche niemand ansehen konnte, daß sie Fabrikarbeiterin war.

> "Wenn ich nur keinen Hunger spürte, aus was die Nahrung bestand, kam für mich nicht in Betracht. Nur schön anziehen wollte ich mich. Wenn ich am Sonntag in die Kirche ging, sollte niemand in mir die

---

51 Im Abschnitt "Adelheid Popp" stammen alle Zitate aus Popp (1983). Die jeweilige Jahreszahl wird in Klammern angegeben.

> Fabrikarbeiterin erkennen. Denn meiner Arbeit schämte ich mich. Das Arbeiten in einer Fabrik war mir immer als etwas Erniedrigendes erschienen" (S. 60).

An öffentlichen Ereignissen nahm Adelheid lebhaft Anteil. Bereits mit 15 Jahren verfolgte sie die Anarchistenprozesse in Wien und lernte so die Anschauungen der Sozialdemokraten kennen.

> "Daß ich selber ihre Mitkämpferin werden könnte, fiel mir gar nicht ein. So hoch und erhaben erschien mir alles, was ich von ihnen las, daß es mir phantastisch vorgekommen wäre, auch nur daran zu denken, daß ich unwissendes, unbekanntes und armes Geschöpf auch einmal tätigen Anteil an ihren Bestrebungen nehmen könnte" (S. 72).

Über einen Kollegen ihres Bruders bekam sie später regelmäßig das Parteiblatt, und was sie hierdurch, ebenso wie durch andere sozialdemokratische Schriften, erfuhr, erzählte sie in der Fabrik den Arbeitskolleginnen. Unter anderem agitierte sie für die Arbeitsruhe am 01. Mai.

> "Von der 'Frauenfrage' hatte ich noch immer keine Ahnung. Darüber stand nichts in der Zeitung, und eine andere Presse als die sozialdemokratische las ich nicht mehr. Ich kannte auch keine Frau, die sich für Politik interessiert hätte. Ich galt als eine Ausnahme und betrachtete mich selbst als eine. Die soziale Frage, wie ich sie damals verstand, hielt ich für eine Männerfrage und ebenso die Politik. Nur hätte ich gerne ein Mann sein mögen, um auch ein Anrecht auf die Beschäftigung mit Politik zu haben" (S. 72 f.).

Immer häufiger besuchte Adelheid jetzt Parteiversammlungen; spontan ergriff sie nach einem Referat über Frauenarbeit das Wort und hielt unvorbereitet ihre erste Rede über die Situation der Fabrikarbeiterinnen, was zur Folge hatte, daß man sie zur Mitarbeit an einer Zeitung aufforderte.
So schrieb sie, trotz aller Probleme mit Orthographie und Grammatik, ihren ersten kleinen Artikel. Als sie später einen wesentlich älteren Parteigenossen heiratete, gab sie ihre Parteiarbeit nicht auf; im Gegenteil: ihr Mann, selber kränklich, war froh, daß Adelheid an seiner Stelle aktiv war und unterstützte sie, indem er sich um die beiden Kinder kümmerte, bis er nach nur neunjähriger Ehe starb.

1892 war Adelheid Popp Mitbegründerin der 'Arbeiterinnen-Zeitung' und 1893 Mitorganisatorin des dreiwöchigen Textilarbeiterinnenstreiks in Wien.
Darüber hinaus machte sie Vortragsreisen und schrieb Artikel über das Arbeitsleid und die ungenügende Bildung der Arbeiterinnen. Sie forderte Bildung und Aufklärung für Frauen.

1918 wurde sie Mitglied des Parteivorstandes der österreichischen Sozialdemokratischen Partei und blieb bis zu ihrem Tode unermüdlich politisch tätig.

Bittere Armut, der daraus erwachsende Zwang zur Kinderarbeit sowie die mangelhafte Schulbildung waren ebenso typisch für das Leben der Arbeiterin um die Jahrhundertwende, wie die extreme Ausbeutung unter miserablen Arbeitsbedingungen.
In der Biographie von Adelheid Popp zeigt sich - viel deutlicher als bei Ottilie Baader - die Bewußtseinsveränderung einer jungen Arbeiterin, die sich als Kind mit Hilfe von Büchern in eine Märchenwelt flüchtete, dann aber als Jugendliche aufgrund ihres Bildungshungers von ihren monarchischen und klerikalen Vorstellungen Abschied nahm, um sich der sozialistischen Agitation zu verschreiben.

Adelheid Popp beschrieb die Entwicklung vom kleinen träumenden Mädchen hin zur engagierten Politikerin. Die Biographie zeigt keine zu Opfern bereite Frau, sondern eine Politikerin, die aufgrund der elenden Lebensbedingungen eine unvorstellbare Kraft entwickelte, die getragen wurde vom Glauben an die Veränderbarkeit der Gesellschaft.

Trotz der erheblichen Schwächen in Grammatik und Orthographie schrieb Adelheid Popp Zeitungsartikel, hielt Reden und gab eine eigene Zeitung heraus. Ihr politisches Wirken war getragen von einer unbändigen Begeisterung für die sozialistische Idee.

Ihr Ehemann, Julius Popp, wird von ihr als "teilnehmender Freund" (S. 99) der Frauen bezeichnet, der sie bei der Arbeit unterstützte, sie ermutigte weiterzumachen. Gleichwohl beklagte Adelheid Popp ihre Zerrissenheit, ihre Zweifel:

> "Da quälten mich die Gedanken, daß ich keine meiner Pflichten ganz erfüllen könne, und ich hätte mich beim Anblick meines Kindes gern dafür entschieden, alles andere während der Zeit, so es meiner am meisten bedurfte, ganz aufzugeben" (S. 101).

Die für Frauen typische Mehrfachbelastung als Mutter, Haus- und Ehefrau zehrte an ihr ebenso wie ihre ewig unzufriedene Mutter, die in ihrem Haushalt lebte. Ihr Mann ermutigte, ja drängte sie, die politische Arbeit nicht aufzugeben. Sie schrieb idealisierend über ihn: "Was hat mein Mann alles entbehrt, um seiner Gattin eine Betätigung zu ermöglichen, die er als eine nützliche für die Arbeiterklasse angesehen hat" (S. 102), und erkannte nicht,

daß sie diese Arbeit stellvertretend für ihn machte, der selber aufgrund seiner Krankheit nicht mehr dazu in der Lage war.

Zwar finden sich in ihrem Buch oft Bemerkungen, daß es den Männern besser ginge und sie es leichter hätten, politisch zu arbeiten, trotzdem gibt es keine kritische Auseinandersetzung mit Parteistrukturen oder -problemen.

Adelheid Popp legte großen Wert darauf, nicht frauenrechtlerisch zu sein. Sie arbeitete *mit* den Männern für sozialdemokratische Ziele, Frauenpolitik war nur ein Teil davon; von der bürgerlichen Frauenbewegung grenzte sie sich klar ab.

Ihre Erinnerungen weisen viel mehr persönliche Details auf als die Lebenserinnerungen von Ottilie Baader, doch bei aller Individualität wird auch bei Adelheid Popp deutlich, daß diese Beiographie der Agitation dienen soll und weder eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Leben noch schöngeistige Literatur ist.

Adelheid Popp hätte es

> "nie gewagt, die Öffentlichkeit mit meinen Erinnerungen zu behelligen, da ich ja weiß, daß das Schicksal der Proletarierinnen um die Zeit, in der meine 'Jugendgeschichte' spielt, ein fast allgemeines war. Tausende konnten dasselbe erzählen, was ich erzählt habe, soweit Leiden und Dulden in Betracht kommen" (S. 23).

2.2 "Männer und Frauen sind gleichberechtigt"
- Über die Verfassungsmutter Elisabeth Selbert -

> "Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten."[52]

So lautete Artikel 109 der Weimarer Verfassung, die 1919 in Kraft trat. Durch diese Sätze hatten die Frauen einen großen Schritt in Richtung Gleichberechtigung gemacht, denn ihnen war das volle aktive und passive Wahlrecht zugesprochen worden.
Aber mehr als die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten war es dann auch nicht, denn dieser Artikel führte nicht zu einer Veränderung vieler rein patriarchalen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

---

52 Franz (1964), S. 212

Daraus zog die promovierte Juristin und praktizierende Rechtsanwältin und Notarin Elisabeth Selbert die Erkenntnis, daß unverbindliche Formulierungen zu keinerlei Konsequenzen führen. Darum forderte sie als Mitglied des Parlamentarischen Rates für die zu schaffende neue Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz, den schlichten Satz: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt", denn es war für sie selbstverständlich, "weiterzugehen als Weimar. Die Frau soll nicht nur in staatsbürgerlichen Dingen gleichstehen, sondern muß auf allen Rechtsgebieten dem Manne gleichgestellt werden!"[53]

Dieser Ansicht verdanken die deutschen Frauen die völlige rechtliche Gleichberechtigung nach dem Grundgesetz, die eine Voraussetzung war und ist für viele Veränderungen der Gesetzgebung bzw. Rechtsprechung in der Bundesrepublik, wie zum Beispiel im Ehe- und Familienrecht. Aber für diese Ansicht mußte Elisabeth Selbert kämpfen, denn in der Verfassungsgebenden Versammlung stand sie 1948 mit ihren Vorstellungen noch völlig allein.

Im Auftrag der Militärgouverneure hatten die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder eine Nationalversammlung einberufen, die die Verfassung der Bundesrepublik erarbeiten sollte. Von den 70 Mitgliedern dieser Versammlung gehörten je 27 der Christlich-Demokratischen Union/Christlich-Sozialen Union (CDU/CSU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) an, fünf der Freien Demokratischen Partei (FDP) und je zwei der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Deutschen Partei (DP) und dem Zentrum (fünf Westberliner Delegierte waren nicht stimmberechtigt).
Unter den 65 stimmberechtigten Delegierten waren vier Frauen: Elisabeth Selbert und Friederike Nadig von der SPD, Helene Wessel vom Zentrum, Helene Weber von der CDU.

Alle Mitglieder des Parlamentarischen Rates waren später der Meinung, eigentlich immer für die Gleichberechtigung gewesen zu sein, doch zu Beginn der Diskussion stellte sich die Situation für Elisabeth Selbert ganz anders dar.
Der KPD ging der Antrag nicht weit genug. Sie wollte die Lohngleichheit ausdrücklich im Grundgesetz erwähnt wissen; die FDP hielt sich in der 'Bremsfunktion' für wichtig, und die CDU/CSU unterstützte die Fassung:

---

53 Zit. nach Dertinger (1980), S. 235

> "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz muß Gleiches gleich, kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln. Jedoch dürfen die Grundrechte nicht angetastet werden."[54]

Selbst die Fraktion der SPD konnte sich anfangs nicht für den Vorschlag ihrer Genossin erwärmen, da sie ein Rechts-Chaos befürchtete. Und Friederike Nadig meinte gar: "Du willst ja das ganze Familienrecht außer Kraft setzen!"[55]
Also kämpfte Elisabeth Selbert an allen Fronten. Als erste konnte sie ihre Fraktion auf den 'Gleichheitsgrundsatz' einschwören, wobei sie sich zum einen auf die Parteilinie berief und zum anderen eine Übergangsklausel vorschlug, die das alte Recht für eine bestimmte Zeit in Kraft ließ.

In der ersten Lesung am 03. Dezember 1948 sprach sich Carlo Schmid (SPD) denn auch für Elisabeth Selberts Antrag aus:

> "Es geht doch darum, daß die Frau in diesem Jahrhundert den Anspruch erhebt und erheben kann, als ein Wesen gleicher Mündigkeit wie der Mann angesehen zu werden ... Es handelt sich also genau gesehen darum, daß die Frau erwartet, daß diese fürsorgliche Vormundschaft über sie aufgehoben wird. Es geht den Frauen letzten Endes und das ist ein großes Wort - um die Ehre und nicht um die 'Besserstellung'."[56]

Aber vergessen war, daß gerade während der Kriegsjahre viele Frauen 'ihren Mann' gestanden hatten. Die 'Besonderheiten' des Frauseins sollten ausdrücklich betont werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

In der Zweiten Lesung am 18. Januar 1949 sahen die Positionen der Fraktionen dann etwas anders aus, denn in der Öffentlichkeit hatte es heftige Proteste gegeben. Frauenverbände, auch eher konservative, aber auch einzelne Frauen schickten Protestschreiben, Resulutionen und Gutachten zur Unterstützung des SPD-Antrages.

Zusammen mit der Tatsache, daß der Frauenanteil an der Bevölkerung durch die Folgen des Krieges ca. 55% betrug[57] und die Frauen somit ein erhebliches Wählerpotential darstellten, kam es zu einem Umschwung der Meinungen in

---

54 Feuersenger (1980), S. 25

55 Zit. nach Dertinger (1980), S. 234

56 Feuersenger (1980), S. 36

57 1946 betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung 55,6% (vgl. Feuersenger (1980), S. 14)

den Parteien. Alle Fraktionen beeilten sich zu beteuern, daß sie ja immer für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten seien und es ihnen lediglich um die beste Formulierung gegangen sei.

Zwar hatte Elisabeth Selbert bereits in der Ersten Lesung unter anderem auf die Probleme der Katalogisierung erwarteter Diskriminierung, die durch die KPD-Version entstehen würden, aufmerksam gemacht und die Schwammigkeit der CDU-Version aufgezeigt, doch vergessen war ihr Plädoyer für den schlichten Satz "Männer und Frauen sind gleichberechtigt".

Der CDU-Parlamentarier Dr. Walter Strauß sagte in der Debatte:

> "Wir sind uns über den Grundsatz von vornherein einig gewesen. Das ist auch eine Selbstverständlichkeit. Gerade die vergangenen Jahre haben wohl jedem Mann einschließlich der Junggesellen vor Augen geführt, daß die Aufgaben der Frau fast sogar noch schwerer - auch physisch schwerer - sind als die des Mannes. Infolgedessen dürfte es gar keinen Zweifel abgesehen von einigen Hinterwäldlern auch unter den Junggesellen darüber geben, daß wir die Gleichberechtigung der Frau in jeder Beziehung, nicht nur bei den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, anerkennen und verlangen und daß, soweit noch juristisch Widersprüche bestehen, diese Widersprüche beseitigt werden müssen."[58]

Dr. Fecht (CDU) erklärt:

> "Wir leben in einer Zeit, die mit vergangenen Anschauungen brechen muß und gebrochen hat. Wir wünschen deshalb, daß dieser Gedanke auch unsererseits zum Durchbruch kommt, und wir würden es ganz besonders begrüßen, wenn in diesem Haus auch über die Fassung eine Einmütigkeit erzielt werden könnte. Wir sind bereit, für den Antrag von Frau Dr. Selbert zu stimmen."[59]

Und Dr. Theodor Heuss (FDP) meinte betonen zu müssen:

> "Aber ich möchte nicht draußen unwidersprochen den Eindruck entstehen lassen, daß jetzt dieses Quasi-Stürmlein uns irgendwie beeindruckt und uns zu einer Sinnwandlung veranlaßt hat. Denn unser Sinn war von Anfang an so, wie sich die aufgeregten Leute das draußen gewünscht haben."[60]

So kam es in der Abstimmung zu einem harmonischen Ergebnis.

---

58 Zit. nach Feuersenger (1980), S. 38 f.

59 Zit. nach Feuersenger (1980), S. 44

60 Zit. nach Feuersenger (1980), S. 44

In der Dritten Lesung am 08. Februar 1949 wurde folgende Fassung angenommen, die sich dann auch im Grundgesetz wiederfindet:

"Art. 3 (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Spache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Art. 117 (1) Das dem Artikel 3 Absatz 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1953."[61]

Was war das nun für eine Frau, die sich unerschrocken gegen sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates stellte, engagiert für die Sache der Frauen eintrat und sie mit Erfolg zu Ende bringen konnte?

Elisabeth Selbert (1896-1986)

Elisabeth wurde 1896 in Kassel geboren. Ihr Vater war Justizoberwachtmeister. Abgesehen von einigen freundlichen Äußerungen über Phillip Scheidemann, der "sich für die kleinen Leute einsetzt", wurde in ihrem teils bürgerlichen, teils bäuerlichen Elternhaus nicht über Politik gesprochen.

Elisabeth besuchte die Mittelschule, danach die Frauenfachschule. Später arbeitete sie in Kassel als Auslandskorrespondentin bzw. im Telegrafendienst.

1918 lernte sie Adam Selbert kennen, "eigentlich ein junger Mann aus der Nachbarschaft, den ich zuvor nie wahrgenommen hatte" (S. 228).[62]
Er war Vorstandsmitglied im Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat. Durch ihn kam sie zur Politik und trat noch im gleichen Jahr in die SPD ein. Zwei Jahre später heirateten die beiden.
Noch 1918 wurde Elisabeth Gemeindeverordnete in Kassel, später Vorstandsmitglied im SPD-Bezirk Hessen-Nord. Ihr Engagement in der SPD

---

61 Beck'sche Textausgaben: Grundgesetz (1980), S. 30; 72 f.

62 Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Zitate im Abschnitt "Elisabeth Selbert" aus Dertinger (1980). Die Seitenzahl wird jeweils in Klammern angegeben.

führte sie zu der Erkenntnis, "daß Frauen, wie alle, die im Leben etwas leisten wollen, fundiertes Wissen bieten müssen - guter Wille reicht nicht, wenn man in der Gesellschaft etwas bewirken will" (S. 228).

Also machte sie, kaum verheiratet, als externe Schülerin das Abitur und begann nach der Geburt ihrer beiden Söhne mit dem Jurastudium. Ihr Mann sorgte als Verwaltungsbeamter für den Unterhalt der Familie, während Elisabeths Eltern die Enkelkinder versorgten.
1930 promovierte sie in Göttingen mit einer Arbeit über das "Zerrüttungsprinzip als Scheidungsgrund" und erarbeitete darin Ideen über das Ehe- und Familienrecht, die 47 Jahre später verwirklicht werden sollten.

Sie hatte das Glück, 1934 als eine der letzten Frauen in der NS-Zeit ihre Lizenz als Anwältin zu bekommen, was sehr wichtig war, denn ihr Mann war 1933 aus politischen Gründen als Beamter entlassen worden und wurde überwacht, so daß Elisabeth als Rechtsanwältin die Familie ernähren mußte.

Während des Krieges gab es genug Arbeit für sie: "Es gab ja kaum Anwälte. Wenn sie keine Greise oder Frauen waren, waren sie alle an der Front" (S. 229).

Zusammen mit anderen ihr bekannten Richtern und Anwälten versuchte sie, wo sie nur konnte, die Härten der NS-Gerichtsbarkeit zu mildern und KZ-Aufenthalte zu verhindern. Zwar gab es in Kassel keinen aktiven Widerstand gegen das Regime, aber rege Kontakte und Hilfen zwischen den politischen Freunden fanden immer statt.
So traf man sich zu möglichst unverfänglichen Anlässen, wie zum Beispiel Wanderungen, um miteinander zu reden und Nachrichten auszutauschen, denn sie hatten "fest an das Ende des Hitler-Reiches geglaubt und keinerlei Zugeständnisse gemacht. So ab 1943 fingen wir konkret an, uns auf die Stunde Null vorzubereiten" (S. 230).

Nach Kriegsende lief sie dann alleine sechs Stunden zu Fuß von Melsungen, wo sie damals lebte, nach Kassel zur ersten sozialdemokratischen Zusammenkunft.

> "Da bin ich also ... ohne Passierschein durch die Söhre gegangen, das ist hier ein Riesenwald. Ungefährlich war das nicht, wegen der herumziehenden Truppen, die in den Wäldern nach Wild jagten" (S. 231).

Dieses Treffen beschreibt Elisabeth Selbert als eine "unendliche Freude", nicht nur über den Neubeginn des Parteilebens, sondern auch über die Tatsache, "wieder frei atmen" zu können.
1945/46 war sie dann Mitglied der verfassungsgebenden hessischen Landesversammlung und wurde von der Besatzungsbehörde in die Kasseler Kommunalbehörde berufen.

Für den Parlamentarischen Rat wurde sie 1948 vom Land Niedersachsen vorgeschlagen und arbeitete dort in den Ausschüssen Organisation, Rechtspflege und Bundesverfassungsgericht.

Ihr Hauptanliegen war nicht die Frauenfrage, denn als erfahrene Juristin hatte sie nicht damit gerechnet, noch dermaßen für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen kämpfen zu müssen.
Vielmehr lag ihr die Rechtsstaatlichkeit am Herzen, um zu verhindern, daß sich die Ereignisse des III. Reiches wiederholten.

Elisabeth Selbert hatte sich nie als 'Frauenrechtlerin' verstanden. Daß sie dann im Parlamentarischen Rat für die Sache der Frauen kämpfte, ergab sich für die 'Staatsrechtlerin aus Passion' aus ihrer Tätigkeit als Anwältin bzw. Familienexpertin. Sie verband wissenschaftliche Qualifikation mit beruflicher Praxis.

Für sie war es selbstverständlich, daß Männer und Frauen vor dem Gesetz gleichberechtigt sind; sie glaubte nicht, mit dieser Ansicht alleine zu stehen und selbst die eigene Fraktion noch überzeugen zu müssen.

Doch auch die anderen Fraktionen galt es zu überzeugen. Sie hatten in der Ersten Lesung den SPD-Antrag abgelehnt. Also mobilisierte die Juristin die Betroffenen, die Frauen selber:

> "Wie ein Wanderprediger bin ich von Versammlung zu Versammlung gefahren und habe den Frauen erzählt, was für eine Art Ausnahmegesetz sie zu erwarten hätten, wenn sie nicht dazu beitrügen, den CDU-Antrag zu Fall zu bringen" (S. 236),

und hatte Erfolg:

> "Frauenvereine, selbst eher konservative landwirtschaftliche Frauenverbände, Gewerkschafterinnen, alle weiblichen Abgeordneten der Landtage, mit Ausnahme des bayerischen, schickten 'körbeweise Protestschreiben', Resolutionen, ja Gutachten, um den SPD-Antrag für den späteren Artikel 3 Grundgesetz zu unterstützen" (S. 236 f.).

Dieses "Quasi-Stürmlein" (Heuss) führte dann zu dem Ergebnis, daß alle Fraktionen beteuerten, sie hätten nie etwas anderes als die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Sinn gehabt, und in der Zweiten Lesung für den SPD-Antrag stimmten. Darüber sagt Elisabeth Selbert:

> "Ich hatte gesiegt, und ich weiß nicht, ob ich Ihnen das Gefühl beschreiben kann, das ich in diesem Augenblick gehabt habe. Ich hatte einen Zipfel der Macht in meiner Hand gehabt und diesen Zipfel der Macht, den habe ich ausgenützt, aber auch in voller Tiefe, in aller Tiefe, in aller Weite, die mir rhetorisch zur Verfügung stand. Und es war die Sternstunde meines Lebens, als die Gleichberechtigung der Frau damit zur Annahme kam."[63]

Elisabeth Selbert ging 1949 nicht, wie die anderen 'Verfassungsmütter', in den 1. Deutschen Bundestag, sie blieb bis 1958 Abgeordnete im Hessischen Landtag und Mitglied des Parteivorstandes. Dann zog sie sich aus dem politischen Leben zurück, um möglichst bis an ihr Lebensende als Rechtsanwältin tätig zu bleiben, was ihr auch bis ins hohe Alter vergönnt war.

Elisabeth Selbert erwies den Frauen einen unschätzbaren Dienst, indem sie für die Aufnahme des Gleichheitsgrundsatzes in das Grundgesetz stritt. Durch ihren Beruf war sie "Familienexpertin" (S. 233) geworden und immer wieder mit den besonderen Problemen der Frauen befaßt, was ihr spezielles Engagement erklärt.

Kontakt zur Politik bekam Elisabeth Selbert durch ihren Mann. Ihre politische Laufbahn begründete sie jedoch unabhängig von ihm und errang schnell Bedeutung, als sie sich auf den verschiedensten Posten wiederfand.

Die Wahrnehmung der eigenen Bildungsdefizite im Rahmen ihres politischen Engagements und deren Beseitigung führten sie trotz Familie zu Abitur und Jurastudium. Ihrem Beruf galt jedoch bei aller politischen Aktivität ihr Hauptinteresse. Selbst politische Arbeit betrachtete sie durch die 'juristische Brille', und das mangelnde politische Engagement der meisten Frauen machte sie ungeduldig:

> "Sie haben doch, ganz anders als früher, alle Rechte. Sie können sich darauf berufen. Sie müssen sie durchsetzen. Es ist mir ganz und gar unbegreiflich, warum sie es nicht tun, Doppelbelastung hin oder her. Die Feministinnen mit ihren gerichtlichen Klagen gegen nackte Frauen auf Titelseiten von Illustrierten - das sind doch Nebenkriegs-

---

63 Zit. nach Feuersenger (1980), S. 53

> schauplätze. In die Parlamente müssen die Frauen! Dort müssen sie durchsetzen, was ihnen zusteht" (S. 240).

Bei allem Verständnis für ihre Position bleibt doch erstaunlich, daß eine so engagierte Sozialdemokratin die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Frauen nicht wahrnehmen wollte.

Elisabeth Selbert hatte sich bei ihrem Kampf für den Artikel 3 des Grundgesetzes selber der außerparlamentarischen Stimmen bedient, gleichwohl empfand sie das Wirken der Feministinnen als politisch nicht relevant. Ist das ein Widerspruch? Ignorierte sie die Realität? Oder bestimmte ihr Wunschdenken ihre Wahrnehmung? Welche persönlichen Diskriminierungen hat sie erlebt? Und wie ging sie damit um? Welche konkrete Unterstützung erfuhr sie durch Eltern, Ehemann oder Genossen? Mußte sie um die persönliche Anerkennung kämpfen? Oder wurden ihr die Wege bereitet?

Fragen über Fragen, die vorerst unbeantwortet bleiben müssen, deren Beantwortung aber doch so wichtig wäre, um diese Frau verstehen zu können.

Eine umfassende Biographie Elisabeth Selberts liegt jedoch (noch?) nicht vor. Somit lassen sich die Stationen ihres Lebens bzw. ihrer Politisierung nur begrenzt nachvollziehen und deuten.

2.3 Die neue deutsche Frauenbewegung

Als Elisabeth Selbert um den Artikel 3 des Grundgesetzes kämpfte und damit den Frauen in der Bundesrepublik die formale Gleichberechtigung sicherte, konnte sie viele Frauen mobilisieren, die sie unterstützten, obwohl es in der Nachkriegszeit keine starke organisierte Frauenbewegung gab.

Die erste deutsche Frauenbewegung war Opfer ihrer eigenen Forderung geworden, denn mit dem Erhalt des aktiven und passiven Wahlrechts kam es zur Vereinnahmung der bewegten Frauen durch die Parteien.

Unabhängig von ihren Positionen zum Stimmrecht traten Frauen Parteien bei, die sich alle um die Aufstellung von Kandidatinnen für die anstehenden Wahlen bemühten, gleichgültig, ob sie das Frauenstimmrecht zuvor befürwortet oder abgelehnt hatten. So wurde beispielsweise die prominente Stimmrechtsgegnerin und Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, Paula Müller-Otfried, die noch 1917 aus dem Bund Deutscher Frauenverbände wegen seiner Stimmrechtsforderung ausgetreten war, durch die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) für den Reichstag aufgestellt und

gewählt.[64] Hingegen fehlten die Namen der radikalsten Stimmrechtsverfechterinnen in den ersten Parlamenten nach 1919 völlig.

Die Vereinnahmung der aktiven Frauen durch die Parteien zeigt sich in der relativen Bedeutungslosigkeit der Politikerinnen der ersten Stunde.

> "Der Eintritt in die Männerparteien sollte ihnen endlich den ersehnten politischen Prestigegewinn bringen. Dafür kastrierten sie ihre eigenen wirkungsvollen und erprobten Kampforganisationen und degradierten sie zu bedeutungslosen Verbänden im vorparlamentarischen Raum, statt sie als unabhängige politische Kräfte zu etablieren. Die Mitgliedschaft in diesen Parteien bedeutete die Zerstörung des Selbstbewußtseins und der Identität, die sie sich in langen Kampagnen erworben hatten. In ihren Organisationen waren sie ihre eigenen Königinnen gewesen, jetzt im Namen eines Frauenstimmrechts, von dem sie glaubten, es sei nur durch Parteieintitt verwirklichbar, wurden sie wieder Sklavinnen, im besten Fall Paradepferde und Aushängeschilder für eine männliche Partei-elite."[65]

Die Parteien hatten es verstanden, die Frauen in ihre Reihen aufzunehmen, ohne politische Zugeständnisse zu machen, und die Frauen hatten versäumt, ihr parteipolitisches Engagement mit frauenpolitisch relevanten Forderungen zu verknüpfen. Diese Erkenntnis ließ die radikalen Frauenrechtlerinnen noch bis in die 30er Jahre für eine gemeinsame Frauenliste kämpfen, die alle Parteigrenzen einreißen sollte - wie wir wissen, ohne jeden Erfolg.[66]
Der Anteil der Frauen in den Parlamenten war und blieb bescheiden, politische Inhalte wurden durch die Parlamentarierinnen nicht erkennbar frauenpolitisch geprägt.

> "Kaum in die politische Gleichberechtigung eingetreten, haben sie sich den Männerparteien angeschlossen und gehen im Joch der Parteidisziplin so unterwürfig, wie sie es privatim unter der Vormundschaft des Mannes gewohnt waren."[67]

So kam es zu der Paradoxie, daß Frauenpolitik zur Bedeutungslosigkeit verkam, obwohl mit der Teilnahme der Frauen am Parlamentarismus ein richtiger und wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung getan worden war. Bei dieser Bedeutungslosigkeit sollte es bis in die späten 70er Jahre

---

64 Vgl. Janssen-Jurreit (1976), S. 289

65 Janssen-Jurreit (1976), S. 283

66 Vgl. Dölle (1988), S. 92 ff.

67 Mayreder; zit. nach Janssen-Jurreit (1976), S. 279

bleiben, obwohl sich Ende der 60er Jahre eine neue deutsche Frauenbewegung etablierte.

Die rebellierenden Frauen der 60er und 70er Jahre lösten einen Prozeß aus, der eine ausgeprägte Stärkung ihres Selbstbewußtseins zur Folge hatte und sich in den 80er Jahren auch zunehmend in den Parteien und Organisationen zeigte. Doch waren die konkreten Ziele dieser unruhigen Zeit ursprünglich ganz anderer Natur.

Unter dem Einfluß wachsenden politischen Unmutes war ein gesamtgesellschaftliches Unruhepotential zu verzeichnen, das sich am deutlichsten in der Studentenbewegung zeigte.
Die Unterdrückung der Frauen im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) war dann auch Auslöserin für die Formierung der neuen deutschen Frauenbewegung.

> "Die Frau im SDS sollte schön wie ein Reklamebild sein, wenn möglich, mit modischer Kleidung und schick zurechtgemacht, gesellschaftlich attaktiv; sie sollte im Bett funktionieren wie im Büro, sexy und gleichzeitig fit im Tippen und Zusammenlegen von Papern, auch intellektuell auf der Höhe, damit sie 'mitreden' konnte; treue oder wechselnde Begleiterin ihres Freund-Genossen, dem sie es möglichst angenehm macht, damit er den Streß heftiger politischer Zeiten übersteht",

stellt Inga Buhmann[68] bissig fest.

Auf dem Bundeskongreß des SDS am 19. September 1968 in Frankfurt kam es dann zu dem legendären Tomatenwurf auf die männliche Vorstandsriege durch die Studentin Sigrid Rüger, die sich über die männliche Geringschätzung gegenüber einer Rede von Helke Sander derart empörte, daß sie spontan auf den Vorstandstisch zielte. Helke Sander hatte festgestellt:

> "Der Mann übernimmt die objektive Rolle des Ausbeuters oder des Klassenfeindes, die er subjektiv natürlich nicht will, da sie ihm ja auch wiederum nur aufgezwungen wird von einer Leistungsgesellschaft, die ihm ein bestimmtes Rollenverhalten auferlegt."[69]

Sie sprach für den "Berliner Aktionsrat zur Befreiung der Frau", der sich seit Anfang des Jahres regelmäßig in einem sogenannten 'Mittwochsplenum' getroffen hatte, um zu reden, sich auszutauschen, zu lernen, zu analysieren.

---

68 Buhmann (1988), S. 313

69 Zit. nach Schwarzer (1981), S. 16

> "Wir stellen fest, daß der SDS innerhalb seiner Organisation ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ist. Dabei macht man Anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur Artikulierung dieses Konfliktes zwischen Anspruch und Wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine Neuorientierung der SDS-Politik zur Folge haben müßte. Diese Artikulierung wird auf einfache Weise vermieden. Nämlich dadurch, daß man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt ... Warum sagt ihr nicht endlich, daß ihr kaputt seid vom letzten Jahr, daß ihr nicht wißt, wie ihr den Streß länger ertragen könnt, euch in politischen und geistigen Aktionen körperlich zu verausgaben, ohne damit einen Lustgewinn zu verbinden ... Warum kauft ihr euch denn alle den Reich? Warum sprecht ihr denn hier vom Klassenkampf und zu Hause von Orgasmusschwierigkeiten? ... Genossen, wenn ihr zu dieser Diskussion, die inhaltlich geführt werden muß, nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, daß der SDS nichts weiter ist als ein aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig. Die Genossinnen werden dann ihre Konsequenzen ziehen müssen."[70]

Und die folgten denn auch in Form einer feministischen Sozialismuskritik, der Wiederentdeckung der Ersten deutschen Frauenbewegung, der ganz konkreten Auseinandersetzung mit den bis dahin als privat abgewerteten Problemen und Schwierigkeiten. Die Frauen warteten nicht mehr auf die Männer, sondern sie handelten autonom und zunehmend selbstbewußter.

Aus der ganz konkreten Not heraus - unter den Frauen der ersten Stunde waren viele Mütter, deren Kinder betreut werden mußten - kam es zur antiautoritären Kinderladenbewegung.
Die Tatsache, daß diese Frauen sich im SDS kein Gehör verschaffen konnten, löste den bereits erwähnten spontanen Tomatenwurf aus, der von vielen Frauen des SDS durchaus als peinlich erlebt wurde und doch der Auftakt zur Gründung vieler 'Weiberräte' vor Ort war: "Frauengruppen, zu denen Männer keinen Zutritt hatten. Hier redeten Frauen endlich, ohne von den sprachgewaltigen Genossen überrollt zu werden."[71]

Bereits auf der Delegiertenkonferenz im November 1968 in Hannover waren acht solcher Gruppen vertreten, die gegenüber den Männern des SDS zunehmend offensiver wurden.[72]

---

70 Sander; zit. nach Buhmann (1988), S. 313

71 Schwarzer (1981), S. 13

72 Vgl. Brand (1986), S. 125

Obwohl die männlich dominierten Strukturen der Organisation Ziel der Kritik waren, sind die wohl wichtigsten Kämpfe der neuen Frauenbewegung gegen die Unterdrückung der privaten Erfahrungen und Erlebnisse der Frauen gerichtet gewesen.
Die Erkenntnis, daß die privaten Lebenssituationen der Frauen Ausdruck der patriarchalen Gesellschaft und somit hochpolitisch sind, veranlaßte Ulrike Meinhof 1968 zu dem Satz: "Nicht dem permanenten Ehekrach soll das Wort geredet werden, sondern der Öffentlichkeit des Krachs."[73]

Mit Frechheit und List wehrten sich die 'Bräute der Revolution' gegen die Reduktion auf Küche und Kinder, auf Tippen und Flugblattverteilen und warfen den Genossen deren Formen der Unterdrückung öffentlich vor.
Bereits Anfang 1969 erschien Karin Schrader-Klebers radikal-feministische Analyse der neuen Frauenbewegung im Kursbuch 17, worin sie die Frauen als die "Neger aller Völker" bezeichnete und die bedingungslose Solidarisierung der Frauen sowie die Umfunktionalisierung der Ehe forderte.[74]
Die bis dahin von den intellektuellen Frauen getragene Bewegung gewann an Breite durch die Selbstbezichtigungskampagne im Kampf gegen den § 218, als sich 1971 374 - auch mehrere prominente Frauen - öffentlich der Abtreibung beschuldigten.
Das Zusammentreffen von Studentinnen, Hausfrauen, Berufsfrauen, von jungen und alten Frauen offenbarte zunehmend die Widersprüche des Frauenlebens in einer spätkapitalistischen Gesellschaft, denn Berufstätigkeit, Bildungs- und Berufsqualifikation standen mit ihren emanzipatorischen Effekten einem bürgerlichen Frauenbild gegenüber, das die Familienarbeit mit ihren patriarchalen Strukturen glorifizierte, dabei gleichzeitig Frauen in unterbezahlte und niedrigstqualifizierte Arbeitsplätze zwang und die Doppelbelastung ignorierte.[75]

> "In allen Ländern, in denen eine Frauenbewegung existiert, werden Aktionen und Kampagnen durchgeführt, die vor allem gegen ökonomische, rechtliche und sexuelle Unterdrückung der Frauen gerichtet sind; gegen ihre Rolle in der Reproduktion und der Sozialisation der Kinder."[76]

---

73 Zit. nach Schwarzer (1981), S. 17

74 Vgl. Schwarzer (1981), S. 18 und S. 121 ff.

75 Vgl. Mitchell (1978), S. 177 f.

76 Mitchell (1978), S. 51

Auch die Rolle des Mannes geriet in dieser Zeit ins Wanken, Subjektivität und Emotionalität, bis dahin weibliche Werte, wurden auch für Männer salonfähig; es war durchaus opportun, daß Väter den Kinderwagen schoben oder Windeln wechselten und ihre Gefühle und Bindungen offenbarten.

Die Forderung nach persönlicher Freiheit bei gleichzeitiger Achtung der Freiheit anderer stellte die gesellschaftlichen Rollenbilder in Frage.
Selbsterfahrung und Kritik am Patriarchat wurden die Arbeitsfelder der Frauenbewegung, die Unterrepräsentanz der Frauen und ihrer Anliegen in allen gesellschaftlichen Bereichen wurden thematisiert, aber nicht gezielt bekämpft. Zwar erarbeiteten 1970 auf der Bundesfrauenkonferenz der SPD in Nürnberg etwa 30 Genossinnen ein Papier über den Sinn politischer Frauenarbeit, doch wurden frauenpolitische Aktivitäten vom SPD-Vorstand abgelehnt und von den Frauen nicht kraftvoll eingeklagt. Dorothee Vorbeck, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) kommentierte damals:

> "Der Frauenbereich wird eben ausgespart in der Partei. Zunächst mal mit dem Argument: das ist nicht politisch. Dann kommt das nächste: das schadet der Partei. Der wahre Grund ist natürlich, daß jeder einzelne von den Männern ganz elementar betroffen ist, persönlich profitiert von der Unterdrückung der Frauen."[77]

Die SPD-Frau machte damit die Situation der Frauen und ihrer Anliegen in vielen gesellschaftlichen Organisationen deutlich.

Die Auseinandersetzung mit frauenpolitischen Fragen, wie zum Beispiel dem § 218, Empfängnisverhütung, Gewalt gegen Frauen, Lohn für Hausarbeit etc. sorgten ebenso wie das Frauenferienlager auf Femö für die Solidarisierung der Frauen und die Etablierung frauenpolitischer Fragestellungen in der Gesellschaft.

Das zunehmende Bewußtsein von Frauen über die Diskrepanz zwischen den Aussagen des Grundgesetzes und einer gesellschaftlichen Realität, die sie von den Zentren der Macht ausschloß, ist ein Verdienst der Frauenbewegung, die immer wieder ermutigte, für die eigenen Rechte, aber auch für gesellschaftliche Veränderungen einzutreten.

Aus sich selbst heraus, aus der ganz persönlichen Betroffenheit, gewannen Frauen eine geschlechtsspezifische Identität, ein neues Selbstbewußtsein und

---

77 Zit. nach Schwarzer (1981), S. 37

damit gesellschaftliches Gewicht. Ein Indiz dafür ist das Entstehen einer eigenständigen Frauengegenkultur in den 70er Jahren.
Frauenhäuser, Frauenzentren, Frauenzeitschriften, Frauenbuchläden, Frauenverlage sind Einrichtungen von Frauen für Frauen, die die Männergesellschaft bewußt ausschließen bzw. kritisieren wollten. An den Universitäten wurden zunehmend Seminare mit frauenspezifischen Fragestellungen angeboten, die ebenfalls großenteils unter Ausschluß der Männer stattfanden. Frauen-Sommeruniversitäten bearbeiteten zum Beispiel theoretische Fragestellungen, wie die feministische Marxismuskritik, boten aber auch Selbsterfahrungskurse[78] an und waren Anlaufstellen für viele Frauen, die vor Ort keine feministischen Angebote vorfanden.

So erlebte die Frauenbewegung einen breit angelegten Aufschwung, sowohl regional als auch bezogen auf die Themenstellungen, ohne daß es dafür festgelegte Organisationsstrukturen gab, wie sie die erste Frauenbewegung kannte.[79]

Die Alltagserfahrungen der Frauen spielten in der Auseinandersetzung eine größere Rolle als die Theoriearbeit, und so verlief der ganz persönliche Emanzipationsprozeß vieler Frauen in Anbindung an die Frauenbewegung. Eine theoretische Aufarbeitung der Geschehnisse wurde kaum geleistet.

Ende der 70er Jahre flachte die Bewegung ab, zum einen durch die Stimmungen gegen Feministinnen aufgrund der Vorfälle des 'Deutschen Herbstes', zum anderen durch das Entstehen einer Ideologie der 'Neuen Mütterlichkeit'. Gleichzeitig erfolgte mit der Gründung der GRÜNEN die Aufnahme von Teilen der Frauenbewegung in diese Partei.

> "Auch die Programme der Bundespartei DIE GRÜNEN und der bunten bzw. alternativen Listen auf Landes und Kommunalebene belegen ein großes Ausmaß an gemeinsamen Überzeugungen. Wie keine andere parlamentarisch orientierte Organisation suchen diese Gruppen bislang dem Anspruch nach einer faktischen Gleichstellung der Frau gerecht zu werden, betrachten den Abbau jeder geschlechtsspezifischen Diskriminierung als integralen Bestandteil ihrer Politik."[80]

Die schnelle Akzeptanz der GRÜNEN bei den WählerInnen, verbunden mit der neuerlichen Erkenntnis, daß Frauen ein erhebliches Wählerpotential

---

78 Vgl. Schwarzer (1981), S. 75 ff.

79 Vgl. Brand (1986), S. 142 f.

80 Brand (1986), S. 149

darstellen, führte zu einem Boom frauenpolitischer Fragestellungen bei allen Parteien. Die bei den GRÜNEN relativ konsequent durchgehaltenen frauenpolitischen Strategien, wie beispielsweise Quotierungsbeschlüsse und getrennte Redelisten, sorgten für den sprunghaften Anstieg des Frauenanteils im Bundestag sowie in einigen Landtagen und brachte die Altparteien in Zugzwang (vgl. Kapitel 3).

Die Umsetzung der formalen Gleichberechtigung der Frauen in eine reale gesellschaftliche Gleichberechtigung innerhalb von Institutionen und auf parlamentarischer Ebene erfolgte nicht in angemessenem Umfang. Diese Defizite werden von den Frauen zunehmend thematisiert.

Es wird von den Frauen immer deutlicher erkannt und auch ausgesprochen, daß die mangelnde Repräsentanz ihres Geschlechts in den oberen Hierarchieebenen durch Ignoranz, Machtstreben und Seilschaften der Männer erzeugt wird und somit oft hausgemacht ist. Das drückt sich auch in Forderungen nach Frauenbeauftragten, Gleichstellungsstellen, Frauenförderplänen und Quotierungsbeschlüssen aus, die zunehmend mehr in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, öffentlichen Verwaltungen und Betrieben gestellt werden.

Gewerkschaftsfrauen, Theologinnen, Juristinnen, Technikerinnen, Parteifrauen, immer mehr organisierte Frauen kritisieren ihre Organisationen wegen der täglichen Diskriminierungen und fordern Veränderungen.

> "Nicht das Frauenstimmrecht an sich, sondern ein Frauenstimmrecht ohne politische Macht, ohne programmatische Zielsetzung in eigenen Organisationen, hat die Frauen zu politischen Eunuchen gemacht",[81]

schreibt Janssen-Jurreit über den Verfall der ersten deutschen Frauenbewegung.

Als Machtfaktor in der Gesellschaft erkannt worden zu sein, bei gleichzeitiger Stabilisierung eines weiblichen Selbstbewußtseins, ist das Verdienst der neuen deutschen Frauenbewegung. Frauenpolitik kann selbst von konservativen Politikern nicht mehr ignoriert werden. Frauen sind mehr denn je präsent, als Persönlichkeiten, als Wählerinnen, als Kritikerinnen und als Konkurrentinnen.

---

81 Janssen-Jurreit (1976), S. 303

Diese feministische Bewegung ist in ihrer Existenz nicht an überregionalen Organisationsformen festzumachen, denn die Angst vor der politischen Vereinnahmung, vor machtpolitischen Strukturen, aber auch die tatsächliche Heterogenität der Gruppen brachte das Prinzip der Autonomie hervor und ist bis heute ein wesentliches Kennzeichen dieser Bewegung.

Es zeigt sich ein schillerndes Bild von Frauenaktivitäten in autonomen Zusammenhängen, aber auch innerhalb vorhandener patriarchaler Organisationsstrukturen.

"Die Vielseitigkeit der neuen Frauenbewegung wird gerne mißverstanden als Kampf zwischen politischen Grundrichtungen oder als Orientierungslosigkeit."[82] Dabei geht es darum, Identität, Geschichte, Kultur, Wissenschaft usw. eigenständig zu definieren, losgelöst von männlichen Strukturen, in weiblichen Arbeits- und Lebenszusammenhängen.

> "Aus einer Analyse der Quellen der Geschlechtsspezifik im Verhältnis zur Macht und im politischen Verhalten ist aber vielmehr die Erkenntnis zu gewinnen, daß die Neue Frauenbewegung ihre Kraft gerade daraus gewonnen hat, daß sie die unterschiedlichen Momente einer widersprüchlichen Situation aufbewahrt und nicht unterdrückt. So werden zum Beispiel Gleichheit *und* Verschiedenheit gefordert"[83]

- ein Ziel, das in der italienischen Frauenbewegung mit dem Begriff "Affidamento" umschrieben und derzeit auch bei uns diskutiert wird.[84]
Beschrieben wird dieser Begriff in "Wie weibliche Freiheit entsteht - Eine neue politische Praxis" von der Libreria delle donne di Milano.

> "'Affidamento' meint die Beziehung von Frauen zueinander. Damit sind nicht nur Freundschaften gemeint, es umfaßt weit mehr: Frauen sollen sich auf Frauen beziehen, auf ihre aktuellen und historischen Leistungen und Fähigkeiten. Nicht Männer und ihre Werke sollen Vorbild und Maßstab sein, sondern Frauen: ihre Bücher, Ideen und Taten, ihr Alltag und ihre Erfahrungen ... Wichtiger Punkt und Teil des 'affidamento' ist die Anerkennung der Ungleichheit von Frauen."[85]

---

82 Hagemann-White (1986), S. 48

83 Hagemann-White (1986), S. 48

84 Vgl. Soltau (1989); Wulfing (1989); Leserbriefe in der Die Tageszeitung (TAZ) vom 25.04.1989

85 Soltau (1989)

So ist die Neue Frauenbewegung nach einer Phase der Analyse und der Selbsterfahrung, die notwendig für die Stabilisierung des eigenen Selbstbewußtseins war, in einer neuen Phase, die das *Wie* und das *Warum* des Frauenengagements klären will. Die Aufgabe des Gleichheitsgedankens ohne die Aufkündigung der Frauensolidarität gibt Raum für Fragestellungen, die ein Netzwerk von Frauen als Gegenstück zu männlichen Seilschaften fördern kann und soll, dabei die unterschiedlichen Kenntnisse und Erfahrungen von Frauen ebenso anerkennt und nutzt wie die Hierarchien, in denen sich auch heute schon vereinzelt 'bewegte' Frauen befinden. Die Orientierung an männlichen Normen und Werten soll dabei bewußt vermieden werden, eigenständige weibliche Strategien werden gefordert. Hagemann-White meint dazu:

> "Die Frage nach der Teilhabe der Frauen am öffentlichen Leben war lange Zeit (aus guten Gründen) die Frage nach der Emanzipation, dem Schritt aus der Unmündigkeit heraus. Das Neue an der Frauenbewegung war, daß sie nicht mehr die Frage stellt, *ob* Frauen in die Politik können, sollen, sondern die Frage, *wozu* und *wie* Frauen Politik machen wollen und werden. Diese Verlagerung der Frage hat, so meine These, letztendlich die Öffnung für neue frauenpolitische Inhalte in Gang gesetzt, weil die Frage nach dem *Wozu* und dem *Wie* der Politik die Legitimationskrise männlicher Macht weit empfindlicher trifft als die Frage nach gleichen Rechten es je vermocht hat."[86]

Das macht deutlich, daß die Heterogenität der Frauen, mit der damit verbundenen Möglichkeit des Austausches, der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, mit einer eigenwilligen politischen Kultur und den autonomen wie auch institutionellen Bezügen, gerade ihre Stärke ausmacht, denn die Frauenbewegung hat

> "Raum und Anerkennung für eine eigenständige Sichtweise von Frauen auf alle gesellschaftlichen Probleme gefordert und geschaffen. Als Folge hat sich nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der politischen Partizipation von Frauen verändert. Das war nur möglich - und birgt nur deshalb noch Veränderungspotential für die Zukunft -, weil die Freilegung der Sicht von Frauen sowohl einen neuen Begriff des Politischen (der das Persönliche mit einschließt) wie auch eine andere Beziehung zur Macht zur Diskussion stellte".[87]

---

86 Hagemann-White (1986), S. 49; Hervorhebungen im Original

87 Hagemann-White (1986), S. 38

Daß dies ein langwieriger Prozeß ist, der auch innerhalb der Frauenbewegung immer wieder die Gemüter erhitzt, verdeutlicht ein Bild, das Hannelore May anläßlich einer erneut versuchten und gescheiterten Gründung des Berliner Weiberrates 1984 zeichnete:

> "Ein Ochse zieht den Pflug eilig nach vorne, wird aber gebremst durch den Widerstand der Erde, wodurch sich der Pflug dreht das Feld wird umgepflügt ... Jedenfalls liefert die Umwandlung feministischer Bewegungen der einen in die andere Art offenbar einige Energien, die Widerstände eingeschlossen."[88]

Dieser 20jährige Prozeß des 'Umpflügens' hat Spuren hinterlassen, in der bundesdeutschen Frauenszene ebenso wie in den verschiedensten Organisationen und Institutionen.

Wenn auch von vielen das Ausbleiben einer feministischen Revolution beklagt wird, so muß anerkannt werden, daß diese Spuren von einer Bewegung zeugen, die zu tiefgreifenderen Veränderungen führen kann, als es manchem Patriarchen recht ist.

Die Veränderungen auf parlamentarischer Ebene, dieser Männerdomäne, die trotz 70 Jahre aktiven und passiven Wahlrechts der Frauen noch nicht ins Wanken geriet, sind nicht revolutionär, aber doch stetig. Sie weisen nicht auf eine nahende Parität hin, und doch sind sie nicht zu übersehen; sie machen Hoffnung, ohne zu einer Euphorie Anlaß zu geben. Und sie sind zurückzuführen auf das veränderte gesellschaftliche Bewußtsein von Männern und Frauen, entstanden aufgrund eines jahrelangen Kampfes der Frauenbewegung.

---

88 May (1987), S. 103

3 *70 Jahre Wahlrecht - was haben sie gebracht?*

Die Verhältnisse in Zahlen

Der Anteil der Frauen an der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland betrug 1986 im Jahresdurchschnitt 52,1%[1] und hat sich in den vergangenen Jahren auch nie wesentlich verändert.
Dieses Bild spiegelt sich jedoch im politischen Leben unseres Landes - aber auch anderer Länder - nicht wider; hier spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, ja eine Nebenrolle, und das durchgängig seit Jahrzehnten und quer durch alle Parteien und Parlamente.

In diesem Kapitel soll anhand von Zahlen dargestellt werden, inwieweit Frauen an politisch relevanten Schnittstellen der Parteidemokratie erscheinen und ob sich hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten Veränderungen zeigen.
Es soll aber auch gezeigt werden, wie Frauen sich als Wählerinnen verhalten, ihr aktives Wahlrecht nutzen und damit Einfluß auf politische Zielsetzungen nehmen.

3.1 Frauen in den Parteien

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht besonders populär. Nur 45% aller wahlberechtigten BürgerInnen sind Mitglieder in Bundesparteien.
Bereits hier zeigt sich eine deutliche Zurückhaltung bei den Frauen, die nur zu 1,8% organisiert sind, wohingegen die Männer immerhin 7,7% aufweisen können.[2]

Von den ca. 1,9 Mio. Parteimitgliedern sind 1985 22,9% Frauen gewesen; ihr Anteil betrug noch 1974 nur 18,2% und stieg in den dazwischenliegenden Jahren kontinuierlich, obwohl die Anzahl der Mitglieder insgesamt bei der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der Sozialdemokratischen Partei

---

1 Gerechnet nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches 1988, S. 62

2 Vgl. Hoecker (1987), S. 40

Deutschlands (SDP) und der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.) rückläufig ist.[3]

Der Anteil der weiblichen Mitglieder in den einzelnen Parteien lag 1987[4] bei:

25,9% in der SPD,
22,4% in der CDU,
ca. 25,0% in der F.D.P.,
ca. 30,0% bis 40,0% bei den GRÜNEN.[5]

Die F.D.P. konnte in den Jahren 1971 bis 1987 bis 11% eine relativ höhere Zuwachsrate verzeichnen als SPD und CDU mit 8,1% bzw. 8,3%.

Aus dem Rahmen fällt die Partei DIE GRÜNEN, die trotz der unsicheren Datenlage als Spitzenreiterin bezeichnet werden kann (vgl. Tabelle 1).[6]

In absoluten Zahlen waren 1987 in der SPD 236.090[7], in der CDU ca. 158.100[8], in der F.D.P. ca. 16.800[9] und bei den GRÜNEN ca. 15.240[10] Frauen als Mitglieder eingeschrieben.

Obwohl der Anteil der Frauen in den Parteien in absoluten Zahlen stark differiert, ist doch bei der prozentualen Wiedergabe der Mitgliederzahlen ein Angleichen festzustellen. Alle Altparteien haben mittlerweile mehr als 22% weibliche Mitglieder, und überall ist der Trend der vergangenen 20 Jahre kontinuierlich steigend. Somit kann von einer stetig größeren Orga-

---

3 Vgl. Hoecker (1987), S. 41; Hoecker läßt bei dieser Zusammenstellung die Partei DIE GRÜNEN außer acht.

4 Laut schriftlichen Mitteilungen der jeweiligen Partei.

5 Da für DIE GRÜNEN weder bei der Bundesgeschäftsstelle noch bei den Landesgeschäftsstellen geschlechtsspezifische Mitgliederkarteien geführt werden, kann der Anteil nur anhand vorliegender Zahlen geschätzt werden (Niedersachsen 1985: 31%; Berlin 1980: 36,7%; Bremen 1989: 43,5% und Baden-Württemberg 1989: 35,5%).

6 Alle Tabellen und Graphiken befinden sich im Anhang dieses Buches.

7 Für die Jahre 1946 bis 1987 lag mir eine schriftliche Zusammenstellung der SPD vor.

8 Errechnet aufgrund der schriftlichen Mitteilung der CDU

9 Errechnet aufgrund der schriftlichen Mitteilung der F.D.P.

10 Bei einem Gesamtmitgliederbestand von 43.543 (lt. Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle) wurde ein Frauenanteil von 35% zugrunde gelegt.

nisationsbereitschaft der Frauen gesprochen werden, und zwar unabhängig vom politischen Standort. Die Tatsache, daß in absoluten Zahlen mehr Frauen in der SPD eingeschrieben sind als in der CDU, sagt eher etwas über die Organisationsbereitschaft bestimmter Wählergruppen aus als über die von Frauen.

Im folgenden wird sich zeigen, daß Frauen bis Mitte der 80er Jahre in keinem Parlament entsprechend ihres Mitgliederanteils an den Parteien vertreten sind und es auch niemals waren. Diese Tatsache macht innerparteiliche Machtstrukturen sichtbar, denn bei der KandidatInnenaufstellung haben immer die Männer die Stimmenmehrheit und damit die Entscheidungsgewalt über die Vergabe sicherer Wahlkreise oder Listenplätze, und das wirkt sich ganz offensichtlich zum Nachteil der Frauen aus.

Deutlich wird das bei einem Vergleich zwischen den Kandidaturen von Frauen und ihrer Wahl in das jeweilige Parlament, denn der Anteil der Bundestagskandidatinnen ist seit 1949 fast kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten blieb jedoch immer unter dem der Kandidaturen (vgl. Tabellen 2 und 4). Hierzu muß jedoch angemerkt werden, daß gerade "die kleinen Parteien des linken Spektrums"[11] relativ viele Frauen aufstellen und damit den Prozentsatz der Kandidatinnen maßgeblich erhöhen, obwohl sie als Partei bei den Wahlen relativ chancenlos sind.

Unabhängig davon ist jedoch zu erkennen, daß die vermehrte Kandidatur von Frauen sich kaum auf deren parlamentarische Repräsentanz auswirkte. So wurden 1980 von den Kandidaten der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. 37,7% gewählt, von den Kandidatinnen der gleichen Parteien jedoch nur 18,3%.[12]
Das macht deutlich, daß die sicheren Listenplätze ebenso den Männern vorbehalten sind wie die sicheren Wahlkreise, was in nicht unerheblichem Maße ausschlaggebend ist für den Frauenanteil in den Parlamenten.

---

11 Herzog (1983); zit. nach Hoecker (1987), S. 76; gemeint sind DKP, KBW, DIE GRÜNEN

12 Vgl. Hoecker (1987), S. 76 f.

3.2 Frauen in Parlamenten

An dieser Stelle soll der Frauenanteil in den verschiedensten Parlamenten dargestellt werden, denn nur über diese Schaltzentralen der politischen Macht können Frauen direkten Einfluß auf politische Entwicklungen nehmen. Wenn auch der außerparlamentarische Einfluß von Interessengruppen nicht zu unterschätzen ist, so werden doch die politisch relevanten Entscheidungen in den Volksvertretungen gefällt, was die politische Repräsentanz von Frauen in diesen Gremien so bedeutend macht.

3.2.1 Frauen im Reichstag

Nachdem Frauen 1919 das aktive und passive Wahlrecht erhalten haben, zogen sie sofort mit 8,7% in die Nationalversammlung und mit 8% in den Reichstag ein.

In den folgenden Reichstagen fiel ihr Anteil fast stetig von Wahljahr zu Wahljahr, bis sie dann 1933 wieder verschwunden waren, da die Nationalsozialisten den Frauen andere Aufgaben als die der Politikerinnen zugedacht hatte (vgl. hierzu Tabelle 3).

3.2.2 Frauen im Deutschen Bundestag

Im Parlamentarischen Rat 1948 kamen 70 Abgeordnete der elf westdeutschen Länder sowie Westberlins zusammen, um die Vorbereitung und Abfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu beraten.
Unsere Verfassungs'-Väter' (wie sie noch heute gern genannt werden) hatten vier Verfassungs'-Mütter' in ihrer Mitte, was einem Anteil von 5,7% entspricht. Eine von ihnen, Elisabeth Selbert, hat dabei maßgeblich für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfen müssen (vgl. Kapitel 2.2).

Die zehn folgenden Bundestage hatten zu Beginn ihrer Legislaturperioden nie mehr als 9,8% Frauen in ihren Reihen; nur einmal überspringt der Frauenanteil die 10%-Marke um 0,2%, nämlich am Ende der Legislaturperiode des Zweiten Deutschen Bundestages.
Erst durch die Wahl zum Elften Deutschen Bundestag gab es eine deutliche Steigerung des Frauenanteils auf 15,4%. Für alle Parteien zogen mehr Frauen als im Vorjahr in das höchste deutsche Parlament ein. Die deutlichste Steigerung zeigt sich bei den GRÜNEN, die mit 37,7% bereits die Spitzenreiter der Zehnten Legislaturperiode waren und nun 56,8% Frauen in

den Bundestag schickten. Aber auch die SPD erreichte mit 16,1% ihren bisher höchsten Frauenanteil in diesem Parlament, während CDU/CSU und die F.D.P. hinter bisherige Höchstzahlen zurückfielen.
Rein rechnerisch ist der relativ hohe Prozentsatz von 15,4% Frauen im Bundestag der Elften Legislaturperiode im wesentlichen auf die Partei DIE GRÜNEN zurückzuführen.

Insgesamt läßt sich jedoch kein kontinuierliches Bild von der Entwicklung des Frauenanteils im Bundestag zeichnen, da es sowohl in der Gesamtheit aller Frauen als auch bezüglich der Anteile der Frauen an den einzelnen Parteien prozentuale Höhen und Tiefen gibt, die zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten auftraten und somit nicht als allgemeine Trends zu analysieren sind (vgl. Tabelle 4).
So hatte beispielsweise die SPD in den 50er Jahren mehr Frauen in ihrer Fraktion als in den Folgejahren; erst 1987 überspringt sie die relativ hohen Anteile von 1953 (13%) und 1957 (12,2%).
Die F.D.P. hatte in der Achten und Neunten Wahlperiode die meisten Fraktionsfrauen. In der CDU/CSU gab es dagegen keine auffälligen Veränderungen (vgl. Tabelle 4).
Auffällig ist jedoch die Tatsache, daß bis auf eine Ausnahme (1969) am Ende der Legislaturperioden immer mehr Frauen im Bundestag saßen als am Anfang - ein Beweis dafür, daß Frauen relativ häufiger nachrücken als Männer.
Das untermauert die Feststellung, daß die sicheren Wahlkreise und Listenplätze eher von Männern besetzt werden und die Frauen erst nach deren Ausscheiden zum Zuge kommen, denn von 1949 bis 1980 sind nur 75 Frauen über ein Wahlkreismandat in den Bundestag eingezogen, aber 2.218 Männer.[13]
Hinzu kommt, daß Frauen nie entsprechend ihrem Mitgliederanteil in den Parteien berücksichtigt wurden. Bis auf die F.D.P. haben alle Parteien, so weit Zahlen vorliegen, immer mehr als 10% Frauenanteil an den Mitgliedern aufweisen können; im Bundestag fanden sich aber im Durchschnitt lediglich 8,6% wieder.

In den Bundestagen der Ersten bis Zehnten Legislaturperiode haben 173 Frauen diesem höchsten Parlament angehört, davon 70 der Fraktion der CDU/CSU, 68 der Fraktion der SPD, 19 der Fraktion der F.D.P. sowie sechs

---

13 Vgl. Potthast (1986), S. 24

den sonstigen Gruppierungen. Somit ist die Anzahl der Frauen in den Fraktionen von CDU/CSU und SPD annähernd ausgeglichen.

Die Fraktion der GRÜNEN sprengt jedoch alle bisherigen Erfahrungen, da sie in nur zwei Legislaturperioden 35 weibliche Abgeordnete in dieses Parlament entsandte (vgl. Tabelle 4).[14]

Vergleichen wir die Frauenanteile der einzelnen Parteien der letzten Wahlperiode, so folgt den GRÜNEN mit 56,8% die SPD mit 16,1%, die F.D.P. mit 12,5% und die CDU/CSU mit 7,7% (vgl. Tabelle 5).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Frauen ihren Anteil im Bundestag kontinuierlich steigern konnten, wobei die Fraktion der GRÜNEN prozentual am besten abschneidet, da in dieser Partei die Listenplätze für die Elfte Legislaturperiode nach dem Paritätsprinzip vergeben wurden.
Bei den Altparteien werden die Wahlchancen der Frauen klein gehalten durch einen wesentlich geringeren Anteil an Kandidatinnen sowie durch die Bevorzugung von Männern bei der Vergabe von sicheren Wahlkreisen und Listenplätzen. Jedoch wird deutlich, daß sich auch hier etwas bewegt, denn sowohl die Anzahl der Kandidatinnen ist steigend als auch deren Anteil an den errungenen Mandaten. Doch sind diese Steigerungen sehr bescheiden, was nicht gerade von besonderen Bemühungen der Altparteien zeugt.

3.2.3 Frauen in den Landtagen

Ähnlich wie im Bundestag verlief die Entwicklung des Frauenanteils in den Landtagen. Fülles stellt für die Jahre 1946 bis 1965 einen Frauenanteil zwischen 7,9% und 7,1% fest.[15]
In den zwischen 1975 und 1979 zuletzt gewählten Länderparlamenten fanden sich 8,0% Frauen, zwischen 1980 und 1984 9,9%.
Das bedeutet, daß sich in den ersten vier Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland der Frauenanteil auch auf Länderebene kaum verändert hat. Zwar läßt sich eine leichte Steigerung ausmachen, aber sie ist so gering, daß sie als bedeutungslos eingestuft werden muß.
Erst der Durchschnitt aller zwischen 1985 und 1988 gewählten Länderparlamente zeigt eine deutliche Steigerung des Frauenanteils auf 15,7%.

---

14 Parlamentarierinnen in deutschen Parlamenten 1919-1983, S. 3; sowie Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, S. 3

15 Vgl. Fülles (1969), S. 85

Dabei weisen die einzelnen Länderparlamente erhebliche Unterschiede auf: während Baden-Württemberg lediglich 8,8% Frauen zu verzeichnen hat, finden sich in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie in Schleswig-Holstein weit über 20% Frauen in den Volksvertretungen (vgl. Tabelle 6).
Durchgängig sind bis auf eine Ausnahme (Baden-Württemberg) derzeit in allen Landtagen mehr als 10% Frauen vertreten.
Dabei wird deutlich, daß zwischen Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre kaum gravierende Steigerungen festzustellen sind (Ausnahme: Hamburg +6,7%), während auffällig starke Steigerungen zwischen Anfang der 80er Jahre und Mitte der 80er Jahre zu erkennen sind. So wurde in Hamburg und in Schleswig-Holstein jeweils eine Steigerung von über 12% erzielt, aber auch Berlin, Bremen, Niedersachen und das Saarland hatten Steigerungsraten um 6%. Selbst Bayern und Nordrhein-Westfalen konnten ihren Frauenanteil im Länderparlament um nie dagewesene 4,8% bzw. 4,9% erhöhen.
Somit wurde der Frauenanteil in den meisten Länderparlamenten in den vergangenen zwei bis drei Legislaturperioden verdoppelt, wenn nicht gar verdreifacht, wie in Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein (vgl. Tabelle 7).

Ein Vergleich der Zahlen zeigt deutlich, daß DIE GRÜNEN sowie die an 'grüner Politik' orientierten Parteien (GAL, AL) mit einem Anteil von 46,4% Frauen in ihren Fraktionen der zwischen 1975 und 1988 gewählten Länderparlamente der formalen Gleichberechtigung am nächsten kommen.

Die SPD hatte unter ihren Landtagsabgeordneten bislang 11,2%, die F.D.P. 9,8% und die CDU/CSU 7,5% Frauen (vgl. Tabelle 8). Doch sind bei allen Fraktionen Steigerungen der Frauenanteile festzustellen. In den zwischen 1985 und 1988 zuletzt gewählten Landtagen kommen die Frauen bei den GRÜNEN auf 51,2% aller Sitze, bei der SPD auf 17,0%, bei der F.D.P. auf 19,6% und bei der CDU/CSU auf 10,2% (vgl. Tabelle 9).

Wenn auch die SPD bei der Steigerungsrate nach den GRÜNEN eine Spitzenposition einnimmt, muß doch deutlich gemacht werden, daß die Frauen der CDU in einzelnen Länderparlamenten einen höheren Anteil haben als die der SPD (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz). Somit kann nicht von einem Trend ausgegangen werden, der sich nur im linken Parteienspektrum zeigt. Vielmehr wird insgesamt eine Steigerung des Frauenanteils in den Länderparlamenten deutlich, wenn auch die Geschwindigkeit, mit der es zu Veränderungen kommt, sehr unterschiedlich ist.

Interessant wären Untersuchungen über die Ursachen für die teilweise sehr starken Abweichungen der Frauenanteile gleicher Parteien zwischen den einzelnen Länderparlamenten, was aber im Rahmen dieser Untersuchung nicht geleistet werden kann.

Betrachten wir die Frauen aller Fraktionen für sich genommen als eine Gruppierung in den Parlamenten, ist interessant, welche politische Gruppierung das meiste Gewicht hat. Dabei wird deutlich, daß die SPD-Frauen mit 46,4% mehr Gewicht haben als die Gesamtpartei mit nur 43,1%. Auch bei den GRÜNEN liegt der Anteil der Frauen mit 19,3% weit über dem der Partei mit nur 6%. Während die F.D.P.-Frauen annähernd entsprechend dem Anteil ihrer Partei vertreten sind, bleiben die CDU-Frauen mit nur 29,4% weit dahinter (vgl. Tabelle 10).

Insgesamt wird deutlich, daß der Einzug der GRÜNEN in die Länderparlamente ebenso wie im Bundestag erhebliche Auswirkungen auf die positive Entwicklung der Frauenrepräsentanz hatte, obwohl Schleswig-Holstein zeigt, daß bei entsprechenden Bemühungen der Frauenanteil auch ohne parlamentarische Repräsentanz der GRÜNEN deutlich gesteigert werden kann.
Gleichwohl ist zu erkennen, daß alle Parteien ihren Frauenanteil gesteigert haben. Das legt die Vermutung nahe, daß die frauenpolitische Ausrichtung der GRÜNEN die Altparteien veranlaßt hat, vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, ihren Frauen zu mehr politischer Repräsentanz zu verhelfen, indem sie vermehrt in sicheren Wahlkreisen oder auf sicheren Listenplätzen nominiert wurden.

3.2.4 Frauen in kommunalen Parlamenten

Während der Frauenanteil in den Stadt- und Gemeinderäten in den vergangenen Jahrzehnten immer über dem der Bundes und Landtage lag, zeigt sich Ende der 80er Jahre ein Angleichen der Zahlen durch eine rasante Steigerungsrate in den überregionalen Parlamenten. Zwar zeichnet sich auch auf kommunaler Ebene eine kontinuierliche Steigerung ab, denn 1973 waren lediglich 8,3% Frauen in den Räten, 1979 steigerte sich der Anteil bereits auf 11,4%, und 1983 hatten sie gar 13,4% der Mandate errungen, aber von einem sprunghaften Anstieg kann nicht gesprochen werden; vielmehr gab es durchschnittliche Steigerungsraten von knapp einem Prozent jährlich (vgl. Tabelle 11).

Auffällig ist, daß der Frauenanteil mit zunehmender Einwohnerzahl steigt. So sind 1987 in Städten und Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern lediglich 14% in den Räten, während in den Städten und Gemeinden mit 100.000 bis 200.000 Einwohnern 19% und in Städten mit mehr als 1.000.000 Einwohnern gar 24,3% der Mandate (vgl. Tabelle 12) den Frauen zugefallen sind.
Wenn diese Steigerung auch nicht stetig und gleichmäßig verläuft, so ist doch die Tendenz eindeutig. Dieses Phänomen hatte Fülles bereits in den 60er Jahren festgestellt,[16] und auch in den Jahren 1973 bis 1985 zeigte es sich wieder.

Im Städtevergleich bestätigt sich dieses Bild, denn Spitzenreiter mit mehr als 30% Frauenanteil sind ausschließlich große Städte: Freiburg mit 35,4%, München mit 33,8%, Göttingen mit 32,7%, Karlsruhe mit 30,3%. Es finden sich nur zwei Großstädte mit weniger als 10% weiblichen Ratsmitgliedern. Das sind Bottrop (8,5%) und Mönchengladbach (9%), obwohl insgesamt 102 von 502 Städten und Gemeinden diesen Anteil unterschreiten. Acht vorwiegend kleinere Gemeinden haben gar nur 2,6% oder gar keine Frauen in ihren Räten.[17] Das läßt vermuten, daß Strukturen und Sozialisation einer Großstadt Frauen eher zu politischen Aktivitäten anregen als ländliche Gebiete und Kleinstadtmilieu. Das gilt jedoch nur für die Gesamtzahl der Mandate.

Betrachtet man die Parteien einzeln, ergibt sich ein etwas anderes Bild: Wir finden ausgeprägt steigende Tendenzen mit steigender Einwohnerzahl bei SPD- und GRÜNEN-Frauen (Ausnahme: Städte mit mehr als 1.000.000 Einwohner), bei der CDU hingegen fällt der Anteil der Frauen mit steigender Größe der Städte. Bei den Wählergruppen finden sich mit 6,1% mehr Frauen als in der F.D.P. mit nur 3,5% (vgl. Tabelle 12).

Bezogen auf die Gesamtheit aller *Ratsfrauen* hat die SPD 32,9% aller Sitze und damit prozentual mehr Einfluß als die SPD als Gesamtpartei. Ähnlich geht es den GRÜNEN-Frauen mit 10,6% zu 5,7% der Anteile an Mandaten.

---

16 Vgl. Fülles (1969), S. 74

17 Der Städtetag 7 (1988), S. 525 ff.

> "Je kleiner die Gesamtzahl der Mandate ist, desto geringer sind die Möglichkeiten für weibliche Kandidaten, aufgestellt und gewählt zu werden. Es scheint hier eine gewisse Mindestgrenze zu geben, unter der die Frau keine Chance mehr hat",[18]

stellte Bremme 1961 fest und bezog sich auf die Zahl der Frauen in der F.D.P. Diese Aussage trifft auch auf die Frauenanteile in Wählergruppen zu.

Hinsichtlich der Wahlergebnisse der GRÜNEN-Frauen muß diese These jedoch als falsch bezeichnet werden, denn deren Ergebnisse machen deutlich, daß bei entsprechendem politischen Willen Frauen auch in kleinen Parteien eine solide Chance haben, denn immerhin sind derzeit bereits 28,8% der Mandate dieser Partei Frauen zugute gekommen.
Dieser Anteil wird sich voraussichtlich noch erhöhen, da immer mehr Ortsverbände die 50%ige Quotierung der KandidatInnen vornehmen.
Somit kann vermutet werden, daß es eine Abhängigkeit zwischen der Anzahl der Kandidaturen und den von Frauen errungenen Mandaten gibt. Zwar wirken sich die verschiedenen Wahlergebnisse unterschiedlich auf die Durchsetzbarkeit von Kandidatinnen aus, doch ist die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, mit zunehmender Anzahl weiblicher Kandidaten größer.
In welchem Umfang und mit welchen Auswirkungen dies der Fall ist, soll im folgenden Kapitel exemplarisch am Beispiel der Stadt Oldenburg untersucht werden.

3.3 Die Oldenburger Parlamente 1919 bis 1986

Als sich 1919 der Freistaat Oldenburg eine demokratische Verfassung gab, wirkten an der verfassungsgebenden Landesversammlung noch keine Frauen mit,[19] obwohl es bereits 19 Kandidatinnen gab[20].
In den folgenden *Landtagswahlen* kandidierten die Frauen dann ebenfalls ohne Erfolg, denn trotz eines durchschnittlichen Kandidatinnenanteils von 8% (vgl. Tabelle 13) konnte erst 1932 die erste Frau aufgrund des Wahlergebnisses in den Landtag einziehen: die SPD-Abgeordnete Elisabeth Frerichs, die bereits in Rüstringen im Stadtrat vertreten war. Diese engagierte

---

18 Bremme; zit. nach Fülles (1969), S. 74

19 Vgl. STA OL, Best 136, Nr. 818; Best 131, Nr. 90

20 Vgl. Oldenburger Anzeiger vom 18. Februar 1919

und in den Frauenausschüssen aktive Politikerin gehörte zu den Pionierinnen der Arbeiterwohlfahrt im Weser-Ems-Gebiet.
Auch nach dem II. Weltkrieg tauchte ihr Name in den Parlamenten der Stadt Oldenburg und im Niedersächsischen Landtag auf.[21]
Außerdem gab es drei Frauen, die für ausscheidende Landtagsabgeordnete nachrückten. Das waren 1919 Maria Brand, gen. Reuschen, für das Zentrum, 1921 Auguste Henke für die Deutsche Volkspartei (DVP) und 1932 Ilsa Wübbenhorst für die SPD.[22]

Betrachten wir die Entwicklung der Kandidatinnenaufstellung, so ist nach den ersten Anstrengungen von 1919 und 1920, die 9,8% bzw. 9,6% weibliche Kandidaten hervorbrachten, 1923 ein Absinken des Anteils auf 7,1% und 1925 auf 3,8% festzustellen. 1928 und 1931 stieg der Anteil wieder auf 7,7% bzw. auf 10,7% (vgl. Tabelle 13).
Es ist zu vermuten, daß alle Parteien Angst vor dem für sie unkalkulierbaren Wahlverhalten der Frauen hatten und daher bemüht waren, das Risiko so gering wie möglich zu halten. Das zeigte sich nicht zuletzt daran, daß fast alle Parteien, aber gerade diejenigen, die keine wählenden bzw. gewählten Bürgerinnen wollten, Frauen auf der Kandidatenliste hatten. Als die Frauen dann aber gar nicht so revolutionär wählten, ließen scheinbar die Anstrengungen bei der Kandidatinnenaufstellung nach, so 1923 und 1925.
Das erneute Ansteigen des Frauenanteils 1931 auf 10,7% könnte auf die Erfolge der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zurückzuführen sein, die zwar selber keine Frauen kandidieren ließ, aber die anderen Parteien veranlaßte, möglichst viele Kandidaten und Kandidatinnen aufzustellen, was sich besonders bei der KPD zeigte. Zum Beweis dieser These bedürfte es jedoch weitgehender Unterschungen.

Bei der Analyse der Parteien kann keine einheitliche Tendenz ausgemacht werden. Die Deutsche Demokratische Partei (DDP), DNVP und DVP reduzierten den Anteil weiblicher Kandidaten relativ und absolut bis 1925 und steigerten ihn 1928 und 1931 wieder.

Beim Zentrum fällt der Anteil der Frauen lediglich 1923, um dann 1925 und 1928 wieder prozentual zu steigen, relativ jedoch gleichzubleiben. Die SPD hat lediglich 1925 einen 'Einbruch' mit nur 4%, in den Jahren 1920, 1923

---

21 Vgl. Vahlenkamp (1983)

22 Vgl. STA OL, Best 136, Nr. 819

und 1928 Steigerungen zu verzeichnen. In der KPD spielten die Frauen lediglich 1923, 1931 und 1932 eine Rolle, dann jedoch zu relativ hohen Anteilen (9,7%, 25%, 17%) (vgl. Tabelle 14).[23] Somit weist vieles darauf hin, daß im ersten Wahljahr von den Parteien mehr Anstrengungen unternommen wurden, Frauen aufzustellen, als in den Folgejahren, da das Wahlverhalten der Frauen noch nicht kalkulierbar war.

Diese These wird erhärtet, wenn die Zahlen der Landtagswahlen mit denen der *Gesamtstadtratswahlen* im selben Zeitraum verglichen werden. Hier fielen die Anteile der Frauen zwischen 1919 und 1930 stetig, jedoch kandidierten immer relativ mehr Frauen für den Stadtrat (10,6%) als für den Landtag (8,2%), und hier konnten auch mehr Frauen ein Mandat erringen (6,4%).

Aus den Zahlen der Tabelle 15 läßt sich ein Zusammenhang ableiten zwischen dem Anteil der Kandidatinnen und dem Anteil der von Frauen erlangten Mandate, wobei jedoch der Anteil an den Mandaten immer unter dem der Kandidaturen liegt. Auch in Grafik 1 zeigt sich ein annähernd gleicher Kurvenverlauf. Dieser Zusammenhang läßt sich auch nach dem II. Weltkrieg bei den Wahlen zum *Stadtrat* ablesen. So fiel der prozentuale Anteil der Kandidatinnen in den 60er Jahren bis auf 9,3%, um dann bis 1986 wieder auf 25,7% zu steigen.
Der Verlauf der Anteile an den Mandaten zeichnet den Tiefpunkt auch in den 60er Jahren und steigt dann wieder an. Zwar schlägt sich die Spitzenzahl an Kandidatinnen 1961 sowie besonders 1981 nicht in den Mandaten nieder, da die Frauen überpropotional auf den hinteren Listenplätzen standen; doch ist darüber hinaus der Kurvenverlauf recht ähnlich (vgl. Tabellen 16 und 8; Grafik 2).

An dieser Stelle scheint mir die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kandidaturen und Mandaten parteipolitisch interessant zu sein. Durchgängig ist festzustellen, daß bei SPD und CDU relativ weniger Frauen ein Mandat errangen als kandidierten, also Männer sich relativ häufiger durchsetzen konnten als Frauen.
Der Grund findet sich wiederum in den Listenplazierungen der Kandidatinnen. Zwar werden in Niedersachsen die KommunalpolitikerInnen derzeit

---

23 An dieser Stelle zeigt sich die Problematik der Analyse sehr kleiner Grundeinheiten, denn der absolute Anteil der Frauen schwankt oft gar nicht so ausgeprägt (Ausnahme KPD); der relative Anteil dagegen wegen der Veränderung der Gesamtzahl der Kandidaten sehr stark. Insofern ist bei der Bewertung der Prozentzahlen in Tabelle 14 Vorsicht geboten.

nicht aufgrund von Listen gewählt, sondern nach den persönlich erreichten Stimmen der BewerberInnen. Trotzdem zeigt die Erfahrung, daß die hinteren Listenplätze selten so viele Stimmen erhalten, daß es für ein Mandat reicht. Vielmehr können gerade die KandidatInnen auf den vorderen Listenplätzen relativ sicher mit einem Mandat rechnen.

Absolut hat die SPD die meisten Kandidatinnen (75) und Ratsfrauen (16) gestellt. Die CDU hat im Wahljahr 1986 bei der Kandidatinnenaufstellung aufgeholt (61), die F.D.P. folgt mit 48 Kandidatinnen.
Bei den errungenen Mandaten stehen die F.D.P.-Frauen ebenso wie die Frauen der CDU bescheiden da: lediglich sieben bzw. sechs Mandate konnten sie erringen (vgl. Tabellen 17 und 18). Die DKP konnte in der letzten Wahlperiode erstmals eine Frau in den Rat der Stadt Oldenburg entsenden, die GRÜNEN bereits zwei.

Prozentual führen auch in Oldenburg die GRÜNEN-Frauen mit 30% die Kandidatinnen- und mit 25% die Mandatsliste an, gefolgt von der SPD, die bereits 17% Kandidatinnen hatte; die CDU hatte 14,1%, die F.D.P. 11,7%.
Die CDU-Frauen konnten ihren relativ hohen Anteil an Kandidatinnen jedoch überhaupt nicht in den Mandaten wiederfinden; lediglich 4,6% Frauen kamen in den Rat. Die SPD folgt mit 10,1%, und die F.D.P. konnte relativ mehr Frauenmandate erringen als Frauen kandidierten.[24]

Bei allen Parteien läßt sich nachweisen, daß nach ersten Bemühungen Anfang der 50er Jahre die Kurve des Kandidatinnenanteils sowohl relativ als auch absolut fiel, um dann Ende der 60er Jahre wieder anzusteigen (Ausnahme: F.D.P. 1964).
Hier gibt es verschiedene Erklärungsmöglichkeiten: durch Kriegsauswirkungen bedingter Frauenüberschuß in den 50er Jahren, verstärktes berufliches Engagement der Frauen in den 60er Jahren, Auswirkungen der neuen deutschen Frauenbewegung in den 70er Jahren.
Das alles bleibt aber im Nebel der Spekulation und müßte genauer untersucht werden.

Aus der Analyse der Oldenburger Zahlen läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kandidatinnen und der von Frauen errungenen Mandate ableiten; wenn letztere auch prozentual immer weniger ausmachen,

---

24 Hier zeigt sich wiederum das Problem der kleinen Grundeinheit, wodurch die Relationen erheblich beeinflußt werden. Aus diesem Grund wurde auch die DKP in dieser Betrachtung ausgespart.

so gibt es doch ähnliche Kurvenverläufe: Je mehr Frauen kandidieren, desto mehr ziehen in den Rat ein, also: stellen sich relativ mehr Frauen zur Wahl, haben auch relativ mehr die Chance, gewählt zu werden (vgl. Grafiken 3 und 4).

Daß der Anteil der errungenen Mandate immer hinter dem der Kandidatinnen zurückbleibt, zeigt jedoch, daß Frauen keine sicheren Plätze auf der Liste erhalten, und wenn sie weit oben stehen, noch nicht sicher gewählt werden,[25] wie zum Beispiel Maria Albes von der CDU, die 1981 auf dem dritten Platz der Liste stand, aber keinen der vier Sitze im Wahlkreis erreichen konnte.
Andererseits hat 1987 Friedel Oelrichs (SPD), die seit vielen Jahren unter anderem wegen ihrer Ratstätigkeit in Oldenburg bekannt ist, trotz eines wenig aussichtsreichen achten Platzes eines der drei Mandate erringen können.
Zu berücksichtigen ist auch, daß es KandidatInnen gibt, die nicht gewählt werden möchten und bewußt auf den hinteren Plätzen als ListenfüllerInnen bzw. StimmkandidatInnen fungieren, und das gilt besonders für Frauen.

25 Nach dem Niedersächsischen Gemeinde- und Kreiswahlgesetz ziehen die Stadträte nicht nach der Liste, sondern nach der Anzahl der erhaltenen Stimmen ins Parlament.

3.4 Das aktive Wahlrecht - die Chance der Frauen?

"... Da schleichts heran, ein Heer von Amazonen
In dunkler Nacht, da drangen sie in's Land,
Ihr seht sie rings in allen Hütten wohnen,
Der deutsche Träumer hat sie nicht erkannt.
Sie schreiten hin in mütterlichem Kleide,
Aus ihrem Munde strömt betäubend Weh'n,
Der deutsche Mann ahnt nichts von allem Leide,
Du kannst im Netz ihn arglos schlummernd liegen seh'n ..."[26]

Dieser Auszug aus dem Neujahrsgruß des Deutschen Bundes zu Bekämpfung der Frauenemanzipation drohte 1914 mit einer schrecklichen Frauenherrschaft, da "das Frauenstimmrecht nichts ist als die giftige Frucht am Baume der Frauenemanzipation".[27]

Daß diese 'schreckliche' Vision auch heute, 75 Jahre später, noch lange nicht der Realität entspricht, zeigen die vorausgegangenen Ausführungen deutlich. Es hatte langer Kämpfe bedurft, bis die Männer den Frauen ihr Wahlrecht zuerkannten, und es machte ihnen nachhaltig Angst, daß das Wahlverhalten der Frauen für sie so unkalkulierbar war.
Das zeigt ein Schreiben des Oldenburgischen Ministeriums des Innern vom 03. Oktober 1921 an alle "Regierungen, Ämter und Stadtmagistrate der Städte 1. Klasse", in dem um die Führung von nach Geschlechtern getrennten Wählerlisten gebeten wird: "Da es von großem politischen und soziologischen Interesse ist, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen nach dem Geschlecht getrennt festzustellen ..."[28]

Am 03. März des Folgejahres teilt das Ministerium dann in einem Schreiben erfreut mit, daß der Stadtmagistrat Delmenhorst dieses Problem gelöst habe, indem zwei verschiedene Wahlurnen aufgetellt worden seien, eine mit der Aufschrift "Für männliche Wähler" und eine für "weibliche Wähler", die dann getrennt ausgezählt wurden. Dieses Verfahren empfahl das Innenministerium dringend zur Nachahmung.[29]

---

26 Zit. nach Ariadne 12 (1988), S. 20

27 Langmann (o.J.), S. 1

28 STA OL, Best 2621, Nr. 1042a

29 STA OL, Best 2621, Nr. 1042a

Leider wird in diesem Schreiben nicht das Ergebnis der getrennten Auszählung mitgeteilt.

Es ist nicht bekannt, ob es bereits Überlegungen dazu gab, wie die Männerwelt auf ein revolutionäres Wahlverhalten der Frauen reagieren würde. Doch macht diese Episode deutlich, daß den Männern sehr wohl bewußt war, welche Macht den Frauen mit der Erteilung des Stimmrechts zukam.
Von den 40,8 Mio. wahlberechtigten BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland, die 1987 den 11. Deutschen Bundestag wählten, waren immerhin 53% Frauen.[30] Also gibt es 2,5 Mio. mehr wahlberechtigte Frauen als Männer, und damit haben die Frauen die Macht, Mehrheiten maßgeblich zu beeinflussen. In welchem Umfang bzw. Ausmaß taten sie das?

3.4.1 Die Wahlbeteiligung der Frauen

Als die Frauen für die Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung zum ersten Mal einen Wahlzettel ausfüllen durften, strömten sie zu den Urnen: 82,3% der wahlberechtigten Frauen standen 1919 82,4% Männern gegenüber.
"Es bleibt festzustellen, daß trotz oder wegen staatlich verordneter Abstinenz die Frauen ihre erste Chance, ihre Stimme zur Geltung zu bringen, in einem erstaunlichen Maße nutzten."[31]

Diese Wahlbereitschaft der Frauen hielt jedoch nicht lange an. Sie lag 1924 um 13,8% hinter der der Männer, stieg dann zwar wieder an, blieb aber bis 1930 immer über 6,0% hinter der Wahlbeteiligung der Männer zurück.[32]
Obwohl sich diese Zahlen nur auf einige ausgewählte Bezirke beziehen, die nicht repäsentativ sind, wird doch deutlich,

> "daß die Frauen bis 1930 nie wieder so stark zu Wahlen mobilisiert wurden wie 1919. Die politische Teilhabe durch Wahlen ist bei den Frauen der Weimarer Republik auffallend geringer als bei den Männern. Die erste Wahl ist nicht typisch für die Weimarer Republik, sondern hinsichtlich der weiblichen Wahlbeteiligung gegenüber der der Männer sowohl absolut als auch relativ eine Ausnahmewahl".[33]

---

30 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1988

31 Hofmann-Göttig (1986), S. 27

32 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 27

33 Hofmann-Göttig (1986), S. 27

Über die Gründe für dieses Verhalten kann nur spekuliert werden, trotzdem ist zu vermuten, daß die Frauen 1919 große frauenpolitische Hoffnungen hatten, die in den Folgejahren zunehmend enttäuscht wurden.

> "Wahlenthaltung haben vor allem proletarische Frauen geübt. Sehr schnell und resigniert zogen sich diese Frauen aus der 'Politik' zurück. Hauptursache waren ihre enttäuschten Hoffnungen auf weiterreichende gesellschaftliche Veränderungen, vor allem auf Verbesserungen ihrer ökonomischen Lage. Daß sich die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen auch nach ihrer verfassungsrechtlichen Gleichstellung fortsetzen sollte, dafür stand insbesondere die Demobilmachungspolitik von 1919-22, die auch von den Arbeiterorganisationen, insbesondere den Gewerkschaften, mitgetragen wurde. Folge dieser Politik war eine rigorose Entlassung von Millionen von Frauen oder ihre Zurückdrängung in gering qualifizierte und schlechter bezahlte Erwerbsbereiche zugunsten der heimkehrenden Soldaten. Den proletarischen Frauen wurde sozusagen von ihren eigenen Organisationen beim Eintritt in die Republik mit der einen Hand der Wahlzettel, mit der anderen Hand der Entlassungsbrief überreicht."[34]

Dieses Verhalten ging einher mit dem Rückgang des Frauenanteils in der SPD (vgl. Tabelle 1), was die These von der Wahlenthaltung aus Enttäuschung unterstützt.

Diese Zurückhaltung des weiblichen Geschlechts hielt auch nach dem II. Weltkrieg an, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Vergleich der Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1987 zeigt ein Angleichen der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern in den 70er Jahren, das in den 80er Jahren wieder zunehmend voneinander abweicht, und zwar immer so, daß weniger Frauen als Männer zur Wahlurne gehen (vgl. Tabelle 19).

Eine genauere Analyse des Zahlenmaterials verdeutlicht, daß das Wahlverhalten zwischen den Altersgruppen stark differiert. Eine deutlich geringere Wahlbeteiligung zeigen Frauen, die älter als 70 Jahre sind (vgl. Tabellen 20 und 21). Dieses Phänomen führt das Institut für Demoskopie Allensbach darauf zurück, daß der Wahlakt als 'gemeinsame Unternehmung' von Eheleuten betrachtet wird. Da Frauen mit zunehmendem Alter häufig

---

34 Kimmer; Leserbrief in Die Tageszeitung (TAZ) vom 13.12.1988

verwitwet sind, verzichten sie nach dem Tod des Partners überproportional häufig auf den Gang ins Wahllokal.[35]

Eine These, die bei Betrachtung der Zahlen einleuchtend erscheint, soziologisch aber sicher zu kurz greift, denn die Partizipation älterer Frauen an der Wahl wird vermutlich auch durch die Selbstwahrnehmung der eigenen Person als 'alter Mensch' negativ beeinflußt. So spielen zum Beispiel Aspekte wie 'Nicht-mehr-gebraucht-Werden', 'Keine-Zukunft-Haben', 'Doch-nichts-mehr-beeinflussen-Können' unter Umständen eine nicht unerhebliche Rolle.[36] Außerdem sind gravierende Schwankungen im Wahlverhalten älterer Frauen zwischen den Jahren 1961 und 1987 festzustellen, die einer genaueren Klärung bedürften.
Ebenso unklar bleibt, wie es zu der relativ stärkeren Wahlbeteiligung der Frauen kommt, die derzeit zwischen 30 und 45 Jahre alt sind. Eine Erklärung könnte sein, daß es in den 60er und 70er Jahren zu einer stärkeren Politisierung der Frauen kam, die in diesen Jahren Erstwählerinnen waren. Daß dieses politische Interesse kontinuierlich anhält, macht Tabelle 21 deutlich. Ebenso deutlich wird, daß die nachfolgenden jungen Frauen wiederum mehr Zurückhaltung üben. Dieses Phänomen wird an anderer Stelle noch genauer beleuchtet (vgl. Kapitel 4).
Die andere Frage ergibt sich dadurch, daß es mehr wahlberechtigte Frauen als Männer gibt, und wenn die regelmäßige Beteiligung der Frauen mit dem Wahlverhalten des Partners in Verbindung gebracht wird, bleibt ungeklärt, aus welcher Motivation die alleinlebenden Frauen dieser Altersgruppe wählen gehen.
Nach Erhebungen von Allensbach wird die Motivation, wählen zu gehen, "erheblich beeinflußt durch das Verhalten anderer Familienangehöriger und Freunde"[37]. Doch erklärt das nicht ausreichend die zunehmende Wahlverweigerung der jungen Frauen. Die Allensbacher Studie zeigt vielmehr einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und dem Wahlverhalten junger Menschen.

> "Das unterschiedliche politische Interesse bildet eine ausschlaggebende Motivation bei der Entscheidung, sich an der Wahl zu beteiligen. Männer und Frauen, die sich in ihrem Interesse für Politik nicht

---

35 Vgl. Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 18

36 Vgl. Krüger (1980), S. 30 ff.

37 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 18

> unterscheiden, unterscheiden sich praktisch auch nicht in der Wahlbeteiligung."[38]

90% der Nichtwählerinnen sind politisch nicht besonders oder gar nicht interessiert.[39] Die restlichen 10% sind nicht nur interessiert, sondern sogar engagiert, und zwar stärker als die gleichaltrigen männlichen Wähler[40] und verweigern sich offenbar bewußt.
Die politisch interessierten jungen Nichtwählerinnen haben einen deutlich höheren Bildungsstand und verfügen überwiegend über das Abitur, während die politisch nicht interessierten Nichtwählerinnen überwiegend die Hauptschule besuchten, beruflich deutlich schwächer eingegliedert und somit stärker von Arbeitslosigkeit bedroht sind.[41] Hier könnte die relative Perspektivlosigkeit junger Frauen, ihre dadurch negativ beeinflußte Selbstwahrnehmung - ähnlich wie bei den älteren Frauen - dazu führen, daß die politischen Einflußmöglichkeiten als unbedeutend eingestuft werden (vgl. dazu Kapitel 4).
Insgesamt stuft Allensbach das Nichtwählen nicht als festes Verhalten ein, sondern hält es für beeinflußbar von der sozialen Umwelt, von Vorbildern, von der Familiensituation und vom Freundeskreis.
Unabhängig davon ist das Phänomen der steigenden Wahlverweigerung junger Frauen als Alarmzeichen zu verstehen.

> "Wurde die Tendenz zur stärkeren Nutzung des Frauenwahlrechtes in der Vergangenheit vor allem durch die jungen Generationen getragen, so ist diese Entwicklung in den letzten Jahren bei allen analysierten Wahlen einheitlich gegenläufig. Ein 'roll-back' der historisch stärkeren Nutzung des Frauenstimmrechts kann heute nicht ausgeschlossen werden",

schreibt Hofmann-Göttig und stellt gleichzeitig fest: "Die Tendenz der Angleichung der geschlechtsspezifischen Wahlbeteiligung wird durch die weiblichen Jungwähler nicht gefördert, sondern konterkariert."[42]

Die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen sozialem Umfeld und politischer Antizipation scheint von sehr großem Gewicht zu sein. Trotzdem

---

38 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 15

39 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 30

40 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 42

41 Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1989), S. 53

42 Hofmann-Göttig (1986), S. 45; 44

wurde dies soziologisch bislang nicht ausreichend untersucht. Dieser Aspekt wird später noch genauer dargestellt (vgl. Kapitel 4.1.4).

Unabhängig von soziologischen Determinanten für die Wahlbeteiligung bzw. Wahlverweigerung spielt die Gruppe der jungen Frauen demographisch jedoch nur eine untergeordnete Rolle, da die 'Alterspyramide' eine Verschiebung der Altersstruktur mit einem starken Übergewicht der älteren Frauen aufweist.[43]
Somit ist die Wahlentscheidung älterer Wählerinnen für die einzelnen Parteien derzeit von größerer Bedeutung.

3.4.2 Die Wahlentscheidungen der Frauen

> "Nicht streiten sollt Ihr, sondern schlichten,
> Aufs Ganze Eure Augen richten,
> Viel ist in Eure Hand gegeben
> Ein Großes - Eures Volkes Leben!
> Bewahrt das Heiligste hienieden:
> In uns und um uns werde Frieden."[44]

Hedwig Courths-Mahler fühlte sich 1918 veranlaßt, mit diesen Zeilen deutsche Frauen zu vorsichtigem Wahlverhalten aufzurufen. Obwohl nicht zu vermuten ist, daß die Wählerinnen diesem Aufruf gefolgt sind, entspricht doch ihr Wahlverhalten den Vorstellungen dieser Schriftstellerin. Es kam keineswegs zur 'Verstärkung der sozialdemokratischen Massenheere', wie es Professor Langemann in seiner Denkschrift des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation 1915 prophezeite,[45] vielmehr wählten die Frauen zur Verfassungsgebenden Reichsversammlung vor allem klerikal-rechts.[46]

Die DNVVP, die DVP, aber ganz besonders das katholisch orientierte Zentrum wurden von ihnen bevorzugt. Das Zentrum hatte einen deutlichen Überschuß an Frauenstimmen von 15% bis 20%. Die SPD hatte demgegenüber ein

---

43 Feist (1986), S. 96 f.

44 Courths-Mahler; zit. nach Hofmann-Göttig (1986), S. 27

45 Vgl. Langemann (o.J.), S. 13

46 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 31

nicht unerhebliches Defizit an Frauenstimmen zwischen 9% und 18% in den ausgewählten Wahlkreisen zu verzeichnen.[47]

> "Es ist demnach nicht auszuschließen, wenngleich sicher auch nicht beweisbar, daß die Einführung des Frauenwahlrechts die Sozialdemokraten tatsächlich die Mehrheit in der Nationalversammlung gekostet hat."[48]

Die Frauen dankten es der SPD nicht, daß diese sich für mehr Gleichberechtigung einsetzte.

> "Die jahrtausendelange Unterdrückung der Frauen durch den Mann läßt tiefe Spuren zurück. ... Diese Unterdrückung ist nicht durch die Verleihung des Frauenstimmrechts von heute auf morgen, als sei nichts geschehen, ausgelöscht, wir werden an ihren Folgen noch auf Generationen hinaus zu tragen haben. Es braucht Zeit, um die vom Manne mit allen Mitteln künstlich zu seiner Bequemlichkeit herangezüchtete Frau zu überwinden",[49]

schrieb Lida Gustava Heymann 1920 in der Zeitschrift 'Die Frau im Staat' und hatte mit ihrer Vermutung nur zu recht, denn während der Weimarer Republik zeigte sich bei den Reichstagswahlen eine deutliche Präferenz der konservativen Parteien durch Frauen, während das linke Spektrum durch diese herabgestuft wurde, wenn auch bei der SPD mit fallender Tendenz. Der Anteil der Frauenstimmen bei der DDP und der NSDAP blieb ebenso wie bei den sonstigen Parteien unter dem der Männer; besonders deutlich ist die Zurückhaltung der Frauen gegenüber der KPD (vgl. Tabelle 22).

Gegenüber der NSDAP verhielten sich die Frauen bis 1920 eher skeptisch. Diese Partei wurde von ihnen zwar nur geringfügig, aber doch seltener gewählt. Das gilt besonders für die Katholikinnen, die bis 1933 deutlich zurückhaltender waren als die evangelischen Fauen. Diese zeigten zwar in den 20er Jahren noch eine negative Frauenbilanz für die NSDAP, überholten dann jedoch die Männer in ihrem zustimmenden Verhalten. Hofmann-Göttig nimmt an,

---

47 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 28 f.; obwohl hier nur drei, offenbar nichtrepräsentative Bezirke ausgewählt wurden, kann doch eine Tendenz vermutet werden, die für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches gilt.

48 Hofmann-Göttig (1986), S. 29

49 Heymann; zit. nach Filter (1988), S. 24

> "daß der Anteil der Frauen unter den NSDAP-Wählern 1933 den der Männer leicht übertraf. Die Mehrheit der nationalen Koalition (NSDAP/DNVP) 1933 wurde kräftig gefördert durch die Unterstützung der Frauen, obgleich der weibliche Zuspruch zum Nationalsozialismus erst mit zeitlicher Verzögerung dem der Männer folgte".[50]

Und das, obwohl gerade diese Partei eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Frauen hatten, die sich in der Politik engagieren wollten und selber auch keine Frauen aufstellte. Wie ist das zu erklären?

> "Zweifellos knüpften die demagogischen Verspechungen sowie die Kampagnen gegen die Frauenarbeit, für die 'Aufwertung' der Hausfrau und Mutter und für eine weibliche Arbeitsdienstpflicht an reale Probleme an. Die Enttäuschung über die reformistische Gewerkschaftspolitik, die Erfahrungen der dreifachen Belastung und einer ungeheuren Ausbeutung am Arbeitsplatz ließen viele Frauen auf ein besseres, anerkanntes Leben als Mutter in der Familie hoffen."[51]

Die desolate politische Situation sorgte ebenso wie das 'positive' Mutter und Frauenideal, das Frauen in allen Bevölkerungsschichten ansprach, für den Zuwachs an Frauenstimmen für die NSDAP. Allein die Hoffnung auf ein besseres Leben mag Frauen bewogen haben, zunehmend reaktionärer zu wählen.

Bei den ersten Wahlen nach dem II. Weltkrieg zeigten die Frauen wiederum ein Wahlverhalten nach dem 'Weimarer Muster', denn sie bevorzugten eher die gemäßigten und später die äußerst konservativen Parteien.[52]

> "Die Parteipräferenzen der Frauen in der Frühphase der Bundesrepublik unterscheiden sich in einer Größenordnung und in einer inhaltlichen Tendenz, wie dies aus der Frühphase der Weimarer Republik bekannt war. Die SPD wird durchgängig, wenngleich regional unterschiedlich stark, von den Frauen benachteiligt. Die CDU wird in noch ausgeprägterer Größenordnung bevorzugt. Die FDP wird leicht benachteiligt."[53]

Den jeweils 'extremen' Parteien an beiden Seiten des Parteienspektrums versagten die Frauen überproportional die Zustimmung.[54] Doch fand in den

---

50 Hofmann-Göttig (1986), S. 35

51 Hervé (1988), S. 148

52 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 48; Feist (1986), S. 2

53 Hofmann-Göttig (1986), S. 49

54 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 49

70er Jahren ein Umwälzungsprozeß statt. Während die F.D.P. immer einen leichten Überschuß an Männerstimmen hatten, der nur 1980 von den Frauen übersprungen wurde, schwand der deutliche Überschuß der Frauenstimmen für die CDU und lag 1980 erstmals unter dem Anteil der Männerstimmen. Im gleichen Jahr konnte die SPD erstmals mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinen. 1983 und 1987 finden sich dann wieder mehr Frauen- als Männerstimmen bei der CDU, was wiederum zulasten der SPD geht (vgl. Grafik 5).

Die Altersverteilung des Frauendefizits bei der SPD zeigt 1953 keine charakteristischen Unterschiede. Erst ab 1972 finden sich wesentliche Veränderungen. In diesem Jahr konnten durch die Herabsetzung des Wahlalters mehr junge Menschen wählen als je zuvor, und diese bevorzugten die SPD, was ganz besonders deutlich wurde bei den jungen Frauen. Aber auch die Frauen der anderen Altersgruppen gaben zunehmend der SPD ihre Stimme.

Als 1980 erstmals der Frauenanteil an den Wählerstimmen der SPD den der Männer überstieg, war das bedingt durch die überproportionale Zustimmung der jungen Frauen (+2,7%), aber interessanterweise auch der Seniorinnen (+1,3%).[55]

Die CDU konnte bis 1972 einen konstanten Frauenüberschuß in allen Altersgruppen verzeichnen, und zwar mit steigender Altersgruppe zunehmend mehr. 1972 kam es dann zum Bruch. Bis 1980 verlor diese Partei in allen Altersgruppen Frauenstimmen, ganz besonders jedoch bei den Jungwählerinnen. Eine stärkere Bevorzugung der CDU zeigt sich demgegenüber immer noch bei den Seniorinnen.

Die Geschlechterbilanzen der F.D.P. variieren im Vergleich zu denen anderer Parteien kaum. Insgesamt ist die F.D.P. eine von Männern gewählte Partei. Lediglich 1980 gab es einen leichten Frauenstimmenüberschuß in allen Altersgruppen.

DIE GRÜNEN zeigen in allen Bundestagswahlen leichte Frauenstimmendefizite, die sich jedoch in den beiden letzten Wahlperioden verringerten (1983:-1,1%; 1987: -0,6%). Das ist zurückzuführen auf die zunehmende Präferenz durch junge Frauen, die 1987 erstmals deutlich stärker diese Partei wählten als die gleichaltrigen Männer (+0,2%).[56]

---

55 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 56; Feist (1986), S. 96 f.

56 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 57; 74; Statistisches Jahrbuch 1988

Alles in allem läßt sich eine deutliche Verschiebung der Frauenstimmen von der CDU hin zur SPD feststellen. Wenn auch bei der Gesamtbetrachtung eine Angleichung der Parteienpräferenz zwischen den Geschlechtern ausgemacht werden kann, so muß doch differenziert werden zwischen den einzelnen Altersgruppen. Der Überschuß an Frauenstimmen für die SPD zeigt sich vor allem bei den jungen Wählerinnen, für die CDU bei den Seniorinnen. Darüber hinaus hat Hofmann-Göttig erhebliche regionale Unterschiede festgestellt:

> "Für die Frauenbilanzen der CDU/CSU spielt die konfessionelle Zusammensetzung des Bundeslandes eine erhebliche Rolle. In den überwiegend katholischen Bundesländern waren die Frauenüberschüsse der Union seit jeher ausgeprägter als in den Bundesländern mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Diese Unterschiede sind auch heute noch durchweg in einer Größenordnung von über +2 Prozentpunkten erkennbar, während sich die Bilanzen in protestantischen Bundesländern (Ausnahme Berlin) ausgeglichen haben."[57]

Für die Bundestagswahl 1972 gibt es eine Analyse, die die Wählerströme von Männern und Frauen darstellt und nicht ein verändertes geschlechtstypisches Wählerverhalten für den Angleichungsprozeß zwischen den Geschlechtern verantwortlich macht.

> "Nicht Frauen oder Männer wanderten im Kollektiv etwa von der CDU/CSU zur SPD, von der SPD zur FDP oder von der NPD zur CDU/CSU, sondern einzelne soziale Gruppen, die durch die Wahlauseinandersetzungen zwischen den damaligen Regierungsparteien SPD/FDP und der oppositionellen CDU/CSU unterschiedlich in ihren Interessen angesprochen und mobilisiert worden waren. Daß dadurch das Profil der SPD 'weiblicher', das der CDU/CSU 'männlicher' wurde, war ein Nebenprodukt dieser vielfältigen sozialdeterminierten Bewegungen."[58]

Das macht deutlich, daß Frauen ihre Wahlentscheidungen nicht deswegen treffen, weil sie von den Parteien als Frauen angesprochen werden, sondern weil sie sich als Mitglieder einer bestimmten Wählergruppe angesprochen fühlen. Das erklärt auch, warum Frauen nicht vorrangig DIE GRÜNEN als Partei bevorzugen, obwohl diese Partei das konsequenteste Frauenprogramm hat und Frauen auch gezielt fördert. Es kann nicht mehr von typischem weiblichen Wahlverhalten gesprochen werden.

---

57 Hofmann-Göttig (1986), S. 69

58 Liepelt/Riemenschneider (1973), S. 567 ff.; zit. nach Feist (1986), S. 93

> "Spätestens seit der Bundestagswahl 1972 ist das Denkschema, daß Frauen in ihrer Mehrzahl zu religiös-konservativer Parteiwahl neigen, hierzulande ... widerlegt. Geschlechtsspezifische Differenzen im Wahlverhalten aus einer typisch weiblichen oder männlichen Gefühls- oder Interessenlage zu erklären, also auf biologische, psychische oder anthropologische Unterschiede zurückzuführen, gilt seither als wissenschaftlich überholt."[59]

Vielmehr zeigt sich gesellschaftliche Realität im Wahlverhalten. Frauen nehmen heute selbstverständlicher als je zuvor am gesellschaftlichen Leben teil, sie beanspruchen deutlicher denn je Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen, sie lassen sich nicht mehr abschieben.

> "Die jungen Wählerinnen haben dabei nicht nur ein neues Politikverständnis, sondern auch ein neues Selbstbild. Im Vergleich zur übrigen Wählerschaft ist ihr Frauenbild progressiver. Für eine volle Gleichstellung sprechen sich 67 Prozent jener jungen Frauen aus, die eine höhere schulische Ausbildung absolviert haben. Nur 12 Prozent der unter 35jährigen hängen dem alten Ideal von 'Küche und Kindern' an. Unter den Frauen ab 50 fühlen sich dagegen noch 46 Prozent diesem Lebenszweck verpflichtet."[60]

Das alles macht deutlich, daß Wahlentscheidungen und Wahlbeteiligung der Frauen im direkten Zusammenhang stehen mit dem eigenen Selbstbild. Das veränderte Selbstbewußtsein der jungen Frauen, ihre bessere Ausbildung in der Schule, ihre verstärkte soziale Einbindung in den Beruf und das sich verändernde gesellschaftliche Rollenbild der Frauen führen zu bewußtem, selbstbewußtem Wahlverhalten.

Die Lösung von einem geschlechtsspezifischen, konservativen Selbstbild, wie es unter den älteren Frauen oft noch zu finden ist, zeigt sich in den Wahlentscheidungen der jungen Frauen: 55,2% der Erstwählerinnen entschieden sich bei der Bundestagswahl 1987 für die SPD oder DIE GRÜNEN, aber nur 52% der Erstwähler. Die jungen Männer wählen heute also eher konservativ als die jungen Frauen.

Damit bewahrheitet sich die Prophezeiung Lida Gustava Heymanns: es bedarf Generationen, bis das alte Frauenbild abgebaut ist. Heute zeigt sich deutlich, daß es Veränderungen gab, sowohl in der Wahlbeteiligung als auch im Wahlverhalten. Es gibt keine Kontinuität in diesen Veränderungen. Die Schwan-

---

59 Feist (1986), S. 94

60 Feist (1986), S. 98

kungen sind vielschichtig zu deuten und können nicht abgetan werden als politisches Desinteresse oder konservatives Verhalten.

> "Die Egalisierung im politischen Verhalten von Frauen und Männern war notwendig, damit Frauen überhaupt erst in die Lage versetzt werden, sich von sozialen Bindungen zu lösen, die unser Parteiensystem konstituiert haben und als soziale Basis seit seinen Anfängen bis heute tragen. Frauen kann es heute leichter fallen, ihre eigene spezifische Interessenlage zu erkennen und zu artikulieren. Denn ein genuines Klasseninteresse konnte schon solange nicht entstehen, wie Frauen noch rigider als Männer an das alte Parteiensystem gebunden waren, das die Frauen - im Unterschied etwa zu den Arbeitern, Angestellten und Selbständigen, den Katholiken oder Protestanten, der Stadt- oder Landbevölkerung - als eigene konfliktfähige soziale Gruppe nie definiert, nie anerkannt, nie zu integrieren versucht hatte."[61]

Mit dieser These macht Ursula Feist deutlich, daß die Frauen erst gleichberechtigt sein müssen, um ihre eigenen Interessen durchsetzen zu können. Ein Angleichungsprozeß hat stattgefunden, obwohl die Benachteiligung der Frauen auch heute noch gesellschaftliche Realität ist. Doch mit zunehmender Angleichung können Frauen selbstbewußter für ihre Unterschiedlichkeit eintreten, denn es geht um die Akzeptanz der Unterschiede, ohne sie wieder als Minderwertigkeit umzuinterpretieren. Daß es heute so weit gekommen ist, kann auch als von Frauen genutzte Chance aufgefaßt werden.

3.5 Zusammenhänge und Tendenzen

70 Jahre Frauenwahlrecht heißt auch 70 Jahre Teilhabe der Frauen am politischen Leben, und das, obwohl Historiker lange die Bedeutung der Frauenbewegung verschwiegen, obwohl Demographen Frauen selten als politisch relevante Gruppe behandelten, obwohl Soziologen sich kaum für die politische Diskriminierung von Frauen interessierten.

Durch dieses Jahrhundert zieht sich ein roter Faden der politischen Frauenpräsenz; er verdeutlicht das Ausmaß der Beteiligung der Frauen am politischen Leben. Mag dieser Faden auch in manchen Jahrzehnten sehr dünn gewesen sein, so kann er doch nicht geleugnet werden.

---

61 Feist (1986), S. 94

Auch verlief dieser Faden nicht immer stringent durch alle Parlamente, jedoch riß er auch nie ab, denn gerade die außerparlamentarische Arbeit war und ist für viele Frauen von großer Bedeutung.

Die *zunehmende* Bedeutung der Frauen für die Parlamente in den vergangenen fünf bis zehn Jahren scheint ein Phänomen des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu sein. Die weitere Entwicklung wird sicher von vielen Menschen mit Spannung beobachtet.
Doch zeigte sich bereits in den vergangenen Jahrzehnten ein Entwicklungsprozeß der vermehrten Teilhabe der Frauen an der Politik. Die Überwindung der bewußt herbeigeführten Unmündigkeit der Frauen wurde von ihnen selbst betrieben, allen Widerständen zum Trotz haben sie sich zunehmend in den Parteien organisiert und machen mittlerweile ca. 25% aller Parteimitglieder aus.
In allen Parteien finden sich trotz rückläufiger Mitgliederzahlen stetig steigende Frauenanteile. Die SPD verdankte 1988 gar ihren seit 1980 erstmals wieder gestiegenen Mitgliederstand den Neuzugängen von Frauen.[62]

Die erhöhte Bereitschaft von Frauen, sich parteipolitisch zu binden, ist wichtig, da dies eine wesentliche Voraussetzung für eine parteipolitische Karriere ist, denn der Weg in die Volksvertretungen führt in der Regel über die Parteien.

Der sprunghafte Anstieg der Anteil weiblicher Mitglieder in den überregionalen Parlamenten deutet ebenso wie die parteiliche Bindungsbereitschaft der Frauen auf gesellschaftliche Veränderungen hin. Zwar gab es in den kommunalen Parlamenten eine geringe, aber kontinuierliche Steigerung der Frauenquote von 8,3% (1973) auf 15,4% (1987), doch in den Länderparlamenten zeigte sich in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland eine Phase der Stagnation, bis es in den 80er Jahren zur Verdoppelung, in einigen Ländern sogar zur Verdreifachung des Frauenanteils kam.
In den höchsten deutschen Parlamenten fanden sich fast 70 Jahre lang nie mehr als 10% Frauen, bis im Jahre 1987 plötzlich 15,4% Frauen in den Elften Deutschen Bundestag einzogen. Somit sind Ende der 80er Jahre auf allen Parlamentsebenen durchschnittlich mehr als 15% Frauen zu finden. Diese Tatsache stellt viele Thesen in Frage, die bislang die Unterrepräsentanz der Frauen im politischen Leben zu erklären versuchten. So sind zum Bei-

---

62 Vgl. Nordwestzeitung vom 13. Februar 1989

spiel Frauen nicht mehr wie in früheren Jahrzehnten besonders stark in den kommunalen Parlamenten vertreten. Damit wird die Vermutung widerlegt, daß Frauen besonders die Vereinbarkeit von Familie und Politik suchen und deshalb die kommunalen Ebenen bevorzugen.
Seit einigen Jahren stimmt auch die These nicht mehr, daß Frauen aufgrund der Infrastruktur und der Sozialisationsbedingungen der Großstädte in diesen Parlamenten (vor allem in den Stadtstaaten) besonders stark vertreten sind, denn der Frauenanteil im Landtag von Schleswig-Holstein ist in den Wahlen 1987 und 1988 stark angestiegen und liegt mit 24,3% annähernd so hoch wie in Bremen, Berlin und Hamburg.
Auch die Überlegung, daß Frauen in den großen Parteien mehr Chancen haben als in den kleinen, ist seit dem Antreten der GRÜNEN überholt.

Einerseits scheint es einen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, sich parteipolitisch zu binden, und dem Anstieg der Kandidatinnenzahl und den dann erreichten Mandaten von Frauen zu geben, doch gibt es andererseits immer noch erhebliche Diskrepanzen zwischen dem gestiegenen Frauenanteil an der Parteimitgliedschaft (ca. 25%) und den erreichten Mandaten (ca. 15%) bei allen Altparteien.
Offenbar greift die Bereitschaft einer Partei, Frauen gezielt zu fördern, wesentlich stärker als der Anstieg des Frauenanteils in den Parteien. Die Quotierungsbeschlüsse der GRÜNEN beweisen das, denn keine Partei hat einen so hohen Frauenanteil in allen Parlamenten wie sie.
Doch auch die Vergabe sicherer Wahlkreise bzw. Listenplätze ist eine geeignete Maßnahme zur Hebung des Frauenanteils. Eine solche Strategie hat in Schleswig-Holstein zum Erfolg geführt.

Die Wahlbeteiligung der Frauen war während der 70er Jahre überraschend konstant und trotz einer stets geringfügig niedrigeren Wahlbereitschaft der Frauen, die in erster Linie auf die älteren Frauen zutrifft, den Männern sehr ähnlich. Das ist um so erstaunlicher, als in den vergangenen Jahren den Frauen eine massive parteipolitische Ignoranz entgegengebracht wurde.

Interessant sind auch die Wahlentscheidungen der Frauen, da hier eine deutliche Verschiebung weg von der CDU hin zur SPD und den GRÜNEN zu erkennen ist, was sich besonders deutlich bei den jungen Wählerinnen zeigt, jedoch regional bzw. konfessionell stark variiert.
Eine Untersuchung dieser Verschiebungen unter dem Aspekt frauenpolitischer Entscheidungen und Schwerpunkte wäre interessant, ist aber im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten. Aber auch ohne gesichertes empi-

risches Material läßt sich ein Zusammenhang zwischen den steigenden Frauenanteilen auf allen Ebenen der Politik, dem Wahlverhalten und dem veränderten Frauenbild in der heutigen Gesellschaft vermuten. Dieses veränderte Rollenbild wird sicherlich vor allem durch die jüngeren Frauen getragen, die die Reduzierung auf Kinder und Küche ablehnen.

Daß es gerade bei den jungen Frauen vermehrt Wahlverweigerungen gibt, darf dabei jedoch nicht übersehen werden.
Auf mögliche Ursachen dieses sich verändernden Wahlverhaltens soll an anderer Stelle noch eingegangen werden (vgl. Kapitel 4.1.4).

Eine andere Gegenbewegung ist ebenso interessant wie erschreckend, nämlich die überproportional große Bereitschaft junger Menschen und hier besonders der Männer, rechtsradikal zu wählen, was die Analyse der Wahl 1989 in Berlin verdeutlichte. 15% der 18- bis 23jährigen wählten die Republikaner, die jungen Männer sogar zu 18,8%, die Frauen dieser Altersgruppe zu 9,1%.
Ähnlich fiel die Analyse der Kommunalwahlen 1989 in Hessen aus: 13% der männlichen Jugendlichen und 5,5% der weiblichen wählten die NPD:

> "Daß die Rechtsradikalen auf junge Männer so attraktiv wirken, erklärt Hofmann-Göttig mit der 'männlichen Dominanz' bei den Rechten. Damit würden Männer mit 'Statusverunsicherung' angesprochen, die sich zum Beispiel nicht nur durch Ausländer, sondern auch durch die Emanzipation der Frauen bedroht fühlen. Die deutliche Distanz von Frauen zu den Rechtsradikalen sei einerseits eine Reaktion auf dieses männliche Gehabe, andererseits aber neigten Frauen traditionell nicht zu extremen Wahlentscheidungen."[63]

Ob es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung handelt, ist abzuwarten. Die Motivation für eine solche Wahlentscheidung muß im einzelnen untersucht werden. Trotzdem ist diese Entwicklung nicht zu unterschätzen, denn die reaktionären Ansätze der Gruppierungen des rechten Flügels stellen auch aus emanzipatorischer Perspektive eine große Gefahr dar.

Die in diesem Kapitel dargestellten Fakten sind nicht allumfassend. Es fehlen zum Beispiel Aussagen über Ministerinnen und Senatorinnen, die gerade durch die letzten Wahlen in Schleswig-Holstein und Berlin an Bedeutung gewannen. So wurde auch der politische Stellenwert eines GRÜNEN-

---

63 Frankfurter Rundschau vom 17.05.1989: "Vor allem junge Männer geben Republikanern und NPD ihre Stimme"

Frauenvorstandes in Bonn oder der GAL-Frauenliste in Hamburg nicht in die Betrachtung einbezogen. Trotzdem ist unverkennbar, daß auf dem Feld der Politik etwas in Bewegung geraten ist, und das, obwohl die Männer überall ihre Pfründe zu verteidigen suchen und eindringende Frauen bekämpfen, obwohl Frauen sich auch heute noch gegen Diskriminierung und Unterdrückung wehren müssen und ihnen nirgendwo um ihrer selbst willen ein roter Teppich ausgelegt wird.

Daß die Bewegung von und für Frauen auf allen politischen Ebenen stärker ist als je zuvor, läßt auf ein zügiges Fortschreiten der Gleichstellung der Frauen hin auf die paritätische Besetzung aller politischen Ämter hoffen. Trotzdem ist es notwendig, die Be- und Verhinderungen von Frauen in der Politik zu hinterfragen, um ihnen gezielt Maßnahmen entgegensetzen zu können.

4 *Über die Verhinderung der Frauen in der Politik*

Viele Jahre haben Frauen für die politische Gleichberechtigung ihres Geschlechtes gekämpft, und wenn heute das Ergebnis 70jähriger Teilhabe der Frauen am politischen Leben analysiert wird, so kann auf allen politischen Ebenen lediglich eine geringe Partizipation von Frauen verzeichnet werden.
Wenn auch die 80er Jahre dieses Jahrhunderts einen Veränderungsprozeß zeigen, wie er in den zurückliegenden Jahren noch nie so deutlich war, kann doch weder von Veränderungen im revolutionären Ausmaß gesprochen werden, noch kann frau kommenden Veränderungsprozessen euphorisch entgegensehen, denn ohne tiefgreifende Strukurveränderungen liegt die paritätische Verteilung der politischen Macht noch in weiter Ferne.

Obwohl allein die paritätische Beteiligung von Frauen am politischen Leben noch keine frauenpolitisch relevanten Veränderungen in der Politik garantiert, ist doch die frauenspezifische politische Einflußnahme ohne eine entsprechende Repräsentanz in den Parlamenten von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Wie erklärt sich die geringe Repräsentanz von Frauen im politischen Leben, die sich trotz jahrzehntelanger rechtlicher Gleichberechtigung nie wesentlich veränderte? Wie begründet sich das Mißverhältnis zwischen emanzipatorischen Fortschritten innerhalb des Bildungssystems oder im Rahmen der Frauenerwerbstätigkeit einerseits und die mangelnde politische Partizipation der Frauen andererseits? Und wie kommt es zu der massiven Diskrepanz zwischen dem intensiven aktiven Wahlverhalten und der zurückhaltenden Inanspruchnahme des passiven Wahlrechts durch Frauen? Wie ist zu erklären, daß gerade ganz junge Frauen ihr Wahlrecht nicht stärker nutzen?
Hier müssen tiefgreifende gesellschaftliche Einflußfaktoren auf das politische Selbstbewußtsein bzw. die politische Selbstwahrnehmung von Frauen einwirken, die auch durch eine teilweise fortschrittlichere emanzipatorische Erziehung in Familie und Schule nicht außer Kraft gesetzt werden konnten.

Ebenso beeinflussen offenbar die Bedingungen des Familien- bzw. des Erwerbslebens die Motivation der Frauen, sich politisch zu engagieren, negativ.

Die Vielschichtigkeit dieser lebenslangen politischen Sozialisation von Frauen ist im deutschsprachigen Raum offensichtlich nie explizit untersucht worden. Im Rahmen dieser Arbeit soll trotzdem ein Erklärungsversuch geschlechtsspezifischer politischer Sozialisation unternommen werden, da vermutet werden kann, daß die verschiedenen Determinanten dieses Sozialisationsprozesses die Frauen in nicht unerheblichem Umfang von der bewußten und direkten Partizipation am politischen Leben abhalten.

Darüber hinaus gibt es eine alltägliche Diskriminierung im Leben von Frauen, der Politikerinnen in ganz besonderem Umfang ausgesetzt sind, da sie zum einen in eine Männerdomäne eindringen und zum anderen aufgrund ihrer hervorgehobenen Stellung als Politikerinnen und Konkurrentinnen angreifbar sind. Beides, die ganz persönliche, gesellschaftlich bedingte weibliche Disposition wie auch das alltägliche direkte Infragestellen ihrer Person wegen der Verweigerung des erwarteten Rollenverhaltens, nehmen Einfluß auf die Partizipationsbereitschaft von Frauen.
Daher lautet meine These: Es gibt eine geschlechtsspezifische politische Sozialisation, die die Partizipation von Frauen am politischen Leben verhindert und Männer veranlaßt, das Feld der Politik als frauenfreien Raum zu verteidigen.

Die Teilhabe von Frauen am politischen Leben ist auch und gerade unter frauenspezifischen Problemstellungen unerläßlich. Darum ist es notwendig, daß sich Frauen einerseits die gesellschaftlichen Bedingungen für ihre politische Zurückhaltung verdeutlichen und andererseits lernen, sich der alltäglichen Diskriminierung zu erwehren, um für sich selbst die Notwendigkeit, aber auch die Attraktivität der Teilhabe an gesellschaftlicher Macht zu klären, ohne die eine Veränderung unseres gesellschaftlichen Lebens zugunsten von Frauen nicht möglich erscheint.

4.1 Die geschlechtsspezifische politische Sozialisation von Frauen

Zunächst soll die mögliche Dimension der politischen Sozialisation erklärt werden.

Behrmann bezieht den Begriff 'politische Sozialisation' auf alle soziokulturell beeinflußten Lernprozesse, "in denen sich politische Orientierungen, also Kenntnisse von politischen Vorgängen, Institutionen, Organisationen und

deren Repräsentanten sowie damit verbundenen Gefühls- und Werthaltungen entwickeln".[1]

Diese Definition greift zu kurz, da sie die *Fähigkeit* des politischen Handelns (Wählen, sich wählen lassen, politisches Engagement etc.) nicht berücksichtigt. Politische Sozialisation sollte in unserer Gesellschaft im optimalen Sinne zu dem Ziel führen, Demokratie aktiv zu leben und mitzugestalten.

Inwieweit das gesellschaftliche Realität ist, bleibt dahingestellt; Tatsache ist jedoch, daß die (Un-)Fähigkeit zum politischen Handeln im Sozialisationsprozeß vermittelt wird. Zwar fördern auch andere gesellschaftliche Bedingungen das mangelnde politische Engagement von Frauen, zum Beispiel die Lebensbedingungen alleinerziehender Mütter oder die bewußte Ablehnung männlich dominierter Arbeitszusammenhänge oder auch die strategische Verhinderung der Frauen durch die Männer; trotzdem stellen die im Sozialisationsprozeß erworbenen Haltungen und Einstellungen oftmals die ersten Stolpersteine auf dem Weg zu einer politischen Karriere dar.

Diese mittlerweile unbestrittenen geschlechtsspezifischen Erfahrungen von Frauen werden zunehmend von ihnen öffentlich gemacht und bekämpft. Die öffentliche Diskussion dieser Verhältnisse ist politische Strategie, deren Notwendigkeit unter anderem in der Kampfansage der neuen Frauenbewegung "Das Private ist politisch" zum Ausdruck kommt und einen umfassenden und radikalen Politikbegriff definiert. Ein umfassender Politikbegriff ist jedoch unerläßlich, um das 'unpolitische Verhalten' von Frauen zu erklären und zu entlarven.
Die Ausgrenzung des privaten Bereichs ist Ausdruck unserer patriarchalen Gesellschaft, das Unsichtbarmachen weiblicher Lebenszusammenhänge ist Voraussetzung für die anhaltende Verhinderung von Frauen an den Schaltstellen der Macht.

Die Trennung von öffentlichen und privaten Interessen ermöglicht die Unterscheidung in wichtige und unwichtige, in 'politische' und 'unpolitische' Themen. So werden frauenspezifische Belange, wie zum Beispiel die Schaffung von Kindergartenplätzen, als 'unpolitisch' interpretiert, wohingegen der Bau eines neuen Rathauses als hochpolitische Angelegenheit gewertet wird. Aufgrund dieser Unterscheidung werden wichtige frauenpolitische

---

1 Behrmann; zit. nach Micke (1983), S. 410 f.

Fragestellungen, wie Gewalt in der Ehe, Prostitution oder die Einrichtung eines Frauen-Nachttaxis immer wieder vermeintlich relevanteren Themen wie Straßenbau, innerdeutsche Beziehungen oder Wirtschaftsförderung geopfert.

Die Betroffenheit von Frauen und damit verbunden ihr politisches Interesse rührt aus dem als *privat* definierten Bereich und gilt somit als unwichtig, irrelevant und unpolitisch; demgegenüber sind die Interessen des Mannes, die dem vermeintlich öffentlichen Interesse entspringen, die wichtigeren und politisch relevanteren.

Weibliche Fähigkeiten sind wichtig und notwendig im Familienbereich. Soziale Kompetenz, Beherrschung des Krisenmanagements, psychologische Aufbauarbeit werden auch von den Männern gern in Anspruch genommen, doch im Bereich der Öffentlichkeit erscheinen diese Fähigkeiten der Frauen nicht.
Vielmehr fällt hier die Einschränkung der Frau aufgrund der ihr zugewiesenen Rolle als Hausfrau und Mutter, eben als weibliches Wesen, ins Gewicht und verhindert ihre Karriere.
Die Kontinuität der Trennung zwischen privaten und öffentlichen Interessen schafft die Beweise für die 'politische Kompetenz' des Mannes und die 'politische Inkompetenz' der Frau.
Zur Aufrechterhaltung dieser Trennung dient die geschlechtsspezifische Sozialisation, deren Dimensionen im folgenden nur angerissen werden können. Dennoch soll verdeutlicht werden, in welchem Umfang gesellschaftliche Bedingungen auch heute noch geschlechtsspezifischen Einfluß nehmen, obwohl bereits viele Menschen versuchen, diskriminierende Elemente abzubauen.

In der wissenschaftlichen Diskussion ist es mittlerweile unbestritten, daß die Sozialisation des Menschen auf vielen, wenn nicht gar allen Ebenen der Gesellschaft geschlechtsspezifisch verläuft. Diskutiert werden heute verstärkt die Formen, die Ausprägungen, die genauen Folgen und somit die Gegenstrategien.
Hagemann-White untersuchte die empirische Nachweisbarkeit der geschlechtsspezifischen Unterschiede und kommt zu dem Ergebnis:

> "Es wäre eine eigene meta-wissenschaftliche Untersuchung wert, die unterschiedliche Behandlung von Daten, die unterschiedliche Aggressivität im Vorbringen von Schlußfolgerungen und die unterschiedlichen Ebenen der Erklärung systematischer nachzuprüfen; hier

> scheint auch einiges an geschlechtstypischem Verhalten innerhalb der Wissenschaft vorzuliegen."[2]

Das bedeutet nicht, daß geschlechtsspezifische Unterschiede nicht nachweisbar sind, sondern: "Die unklaren Ergebnisse der Forschung sind zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß das Geschlecht per se eine ungeeignete unabhängige Variable ist."[3]

Doch trotz aller Vorsicht im Umgang mit empirischen Daten können Einflußfaktoren von Familie, Institutionen und Umwelt auf die geschlechtsspezifische Entwicklung von Menschen ausgemacht werden. Bei der folgenden Darstellung soll der Aspekt der geschlechtsspezifischen *politischen* Sozialisation im Vordergrund stehen.

4.1.1 Familiäre und außerschulische Einflüsse

Die Erwartungen, Hoffnungen und Normen des Menschen beinhalten immer auch Bewertungen. Werdenden Eltern geht es da nicht anders. Bereits vor der Geburt eines Kindes spielen Wünsche und Hoffnungen eine Rolle. Das zeigt sich bei orakelnden Aussagen über die Zeugung ('bei Vollmond wird es ein Junge') ebenso wie bei Prophezeiungen über das Geschlecht des ungeborenen Kindes ('ein lebhaftes Kind wird ein Fußballer, also ein Junge', 'ein Kind, das auf sich warten läßt, wird ein Mädchen, es muß sich erst hübsch machen').
Neben der Zuweisung geschlechtsspezifischer Verhaltensweisen erfolgt auch die Bewertung des Geschlechts (eine Mutter von vielen Töchtern 'bekommt leider immer nur Mädchen'), und die Geburt eines 'prächtigen Stammhalters' wird auch heute noch oft besonders hervorgehoben.[4]

Das alles stellt sich schichtspezifisch sicherlich unterschiedlich dar, ist aber in verschiedensten Formen überall feststellbar. Diese bewußten oder unbewußten Bewertungen fließen ein in das Elternverhalten und somit in die erste Selbstwahrnehmung des Kindes.

---

2 Hagemann-White (1984), S. 47

3 Hagemann-White (1984), S. 43

4 Vgl. Belotti (1981), S. 5 ff.; Scheu (1981), S. 49

Etwa ab dem dritten Lebensmonat findet die Erziehung zu den 'Jungen'- bzw. 'Mädchenstereotypen' statt. Beim Jungen wird die Muskelaktivität gefördert, bei Mädchen das soziale, anhängliche, zärtliche Verhalten. Mit zunehmendem Alter wird den Kindern das geschlechtsspezifische Verhalten mehr und mehr abverlangt, das geschlechtsunspezifische kommentiert oder gar sanktioniert ('an dem Mädchen ist ein Junge verlorengegangen', 'Jungen weinen nicht'). Dazu stellt Hagemann-White fest:

> "Es spricht einiges dafür, daß die Geschlechtszugehörigkeit unter Kindern im Vorschulalter nicht diesen Stellenwert hat, sondern sie eher situationsspezifisch interessiert. Bei Erwachsenen in unserer Kultur scheint hingegen das Geschlecht die erste und wichtigste Information zu sein, die auch bei flüchtiger Interaktion gemerkt wird."[5]

Dabei ist interessant, daß sowohl Hagemann-White als auch Scheu festgestellt haben, daß Väter eher auf ein typisches Rollenverhalten dringen als Mütter, sich also eher konservativ verhalten.

Die Festlegung der Geschlechter wird fortgeführt in der Sauberkeitserziehung (ein Mädchen soll sauberer sein als ein Junge), durch die Medien (die geschlechtsspezifische Rollenteilung ist immer die gleiche, die 'normale'), durch Spielzeug und Spiele. Scheu stellt dazu fest:

> "Konnte man bis zum ersten Lebensjahr das Kind nur schwer aufgrund seines Verhaltens nach dem Geschlecht unterscheiden, so zeichnet sich jetzt die Trennung immer klarer ab. Im Kleinkindalter setzen sich die Erwartungen der Umwelt gegenüber dem kleinen Mädchen (dem kleinen Jungen) noch weitgehender durch. Das Kind selbst beginnt, diese Erwartungen zu verinnerlichen."[6]

In dieser frühen Phase der Entwicklung werden Meilensteine für das Selbstwertgefühl, die Einstellung zum eigenen Körper bzw. zum eigenen Geschlecht gelegt. Dem Mädchen wird Anpassung abverlangt, dem Jungen Eigenständigkeit zugestanden; die Rolle des Jungen scheint bereits im Kindergartenalter eine größere Attraktivität zu haben als die des Mädchens.[7]

---

5 Hagemann-White (1984), S. 50

6 Scheu (1981), S. 75

7 Bereits im Kindergartenalter von dreieinhalb Jahren möchten mehr Mädchen Jungen sein als Jungen sich wünschen, Mädchen zu sein (15% : 1%) (vgl. Belotti (1981), S. 45).

Ging es bislang um die bewußte oder unbewußte Konditionierung des Kindes durch die Umwelt, kommt noch die aktive Aneignung der Umwelt durch die Kinder selbst hinzu, d.h. durch Imitation von und Identifikation mit Personen trainiert, verinnerlicht und bewertet das Kind eine Geschlechtszugehörigkeit.[8]

Da unsere Umwelt patriarchal geprägt ist, werden die Dominanz des Mannes und die Diskriminierung der Frau an allen Ecken sichtbar, was aber nicht bedeuten muß, daß sie damit auch bewußt werden. In der Imitation findet sich diese Situation jedoch wieder, denn die Kinder spielen die reale Welt nach. Sie erfahren die Spielbarkeit der Familiensituation. Demgegenüber bleibt die Welt des Vaters, die Berufswelt, eher im dunkeln. Die 'Familie' leben, kann jedes Kind; im Beruf 'den Mann stehen', ist wesentlich undurchschaubarer, spannender, gefährlicher, anstrengender und wichtiger. Die Situation der Mütter wird als die einfachere wahrgenommen und somit auch als die weniger wichtige.

Da Mädchen auch mit zunehmendem Alter mehr am Haus gehalten werden als Jungen,[9] ist neben der fehlenden (Selbst-)Erfahrung in der 'gefährlichen Welt' auch die Möglichkeit der Reduktion des Mädchens auf das Häusliche gegeben. Es lernt nicht in dem Maße wie der Junge die eigenen Fähigkeiten kennen und einschätzen; vielmehr trainiert es die 'weiblichen' Fähigkeiten bis zur Perfektion:

> "Kinder, die mehr zuhause sind und eher drinnen als draußen spielen, geraten ganz unbeabsichtigt stärker unter Druck der normativen Erwartungen der Erwachsenen ... Dieser Aspekt von Erziehung muß nicht einmal als Einschränkung oder Verbot in Erscheinung treten; nur bleibt eine altersgemäße Weiterentwicklung des Zutrauens zu sich aus."[10]

Alle genannten Aspekte sind jedoch zu relativieren, denn es muß berücksichtigt werden, "daß die Familie kein luftdicht abgeschlossener Raum ist. Familiäre Erziehung läßt sich nicht auf das beobachtbare Verhalten von Müttern und Vätern reduzieren".[11]

---

8 Vgl. Belotti (1981), S. 49 ff.

9 Vgl. Hagemann-White (1984), S. 52 ff.

10 Hagemann-White (1984), S. 53

11 Hagemann-White (1984), S. 59 f.

Das hat auch Grabrucker festgestellt. Sie hat in Tagebuchform die Erziehungsversuche einer 'frauenbewegten' Mutter beschrieben, die bewußt die geschlechtsspezifisch diskriminierende Prägung ihrer Tochter verhindern will.
Bereits nach den ersten drei Lebensjahren wird deutlich, welche gesellschaftlichen Grenzen sich auftun, denn auch bewußt erziehende Eltern leben nicht in einem gesellschaftlich abgeschlossenen Raum. Einerseits haben aufgeschlossene Eltern die gesellschaftliche Realität verinnerlicht und sind somit immer in Gefahr, diese zu reproduzieren.[12] Andererseits gewinnen mit zunehmendem Alter der Kinder - Freunde, Nachbarn, Verwandte usw. an Bedeutung und nehmen Einfluß auf deren Entwicklung.
Somit ist zu vermuten, daß der Einfluß der Eltern in den gängigen Theorien überschätzt wurde.[13]

> "Ohne Zweifel tragen Erfahrungen in der Familie sowohl zur Verstärkung vorhandener Neigungen wie auch zur Errichtung von inneren Barrieren gegen jedes Erproben von Verhaltensmöglichkeiten im Bereich des anderen Geschlechts bei. Doch sind diese Erfahrungen schwer abgrenzbar von den Erfahrungen außerhalb der Familie, [denn]: Die Familie als Institution läßt einerseits eine große Vielfalt von Besonderheiten bis hin zur skurrilsten Abweichung von der Norm zu; sie ist andererseits durchlässig für historische, klassen- und generationsspezifische Einflüsse. Daß wir dennoch keine gesellschaftliche Aufhebung der Polarität in den sozialen Chancen der Geschlechter beobachten können, verweist darauf, daß wir Ursachen auch für die Sozialisation eher außerhalb der Familie zu suchen haben."[14]

Das sind Verwandte, Nachbarn, Spielgefährten und Freunde, aber vor allem auch die Institutionen, denen Kinder ausgesetzt sind: der Kindergarten und ganz besonders die Schule.

4.1.2 Die institutionalisierte Sozialisation

> "Wenn ein Weib gelehrte Neigungen hat, so ist gewöhnlich etwas an ihrer Geschlechtlichkeit nicht in Ordnung."
>
> *Friedrich Nietzsche*[15]

---

12 Vgl. Grabrucker (1985)

13 Vgl. Hagemann-White (1984), S. 60

14 Hagemann-White (1984), S. 62; 63

15 Zit. nach Feyl (1984), S. 54

Dieses Zitat spiegelt nicht nur die gesellschaftliche Meinung des ausgehenden 19. Jahrhunderts wider - diese Auffassung findet sich heute noch oft.

Bereits in den ersten Lebensjahren hat das Mädchen 'erfahren', daß es im Vergleich zum Jungen Einschränkungen, Begrenzungen und Diskriminierungen hinnehmen muß. Die 'Institution Schule' ist durch die konsequente Weiterführung dieser Strategie gekennzeichnet, denn sie wird determiniert durch den 'heimlichen Lehrplan der Frauendiskriminierung'. Für die Wissenschaft, vor allem die empirische Wissenschaft, ist die Schule ein sehr ergiebiges Untersuchungsfeld, so daß es gute und fundierte Untersuchungen über die institutionalisierte Diskriminierung gibt.

Es beginnt bereits mit der *Stellung der Frau* innerhalb dieses Lehr-/Lernbetriebes. Ist sie als Erzieherin im Kindergarten und als Lehrerin in der Grundschule noch in der Überzahl, so nimmt ihr Anteil mit steigender Schulstufe ab; im Oberstufen- bzw. Berufsbildungsbereich tauchen Frauen nur noch vereinzelt auf. Die Funktions- und Leitungsstellen sind dann - ebenso wie die Aufsichtsbehörden - das Terrain der Männer (vgl. Tabellen 23 bis 25).

Wie aus Tabelle 23 ersichtlich, hat es zwischen 1974 und 1986 keine wesentlichen Veränderungen des Frauenanteils in den jeweiligen Schularten gegeben. Es scheint eher eine gegenläufige Entwicklung zu geben, denn in Nordrhein-Westfalen hat sich der Frauenanteil in Leitungsfunktionen in Gymnasien von 33,6% (1964/65) auf 13,6% (1987/88) verringert, obwohl er sich am Kollegium um 4% auf 39,2% erhöht hat.[16]

Wie sich zeigt, wiederholt sich hier die Familiensituation: die Frauen sind wichtig, wenn Fähigkeiten wie Umsorgen, Behüten und Nettsein verlangt werden, die 'wichtigen' Inhalte, verbunden mit Verantwortung, logischem Denken und Durchsetzungsfähigkeit, werden jedoch dem Mann überlassen.
Das zeigt sich auch in der Fächerverteilung; in den frauentypischen Fächern wie Kunst, Musik, Textilarbeit, aber auch Sprachen, unterrichten überdurchschnittlich viele weibliche Lehrkräfte. Dagegen fallen die 'logischen' Fächer wie Mathematik, Physik, Chemie und Latein dem männlichen Teil des Lehrpersonals zu.[17]

---

16 Vgl. Lünenborg/Metz-Göckel (1988), S. 22

17 Vgl. Schulz (1980), S. 251

So wird das Bild von der unlogischen, emotionalen Frau verstärkt, Emanzipationsanreize der Mädchen durch das Vorbild der 'neuen' Frau sind nicht oder nur wenig gegeben.

Daß nicht zuletzt die Frauen diese mögliche Emanzipation durch Bestärkung des alten Frauenbildes behindern, zeigt ihr *Lehrerinnenverhalten* den Mädchen gegenüber. Frasch/Wagner haben in einer Untersuchung festgestellt, daß Jungen wesentlich mehr Aufmerksamkeit durch die Lehrkräfte erhalten als die Mädchen. Sie werden häufiger aufgerufen, getadelt, gelobt, und ihre Beiträge werden höher bewertet. "Auf Jungen achtet man einfach mehr", aber nicht nur mann, sondern auch frau.[18] Unterschwellig wird den Mädchen immer wieder klar gemacht, daß Jungen wichtiger sind, sie selbst tauchen in der netten, unauffälligen Ecke unter.

Die *Lehrpläne* in unserem Schulsystem scheinen nach den männlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten ausgerichtet, weder als Zielgruppe noch als Inhalt scheinen Mädchen relevant zu sein.[19]

Die *Schulbücher* reproduzieren die hergebrachten Geschlechterstereotypen;[20] Beispiele und Aufgaben sind oft genug auf die Jungeninteressen ausgerichtet.

> "Die Lese- und Mathematikbücher scheinen davon auszugehen, daß sie es unbedingt erreichen müssen, das Interesse der Knaben zu wecken, während das der Mädchen vorausgesetzt oder aber übergangen werden kann. Die gesamte Anlage der Grundschulbücher scheint darauf zu zielen, Identifikationsmöglichkeiten für Jungen zu bieten, als müßten nur sie, und sie besonders, zum Erlernen der Kulturtechniken überredet werden."[21]

---

18 Vgl. Frasch/Wagner (1982), S. 260 ff.

19 Vgl. Schulz (1980), S. 285 ff.

20 Anmerkung der Schreiberin: Folgt ein/e Schüler/in diesen Stereotypen in der Aufgabenlösung nicht, stürzt dies den Lehrer bzw. die Lehrerin in enorme 'Benotungskonflikte'. Meine Tochter hatte in der Grundschule folgende Aufgabe zu lösen: "Vater, Mutter und Angelika trinken Kaffee. Auf dem Tisch stehen drei Kuchenteller, drei Tassen, drei Untertassen, drei Kaffeelöffel und drei Kuchengabeln, eine Kaffeekanne, ein Milchkännchen, eine Zuckerschüssel und ein Milchtopf. Wie viele Teile müssen Mutter abwaschen und Angelika abtrocknen?" Die Aufgabenlösung meiner Tochter: "Überhaupt keine, denn Vater wäscht und trocknet ab."
Dem 'Punktabzug' wegen 'Nichtlösung der Aufgabe' habe ich insofern erfolgreich widersprochen, als meine Tochter eine Aufgabe in gleicher Art, aber auf ein anderes (neutrales) Beispiel übertragen, lösen mußte.

21 Hagemann-White (1984), S. 64

Inhaltlich tauchen Frauen, wenn überhaupt, nur als Randfiguren, Ehefrauen, Mütter auf. So sind zum Beispiel im Fach Geschichte die Eroberungskriege der männlichen Heere Hauptinhalte; Kämpfe, Errungenschaften und Fortschritte der Frauen werden höchstens am Rande erwähnt. Ergebnisse der Matriarchatsforschung, die Frauen der Fanzösischen Revolution, der deutschen Frauenbewegung und viele andere werden als nicht relevant angesehen.[22]

In und durch *Sprache* findet eine andauernde Diskriminierung statt. Das Mädchen wird lediglich mitgedacht (z.B. 'der Schüler' impliziert 'die Schülerin', umgekehrt ist das nicht denkbar); es wird zum Abbild des Jungen, hat keinen eigenen Wert.
Die Sprache repräsentiert die Macht der Herrschenden, der Männer, und durch die Sprache wird den Mädchen dann auch oft genug Gewalt angetan.[23]
Hinzu kommt die *konkrete Gewalt* gegen Mädchen durch Jungen,[24] ein Problem, das bereits in der Familie, beispielsweise zwischen Geschwistern, zum Tragen kommt.
Die Wahrnehmung der männlichen Gewalt in unserer Gesellschaft, in der Familie oft genug direkt eingesetzt gegen die Mutter oder die Kinder, führt zu aggressivem Verhalten der Jungen, die entweder die eigene Macht demonstrieren wollen oder traumatische Erfahrungen verarbeiten müssen.[25]
So richtet sich eine Subkultur der Jungen gegen die Mädchen auf, gegen die diese sich kaum schützen können.

Daß die Jungen nach all dem auch den Maßstab für *Schulleistungen* darstellen, scheint nur logisch. Denn die Leistungen der Mädchen haben unter denen der Jungen zu bleiben, ein anderes Leistungsbild käme einer Revolution gleich. Darum müssen die Verantwortlichen darauf sofort reagieren. So wurden in Niedersachsen Eltern und Politiker hellhörig, als 1977 am Ende der Orientierungsstufe mehr Mädchen als Jungen für die weiterführenden Schulen empfohlen wurden.[26] Es wurde eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, um Abhilfe zu schaffen.

---

22 Vgl. Borries (1982), S. 119 ff.

23 Vgl. Trömel-Plötz (1982), S. 189 ff.

24 Vgl. Barz/Maier-Störmer (1982), S. 279

25 Vgl. Hagemann-White (1984), S. 55 f.

26 52,4% für die Realschulen, 55,8% für die Gymnasien, obwohl nur 48,7% Mädchen in der Orientierungsstufe waren; vgl. Frasch/Wagner (1982), S. 277

Die Folge all dieser Erfahrungen ist ein allmählich sinkendes Zutrauen der Mädchen zu sich selbst und ihren Fähigkeiten. Mädchen stapeln tief und haben geringere Erfolgserwartungen, sie machen Abitur, verzichten aber auf das Studium,[27] haben gute Leistungen, zeigen aber keinen Ehrgeiz. Die folgende Matrix macht den Zusammenhang deutlich, der dazu führt, daß Mädchen mit den Jahren immer weniger, Jungen immer mehr Zutrauen entwickeln.

	Tadel	**Lob**
Mädchen	schlechte Leistung	Wohlverhalten
Jungen	Fehlverhalten	gute Leistung

Mädchen werden nicht für gute Leistungen gelobt, sondern für ihr Wohlverhalten; dagegen werden sie für schlechte Leistungen getadelt. Jungen erhalten ihre Bestärkung in der Leistung, nicht im guten Verhalten.

> "Der Junge erfährt viele und auch viele negative Reaktionen von Erwachsenen auf sein Verhalten; Tadel vermittelt aber selten Zweifel an seinem Können, Lob bestätigt fast immer, daß er Gutes ja leisten kann. Die Zurechtweisungen sind oft diffus und haben wenig Relevanz für eine Bewertung seiner Fähigkeiten. Die Reaktionen von Erwachsenen gegenüber Mädchen hingegen sind vor allem dann auf ihre Leistungen bezogen, wenn sie negativ sind; gelobt werden sie eher für Wohlverhalten oder für die ordentliche Anfertigung der Aufgaben."[28]

Horstkemper hat noch 1987 in einer Längsschnittstudie über Mädchensozialisation in der Schule festgestellt, daß trotz des Versuchs vermehrter Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Geschlechter das Selbstvertrauen der Mädchen weit hinter dem der Jungen zurückbleibt:

> "Unter der Decke formaler Gleichheit finden auch gegenwärtig schulische Sozialisationsprozesse statt, die Mädchen klar benachteiligen. Der Erfolg, den sie hinsichtlich der erzielten Abschlüsse und

27 Waren 1986 noch 45,7% der Abiturienten Mädchen, betrug im WS 87/88 ihr Anteil in wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich pädagogischer Hochschulen lediglich 38% (vgl. Statistisches Jahrbuch 1988).

28 Hagemann-White (1984), S. 70

> Noten verzeichnen können, steht in erheblicher Diskrepanz zu dem im Vergleich zu den Jungen weit weniger ausgeprägten Selbstvertrauen, das sie während der Schulzeit aufbauen können."[29]

Schule wirkt auf Mädchen somit destruktiv, da sie subtil auf die Verfestigung der Geschlechterstereotypen hinwirkt, nicht auf deren Auflösung. Auch in der Schule wird dem Mädchen sein Unwert demonstriert, die Jungen werden unterstützt und gefördert.

> "Die Institution Schule dient der Aufrechterhaltung einer Gesellschaft, die auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und hierarchischen sowie geschlechtsspezifischen Machtverhältnissen beruht. Während sie Jungen noch einige Möglichkeiten zur Entwicklung von Selbständigkeit, Selbstbewußtsein, Kreativität und Durchsetzungsvermögen bietet, unterstützt sie die Einschränkung von Mädchen auf ein physisches, psychisches und materielles Abhängigkeitsverhältnis von Männern."[30]

Somit ist sie ein gutes Trainingslager für die außerhäusliche Produktion bzw. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung.

4.1.3 Bedingungen der Erwerbs- und Familienarbeit

Der Begriff *'berufliche Sozialisation'* muß differenziert werden.
Einerseits findet im primären bzw. sekundären Sozialisationsprozeß eine Konditionierung zum produktiven Mitglied unserer Konsumgesellschaft statt, denn es werden Qualifikationen und Dispositionen angeeignet und trainiert, die der späteren beruflichen Tätigkeit zugute kommen sollen (z.B. Pünktlichkeit, Anpassung, Unterordnung).
Andererseits gibt es eine Sozialisation auch im Arbeitsprozeß selbst, in dem je nach Tätigkeit und Position bestimmte Fähigkeiten gefordert, ausgebildet und perfektioniert werden (z.B. Geschicklichkeit am Band, verkäuferische Rhetorik, Führungsqualifikationen).[31]
Die Sozialisation *für* den Beruf bedeutet für die Mädchen Akzeptanz und Training 'weiblicher' Fähigkeiten wie Einfühlungs- und Anpassungsvermögen, persönliche Wärme, Schönheitssinn, Aufopferung, Helfen etc. Sie bedeutet aber auch Sozialisation für den geschlechtsspezifischen Arbeits-

---

29 Horstkemper (1987), S. 218

30 Schulz (1980), S. 83

31 Vgl. Windolf (1981); Bammé u.a. (1983)

markt und für eine mögliche Integration von Mutter-, Hausfrauen- und Berufsrolle.

Eine Studie zur Berufsfindung von Hauptschülerinnen, die über vier Jahre angelegt war und Anfang der 80er Jahre an der Universität Bremen durchgeführt wurde, zeigte:

> "Die Bedeutung eigener Berufstätigkeit und damit materieller Unabhängigkeit vom möglichen späteren Ehepartner dominiert das Bewußtsein der Mädchen; auf die Heirat als Versorgungsinstitution, auf die Zweitrangigkeit ihres Berufes wollen sie sich nicht einlassen."[32]

Jedoch bricht sich die Bedeutung des Berufes für die eigene Lebensplanung an den Realisierungschancen, die der Arbeitsmarkt für Mädchen bereithält. Das heißt, mit zunehmender Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität auf dem geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verändern sich die Berufswünsche von Mädchen, werden sie angepaßt an die Umsetzungsmöglichkeiten. "Die gegebenen geschlechtsspezifischen Lehrstellenzuschreibungen vorwegnehmend, pendeln sich die Wünsche der Mädchen schrittweise auf den Rahmen der Frauenberufe ein."[33]

Trotzdem haben die Mädchen bei Schulabschluß noch eine wesentlich breitere Berufswunschpalette, als sie mit der Berufseinmündung realisieren können.

> "Art und Tradition des Arbeitsmarktes strukturieren also die Berufswünsche. Sie begrenzen das Spektrum, das Mädchen sich überhaupt wünschen dürfen, sie definieren, was als Berufsrolle für Frauen möglich ist und wie diese mit ihren Chancen umgehen können."[34]

Das beinhaltet auch die Familienorientierung als Rechtfertigung für die Wahl eines typischen Frauenberufes oder gar als letzter Ausweg und Alternative zur Berufsrolle.

Wenn auch die dargestellte Studie das Berufswahlverhalten von Hauptschülerinnen untersucht, so kann doch vermutet werden, daß sich ganz ähnliche Orientierungen an der gesellschaftlichen Realität auch bei Realschülerinnen und Gymnasiastinnen finden lassen.

---

32 Heinz u.a.; zit. nach Krüger, H. (1984), S. 22

33 Krüger, H. (1984), S. 25

34 Krüger, H. (1984), S. 25

Sozialisation *im* Beruf ist geprägt durch die Fortsetzung der Diskriminierung der Frauen mit anderen Mitteln. Im Prozeß der Erwerbsarbeit erfährt sie die Diskriminierung in der Arbeit selber (untergeordnet, monoton, gesundheitsgefährdend), in der Entlohnung (schlecht bezahlte Arbeitsplätze) und ebenso in der Behinderung im Aufstieg, der den Männern vorbehalten ist. Eine kürzlich durchgeführte Betriebsumfrage der niedersächsischen Landesregierung ergab:

> "Frauen sind im Berufsleben noch immer benachteiligt. In ihren Betrieben werden sie bei steigendem Interesse an Weiterbildungsmaßnahmen und höherer Motivation für qualifiziertere Positionen kaum gefördert. Informationen über Ausbildungschancen, vor allem im gewerblich-technischen Bereich, kommen spärlich. Überlegungen der Belegschaft, Kinderbetreuung anzubieten, werden in den wenigsten Betrieben angestellt."[35]

Dies ist um so erstaunlicher, als gleichzeitig mehr als die Hälfte aller Betriebe bekannte, daß es nicht schwierig sei, Frauen für die Übernahme qualifizierter Positionen zu motivieren,[36] und Untersuchungen belegen sogar, daß Frauen die 'besseren Chefs' sind.[37]

Das alles wird begründet mit Familienstand (Doppelverdiener, Ernährer ist der Mann, Belastbarkeit), Fehlzeiten durch Krankheit (u.a. durch die Gebärfähigkeit bzw. Kinderpflege), mangelnde Ausbildung (Aus- und Fortbildung findet zuallererst für die Männer statt), geringe Körperkraft (wobei männliche Maßstäbe angelegt werden und typisch weibliche Belastungen nicht zählen[38]) und mit gesetzlichen Schutzvorschriften (die zum Teil antiquiert, moralisierend sind, wie das Verbot der Beschäftigung von Frauen bei der Herstellung von Verhütungsmitteln[39].
Als Folge davon sind die einfachen Berufe den Frauen, die mittleren und vor allem die gehobenen Berufe den Männern vorbehalten (vgl. Grafik 6).

Bei all dem muß beachtet werden, daß die Frau sowohl in einem bezahlten als auch in einem unbezahlten Arbeitsprozeß steht. Außer der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gibt es nach wie vor die geschlechtsspezifische Arbeits-

---

35 Nordwest Zeitung vom 23.06.1989: "Berufstätige Frauen sind benachteiligt"

36 Vgl. Nordwest Zeitung vom 23.06.1989: "Berufstätige Frauen sind benachteiligt"

37 Vgl. Mitteilungsblatt des Landesfrauenrates Hamburg (2/1989)

38 Vgl. Krell (1984), S. 54 ff.

39 Vgl. Krell/Tammling (1979), S. 104

teilung. Neben der Aufteilung zwischen Männer- und Frauenberufen ist diese gekennzeichnet durch die Teilung in bezahlte und unbezahlte Arbeit, also Erwerbs- und Familien- bzw. Reproduktionsarbeit.

Während für den Mann die Erwerbsarbeit der primäre Arbeitsbereich ist, ist das für die Frau die Familienarbeit. Das muß sich nicht in Art und Umfang der Tätigkeiten zeigen, ist aber unverkennbar in der gesellschaftlichen Zuordnung, also der Zuständigkeit.
Daß diese Doppelbelastung zulasten der Freizeit, also der frei disponiblen Zeit, geht, ist die logische Folge.[40]
Somit ist die Frau Sklavin im doppelten Sinne, da sie sowohl im Arbeitsprozeß als auch im Reproduktionsprozeß ausgebeutet wird; ein Freiraum für mögliche politische Arbeit bleibt nicht.
Für die unbezahlte Arbeit, 'die eigentliche Aufgabe der Frau', werden jährlich 45 Mrd. bis 50 Mrd. Arbeitsstunden geleistet, in der Regel von Frauen. Die Zahl der Lohnarbeitsstunden beträgt jährlich 54 Mrd. Daraus folgt, daß Frauen zusammen mit der Erwerbsarbeit zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit leisten.[41] Da aber in unserer Gesellschaft der Wert einer Leistung an ihren Kosten gemessen wird, hat unbezahlte Arbeit gesellschaftlich und wirtschaftlich keinen Wert und somit auch die Person nicht, die diese Arbeit leistet. Weder Gebärarbeit und Kinderaufzucht noch die sozialpsychologische Betreuung der Familienmitglieder, die Hilfslehrerin- und Krankenschwestertätigkeit, weder die Arbeit als Köchin, Wäscherin, Putzfrau, Gärtnerin und Sekretärin noch die als Liebesdienerin, Lustobjekt oder schmückendes Beiwerk bei offiziellen Anlässen werden bezahlt, denn all diese weiblichen Tätigkeiten sind selbstverständlich und 'entspringen dem Bedürfnis der weiblichen Natur'.
Da der (häusliche) Arbeitsplatz der Frau auch gleichzeitig zum Privatbereich erklärt wird, wird die Frau 24 Stunden lang der 'kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit' (KAPOVAZ) ausgesetzt und hat nie Feierabend.
Selbst wenn sie die Alleinverdienerin in der Familie ist und ihr Partner sich bewußt für die Rolle des Hausmannes entschieden hat, unterstützt sie diesen deutlich stärker, als dies alleinverdienende Ehemänner tun.[42]

---

40 Vgl. Plog (1989)

41 Vgl. Scheu (1981), S. 19

42 Lt. Studie der FU Berlin; in Mommsen (1988)

Das Redaktionskollektiv des Verlages Frauenoffensive kommt denn auch zu dem Ergebnis, daß

> "der Versuch der beruflichen Emanzipation uns aus der Abhängigkeit vom Mann und aus der uns von der männlichen Gesellschaft aufgezwungenen Inferiorität nicht heraushilft, sondern uns vielmehr zu einer 'vielseitig', das heißt beliebig belastbaren Manövriermasse in den Händen eines cleveren 'progressiven' Patriarchats gemacht hat."[43]

Diese Analyse ist zwar richtig, dennoch lenkt sie ab von der Tatsache, daß beispielsweise Arbeiterinnen trotz heftiger Kritik am Akkordsystem und betrieblichen Arbeitsbedingungen einen beträchtlichen Teil ihres Selbstbewußtseins aus ihrer Erwerbsarbeit beziehen. Die Ambivalenz weiblicher Berufstätigkeit zeigt sich darin, daß die ausschließliche Rolle als Familienfrau von ihnen - zumindest auf Dauer - als unbefriedigend empfunden wird, die gleichzeitige Berufs- und Familienarbeit jedoch eine enorme Arbeitsbelastung mit sich bringt.[44]

Jedes für sich birgt Vorteile, aber auch erhebliche Nachteile und macht die Unterdrückung zu einem festen Bestandteil des weiblichen Lebenszusammenhanges, denn die Abhängigkeit der Vollhausfrau von ihrem Ehemann steht der Abhängigkeit der erwerbstätigen Frau vom Arbeitgeber bzw. von den männlichen Vorarbeitern gegenüber. Doch trotz der Fremdbestimmung im Arbeitsprozeß stärkt das selbstverdiente Geld in nicht unerheblichem Maße das Selbstbewußtsein der Frauen, unter anderem, weil es partiell unabhängiger macht.

Diesen permanenten Wechsel zwischen Alltag, Privatleben und Beruf, diese Alleinzuständigkeit für die familiäre Reproduktionsarbeit bei gleichzeitig starker Belastung durch die Berufsarbeit bezeichnete Barbara Sichtermann als "Patchwork-Karriere"[45] - eine freundliche Bezeichnung für den Dauerstreß, der durch die Mehrfachbelastung unumgänglich ist.
Das ist um so schlimmer, als alle Aspekte, die von der männlichen Normalbiographie abweichen (z.B. Unterbrechung wegen Kindererziehung, Teilzeitbeschäftigung, häufige Umzüge aufgrund des Berufes des Ehemannes) der Frau im Rahmen der beruflichen Karriere zum Nachteil gereichen. Die vielfältigen Erfahrungen und Kenntnisse, die Frauen aufgrund

---

43 Nachbemerkung in Belotti (1981), S. 169

44 Vgl. Becker-Schmidt (1984)

45 Vgl. Stephan (1988)

einer "Patchwork-Karriere" aufweisen können, werden demgegenüber in aller Regel nicht als zusätzliche Qualifikation gewertet, weder von den Betrieben noch von den Frauen selbst.
So ist es nur verständlich, daß durch die permanente Geringschätzung weiblicher Fähigkeiten die Selbsteinschätzung der Frauen sehr niedrig ist.

4.1.4 Folgen geschlechtsspezifischer Diskriminierung für die politische Sozialisation von Mädchen und Frauen

"Politik ist Männersache" - zu dieser Ansicht bekannten sich 1984 nur noch 14% der Frauen, jedoch 24% der Männer,[46] womit bewiesen wäre, daß sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Gesellschaft ein emanzipatorisches Bewußtsein herausgebildet hat, und zwar bei den Frauen stärker als bei den Männern.
Andere Fakten scheinen das zu bestätigen. Mädchen kommen in allen Schulstufen und -formen besser voran als Jungen, sie machen die besseren Schulabschlüsse,[47] schneiden in den Ausbildungsberufen besser ab,[48] bewähren sich in gewerblich-technischen Berufsfeldern, wie die Modellversuche "Mädchen in Männerberufen" beweisen.[49]
Frauen und Mädchen partizipieren zunehmend und in ähnlichem Umfang wie das männliche Geschlecht an verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, zum Beispiel als Mitglieder im Deutschen Sportbund oder in der Benutzung der Jugendherbergen.[50]
Sie nutzen ihr passives Wahlrecht fast ebenso intensiv wie die Männer, ihre Wahlentscheidungen unterscheiden sich kaum noch von denen der männlichen Bevölkerung.
Das alles könnten Zeichen für die Überwindung bzw. die nachlassende Bedeutung geschlechtsspezifischer Sozialisationsbedingungen sein.

Dem stehen aber Tatsachen gegenüber, die daran sehr zweifeln lassen. So nehmen wesentlich weniger Mädchen als Jungen nach dem erfolgreichen

---

46 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 102

47 Vgl. Pape-Siebert (1984), S. 144

48 Vgl. Pape-Siebert (1984), S. 83/84

49 Vgl. Hellmann/Volkholz (1985), S. 101 ff.

50 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 95

Abitur ein Studium auf.[51] Von den unversorgten Ausbildungsplatzsuchenden sind zwei Drittel Mädchen.[52]

Ebenso ist der Anteil der Frauen unter den Arbeitsplatzsuchenden überdurchschnittlich hoch, und selbst Mädchen, die in den Modellversuchen "Mädchen in Männerberufen" erfolgreich waren, haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsplätze der Frauen gehören überwiegend zu den unteren Einkommensgruppen,[53] und mit zunehmender Hierarchiestufe innerhalb der Betriebe nimmt der Frauenanteil ab. An den Schaltstellen der Macht, ob in Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik, fehlen Frauen fast völlig. Trotz der Egalisierung von Wahlbeteiligung und Wahlverhalten von Männern und Frauen insgesamt sind es gerade die ganz jungen Wählerinnen, die in erschreckendem Umfang Wahlenthaltung üben (vgl. Kapitel 3.4.1).

Das alles sind Zeichen, die beweisen, daß noch vielfältige (Sozialisations-)Mechanismen für die Diskriminierung der Frauen sorgen. Das wird besonders im schulischen Bereich deutlich: Die rechtlich einklagbare und offensichtliche Chancengleichheit der Mädchen im Bildungsbereich fördert und fordert deren Leistungsvermögen und Leistungsbereitschaft - abzulesen an den Schulerfolgen von Mädchen. Und doch lassen sich vielfältige Unterdrückungsmechanismen nachweisen (vgl. Kapitel 4.1.2), die diese Leistungsbereitschaft belasten.

> "Daß Mädchen im allgemeinbildenden Schulsystem trotzdem so erfolgreich sind, zeigt, in welchem Umfang sie kämpfen und arbeiten müssen. Die Tatsache, daß sie nach Verlassen der Schule nicht mehr in angemessenem Umfang auf allen gesellschaftlichen Ebenen erscheinen, zeigt ihre gesellschaftlich bedingte Verhinderung. Wegen der fehlenden rechtlichen Grundlage, die Gleichbehandlung einklagen zu können, wirken diskriminierende Bedingungen besonders massiv. Aber auch die Bewußtseinsebene spezifisch weiblichen Tätigkeiten lassen tatsächlich weniger Spielraum für eine umfassende Entwicklung. Die weibliche Rolle ist konkret minderwertiger als die männliche, im Sinne von begrenzter, eingeengter. Von der Geburt an

---

51 Vgl. Anmerkung 185

52 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1988

53 Vgl. Heck/Kleinhorst (1986), S. 13 ff.

> werden im Prozeß der Sozialisation die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse reproduziert."[54]

Weibliches Wohlverhalten wird akzeptiert, weibliche Leistung aber nicht honoriert. Fähigkeiten wie nett, aufopfernd, hübsch sein werden gefordert und gefördert, hingegen Durchsetzungsfähigkeit, Ehrgeiz, gute Leistung (im Sinne von meßbar, beweisbar) verhindert.

Die Erfahrungen des Arbeitslebens hinterlassen den Eindruck, daß Männer durchsetzungsfähiger, kompetenter, besser, belastbarer, intelligenter sind, das Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten sinkt. Hinzu kommt die permanente Konfrontation mit männlicher Macht und Aggressivität, die in allen Lebensphasen eine Rolle spielt. Dem hat die Frau nichts entgegenzusetzen, darum reagiert sie verständlicherweise mit Angst.

Bode machte sich Gedanken zum Sechsten Jugendbericht der Bundesregierung und den Lebensperspektiven junger Frauen und kam zu dem Ergebnis, daß diese sich immer und lebenslang in einer Zwickmühle befinden, die mit keinem Zug aufgehen kann.[55]
Durch die Zuschreibung der Reproduktionsarbeit werden die beruflichen und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten des weiblichen Geschlechts von vornherein eingeschränkt. Die Entscheidung für eine zukunftsweisende berufliche Ausbildung mit Weiterbeschäftigungs- und Karrierechancen schließt die Möglichkeit einer Unterbrechung wegen Familienarbeit aus; ist eine Unterbrechung möglich, handelt es sich um Berufsfelder mit schlechtem Verdienst und geringen Aufstiegschancen.

Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich für Jungen überhaupt nicht.

> "Eingekeilt zwischen Scylla und Charybdis, im Kern ihrer Persönlichkeit angegriffen, verlieren Mädchen so den Mut und wählen den Job, den man leicht aufgeben kann. Oft leiden sie physisch und psychisch, und nur die Hälfte bringt die Kraft auf, sich durchzusetzen."[56]

Hinzu kommt die Doppelbödigkeit von Ratschlägen, die jungen Mädchen gegeben werden und sie auffordern, sich an anderen Berufsfeldern zu orientieren, die vermeintlich mehr Chancen für sie beinhalten. Doch dort

---

54 Scheu (1981), S. 49 f.

55 Vgl. Bode (1984), S. 54 ff.

56 Bode (1984), S. 56

werden sie nicht eingestellt, weil sie Mädchen sind. Und wenn sie beispielsweise im Rahmen von Modellversuchen die Chance erhalten, ihre Fähigkeiten in diesen Bereichen unter Beweis zu stellen, finden sie trotz erfolgreicher Beendigung der Ausbildung keine Anstellung.
Haben sie einen Ausbildungsplatz in einem zukunftsträchtigen Beruf gefunden und wollen oder müssen in der Familienphase vorübergehend ihre Laufbahn unterbrechen, dann werden sie Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg haben, da die gleichaltrigen Männer ihnen gegenüber den Vorteil einer kontinuierlichen Berufsphase haben.
Diese Liste ließe sich beliebig verlängern und macht deutlich, daß die Benachteiligung von Frauen und Mädchen in dieser Gesellschaft noch immer alltägliche Realität ist. Hier wurde ein perfektes Netz aus Diskriminierung, Abwertung, Privatisierung, Chancenlosigkeit und Einschüchterung gewoben, das die Entwicklung von gesellschaftlichen und politischen Interessen und Engagement verhindert.
Die Wahrnehmung der eigenen Ohnmacht dem Mann und der patriarchalen Gesellschaft gegenüber wird interpretiert als politisches Desinteresse, die Angst vor der Gewalt des Mannes und der männlichen Organisation wird als politisches Unverständnis eingeordnet.

Analog zur Erkenntnis, daß Schülerinnen ihre Berufswünsche unbewußt den zu erwartenden Einstellungschancen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt anpassen, um Enttäuschungen und Frustrationen möglichst zu vermeiden, kann vermutet werden, daß Frauen ihren Karrierewunsch den Gegebenheiten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik anpassen.
Die relative Perspektivlosigkeit im Hinblick auf eine autonome Zukunft, die Wahrnehmung, als Person für diese Gesellschaft nicht wichtig zu sein, führt zur Verweigerung politischer Einflußnahme sowohl bei ganz jungen Frauen, denen der berufliche Einstieg verwehrt wird, als auch bei alten Frauen, die ihren Funktionsverlust nach Beendigung der biologischen und sozialen Mutterschaft mit gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit gleichsetzen.[57]

Frauen arrangieren sich mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten, die ein politisches Engagement für das weibliche Geschlecht nicht wichtig erscheinen lassen. Aber nicht die Frauen sind unpolitisch, sondern die Verhältnisse lassen Frauen, weibliche Interessen und Bedürfnisse nicht als gesellschaftlich relevante Bestandteile zu. Die politische Sozialisation der Frau ist keine

---

57 Vgl. Krüger, D. (1980), S. 30 ff.

Sozialisation hin zu politischer Handlungsfähigkeit, sondern zum politischen Stillhalten, 'Über-sich-ergehen-Lassen'. Die Passivität, die der Frau auf allen Sozialisationsebenen abverlangt wird, findet sich auch in ihrem 'unpolitischen' Verhalten wieder.

Die Erziehung zu 'männlichen' und 'weiblichen' und damit zu 'politischen' und 'unpolitischen' Wesen dient der Legitimation der Herrschaft der Männer über die Frauen, der Befreiung des Mannes von der Reproduktionsarbeit und somit der Aufrechterhaltung der männlichen Machtstrukturen in der Politik.

Geschlechtsspezifische Sozialisation ist die Voraussetzung für geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Das gilt auch für die Politik.
Doch darf nicht vergessen werden, daß Menschen in ihrem Leben immer wieder Entscheidungen über ihren weiteren Lebensweg treffen. An den Biographien der politisch tätigen Frauen lassen sich diese Entscheidungen ablesen, die den Frauen trotz der widrigen Umstände und Bedingungen die Möglichkeiten für politische Aktivitäten eröffneten. Lebenswege sind nicht eindimensional nur durch soziologische Prozesse bestimmt. Sozialisation ist nicht zwangsläufig nur Schicksal. Vielmehr sind die realen Lebensverhältnisse veränderbar. Frauen sind nicht Opfer ihrer Biologie, sondern

> "Opfer konkreter gesellschaftlicher Zwänge aufgrund geschlechtsspezifischer Funktionszuweisung als Hausfrau und Mutter und spezifisch 'weiblicher' Tätigkeiten im Beruf. Doch Frauen sind nicht willenlose Objekte der Geschichte, sondern Subjekte ihrer eigenen Geschichte. Wenn sie ihre Funktion in dieser Gesellschaft infrage stellen und sich gegen sie wenden, sind sie gleichzeitig Potenz zur Veränderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse."[58]

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Entscheidung für Lebensformen, die quer zu allen gesellschaftlichen Erwartungen stehen. Doch das ist nicht nur eine Entscheidung für die Politik oder die Karriere, sondern gleichzeitig eine Entscheidung für die Dreifachbelastung (Beruf, Familie und Politik), für die Investition von viel Kraft in einem männerdominierten Bereich und damit für die Konfrontation mit massiver Diskriminierung. Das ist außerdem die Entscheidung, in einen Bereich männlicher Seilschaften abzugleiten, dem selten ein entsprechendes weiblichen Netzwerk gegenübersteht. Das

---

58 Scheu (1981), S. 40

macht deutlich, wieviel mehr Anstrengungen es Frauen kostet, politisches Engagement zu entwickeln oder gar ihre politische Karriere zu betreiben.

4.2 Die ganz alltägliche Diskriminierung von Politikerinnen (und anderen Frauen)

> "Wählen Sie eifrig, meine Damen, gehen Sie in die politischen Parteien. Sehen Sie zu, daß in allen abstimmenden Versammlungen möglichst viele Frauen sind. Machen Sie Frauen zu Delegierten, lassen Sie diese Delegierten Kandidatinnen aufstellen - und dann haben Sie bald Ihre entsprechende Repräsentanz",

sagte Konrad Adenauer zu den Klagen der Frauen über ihren mangelnden Einfluß.[59] Seine Worte müssen fast zynisch anmuten angesichts der Tatsache, daß er nach der Bundestagswahl 1957 keine Frau in sein Kabinett aufnahm und auf den Protest der Frauen nur mit Spott reagierte: "Ich wäre ja dumm gewesen, wenn ich vor der Wahl auf die Frage, ob ich eine Frau in die Regierung aufnehmen würde, nicht gesagt hätte: am liebsten zwei!"[60]

Dieses Taktieren der Männer ist bezeichnend für ihren Umgang mit ihren Kolleginnen und spiegelt sich im politischen Alltag überall wider. Es schlägt sich nieder in der Nichtrepräsentanz eines adäquaten Anteils von Frauen in den politischen Gremien, stellt aber auch die alltägliche Diskriminierung und Verhinderung von Politikerinnen dar.

Frauen, die sich allen widrigen Umständen zum Trotz für ein Politikerinnenleben entscheiden und bereit sind, die geschlechtsspezifische Mehrfachbelastung auf sich zu nehmen, werden konfrontiert mit äußerst widersprüchlichen Männerreaktionen.

Weibliche Neumitglieder werden in Parteien erst einmal mit offenen Armen empfangen. Zum einen rühmt sich jede Partei gern ihres hohen Frauenanteils, zum anderen werden immer Frauen für Wahlkampf und Kinderfeste sowie zum Kuchenbacken gebraucht, und darüber hinaus erfreut es so manches Männerherz, wenn die trockene Politik durch ein freundliches, vielleicht sogar hübsches weibliches Wesen belebt wird. Ein bis zwei Vorstandsposten sind für die ganz eifrigen Frauen auch zu vergeben, so

---

59 Zit. nach Feuersenger (1980), S. 126

60 Zit. nach Feuersenger (1980), S. 126

zum Beispiel der des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin oder des Schriftführers/der Schriftführerin.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Männer gelehrt, daß Frauen bei der Besetzung der Listenplätze Zurückhaltung üben, nicht mit den kompetenten Männern in Konkurrenz treten und gern bereit sind, die hinteren Listenplätze als Zählkandidatinnen aufzufüllen.[61]

Zwar sind Frauen offensichtlich eher als Männer bereit, ein Amt zu übernehmen,[62] aber im Zweifelsfall üben sie sich in Bescheidenheit.
Da die Parteien das Trittbrett für die politische Karriere sind, Frauen aber nicht gefördert, sondern eher behindert werden, fallen diejenigen durch die Maschen des Karrierenetzes, die den Männern unangenehm sind. Lediglich einige nette, hübsche, nicht zu aufmüpfige Frauen haben Chancen, als Alibifrauen akzeptiert zu werden: "Sie gehören nicht zu den Lauten im Lande, sondern eher zu den Leisen, was mir sehr sympathisch ist", sagte der Erste Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zu der neuen Zweiten Bürgermeisterin Helga Elstner nach den Wahlen zum Hamburger Senat 1978 und kennzeichnete damit eine typisch männliche Vorliebe.[63]

Das Verfahren der Verhinderung funktioniert bereits seit 1919 in dieser oder ähnlicher Form, und es gibt für Parteimänner wenig Veranlassung, daran etwas zu ändern, denn sie halten die Parteimacht in den Händen und nutzen sie auch in ihrem Interesse.
Schließlich ist es für sie angenehmer, von den weiblichen Attributen der Frauen zu profitieren, als sich mit einer 'frustrierten Emanze' herumzuschlagen.

Inwieweit dieses Verfahren sich verändern wird, nachdem es seit kurzem für alle Parteien opportun ist, Frauen zu rekrutieren, bleibt abzuwarten. Bislang werden Frauen in der Regel nur gefördert, um die Position des Mannes zu stärken, so zum Beispiel, um WählerInnenstimmen zu sichern. Aber auch diese Strategie wird behutsam gefahren. Je nach Partei und mit unterschiedlichen Verfahren werden gerade so viele Frauen gefördert, wie vermeintlich

---

61 Vgl. Jochimsen (1978), S. 111; Hoecker (1985), S. 54 ff.; Geschäftsbericht der SPD Weser-Ems 1981/82; Kapitel 3 dieses Buches

62 Die Aufstiegsorientierung ist bei den CDU-Frauen und denen der FDP mit 11% bzw. 20,5% wesentlich stärker ausgeprägt als bei den Männern dieser Parteien mit 3,8% bzw. 10,9% (SPD: Frauen 2,3%/Männer 3,5%); vgl. Hoecker (1985), S. 63 ff.

nötig sind, um den Mann abzusichern, aber auch so wenig wie möglich, um ihn nicht ernsthaft zu gefährden.
"Als einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut", urteilte denn auch Michael Horlacher, Landtagspräsident a.D.

Daß Frauen, die es geschafft haben, trotz des harten Auswahlverfahrens in eine gehobene Position zu gelangen, auch weiterhin Wohlverhalten üben müssen, versteht sich dabei von selbst, denn:

> "Ihre Bestätigung oder Wiederwahl ist um so gefährdeter, je deutlicher und erfolgreicher ihre Politik zugunsten von Frauen gewesen ist. Eine Frau z.B. in einer Partei oder Gewerkschaft muß am meisten fürchten, als Feministin oder gar als Emanze erkannt oder auch nur benannt zu werden. Sie wird sehr rasch gegen eine andere Frau ausgetauscht werden, die als 'einsichtig' oder 'vernünftig' gilt, und das heißt, bereit ist, sich männlicher Sicht und Wertung anzupassen."[64]

"CDU-Emanzen" betitelt denn auch Norbert Blüm seine Parteikolleginnen im Vorfeld des Essener Bundesparteitages von 1985, der unter dem Motto "Für eine neue Partnerschaft von Mann und Frau" abgehalten wurde und ein Zugeständnis an die Frauenpolitik sein sollte.[65] Mit dieser Drohgebärde sollten die CDU-Frauen wohl zur Zurückhaltung bewogen werden, was auch gelang - ob aufgrund des Blümschen Ausspruches oder unabhängig davon, bleibt offen.

Aber verfolgen wir den Weg von Frauen, die es 'geschafft' haben, ins Parlament zu kommen. Kommunalpolitikerinnen, die über Frauenlisten in die Parlamente einzogen, trafen sich im Frühjahr 1985 in Ellwangen zum Erfahrungsaustausch, und ihre Erfahrungen sind vielfältig: Verleumdungen, Parteiausschluß, Redebehinderungen, Ausquartierungen aus dem Rathaus sind nur einige davon. Die Bezeichnung 'Krampfadergeschwader' oder 'Hühnerlisten' sprechen für sich.

Ernstgenommen werden die Frauen nur, wenn sie sich zum Beispiel dreist daranmachen, den bürokratischen Filz aufzudecken; ernstgenommen zu werden bedeutet dann aber auch, diffamiert und bekämpft zu werden.

---

63 Vgl. Trömel-Plötz (1985)

64 Pfarr (1984)

65 Vgl. Roitzsch (1985)

Männlicher Chauvinismus ist allgegenwärtig, und Sprüche, wie sie Gerda Papenheim gehört hat, sind an der Tagesordnung: 'Das kannst du deinem Mann im Bett erzählen', oder: 'Mit deiner Frisur sind wir ja einverstanden, aber mit deinem Antrag nicht.'[66]

Parlamentarierinnen im Bundestag geht es da nicht anders. 'Kleine Mädchen müssen artig sein', hörte Christa Nickels; mit 'Es muß jemand politisch antworten' wurde Heide Simonis von ihren Fraktionskollegen abgelehnt; 'Wie vereinbarst du Kinder und Parlament?' fragte mann Renate Schmidt[67] - eine Liste, die unendlich verlängert werden könnte mit lauter An- und Aussprüchen von Männern, die Ähnliches nie zu hören bekommen.

Parlamentarierinnen werden 'angemacht', auch auf dem Rednerpult, aber nicht als Politikerin, sondern als Frau: sexistisch.

> Die Zwischenrufe "haben die Funktionen, die Sprecherin zu verletzen, lächerlich zu machen oder zu verwirren, zu verunsichern, zur Stellungnahme zu zwingen. Auf die Zuhörenden sollen sie die Wirkung haben, daß sie die Sprecherin nicht ernst nehmen, daß sie abtun, was sie sagt".[68]

Diese Erfahrung machte auch Cornelia Schmalz-Jacobsen, als sie 1980 als Bundestagskandidatin der F.D.P. in München Wahlkampf machte:

> "Wenn Männer beschimpft werden, dann soll das natürlich auch treffen - aber nicht ihre Männlichkeit. Das Selbstverständnis als Mann darf intakt bleiben. Bei der angegriffenen Frau setzt jedoch gerade dort die 'Kritik' an: Ihr Selbstwertgefühl als Frau soll zerstört werden."[69]

Frauenspezifische Fragestellungen interessieren die Männer nicht, und wenn frau solche durchsetzt, so wird nicht zugehört, mann schwätzt oder ist gar nicht anwesend. So blieben im niedersächsischen Landtag die Bänke fast gänzlich leer, als aufgrund einer Großen Anfrage der CDU und der F.D.P. am 15. Oktober 1987 über den Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben debattiert wurde.[70]

---

66 Waidhofer (1985); Henkel (1985); Horsch (1985)

67 Fernsehsendung "Sie-Er-Es": Sexismus in Bonn, 16.04.1985 (NDR)

68 Trömel-Plötz (1985)

69 Schmalz-Jacobsen (1981), S. 40

70 Vgl. Nordwest Zeitung vom 16.10.1987: "Frauen unter sich"

Aber auch bei der Debatte über den Frauenförderplan der Landesregierung Niedersachsen am 20. April 1988 saßen zu Beginn lediglich acht Abgeordnete im Plenum; zum Schluß bereits stolze 50 von 155 ParlamentarierInnen.[71]

Da in der Politik Sprache eine große Rolle spielt, ist sie auch ein Mittel der Diskriminierung. Durch das gesprochene ebenso wie durch das geschriebene Wort wird die Frau immer wieder von ihrer Nichtexistenz überzeugt. Bezeichnungen wie 'Volksvertreter', 'Parlamentarier', sowohl im Singular als auch im Plural, werden in der Regel in männlicher Form verwendet, und Einladungen an die 'Herren Abgeordneten nebst Gattin' gehen auch heute noch bei vielen Parlamentarierinnen ein.
Kommunalpolitikerinnen sind im offiziellen Sprachgebrauch immer noch 'Ratsherren'.
Diese Sprachregelung wurde erst kürzlich in Rahmen eines Normenkontrollverfahrens, das von einer Ratsfrau der GRÜNEN aus Ratzeburg angestrengt worden war, vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt (Az.: 5 OVG C1/87). Zynisch muten die Auslassungen der Stadt Ratzeburg an, die sich dem Ansinnen der 'Ratsherrin' widersetzte, als 'Ratsfrau' bezeichnet zu werden:

> "Würde man hinsichtlich Geschlecht und Ehestand ganz exakt verfahren, müßte § 2 der Hauptsatzung folgende Fassung erhalten: 'Die Stadtvertreter führen die Bezeichnung 'Ratsdame' (Ratsfrau), 'Ratsdämlein' (Ratsfräulein), 'Ratsherr' (Ratsmann) und 'Ratsherrlein' (Ratsmännlein)'"[72]

- ein Denken, dem sich die Lüneburger Richter (!) offensichtlich gern anschlossen.[73]

In der Politik ebenso wie im gesamten Lebenszusammenhang wird die Frau nicht mitgedacht, sie wird durch Sprache unsichtbar gemacht. Da Sprache nicht geschlechtsneutral ist, diskriminiert sie.

> Darum "ist die Einführung der weiblichen Form eine wichtige Änderung, weil mit Sprache nicht nur Wirklichkeit reflektiert wird, sondern weil Sprache auch Wirklichkeit schafft ... Von der Sicht-

---

71 Vgl. Nordwest Zeitung vom 21.04.1989: "Leere Bänke bei Frauendebatten". Zu diesem Punkt wäre eine empirische Untersuchung sicherlich aufschlußreich.

72 Galczynski (1987), S. 27

73 Galczynski (1987), S. 27

> barmachung von Frauen durch weibliche Bezeichnungen, die in unserer Sprache ja vorgegeben sind, führt ein direkter Weg zum Selbstbewußtsein von Frauen, zur Leistung und Kreativität von Frauen, die wir dringend nötig haben in unserer Welt und nicht verkümmern lassen sollten."[74]

Aber auch im Sprachverhalten wird Diskriminierung offenbar. Neben der bereits erwähnten sexistischen Anmache von Frauen erfährt die Rednerin durch Zwischenrufe ein indirektes Redeverbot. "In Antizipation dessen, was sie erwartet, können dann viele Frauen überhaupt nicht reden, ihre Stimme bricht, sie melden sich erst gar nicht zu Wort. Das Redeverbot ist effektiv."[75]

Zu diesem indirekten Redeverbot kommen dann noch technische Rahmenbedingungen, die das Ganze unterstützen. Hannegret Hönes, Abgeordnete und Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Bundestag, hat die Mikrofone im Plenarsaal untersuchen lassen. Das Ergebnis: Die Mikrofone sind nicht auf die höheren Stimmlagen der Frauen eingestellt, sondern auf die der Männer. Dabei ist es ein Leichtes, über das Mischpult die Frequenzen so einzustellen, daß ein "schmerzfreier Genuß des Redeklanges und damit eine höhere Konzentration auf die Inhalte der Debattenbeiträge[76] möglich sind.

Trömel-Plötz hat inzwischen nachgewiesen, daß in gemischtgeschlechtlichen Gesprächssituationen Männer viel mehr reden als Frauen, daß sie den Frauen entweder gar nicht zuhören oder auf ihre Beiträge nicht eingehen, diese kritisieren und/oder herabsetzen. Das ist unabhängig von der jeweiligen Qualität der Redebeiträge der DiskussionspartnerInnen, vielmehr sind hier Dominanzmechanismen zu verzeichnen, die so subtil wirken, daß sie kaum wahrgenommen werden.
Demgegenüber geben Frauen ihren Gesprächspartnern laufend Unterstützung durch Minimalreaktionen wie Nicken, Bestätigen u.ä. Darüber hinaus nehmen sie sich in ihren eigenen Beiträgen zurück, indem sie nicht offensiv formulieren, sondern durch die Satzgestaltung Angriffe abschwächen und verallgemeinern und somit dem Mann Ausweichmöglichkeiten bieten.[77]

---

74 Trömel-Plötz (1985)

75 Trömel-Plötz (1985)

76 Nordwest Zeitung vom 28.09.1985: Kommentar, Sparte "Frau und Familie"

77 Vgl. Trömel-Plötz (1985)

Es liegt nahe, daß auch JournalistInnen dem offensiven Gesprächsstil der Männer eher zuhören als dem verhaltenen, vorsichtigen der Frauen nachzuspüren.[78]

Die Auswirkungen dieses Gesprächsverhaltens kommen besonders zum Tragen in Formen der Selbstdarstellung, wie sie die Medien fordern, und sie hinterlassen bei ZuschauerInnen oft ein Gefühl von männlicher Kompetenz und weiblicher Geschwätzigkeit. Auch ohne näher auf objektive und subjektive Wahrnehmungen der ZuschauerInnen einzugehen, wird doch deutlich, daß dadurch die unterschiedliche Bewertung von Politikern und Politikerinnen gefördert wird, da die Medien bedeutende Faktoren für eine erfolgreiche PolitikerInnenkarriere sind.

Nicht nur in der Sprache, auch auf Bildern werden Frauen unsichtbar gemacht. Tageszeitungen und Nachrichtensendungen zeigen in erster Linie die Herren in Grau und Blau. Staatsempfänge, Klausurtagungen, Parlamentsdebatten, überall sind die Frauen entweder gar nicht zu sehen oder als schmückendes Beiwerk, also die Sekretärin, Kellnerin oder Gattin in der zweiten Reihe, vor dem gemeinsamen Essen oder auf der ZuschauerInnentribüne. Hier wäre eine Untersuchung über die Relevanz politischer Arbeit in Korrelation zum öffentlichen Auftreten von Politikern und Politikerinnen sicherlich sehr aufschlußreich, denn interessant ist auch der Umgang der Medien mit Politikerinnen, die dann doch mal ins Rampenlicht kommen.

Irmgard Adam-Schwätzer wurde als 'telegen' empfunden und sollte der angeschlagenen Wende-F.D.P. Sympathie bringen, ansonsten war von Anfang an klar, daß von ihr nicht viel zu erwarten war, wußte der NWZ-Redakteur.[79]
Es sei ja absehbar gewesen, daß sie diesem schwierigen Amt nicht gerecht werden würde, das ihr aus Dankbarkeit für die Treue zu Genscher zugeteilt worden war, wußte die Süddeutsche Zeitung,[80] und die Frankfurter Rundschau vermutete: Die 'Generalin' war zu resolut, zu eigenmächtig und zu frech.[81]
Alle diese Äußerungen vermitteln, daß sie als Politikerin nicht ernstgenommen wurde. Weder ihre politischen Positionen noch ihre politische

---

78 Trömel-Plötz analysierte das Fernsehgespräch zwischen Alice Schwarzer und Rudolf Augstein.

79 Vgl. Clever (1984)

80 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17.01.1984: "Rückzug ins Private"

81 Vgl. Schrenter-Schwarzenfeld (1985)

Laufbahn sind die Gradmesserinnen für ihre Kompetenz, statt dessen werden durch Wortspielereien wie 'Generalin' für die Generalsekretärin der F.D.P. bis hin zu Bemerkungen über ihr freches Auftreten, selbst ihr 'telegenes' Aussehen, negative oder verniedlichende Bewertungen vorgenommen, die die Inkompetenz dieser Politikerin implizieren.
Die Widersprüchlichkeit in den Aussagen der verschiedenen Zeitungen unterstreicht zudem, wie wenig Interesse ihren politischen Tätigkeiten entgegengebracht wurde.

Birgit Breuel, "der einzige Mann im Kabinett Albrecht"[82], forderte ihr 'Damenopfer', als sie in der CDU-Mittelstandsvereinigung einen StellvertreterInnen-Posten im Bundesvorstand anstrebte, denn logischerweise könnte dafür ein Mann diesen Posten dann nicht erhalten, er wäre somit 'geopfert' worden.[83] In diesem Fall hielt das Bild des fleischfressenden Monsters für eine Verunglimpfung her. Übrigens hat Birgit Breuel diesen Posten nicht erhalten.

'Geopfert' werden muß auch auf dem Altar der Quoten: die Weser-Ems-SPD hatte rechtzeitig vor der Landtagswahl 1990 eine 25%-Quote für die Frauen beschlossen und sieht 1989, im Jahr der Listendiskussion, große Verluste auf sich zukommen. "Für die Frauenquote werden Männerköpfe rollen", beklagt Michael Exner, NWZ-Redakteur und Fachmann der regionalen Politszene, und trauert bereits heute um den kompetenten umweltpolitischen Sprecher der SPD, Uwe Bartels.[84] Kein Gedanke kommt ihm hinsichtlich der möglicherweise zu erwartenden frauenpolitischen Kompetenz. Wieder sind die Frauen mit ihrem vermeintlichen Machtanspruch die männermordenden Hyänen.
Und dabei scheint die Quoten-Diskussion in der Weser-Ems-SPD eher von den Männern nach machtpolitischem Kalkül als von kämpfenden Frauen durchgesetzt worden zu sein.[85] Aber so werden Bilder von Politikerinnen entworfen, die von vornherein Unfähigkeit und Inkompetenz suggerieren.

Ein weiteres Beispiel ist Anke Martiny, die sich um den Posten der Landesvorsitzenden der Bayern-SPD bewarb. Im Zusammenhang mit dieser

---

82 Rheude (1985)

83 Vgl. Wolf (1985)

84 Exner (1989, 2)

85 Vgl. Nordwest Zeitung vom 17.07.1989: "Theilen: Bonner Strategiepapier ..."

Kandidatur schien es der Presse wichtig zu sein, daß sie mit Peter Glotz verheiratet ist und drei Kinder hat, dabei blieb jedoch offen, ob das für Qualität oder Unfähigkeit stand. Familienstand und Kinderzahl ihres Gegenkandidaten fand die Presse nicht erwähnenswert.[86] Anke Martiny wurde als Frau vorgestellt, nicht als Politikerin. "Ich tät' dich schon wählen, aber die Partei ist noch nicht reif für eine Frau", sagte dann auch ein Genosse zu Anke Martiny anläßlich ihrer Kandidatur[87] und drückte damit lediglich aus, wie ungewöhnlich eine Landesvorsitzende wäre.

Der Arbeitskreis Gleichberechtigung in der Friedrich-Naumann-Stiftung schrieb einen Artikel über eine Politikerin um, indem sie einen männlichen Namen einsetzte.

> "Cornelius Fett-Jakobi (F.D.P)
> Nachts, wenn der Generalsekretär weint
>
> Einmal hat eine Freundin ihn verlassen. Zum Abschied sagte sie: 'Starke Männer halten so etwas schon aus, ohne Tränen.' Cornelius Fett-Jakobi hat ihr geantwortet: 'Weißt du nicht, daß auch starke Männer heulen, wenn sie unglücklich sind?' Ein 53jähriger, zwei gescheiterte Ehen, drei Söhne (28, 25, 15). Der Älteste wirft ihm vor, Politik sei ihm immer wichtiger gewesen als die Familie, der Jüngste lebt lieber bei seiner Mutter als beim Vater. Cornelius Fett-Jakobi muß oft unglücklich gewesen sein. Wir wissen nicht, wie oft er geheult hat. Wir ahnen, daß er ein starker Mann ist. Die F.D.P. weiß es. Cornelius Fett-Jakobi wurde zum Generalsekretär gewählt. Bis zum März bleibt er noch Senator für Jugend und Familie in Berlin, seiner Geburtsstadt. Dann geht der ehemalige Journalist nach Bonn. Seine Wohnung in Berlin wird er behalten. Hier finde er leicht Zugang zu Menschen. Frauen? 'Auch als alleinstehender Politiker bin ich nicht jenseits von Gut und Böse.' Seine Weisheit: 'Augen auf und durch.'"[88]

Dieser umgeschriebene Artikel wirkt wie eine Persiflage; niemand käme auf die Idee, daß es sich hierbei um einen ernstgemeinten Artikel über einen lebenden Politiker handelt.

---

86 Vgl. Nordwest Zeitung vom 07.05.1985: "Ein Signal ..."; Frankfurter Rundschau vom 07.05.1985: "Zur Person"

87 Zit. nach Schlötzer (1985)

88 Friedrich-Naumann-Stiftung, Arbeitskreis Gleichberechtigung (o.J.)

Der Artikel galt der F.D.P.-Generalsekretärin Cornelia Schmalz-Jacobsen, war durchaus ernstgemeint und hört sich im Original so an:

> "Nachts, wenn die Generalsekretärin weint
> Einmal hat ein Freund sie verlassen. Zum Abschied sagte er: 'Starke Frauen halten so etwas schon aus, ohne Tränen.' Cornelia Schmalz-Jacobsen hat ihm geantwortet: 'Weißt du nicht, daß auch starke Frauen heulen, wenn sie unglücklich sind?' Eine 53jährige. Zwei gescheiterte Ehen, drei Söhne (28, 25, 15). Der Älteste wirft ihr vor, ..."[89]

So ergeht es Frauen in den Medien: totgeschwiegen, verbal vergewaltigt, lächerlich gemacht, reduziert, erhalten sie keine Möglichkeit, Kompetenz und Sachkundigkeit zu demonstrieren. Es bleiben die alten Klischees erhalten von der emotionalen, unsachlichen, narzistischen Frau, denn sie kann machen, was sie will: falsch ist es in jedem Fall. Ihre Fähigkeiten werden nicht positiv herausgestellt, sondern uminterpretiert in negatives und absurdes Verhalten. Ihr Können wird gemessen an männlichen Maßstäben, erfüllt sie diese nicht, ist sie unfähig; erfüllt sie sie, ist etwas mit ihr als Frau nicht in Ordnung. Setzt sie sich über die Erwartungen hinweg, geht offensiv in politische Auseinandersetzungen hinein, bekommt sie männliche Gewalttätigkeit zu spüren, denn auch verbale Gewalt macht Angst, da sie die alltägliche Gewalt gegen Frauen repräsentiert.

Frau kann sich drehen und wenden, wie sie will, sie fordert Kritik heraus, nicht Anerkennung. Subtil wird ihr klargemacht, daß sie als Politikerin unfähig ist.

> "Ich habe immer wieder erfahren, wieviel höhere Anforderungen an meine Kolleginnen und mich gestellt wurden als an männliche Kollegen; vor allem aber, daß Anforderungen gestellt wurden, die nicht gleichzeitig leistbar sind: treusorgende Mutter, aber gleichzeitig immer präsent in der Parteiarbeit. Treue Ehegattin, aber für jedes Abenteuer bereit. Angenehm und angepaßt, aber durchsetzungsfähig. Einem Abgeordneten, dessen Frau nicht berufstätig ist, wird es hoch angerechnet, wenn er gemeinsam mit ihr das Kind ins Krankenhaus bringt oder an wichtigen Schulfeiern teilnimmt. Eine Abgeordnete, die dasselbe tut, wird mit dem Kommentar belegt, Frauen mit Kindern das geht doch nicht in der Politik! Für Funktionen untauglich. Selbst die von Männern ausgesuchten Karrierefrauen, die an der normalen Ochsentour vorbei als Funktionärinnen und Mandatsträgerinnen

---

89 Bunte, Oktober 1988

> gesetzt werden, unterliegen schon bald der oben beschriebenen Meßlatte,"[90]

beschreibt Inge Wettig-Danielmeyer in dem Band "Sozialdemokratinnen" das Leben von Politikerinnen.
So lassen sich eine ganze Reihe Verhinderungsstrategien aufzeigen, die teils subtil, teils offen dafür sorgen, daß Frauen das Feld der Politik nicht als das ihre erkennen.
Männliche Überheblichkeit tut ein Übriges. Zum Beispiel mußte sich Eva Rühmkorf, Leiterin der Leitstelle zur Gleichstellung der Frau in Hamburg, von Günther Gaus in einem Fernseh-Interview fragen lassen - und er betonte ausdrücklich die Ernsthaftigkeit der Frage -, ob denn die Frauenfrage nicht eine Frage sei, die doch nur zwischen den Oberschenkeln zu verhandeln sei, oder ob es sich hier um eine soziale Frage handele.[91]
Und der CDU-Sprecher Thiesenhausen äußert nach dem CDU-Frauenkongreß auf die Frage, wer die neue Familienministerin der CDU werden würde: "Noch ist das Rennen nicht entschieden. Die Stuten sind noch nicht in den Schlußbogen gegangen."[92]

Aber auch GRÜNE-Männer sind nicht frei von dem Versuch, Frauenpolitik zu karikieren. "Und wir sind die grünen Männchen der Fraktion", äußerte Walter Schwenninger anläßlich der Begrüßung einer Abordnung der Grauen Panther über die männlichen GRÜNEN nach der Manifestierung des GRÜNEN-Feminats.[93]

Die Einstellung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Politikerinnen ist zwar heute weniger ablehnend als noch vor wenigen Jahren, und Ratschläge, wie sie Cornelia Schmalz-Jacobsen anläßlich ihrer Kandidatur 1979/80 während des Wahlkampfes von einer besorgten Frau hörte:

> "Auf den Bildern sehen Sie sogar wie eine ganz normale Frau aus - aber so geht das doch nicht, hören Sie auf mit Ihrem Ehrgeiz! - Da müssen die Kinder doch kriminell werden! - und der arme Mann! Der muß doch fremdgehen",[94]

---

90 Zit. nach Schmidt (1988)

91 Vgl. Rendtorff/Jung (1985)

92 Zit. nach Bissinger (1985), S. 6

93 Zit. nach Schreiber (1985)

94 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (1985)

sind selten geworden. Doch für die Männer, die das Geschäft der Politik beherrschen, scheint es (lebens-?)notwendig zu sein, unter sich zu bleiben. Von dem Vordrängen der Frauen scheint eine existenzielle Bedrohung auszugehen, die mit aller Kraft bekämpft werden muß. Daß es dabei teilweise subtile Seilschaften gibt, die bis in die Medien hineinreichen, ist ein brauchbarer Nebeneffekt. Die Verhinderung von Frauen in der Politik ist unübersehbar, auch wenn sie schon lange nicht mehr offen betrieben wird; doch die subtilen Formen der Verhinderung sind wesentlich beständiger, da sie schwer nachweisbar und darum in der Bekämpfung um so schwieriger sind.

Daß die Verhinderung von Frauen auch von den Geschlechtsgenossinnen unterstützt wird, macht die Kämpfe nicht einfacher, aber schmerzhafter:

> "Jetzt bin ich zwanzig Jahre in der SPD, aber ich habe noch nicht ein einziges Mal die ASF besucht. Mehrere Frauen auf einem Haufen, das ist mir irgendwie unangenehm. Ich habe eine gewisse Abneigung gegen diese ... sich auf extreme, fast rabiate Weise artikulierenden politischen Fauen. Ich komme mit Männern einfach unendlich viel besser zurecht ... Ich organisiere das Leben meines Mannes",[95]

äußerte Brigitte Seebacher-Brandt, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Unkel, in einem Interview mit der Zeitschrift Brigitte. Bleibt die Hoffnung, daß die Haltung solcher Frauen durch einsichtige Männer ausgeglichen werden. Immerhin stellte Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, vor der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) klar:

"Das Recht auf Gleichstellung gilt auch für die Frau eines Parteivorsitzenden. Sie hat das Recht auf eine eigene Meinung - und gegebenenfalls auch auf Irrtum."[96]

Schön für ihn, daß er trotzdem von der Arbeit seiner Frau profitieren kann!

---

95 In Frankfurter Rundschau vom 08.10.1985: "Aufgespießt"

96 In Frankfurter Rundschau vom 08.10.1985: "Aufgespießt"

4.3 "Frauen" - als Parteiprogramm

Das Thema "Frauen" hat Hochkonjunktur. Es gehört derzeit zum guten politischen Ton, sich um den Frauenanteil in der eigenen Partei, aber auch um die vermeintlichen Probleme der Frauen im allgemeinen zu kümmern.

Die Schaffung von Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragten, ob in Parteien, Verwaltungen, Gewerkschaften, der Kirche oder Interessenverbänden ist 'in' und zeugt vom schlechten Gewissen der überall dominierenden Männerwelt.

Die Medien machen sich die Thematik zu eigen. Viele Aktionen von engagierten Frauen lassen sich nicht mehr totschweigen. So gehören Wanderausstellungen, wie die der niedersächsischen Frauenbeauftragten für die Förderung von Mädchen in Männerberufen ebenso zum Alltagsbild wie regionale Frauen-Informations-Märkte, Frauenkulturprogramme oder frauenpolitische Tagesthemen.

Wie ist es dazu gekommen, daß die 'Machtmänner' sich beeilen, sich ihr frauenpolitisches Interesse ans Revers zu heften?
Sicherlich spielt das gesteigerte Selbstwertgefühl der Frauen 'vor Ort' ebenso wie die lautstarken Proteste von Frauen in Verbänden und Parteien eine nicht unerhebliche Rolle für die Förderung der frauenspezifischen 'Motivation' der Männer. Doch das allein dürfte nicht ausgereicht haben. Vielmehr ist zu vermuten, daß Aktionen von GRÜNEN-Frauen diesen heilsamen Schock auslösten. Ihr Überraschungs-Coup anläßlich der Bundesvorstandswahl 1984, ein 'Feminat', einen reinen (sechsköpfigen) Frauenvorstand, zu berufen, hat für ähnlich großes Erstaunen gesorgt, wie die Durchsetzbarkeit einer reinen Frauenliste anläßlich der Landtagswahlen 1986 und 1987 in Hamburg.

Die Tatsache, daß die quotierte GRÜNEN-Liste für alle Landtags-, Bundestags- und Europawahlen mittlerweile obligatorisch ist und somit bewirkt, daß in alle neu gewählten Parlamente für die GRÜNEN mehr Frauen als Männer einziehen, führt ebenfalls zur Irritation.

Das relativ beständige Wählerpotential der GRÜNEN, trotz oder gerade wegen der formalen Gleichbehandlung von Frauen, läßt die Angst vor dem Verlust an WählerInnenstimmen und weiblichen Parteimitgliedern bei den Altparteien aufsteigen, mann sinnt nach Strategien.

Der Kampf um die Frauenstimmen hat begonnen, aber die Mittel sind so durchsichtig wie selten zuvor. Mit Frauenförderplänen, Programmentwürfen und Quotierungsbeschlüssen soll das Interesse an den Problemen der Frauen suggeriert werden. Dies bewirkte aber nicht der stetig steigende Mitgliederanteil der Frauen in den Parteien, auch nicht eine gesteigerte Sensibilität der Männer und schon gar nicht die Selbstverständlichkeit der Gleichbehandlung und Förderung der Frauen durch die Männer. Vielmehr ist das Thema 'Frauenpolitik' ein nicht mehr zu umschiffendes Wahlkampfthema geworden, und in diesem Rahmen werden Bonbons an die Frauen verteilt, sowohl an die weiblichen Mitglieder als auch an die Wählerinnen.

> "Uns ist in unserer jahrelangen Arbeit kein einziger Mann in einer politischen Machtposition gleich welcher Couleur begegnet, der sich zu politischen und/oder Sachfragen aus dem Frauenbereich in einer Weise geäußert hätte, die nicht entweder gönnerhaft schulterklopfend, begütigend oder infantilisierend, gelinde desinteressiert, war, oder - im Falle er uns partielle Unterstützung entgegenbrachte: dessen Zustimmung auf der Basis einer wirklich begriffenen sachkompetenten Position zu frauenpolitischen Notwendigkeiten gelegen hätte. Die Männer tun immer so, als würden sie mit jedem frauenpolitischen Schritt den Frauen ganz individuell einen persönlichen Gefallen tun. Als kämen Macht und finanzielle Unterstützung aus ihrem höchstpersönlichen Portemonnaie."[97]

Das sagen Barbara Rendtorff und Dörthe Jung von der Frankfurter Frauenschule zu ihren Erfahrungen mit Politikern und sprechen damit wohl so mancher Parteifrau aus dem Herzen.

Die Ambivalenz, die manche von ihnen verspüren, angesichts der Wahrnehmung der Ergebnisse ihres individuellen oder kollektiven Kampfes einerseits und der jovialen Freundlichkeit der 'großzügigen' Männer andererseits, zeigt sich in der Aussage der neuen Bundesfamilienministerin Ursula Lehr: "Man muß die Männer lieben, um sie zu ändern."[98]
Daß die Liebe zu den Männern die Falle für die Frauen darstellt, soll in einem weiteren Kapitel dieser Arbeit genauer beleuchtet werden. An dieser Stelle ist die Liebe der Frauen vielleicht die Erklärung für die Akzeptanz einer vordergründigen, halbherzigen und teilweise verlogenen Programmatik

---

97 Rendtorff/Jung (1985)

98 Zweiwochendienst 27 (8) 1988, S. 28

der Männer-Parteien, die in erster Linie dem Zweck der Befriedung der Frauen dienen soll und nicht deren Gleichstellung.

4.3.1 Die 'neue Partnerschaft' in der CDU

Mehr aus Angst vor dem Verlust von WählerInnenstimmen als aufgrund des parteiinternen Fraueneinflusses gab es für den 33. Bundesparteitag der CDU in Essen im März 1985 einen Leitantrag "für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau",[99] der sich "stellenweise wie ein 'Emma'-Leitartikel"[100] liest.
Als der beste Feminist der CDU erwies sich Heiner Geißler, "der die Devise ausgegeben hatte, einen Tag lang den Frauen zuzuhören".[101]
Und sie kamen in Scharen, die Frauen, jedoch die 'neuen' Männer hielten sich bedeckt und begegneten dem ganzen Rummel mit Skepsis und Gespött.[102]
Dabei war das gar nicht nötig, denn die Damen der CDU erwiesen sich der erteilten Ehre würdig und zeigten sich zuerst einmal nur dankbar.

> "In fast unterkühlter Atmosphäre und stets in gepflegtem Stil nutzten die Frauen die Chancen, für sich, für ihre Partei und für ihre besonderen Vereinsinteressen und -sorgen zu werben: Wann haben die Hausfrauengewerkschaft, die Berufsverbände der Sekretärinnen oder Akademikerinnen schon einmal die Gelegenheit, im hellen Rampenlicht von Fernsehscheinwerfern und neugierigen Fotografen zu stehen? Die 'Soldatenfrauen' dankten dem Bundeskanzler dafür, daß sie ihre Männer und Söhne noch in keinen Krieg schicken mußten, die Bäuerinnen von den Landfrauen dankten, daß nun auch sie nach der Geburt eines Kindes Geld bekommen sollen."[103]

Die Angst, den 'Herren der Schöpfung' zuviel abzuverlangen, sie zu überfordern, prägte auch das weitere Verhalten der Frauen. Gisela Büttner: "Kuchen backen kann auch politisch sein."[104]

---

99 Frankfurter Rundschau vom 26./27.02.1985: "Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau". Dokumentation.

100 Schreiber/Leinemann (1985)

101 Roitzsch (1985)

102 Vgl. Schreiber/Leinemann (1985)

103 Roitzsch (1985)

104 Vgl. Schreiber/Leinemann (1985)

Im Folgejahr kam es auf Antrag der Frauen-Union zu folgendem Parteitagsbeschluß (C 3):

> "Darin verpflichtet sie [die Partei] sich, die organisatorischen und institutionellen Voraussetzungen für eine deutliche Anhebung des Anteils von Frauen an politischen Ämtern, Mandaten und Funktionen zu schaffen. Bis zum Beginn der neunziger Jahre sollen Frauen auf allen Ebenen entsprechend ihrem Anteil an der CDU-Mitgliedschaft beteiligt werden. Mittelfristig ist die Beteiligung von Frauen an politischen Führungspositionen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil angestrebt."[105]

Anläßlich des 36. Bundesparteitages 1988 in Wiesbaden kommt der Generalsekretär seiner aus dem Leitantrag abgeleiteten Berichtspflicht nach und konstatiert die 'wichtigsten frauenpolitischen Erfolge': Einrichtung von Bundesfachausschüssen 'Frauenpolitik', die Übernahme des C3-Beschlusses durch einige Landes- und Kreisverbände, stärkere Einbindung von Frauen in Gremien wie verschiedenen, nicht frauenspezifischen Bundesfachausschüssen und dem Bundesvorstand.

Trotzdem forderte Rita Süßmuth anläßlich des 40jährigen Bestehens der Frauen-Union im Januar 1989 noch die deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Ämtern und Mandaten und drohte mit der Forderung nach Quotierungsbeschlüssen, "wie sie die SPD eingeführt habe",[106] wenn die Partei keine Zeichen setze.
"Die Frauen seien es leid, durch politisch kurzsichtige, am Mandatsbesitzstand klebende Kandidaten an der Verwirklichung ihrer Ziele gehindert zu werden."[107]

Ob aufgrund dieser Drohung oder aus Einsicht, auf jeden Fall kamen bei der Kabinettsumbildung im Frühjahr 1989 drei Frauen zum Zuge:

---

105 Bericht der Bundesgeschäftsstelle der CDU anläßlich des 36. Bundesparteitages in Wiesbaden, S. 19

106 Nordwest Zeitung vom 13.01.1989: "CDU soll mehr Frauen in Spitzenämter hieven"

107 Die Tageszeitung (TAZ) vom 16.01.1989: "40 Jahre CDU-Frauen-Union"

"Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen:
Dorothee Wilms (CDU)
Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit:
Ursula Lehr (CDU)
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:
Gerda Hasselfeldt (CDU)."[108]

Zwar müssen diese Frauen sich noch als 'Minister' betiteln lassen, dafür dürfen sie jedoch auch frauenuntypische Ministerien leiten. Das war nicht immer so, denn nett wurden die CDU-Frauen selten behandelt. Bei der Kür der Nachfolgerin von Heiner Geißler hatte Helmut Kohl seine 'Töchter' rechtzeitig in die Schranken verwiesen: "Wer sich ins Gerede bringt, wird es bestimmt nicht."[109]

Natürlich muß eine Familienministerin auch besondere Qualitäten haben: sie darf nicht ledig sein (wie Renate Hellwig), sie muß fraulich sein (Helga Wex ist allein schon wegen ihrer Stimme indiskutabel), nicht zu neu (Ingrid Roitzsch ist erst seit 1980 Abgeordnete), sie muß durchsetzungsfähig sein (wie Hanna Renate Laurin), Militärbesessenheit wirkt sich negativ aus (Ursula Krone-Apphuhn), und unabdingbar sind Kinder, die jedoch erwachsen sein müssen (Rita Waschbüsch hat fünf, aber das jüngste ist erst zehn Jahre alt).[110]

Der Herr Bundeskanzler wollte den Damen zeigen, wer der Herr im Hause ist und berief Rita Süßmuth. Die Professorin für Philosophie und Theologie ist verheiratet und hat eine erwachsene Tochter aufzuweisen; darüber hinaus erwies sie sich als engagierte Katholikin. Zwar hatte der Bundeskanzler mit seiner Entscheidung die eigenen Damen verärgert, aber wichtiger war, die Hausmacht klarzustellen.

Daraufhin kündigten die CDU-Frauen "das Ende der Bescheidenheit"[111] an, an deren Ernsthaftigkeit auch nicht zu zweifeln war. Zu zweifeln war eher an deren Durchsetzungsfähigkeit, was die Ernennung der Süßmuth-Nachfolgerin im Dezember 1988 bewies. Mit Ursula Lehr war wiederum eine

---

108 Nordwest Zeitung vom 14.04.1989: Das neue Bundeskabinett"

109 Zit. nach Schreiber/Leinemann (1985)

110 Vgl. Schreiber/Leinemann (1985)

111 Strack (1985)

Frau 'von außen' nominiert worden, selbstverständlich verheiratet, hat zwei erwachsene Söhne, und die CDU-Frauen durften erneut zur Kenntnis nehmen, daß es sich nicht lohnt, immer schön artig zu sein wie auf dem Parteitag 1985, daß aber auch die Ochsentour durch die Parteihierarchie nicht belohnt wird, denn Rita Süßmuth und Ursula Lehr sind nicht die einzigen Außenseiterinnen. In Kiel wurde beispielsweise Ursula Gräfin Brockdorff und in Mainz Ursula Hansen berufen.[112]

Hinzu kommt, daß die Frauen, die keine Parteikarriere gemacht haben, auch dreist die CDU-Politik in Frage stellen dürfen, ohne ernsthaft gerügt zu werden. Schon Rita Süßmuth war manchen CDU-Männern zu forsch, aber auch Ursula Lehr brachte die ganze CDU-Programmatik ins Wanken, indem sie vor der "Glorifizierung der Mütter-Rolle"[113] warnte und sich durchaus vorstellen konnte, schon zweijährige Kinder in den Kindergarten zu lassen.

Dabei scheint es bitter nötig zu sein, die Widersprüchlichkeiten der CDU-Programmatik auszuräumen. Das 'beste Frauenprogramm aller Parteien' wurde entworfen von Politikern, die die Feminisierung der Armut vorantreiben und durch Sozialabbau (z.B. der Kranken- und Rentenversicherung, der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialhilfe) die Emanzipation der Frauen durch die Verfestigung von Abhängigkeiten vom Partner eher verhindern.[114]

Ob es den CDU-Frauen gelingen wird, wirklich elementar und frauenspezifisch Einfluß zu nehmen, und ob sie es wirklich wollen, wird sich erst in der Zukunft zeigen. Auf alle Fälle sind sie mutiger geworden in ihren Forderungen.

"Daß man nach Kräften fördern soll, was man ohnehin nicht verhindern kann",[115] konstatierte denn auch der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Manfred Carstens anläßlich der Nominierung der KandidatInnen zur Landtagswahl 1990 und forderte die Frauen auf zuzugreifen. Das hatte zur Folge, daß es bereits drei Frauen gibt, die ihr Interesse bekundet haben: Helga Stiller (Delmenhorst), Inse-Marie Ortgies (Friesland) und Waldtraut Scheibert (Oldenburg).

---

112 Vgl. Der Spiegel 37 vom 09.09.1985: "Mal was Neues"

113 Vgl. Nordwest Zeitung vom 26.01.1989: "CSU attackiert Frau Lehr"

114 Vgl. Weg (1984), S. 47 ff.

115 Zit. nach Exner (1989, 1)

Deren Nominierung wäre verbunden mit dem Kalkül, sich in unsicheren Wahlkreisen einen sicheren Listenplatz zu erobern, aber das stört offenbar keine/n. Es geht um die Umsetzung der Richtlinien. So spricht Ministerpräsident Albrecht denn auch von der "größten Revolution des 20. Jahrhunderts" und meint die Emanzipation der Frau. Daß diese Revolution unblutig ist, freut ihn besonders. "Noch", kontert Birgit Breuel, denn die CDU-Frauen verspüren Nachholbedarf in Sachen politischer Karriere. "Sie wollen weder Schutzzäune noch eine Quotierung. Sie wollen ihre künftigen Ämter nicht, weil sie Frauen sind, sie wollen ihre Ämter, weil sie sie optimal ausfüllen."[116]
"Habt ihr denn genügend qualifizierte Frauen?",[117] mußten sich die Frauen von Gerold Tandler, CSU, auf dem CSU-Frauenkongreß 1984 in München noch fragen lassen. Heute stellt sich die Frage nicht mehr. Die Landesvorsitzende der Frauen-Union Niedersachsen, Eva-Maria Kors, ist schon weiter sie wehrt sich gegen die Qualifizierungsfrage. "Es hängt mir zum Hals raus, daß sich angeblich die Frauen und immer nur die Frauen qualifizieren müssen. Wir sind nicht blöd."[118]
So traute sich diese Frauen-Union denn auch, für den Wahlkreis 23 zur Bundestagswahl 1990 eine Frau vorzuschlagen, noch bevor die Diskussion darüber in diesem Wahlkreis eröffnet wurde. Besonders pikant ist an dem Vorschlag, daß die Wunschkandidatin, Eva-Maria Kors, aus Vechta kommt, das in einem anderen Wahlkreis liegt.

Damit treten die CDU-Frauen den Beweis an, daß sie zugreifen wollen und dabei auch keine Rücksicht nehmen auf die Männer vor Ort, die von diesem Vorstoß erst aus den Zeitungen erfuhren.[119]
Da es hierbei um einen sicheren SPD-Wahlkreis geht, den Margitta Terborg aus Nordenham bereits mehrfach gewann, wäre es wichtig, Eva-Maria Kors sollte sie nominiert werden über die Liste abzusichern.
Bleibt abzuwarten, ob die CDU-Frauen das Wahlkampfthema "Frauen" für sich zu nutzen wissen und sich nicht auf die Funktion als Alibifrauen reduzieren lassen.

---

116 Wedler (1988)

117 Zit. nach Schreiber/Leinemann (1985)

118 Zit. nach Nordwest Zeitung vom 19.09.1988: "CDU-Frauen wollen jetzt 'zugreifen'"

119 Vgl. Nordwest Zeitung vom 06.06.1989: "Vechtaer Frau CDU-Kandidatin zur Bundestagswahl?"

4.3.2 Schwestern, zur Sonne, zur Gleichheit
- Die Frauenpolitik der SPD -

> "Nur schade, daß die SPD-Führung sich immer noch so schwer mit der Frauenproblematik tut, obgleich doch gerade die SPD-Geschichte Verdienste und große Frauen zu nennen hat, die sich der Gleichberechtigung der Frauen angenommen haben",[120]

trauerte Ingeborg Drewitz noch 1985.
Schade? Nein, Ingeborg Drewitz, ein Skandal ist es, daß die Partei mit dem ältesten Programm gegen die Diskriminierung der Frau und dem mehr als 100 Jahre alten Bebel-Buch 'Die Frau und der Sozialismus' sich so schwer tut, die Gleichbehandlung von Frauen innerparteilich umzusetzen.
Diese Partei war eine eifrige Streiterin für das Frauenwahlrecht und hat als erste weibliche Mitglieder aufgenommen, aber sie setzt ihren Willen zur Macht noch immer *mit Hilfe* der Frauen, jedoch *auf deren Kosten* durch.
"Laßt uns erst mal an die Macht kommen, dann werden die Verhältnisse für die Frauen andere werden!",[121] sagte bereits Bebel, aber seine Söhne und Enkel taten sich schwer, dieses Versprechen einzulösen, obwohl sie an der Macht waren. Die großen Frauen der SPD werden totgeschwiegen: Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Lily Braun, Luise Zietz, aber auch deren Ideen waren vergessen, sonst hätte doch wohl Elisabeth Selbert nicht erst in den eigenen Reihen für die Durchsetzung des Artikels 3 (2) Grundgesetz kämpfen müssen (vgl. Kapitel 2.2).
Im Godesberger Programm[122] hatte man sich mit Halbheiten begnügt, und auch am Orientierungsrahmen 1975 - 1985 hat nicht eine Frau mitgearbeitet. Lediglich der Protest der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) führte zu einem Sechspunkte-Problembereich zum Thema Frauenpolitik.[123]
Innerparteiliche Konsequenzen waren bis Mitte der 80er Jahre nicht auszumachen.

---

120 Drewitz (1985)

121 Zit. nach Jochimsen (1978), S. 48

122 Vgl. SPD (1959)

123 Vgl. SPD (1975); Jochimsen (1978), S. 112

> "Sogenannte Frauenprobleme werden mit freundlicher Duldsamkeit zur Kenntnis genommen; ebenso oberflächlich ist die Bereitschaft, punktuelle Forderungen der Frauen verbal zu unterstützen."[124]

Auch beschwörende Appelle, wie der von Elfriede Eilers, nützten wenig:

> "Die Gesamtpartei wäre gut beraten, dieses hervorragende Potential politisch engagierter Frauen in die Parteiarbeit zu integrieren und nicht länger auf die Reservebank für Mandate und Kandidaturen zu verweisen."[125]

Noch in den 80er Jahren sagte Ilse Ridder, Vorsitzender der ASF Nordrhein-Westfalen, resignierend: "Auf die Bewußtseinsänderung der Männer zu warten heißt, auf den Sankt Nimmerleinstag zu warten."[126]

Diffuse Forderungen wie "Einen der drei ersten Plätze jeweils an eine Frau vergeben",[127] oder nach einem Stufenplan, nach dem die Frauen innerhalb von zehn Jahren schrittweise gleichberechtigt Funktionen und Mandate erhalten sollen, oder Drohungen wie eigene Frauenlisten und Verweigerungsstrategien,[128] waren die Antworten der SPD-Frauen.
Wieviel das nutzte, zeigte sich zum Beispiel 1976 in Bayern, als sich einige Sozialdemokratinnen öffentlich weigerten, Wahlkampfarbeit für die selbstgefälligen Männer der Partei zu machen. Das Ergebnis war gleich Null.[129]

Und Anke Martiny, die zehn Jahre später für den Landesvorsitz der bayerischen SPD kandidierte, unterlag gerade in dem Monat, als von allen Seiten der SPD die Unterstützung der Frauen propagiert wurde. Wo waren denn ihre männlichen Fürsprecher aus Bonn? Für einen Hans Apel in Hamburg mochte mann sich doch auch öffentlich stark machen.
"Ich hätte lieber gewonnen, aber das Ergebnis ist doch toll", sagte Anke Martiny zu ihren erkämpften 41,3% Stimmenanteil.[130]

---

124 Jochimsen (1978), S. 111

125 Jochimsen (1978), S. 112

126 Voss (1985)

127 Nordwest Zeitung vom 03.06.1985: "Einen der drei ersten Plätze jeweils an eine Frau vergeben"

128 Vgl. Lölhöffel (1985)

129 Vgl. Jochimsen (1978), S. 89

130 Zit. nach Arens (1985)

Was für sie individuell als gutes Ergebnis gewertet werden kann, war für die Sache der Frauen mal wieder eine Niederlage.
Wo blieb der Aufschrei der Empörung der SPD-Frauen, zumal die Herren sich auf dem gleichen Parteitag für Quotenregelung und Gleichstellungsantrag stark machten. Karl Heinz Hiersemann, Spitzenkandidat für die bayerische Landtagswahl: "Wir können nicht wie Platzhirsche dasitzen und sagen: 'Die Frauen werden sich das schon erkämpfen'."[131]
Das Ergebnis war blanker Hohn. Obwohl es, so die Berichterstattung, "weniger mit seinem Geschlecht zu tun" hatte als vielmehr: "Ihm wird zugetraut, sich auch in 'Bierzelten' gegenüber den Schwarzen behaupten zu können."[132]
Ob Anke Martiny mit der Figur und dem Auftreten eines Franz-Josef Strauß wohl gewonnen hätte?
Es gäbe dieser Beispiele noch viele, nicht nur Anke Fuchs und Herta Däubler-Gmelin könnten ein Lied davon singen.

"Schwestern, zur Sonne, zur Gleichheit" war das Motto des Siebten Ordentlichen ASF-Kongresses im Oktober 1985 in Hannover: "Wir demonstrieren öffentlich, daß wir ohne Schwierigkeiten ganze Landesregierungen mit Frauen besetzen könnten."[133]

Ob es diese Kampfbereitschaft der SPD-Frauen war oder eher machtpolitisches Kalkül, bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall sind seit Mitte der 80er Jahre einige Männer in der SPD auf den Frauen-Sympathie-Bonus aus. Der erste war Gerhard Schröder, SPD-Spitzenkandidat zu den Landtagswahlen 1986 in Niedersachsen, der ein paritätisch besetztes Wahlkampf-Team erkor; die drei Frauen, Inge Wettig-Danielmeyer, Heide Pfarr und Eva Kaiser, standen eher fest als die Herren des Teams.[134]
Auch Björn Engholm "setzte im Wahlkampf auf Frauenpräsenz und politik": vier Ministerposten versprach der Spitzenkandidat 1987 in Schleswig-Holstein den Frauen. Paulina Mürl als Frauenministerin, Heide Simonis als Finanzministerin, Eva Rühmkorf als Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und Gisela Börk als Ministerin für Bundesangelegenheiten waren die Joker im Wahlkampf des cleveren SPD-Mannes.

---

131 Zit. nach Arens (1985)

132 Zit. nach Arens (1985)

133 Nordwest Zeitung vom 05.10.1985: "Die SPD-Frauen sind 'kampfbereit'"

134 Vgl. Nordwest Zeitung vom 24.12.1985: "SPD-Team für Wahlkampf"

Immerhin 30% sichere Listenplätze waren die Folge des Quotierungsbeschlusses 1985; 1995 soll die Parität auch auf der Liste angestrebt werden.[135] Das Ergebnis: 21,6% Frauenanteil 1987 und 24,3% 1988 im Schleswig-Holsteinischen Landtag (vgl. Kapitel 3.2.3), und das obwohl keine GRÜNE-Partei in den Landtag einzog.

Daß dieser Vorstoß noch zu übertrumpfen war, bewies Walter Momper nach der Wahl des Berliner Senats. Für ihn schien es selbstverständlich zu sein, eine paritätische Besetzung der SenatorInnen-Sessel herzustellen. Zu den fünf von ihm benannten Frauen (Barbara Riedmüller-Seel, Ingrid Stahmer, Heide Pfarr, Anke Martiny und Jutta Limbach) kamen die drei Frauen der Alternativen Liste, die sich für eine 100%ige Frauenriege entschieden hatte (Michaela Schreyer, Sybille Volkholz, Anne Klein).
Momper schaffte mit seinem Schachzug den 'Risikofaktor Rot-Grün' aus der öffentlichen Diskussion und erhielt die Lorbeeren für den 'Frauensenat'. So erwies er sich als geschickter Machtpolitiker, der taktisch die Sympathien vieler (Partei-)Frauen auf sich zog.[136]

Wie konnte es zu diesem strategischen Verhalten der SPD-Männer kommen? Erst in den jüngsten Diskussionen über das neue Grundsatzprogramm hatten sich wieder die Probleme mit der Frauenfreundlichkeit der SPD-Männer offenbart, aber es gab ein erklärtes Ziel, nämlich die GRÜNEN überflüssig zu machen. Der Versuch, die Motive der Wählerinnen glaubwürdig in das Programm aufzunehmen,[137] verschaffte dem neuen Grundsatzprogramm einen 'Hauch von Feminismus'. Die SPD hatte sich mit den Frauen wirklich Mühe gegeben, und so wollten diese denn auch verzeihen, daß es in dem Frauenkapitel viele Brüche gibt. So folgt beispielsweise "nach dem feministisch angehauchten Frauenteil ... ein Kapitel, das einem sehr konservativen Familienbild frönt".[138]
Doch sind die SPD-Frauen damit zufrieden, denn so weit waren sie in der Programmdiskussion noch nie.

Daraus nun abzuleiten, daß die Herren Schröder, Engholm und Momper aufgrund der Progammdiskussion nur konsequent gehandelt haben hieße, die

---

135 Vgl. Weingarten (1987)

136 Vgl. Fehrle (1989)

137 Vgl. Wiedemann (1989)

138 Sieber (1989)

Tatsachen zu verkennen. *Machtpolitik* ist das Zauberwort, und vieles weist darauf hin, daß diese Schachzüge wegen deren Öffentlichkeitswirksamkeit ("Frauenpolitik ist in") eingesetzt wurden.

Daß dem so ist, zeigt denn auch die brandaktuelle Quotendiskussion. Nachdem sich die ASF noch 1977 mit großer Mehrheit gegen die Quotierung ausgesprochen hatte[139] und auf die Wirksamkeit von Appellen hoffend feststellen mußte, daß sich auch zehn Jahre später noch nichts bewegte, kam es im Sommer 1988 auf dem Bundesparteitag in Münster zu einem sanften Quotierungsbeschluß. Das Dreistufenmodell sieht bis 1990 die 25%ige Frauenquote vor; 1994 soll sie auf 33% und 1998 auf 40% angehoben werden. Für alle Parteiämter soll ab sofort die 33%-Quote gelten, ab 1994 die 40%-Quote.[140]

Unmittelbar nach dem Quotenbeschluß bekamen die Herren, die "brav die Pfote für die Quote" (ein Delegierter) gehoben hatten, bereits den ersten Tiefschlag versetzt. Die Wahl zum Bundesvorstand wurde nach getrennten Listen durchgeführt, und die Frauen gingen als klare Favoritinnen aus dem ersten Wahlgang hervor, während fast alle altgedienten und bekannten Männer durchfielen und erst im zweiten Wahlgang ihre Plätze sichern konnten.

Die Erkenntnis, daß man "bei so einem Verfahren ja gar nicht kungeln kann",[141] kam erst spät und schockierte um so mehr.

Der Wille, den Quotierungsbeschluß in die Tat umzusetzen, zeigt sich zwar überall, aber wehtun soll es nicht. Es ist einfacher, beispielsweise die Anzahl der Vorstandsposten zu erhöhen als einen Mann zu bewegen, seinen Posten aufzugeben. Ebenso ist die Bereitschaft groß, den Frauen unsichere Wahlkreise in den CDU-Hochburgen zu geben, als die Diskussion um die sicheren zu führen.

Die regionale Presse offenbart das maßlose Taktieren der Männerwelt während der Listenplatzdiskussion für die niedersächsische Landtagswahl 1990, die Suche nach dem 'sanften Weg' soll die Männerpfründe schützen.

---

139 Vgl. Sieber (1988, 1)

140 Vgl. Sieber (1988, 2)

141 Vgl. Sieber (1988, 2)

Und doch müssen bekannte 'Männerköpfe rollen', wenn die Quote durchgesetzt werden soll. Und das tut offenbar weh.

> "Da hat der Vechtaer Uwe Bartels auf dem SPD-Bundesparteitag für die Einführung der Frauenquote gestimmt - und soll jetzt nach zwölf Landtagsjahren seinen Listenplatz an eine Frau abtreten. Und Hans Kaiser, Bartels' Osnabrücker Leidensgenosse im Doppelsinn des Wortes? Der war Vorsitzender der Gleichstellungsstelle beim Bezirksvorstand - und flog auf dem 87er Parteitag von Bad Rothenfelde zugunsten einer Frau nach 17 Vorstandsjahren aus der Führung. Nun droht ihm beim Mandat das gleiche Schicksal. Das hat man(n) nun davon",[142]

schimpft denn auch der regionale Politexperte und NWZ-Reporter Michael Exner über den "Quotierungsunsinn", den er am liebsten schon vor einem Jahr verdammt hätte.[143] Aber die mehr als zwölfmonatige Diskussion brachte auch ihn zur Einsicht: "Wer hätte denn von Quoten gesprochen, wenn die Männer zu einem früheren Zeitpunkt aus freien Stücken bereit gewesen wären, einen Teil der Pfründe an die Frauen abzutreten?"[144]
So vermutet auch Erika Hanke, stellvertretende Bezirksvorsitzende der ASF, daß Männer nicht freiwillig auf einen sicheren Wahlkreis verzichten würden. Denn es gibt auf allen Ebenen Schwierigkeiten, die Quoten zu erfüllen: "Aber es liegt nicht an den Kandidatinnen, die sind qualifiziert genug. Und es gibt auch genügend Frauen, die den Mut gehabt haben zu kandidieren - nur leider haben es sehr wenige geschafft."[145]

Da sich die Quote für die SPD-Frauen in den kommenden Jahren kontinuierlich erhöht, die Parteigliederungen 'aus optischen Gründen' derzeit gerne Frauen in herausgehobene Positionen bringen möchten,[146] wird die Männerwelt noch viele 'Quotierungsopfer' zu beklagen haben. Durch eine vermeintlich offensive Frauenfreundlichkeit soll der Gefahr der 'Mompertisierung', einer übermäßig starken Frauenrepräsentanz, vorgebeugt wer-

---

142 Exner (1989, 3)

143 Vgl. Exner (1989, 3)

144 Exner (1989, 3)

145 Hanke; zit. nach Puhvogel (1989)

146 Zum Beispiel ist Traute Müller seit Juni 1988 in Hamburg Landesvorsitzende der SPD (vgl. Kintzinger 1988) und Inge Janz seit Januar 1989 in Bremen (vgl. Die Tageszeitung (TAZ) vom 30.01.1989: "Bremer SPD jetzt mit Chefin")

den.[147] Somit vereinen sich Wahlkampfthema 'Frauen' und Strategie zur Begrenzung von Frauen trefflich.
Die Qualität der neuen Parteifrauen wird sich noch beweisen; doch die Frauen danken bereits jetzt der SPD für ihre konsequente Haltung, denn seit dem Quotenbeschluß strömen neue weibliche Mitglieder in die SPD.[148] An dem Nettozuwachs von 7.080 Mitgliedern in der Zeit von Juni 1988 bis Juni 1989 sind 7.078 Frauen beteiligt.[149]

Es ist etwas in Bewegung gekommen in der SPD, aber nicht wegen der Einsicht der SPD-Männer, die nun alle die Notwendigkeit der Frauenförderung erkannt haben. Vielmehr geht es um die längerfristige Bindung des weiblichen Wählerpotentials, das die Männer ihre Frauenfreundlichkeit entdecken ließ. Daß auch weiterhin einige Uneinsichtige um ihre Pfründe kämpfen werden, ist sicher. Ob diese Entwicklung jedoch wieder zurückgedreht werden kann, ist fraglich.
Die SPD-Frauen sind auf Siegeskurs - nun liegt es an ihnen, sich ihre Macht zu sichern und auszubauen, solange das politische Thema 'Frauen' den Boden dafür bereitet, denn es werden auch wieder härtere Zeiten kommen, in denen die Frauen knallhart bekämpft werden.

4.3.3 Der liberale Gedanke der Selbstverpflichtung

Ganz anders stellt sich das Thema 'Frauen' bei der F.D.P. dar. Bereits in den 60er Jahren hatten die F.D.P.-Frauen ihre parteiinterne Frauenorganisation aufgelöst, um nicht in einem Ghetto zu arbeiten.[150]
Dieser Entschluß schien für sie weder Vor noch Nachteile gehabt zu haben, denn an Einfluß und Posten unterschieden sie sich nicht wesentlich von den anderen Parteien. Immerhin hatte Genscher erkannt, daß es nicht länger vertretbar sei, "daß unsere Frauen im Verborgenen blühen",[151] und Eilert Tantzen, F.D.P.-Bezirksvorsitzender im Weser-Ems-Gebiet, sah denn auch

---

147 Vgl. Debus (1989)

148 Vgl. Nordwest Zeitung vom 13.02.1989: "Erstmals wieder mehr SPD-Mitglieder"

149 Vgl. Nordwest Zeitung von 11.08.1989: "In der SPD wächst der Einfluß der Frauen"

150 Vgl. Breuer (1975), S. 106

151 Zit. nach Schreiber/Leinemann (1985)

die Erklärung für die geringe Motivation von Frauen: "Das liegt daran, daß der Haushalt doch an den Frauen hängen bleibt."[152]
Wer wäscht, bügelt und kocht denn für Sie, Herr Tantzen?

Besonders ausgeprägt scheint die Frauenfreundlichkeit der liberalen Männer nie gewesen zu sein, denn sonst hätte sich Hildegard Hamm-Brücher, die in Fragen der Frauenpolitik nie besonders hervorgetreten ist, nicht hinreißen lassen, ihre machtbesessenen Kollegen als "Macho mit Handkuß" zu titulieren.[153]

Aber auch die F.D.P. ist einsichtig. Sie hat offensichtlich erkannt, daß die Förderung der Frauen notwendig ist, denn deren Anteil in Gremien und Parlamenten ist nach wie vor gering. So beschloß der Bundesvorstand 1987 einen Frauenförderplan, nach dem bis 1992 der "Anteil der Frauen in Entscheidungsfunktionen entsprechend ihrer Mitgliederzahl in der Partei (zur Zeit 25%) zu erhöhen" ist.[154]
Zwar folgt aus dem Förderplan eine jährliche Berichtspflicht der Parteiebenen über die Entwicklung des Mitgliederanteils der Frauen und die Anzahl von Delegiertinnen sowie die Entwicklung des Frauenanteils in den Vorständen und auf Listenplätzen, doch verzichtet die Partei auf die starre paritätische Quotierung und "hält an dem liberalen Gedanken der Selbstverpflichtung fest".[155]

Auch die F.D.P.-Frauen setzen nach wie vor auf die Qualität der Karrierefrauen, die 'diskriminierende' Quote wird abgelehnt, denn die Sachkenntnis der Frauen soll entscheiden; qualifizierte Frauen werden sich durchsetzen und die Quotenfrau als zweitrangig erscheinen lassen.
Offen bleibt, ob die F.D.P.-Frauen sich selbst als weniger kompetent wahrnehmen als ihre männlichen Parteikollegen und darin die Ursache für die geringe Repräsentanz der Frauen in ihren eigenen Reihen suchen, oder ob dieser Anspruch auf Sachkompetenz für die 90%-Quote der Parteimänner nicht gilt, denn es ist doch als sehr unwahrscheinlich einzuschätzen, daß alle Machtmänner der F.D.P. wegen ihrer Kompetenz in ihre Positionen gelangt sind.

---

152 Zit. nach Exner (1985)

153 Zit. nach Schreiber/Leinemann (1985)

154 Frauenförderplan der F.D.P. vom 07. April 1987

155 Frauenförderplan der F.D.P. vom 07. April 1987

Es steht zu befürchten, daß die liberalen Frauen neben den Parteikollegen ebenso wie neben den Quotenfrauen der anderen Parteien auch weiterhin ein Schattendasein führen werden, denn sie machen weder in der Partei noch in den Medien von sich reden, sie äußern sich kaum zu frauenpolitischen Fragestellungen noch kommen sie in den Genuß, ihre Sachkompetenz zu beweisen. Selbst verdiente langjährige Parteifrauen wie Cornelia Schmalz-Jacobsen oder Carola von Braun 'blühen im Verborgenen'. Bislang jedenfalls wirkt der 'liberale Gedanke der Selbstverpflichtung' der Partei eher wie ein Gedanke der Selbstbescheidung der F.D.P.-Frauen.

4.3.4 Die 'Entmannungspolitik' der GRÜNEN-Frauen

Die GRÜNEN-Frauen sind 'schuld' an dieser Hochkonjunktur der Frauenpolitik, denn sie waren es, die die Republik mit der 'Entmannung' der GRÜNEN-Führungsspitze schockierten[156] und dadurch auch noch die Sympathie der jungen Frauen errangen.
Da es an vernünftigen integrativen Alternativen fehlte, konnte ein Feminat, bestehend aus sechs Frauen, in einem Überraschungs-Coup im April 1984 die Macht übernehmen und damit ein Zeichen setzen. Nicht durch Programm-Diskussion, Freundlichkeit und Weiblichkeit, sondern mit List und Selbstbewußtsein konstituierten sie den sechsköpfigen Frauenvorstand.

Die Kommentare der GRÜNEN-Männer, der Politiker anderer Parteien und der Presse reichten vom Androhen der kommenden Ernüchterung über süffisantes Nicht-ernst-Nehmen bis hin zur verhaltenen Vorfreude ob des zu erwartenden Scheiterns. Irritationen zeigten alle, die sich in der Domäne der Männerwelt sicher wähnten.

Zwar ist es den GRÜNEN-Frauen während ihrer einjährigen Tätigkeit nicht gelungen, wesentliche politische Veränderungen zugunsten der Frauen durchzusetzen, doch sie haben politische Kompetenz bewiesen und so manchem Mann ein anerkennendes Wort abgerungen, wie zum Beispiel Helmuth Becker, für die SPD im Ältestenrat, über die Krankenschwester Christa Nickels, der er offenbar nicht viel zugetraut hatte: "Eine außergewöhnliche Frau, hinterfragt und kritisiert und hat sich noch mehr reingekniet als Herr Fischer."[157]

---

156 Der Spiegel 15 vom 09.04.1984: "Spitze entmannt"

157 Zit. nach Schreiber (1985)

Aber auch von Politikerinnen anderer Fraktionen wurde das Experiment beobachtet, nur im Gegensatz zu den Männern waren die Frauen wohlwollend und anerkennend, oder aber ängstlich: "Hoffentlich geht es nicht schief. Wenn sie versagen, wird es den Frauen insgesamt angelastet" (Ursula Männle, CDU).[158]

Der einjährige Versuch hatte Signalwirkung, von der sich die Frauen der anderen Parteien mehr Einfluß in den eigenen Reihen erhofft hatten. Und damit hatten sie, wie es scheint, gar nicht so unrecht, denn in der Folgezeit überschlugen sich SPD und CDU förmlich vor 'Frauenfreundlichkeit'.

Das Erfolgsrezept der GRÜNEN-Frauen: sie diskutierten nicht nur über Frauenprogramme, Quotierung, Gleichstellung, sie schafften Fakten und waren so 'selber das Politikum' (Antje Vollmer).[159]
Und das bewiesen sie auch in den Folgejahren, denn bereits im Herbst 1986 gab es wieder eine aufrüttelnde Frauenaktion: die Frechen Frauen, eine Initiative von Adrienne Göhler, suchten und fanden Frauen, die als 'erste Frauenfraktion der Welt' für die GAL in die Hamburger Bürgerschaft einziehen wollten und es auch mit überragendem Erfolg schafften, denn mit 10,8% der Stimmen zogen 13 Frauen in das Hamburger Stadtparlament ein.
"Das ist kein Erfolg, das ist ein Mißerfolg! Das ist genauso eine Katastrophe, als wenn es nur Männer wären!"[160], schimpfte der CDU-Oppositionsführer Hartmut Perschau und machte damit sein Unbehagen angesichts soviel demonstrierter Frauenmacht deutlich. Denn sie war eine Provokation, diese Frauenliste, und sie machte vielen Frauen Mut, eigene Forderungen zu stellen.

Die Überraschung war gelungen. Einerseits waren die GAL-Parteimänner zu überzeugen, was an sich schon ein Kunststück ist, andererseits war offenbar auch gelungen, die WählerInnen von der Qualität der Kandidatinnen zu überzeugen.
Die Frauen hatten für die Altparteien ein Signal gesetzt und damit die Diskussionen um die Förderung von Frauen noch mehr entfacht.

Aber auch im Parlament war ihre Wirkung nicht zu unterschätzen. Daß sie sich in alle Politikbereiche einmischten, war für die GAL-Frauen

---

158 Zit. nach Schreiber (1985)

159 Zit. nach Schreiber (1985)

160 Zit. nach Scheub (1987)

selbstverständlich, daß sie es möglichst unkonventionell taten, entsprach der GRÜNEN-Kultur.
Außerdem kam es zur Sensibilisierung des Sprachverhaltens, da die GAL-Frauen immer nur von AusländerInnen, BewohnerInnen sprachen - was besonders den ProtokollantInnen zu schaffen machte.

Auch das Klima in der Bürgerschaft haben sie verändert. Darüber ist sich zumindest Charlotte Fera sicher, die 80jährige, seit 1957 CDU-Abgeordnete in der Bürgerschaft und derzeit Mitglied des Bürgerschaftsvorstandes.

> "'Die haben gezeigt, daß man Politik nicht immer so furchtbar ernst nehmen muß', freut sich die Alterspräsidentin und fügt in einer für den Hamburger taz-Lokalteil verfaßten Abschiedswidmung [anläßlich der Rotation der Frauenfraktion] hinzu: 'Einige werde ich richtig vermissen'."[161]

Eine Provokation wollen sie auch sein, die feministischen GRÜNEN-Frauen. Sie suchen nach interfraktioneller Frauneeinigkeit und sprechen darüber hinaus tabuisierte Themen an. Wenn Adrienne Göhler in Hamburg den 'mobilen Hausmann' für die doppelt und dreifach belasteten Parlamentarierinnen forderte[162] oder Heike Dieball in Bremen für den Entwurf eines Frauenförderplans für den öffentlichen Dienst propagierte, in den nächsten 20 Jahren nur noch Frauen einzustellen,[163] so ist das genauso herausfordernd wie der Antrag der GRÜNEN-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung, "Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, daß Frauen zukünftig im Deutschen Bundestag mindestens zu 50% vertreten sind".[164]

Dabei provozieren die GRÜNEN-Frauen nicht nur die Abgeordneten der Altparteien, auch innerhalb der eigenen Partei sind die feministischen Frauen vielen Männern, aber auch einigen Geschlechtsgenossinnen, ein Dorn im Auge. Sie stellen utopische Forderungen und kämpfen für deren Umsetzung mit viel Power, sie sind überhaupt nicht 'weiblich zurückhaltend'. Das zeigte sich in der Stiftungsdiskussion, als sie schlicht und ergreifend eine Frauenstiftung mit Namen "Frauen-Anstiftung" forderten und sich so zumindest ein Drittel des zu erwartenden Geldregens für Frauenprojekte sicherten.

---

161 Zit. nach Kinzinger (1989)

162 Vgl. Scheub (1987)

163 Vgl. Die Tageszeitung (TAZ) vom 21.06.1988: "Männer-Aussperrungs-Gesetze"

164 DIE GRÜNEN, Antrag der Fraktion, Bonn, 07. März 1986

Des weiteren wird sichtbar, wenn ein Frauenstatut als Teil der Bundes bzw. Landessatzungen gefordert wird. Das 'Frauenstatut' ist mittlerweile wesentlicher Bestandteil 'grüner' Politik geworden, nur in den jeweiligen Satzungen möchte eine knappe Mehrheit bei den GRÜNEN denn doch nicht soviel Frauen(vor-)recht etablieren. Das liegt nicht zuletzt auch an der schwierigen Umsetzbarkeit der festgelegten Bedingungen.
Dieses "innergrüne Antidiskriminierungsgesetz" (Christa Merkel) sieht vor, daß "alle gewählten Parteiorgane, -kommissionen und -arbeitsgemeinschaften ... zu mindestens 50% mit Frauen zu besetzen" sind und "Wahllisten ... grundsätzlich alternierend mit Männern und Frauen" aufgestellt werden. "Allerdings sind reine Frauenlisten möglich." Dabei fallen die ungeraden Platzzahlen immer den Frauen zu.
Außerdem wird den Frauen ein Vetorecht zugestanden: "In allen Fragen, die das Selbstbestimmungsrecht berühren oder von denen Frauen besonders betroffen sind", ist eine gesonderte Abstimmung von Männern und Frauen vorzunehmen. Weichen die Abstimmungsergebnisse voneinander ab, so hat das Veto der Frauen aufschiebende Wirkung, und die zur Abstimmung stehenden Fragen werden an die Basis zurückverwiesen.[165]

> "'Die Männer sollen gezwungen werden, zu diskutieren und sich nicht verdrücken oder dumm rebellieren', sagte schimpfend die frühere Abgeordnete Christa Nickels. Schließlich sei es 'typisch', daß die Debatte um dieses Statut für viele der Moment sei, die 'großen politischen Gespräche zu führen oder mal Kaffee schlürfen zu gehen'."[166]

Aber nicht alle Männer hatten sich verzogen, einige bemühten sich auf der Bundesdelegiertenkonferenz nach Kräften um die Verhinderung dieses Statuts. Es wurde trotzdem beschlossen, als Zusatz zur Satzung des Bundesverbandes.
Andere Privilegien wurden den GRÜNEN-Frauen bereits vorher zugestanden: "Kinderbetreuungsgeld für Frauen, die auf Bundesebene Ämter oder Funktionen wahrnehmen; Quotierung (mindestens 50%) aller Stellen bei den Bundes-GRÜNEN", beschloß die Bundesdelegiertenkonferenz in Offenburg, ein Verfahren, das mittlerweile auch auf Landesebene, teilweise sogar auf Kreis- und Ortsverbandsebene, üblich ist.

---

165 Vgl. DIE GRÜNEN, Satzung des Bundesverbandes, Mai 1988, S. 22 ff.

166 Sieber (o.J.)

In keiner Partei werden den Frauen so viele (Vor-)Rechte eingeräumt wie bei den GRÜNEN. Und das zeigt sich auch in der überdurchschnittlichen Repräsentanz des weiblichen Geschlechts in allen überregionalen Parlamenten, die seit 1986 gewählt wurden. Trotzdem gibt es immer wieder Probleme in der Aufstellung von Kandidatinnen, wie sich im Herbst 1988 in Bremen zeigte. Die relativ niedrige Mitgliederzahl bei den GRÜNEN einerseits und die relativ intensive Gremienarbeit andererseits binden viele Frauen. So ist in Bremen mehr als ein Viertel der Mitgliedsfrauen in politischen Funktionen aktiv, aber "Quote und Frauenförderplan haben dafür gesorgt, daß Frauen sich genau dort tummeln, wo sie sonst nie hingekommen wären: als reichdotierte Abgeordnete und hauptamtlich Mitarbeiterinnen".[167] So kommt es denn vor, daß Vorstandsposten vorübergehend unbesetzt bleiben müssen. Darauf hatten die Frauen bestanden, weil sich keine Frau für diese ehrenamtliche, aber ungemütliche Arbeit hergeben wollte. "Die Frauen haben die ehrenamtlichen Schleudersitze für Grundsatzfragen Berufeneren überlassen und die konkretere Arbeit in den Beiräten oder die gesicherte bei der Fraktion vorgezogen."[168]

Ein halbes Jahr später genehmigten sich die BremerInnen eine Ausnahme vom Quotierungsgrundsatz und hatten dann "zwei Frauen und fünf Männinnen"[169] im Vorstand.

GRÜNE verkennen keineswegs, wie schwierig es ist, Frauen für politische Arbeit zu gewinnen. Aber es ist bewiesen, daß mit Hilfe des Frauenstatuts die Frauen in allen herausgehobenen Positionen, wie zum Beispiel in den Vorständen, auf den Wahllisten, in den Parlamenten, mindestens paritätisch vertreten sind und sich so Öffentlichkeitswirksamkeit sichern könnten.
Dieser Beweis rechtfertigt auch die weitergehenden politischen Forderungen nach einem bundesweiten Antidiskriminierungsgesetz (ADG), um

> "den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung zu konkretisieren und für Frauen einklagbar zu machen; frauendiskriminierende Vorschriften in Gesetzen zu verändern und die ungerechte, geschlechtliche Arbeitsteilung und Rollenzuweisung, die der Frauenunterdrückung zugrunde liegt, aufzubrechen".[170]

---

167 Stolle (1988)

168 Stolle (1988)

169 Asendorf (1989)

170 DIE GRÜNEN, Antidiskriminierungsgesetz, Warum, Wozu, Für wen?

Darüber hinaus enthält das ADG ein Bündel "von über 50 Vorschlägen für Gesetzesänderungen, die sich auf den geamten Lebenszusammenhang von Frauen beziehen",[171] unter anderem

> "eine 'Generalklausel', die jede Form der Diskriminierung verbietet; die paritätische Verteilung (Quotierung) aller Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze sowie aller Ämter; die Einrichtung von Frauenbeauftragten bei Bund, Ländern und Gemeinden; weitgehende Änderungen des Strafgesetzbuches (u.a. ersatzlose Streichung des § 218); die grundgesetzliche Gleichstellung aller Lebensformen; das Klagerecht für Vereine und Verbände".[172]

Einen anderen Beweis treten die GRÜNEN aber auch an: Die Umsetzung solcher Forderungen ist trotz satzungsmäßiger (bzw. gesetzlicher) Grundlagen noch lange nicht gesichert.
Jutta Berger vom Betriebsrat der BundestagsfraktionsmitarbeiterInnen bemerkt: "Es ist schon phänomenal, daß weibliche Abgeordnete fast ausschließlich Männer für wissenschaftliche Zuarbeit von außen holen."[173]

Die Frauensolidarität ist dem Strömungsgerangel der Bonner ParlamentarierInnen zum Opfer gefallen, die Hoffnung, "daß Frauen sich gegenseitig stützen, wenn sie mehr sind und so nicht nur völlig angepaßte Alibi-Frauen nach oben kommen" (Rita Werkmeister, Frauenreferentin der GRÜNEN), "ist mit großem Getöse zusammengebrochen" (Verena Krüger).[174]
Diese Erkenntnis wurde durch die Debatte um das 'Müttermanifest' bestätigt. Es kann nicht von *den* GRÜNEN-Frauen gesprochen werden. Zwar finden sich in der GRÜNEN-Partei viele Frauen, die feministische Ziele verfolgen, und die Durchsetzungsfähigkeit der Feministinnen zeigt sich an deren politischen Erfolgen, aber es ist auch unverkennbar, daß die Unterzeichnerinnen der "zartesten Versuchung für schwarz-grüne Wendepolitik"[175] ein Mutterbild glorifizieren, das alle feministischen Utopien in Frage stellt. Bezeichnend ist, daß selbst Rita Süßmuth, damalige Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der CDU, die GRÜNEN-Frauen vor dieser Mütterideologie warnte.

---

171 DIE GRÜNEN, Antidiskriminierungsgesetz, Warum, Wozu, Für wen?

172 DIE GRÜNEN, Antidiskriminierungsgesetz, Warum, Wozu, Für wen?

173 Zit. nach Sieber (1985)

174 Zit. nach Sieber (1985)

175 Transparent auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Duisburg im Mai 1987

Wenn auch die GRÜNEN die weitestgehende Frauenförderung betreiben, so ist damit noch lange nicht sichergestellt, daß diese Frauenpolitik auf Dauer feministische Zielsetzungen hat. Ebensowenig ist sichergestellt, daß Frauen zu 50% Einfluß auf die Parteiarbeit haben und überall paritätisch vertreten sein werden.
Am allerwenigsten kann jedoch damit sichergestellt werden, daß GRÜNE-Männer ein ausgeprägtes frauenpolitisches Bewußtsein entwikkeln werden. Vielmehr 'gehört es sich nicht' als 'grüner' Mann, etwas gegen Frauen zu haben oder gar zu sagen. Und so verhalten sie sich denn auch: sie legen sich möglichst nicht offen mit Frauen wegen frauenpolitischer Fragestellungen an, sie verhalten sich in Frauenfragen möglichst still, schmücken sich hin und wieder mit etwas Frauenfreundlichkeit und lassen die Frauen allein kämpfen.

Trotzdem repräsentieren DIE GRÜNEN das Prinzip Hoffnung für viele Frauen, und sie machen Mut, weil sie vieles umsetzen, wovon Frauen anderer Parteien nur träumen.
Das steht sicher im Zusammenhang mit der Integration von Teilen der Neuen Frauenbewegung in dieser Partei, aber ein wesentliches Instrument für die machtvolle Umsetzung feministischer Forderungen ist und bleibt die paritätische Quotierung zwischen Männern und Frauen.

4.3.5 "Eine gescheite Frau hat Millionen geborener Feinde: - alle dummen Männer"

sagte bereits Marie von Ebner-Eschenbach.[176] Die Partei-Männer sind der beste Beweis für diese These.
Ob die CDU-Männer lediglich bereit sind, den Frauen 'einen Tag lang zuzuhören', ob die F.D.P.-Männer mit Hilfe des liberalen Gedankens der Selbstverpflichtung unangenehme Diskussionen vermeiden, ob die SPD das Schreckensbild der Scharfrichterin am Schafott, die die Männerköpfe rollen läßt, zeichnet, oder ob die GRÜNEN-Männer Desinteresse demonstrieren - alle zeugen sie von der Ignoranz gegenüber dem Gedanken der Gleichberechtigung.
Sie machen sich die Frauenförderung nicht zu eigen, aber sie proben nach wie vor Verhinderungsstrategien, die immer subtiler werden. Frauen sollen sich unwichtig (CDU) und inkompetent (F.D.P.) fühlen, sie sollen sich

176 Zit. nach Feyl (1984), S. 36

unwohl fühlen beim Hervorbringen ihrer Forderungen, da sie gleichgesetzt werden mit Hyänen (SPD) - zumindest aber sollen sie sich ärgern und im Schattenboxen müde werden (GRÜNE).

Und was setzen die Frauen dem entgegen? Ihre Bescheidenheit die einen, ihre Hoffnung die anderen, ihre Kampfbereitschaft wieder andere. Aber eines ist ihnen allen gemein: sie kämpfen gegen die Verhinderungsstrategien der Männer.

> "Erwarten Sie nicht, Madame, mich in Bezug auf dieses Thema einsichtig zu finden. Wenn Vertreterinnen Ihres Geschlechts beginnen, folgerichtige und tiefe Werke hervorzubringen, was soll dann aus uns heute so oberflächlichen und leichten Männern werden?
>
> Das wäre das Adieu an die Überlegenheit, auf die wir so stolz sind. Und die Frauen würden uns dann vorschreiben, was wir zu tun haben ... Diese Revolution wäre gefährlich."[177]

Soweit eine männliche Entgegnung auf Olympe de Gouges (ca. 1791) - eine Entgegnung, die von der Selbstreflexion eines Mannes zeugt und sehr ehrlich wirkt.
Diese Ehrlichkeit lassen die heutigen Männer in der Politik gänzlich vermissen, obwohl die Angst vor der Überlegenheit der Frau permanent aus ihren Äußerungen spricht. Würden die Frauen dies erkennen, würden sie sich nicht immer wieder von der zur Schau gestellten männlichen 'Überlegenheit' blenden lassen, dann wären sie mit ihren Forderungen gewiß schon weiter.

Ob eine zunehmende formale politische Gleichberechtigung auch für frauenpolitische Aktionen genutzt wird, ist noch unklar. Zwar gibt es gemeinsame interfraktionelle Frauenaktionen wie den 'Entschließungsantrag zum Thema Menschenrechtsverletzungen an Frauen', der im März 1989 im Bundestag von den Frauen aller Fraktionen eingebracht wurde, doch es gibt eben auch die sehr unterschiedlichen Wahlprogramme der Parteien, denen sich die Parteifrauen verpflichtet fühlen, die aber auch Ausdruck unterschiedlicher (frauen-)politischer Standpunkte sind.
So ist Frauensolidarität möglich, aber nicht sicher; sicher ist nur: wenn Frauen sich weiter verhindern lassen, bringen sie sich selbst um die Möglichkeiten frauenpolitischer Akzentsetzung.

---

177 Zit. nach Göhler (1988)

Der Weg ist noch weit, denn so lange es möglich ist, daß Parteimänner die Frauen als Parteiprogramm funktionalisieren, so lange ist von Gleichberechtigung nicht zu reden.
Mann stelle sich einmal vor, die Frauen aller Parteien würden die Veränderung des Verhaltens der Männer, deren Bevorzugung, deren Herrschaftsgebaren usw. zu ihrem Parteiprogramm deklarieren und eine Anti-Männer-Politik zum Wahlkampfthema machen!
Das macht deutlich, daß der Kampf der Geschlechter immer auch Ausdruck der Diskriminierung der jeweiligen Hälfte der Bevölkerung ist. Erst wenn diese Diskriminierung überwunden ist, kann gleichberechtigt Politik gemacht werden. Und das dauert sicherlich noch Generationen.

5 *Frauen und Macht*

Seit Jahrhunderten kämpfen die Frauen für ihre (politische) Gleichberechtigung und verfolgen dabei die unterschiedlichsten Strategien, um ihrem Ziel näherzukommen.
Verschiedene Ansätze zur Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen führen konsequenterweise auch zu verschiedenen Strategien. So treten die Frauen selten als *die* Gruppe von Frauen in Erscheinung, obwohl sie zum Teil sehr ähnliche Ziele verfolgen. Ebenso wie in der ersten Frauenbewegung wählen Frauen auch heute unterschiedliche Wege, doch bei allen Differenzen gibt es immer einen gemeinsamen Nenner, der jedoch insgesamt sehr klein ist: die Verbesserung der Stellung der Frau in der Gesellschaft.

Inwieweit es gelungen ist, diesem Ziel näherzukommen, muß für verschiedene Bereiche sicherlich sehr unterschiedlich beurteilt werden. Im Bereich der Politik kann das bislang Erreichte aber noch nicht zufriedenstellen. Trotz der Erlangung des allgemeinen Wahlrechts vor nunmehr 70 Jahren sind die Frauen hier nach wie vor unterrepräsentiert. Noch immer greifen die Verhinderungsstrategien dieser Männergesellschaft nachhaltig, angefangen von den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen für Jungen und Mädchen bis hin zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen gibt es nach wie vor viele Einflußfaktoren, die die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung von Männern und Frauen manifestieren und damit die weibliche Beteiligung am öffentlichen Leben ebenso erschweren wie eine gezielte Karriereplanung.

Die Bilanz der Verhältnisse bzw. der Verhinderungen von Frauen in Parteien und Parlamenten ist deprimierend. Die Bedingungen politischer Arbeit sind unbefriedigend und kraftraubend, die immer wieder erfahrene Diskriminierung in allen Lebensbereichen wirkt entmutigend. Die Funktionalisierung der Frau bzw. des Themas 'Frau' zur Erhaltung der männlichen Machtstrukturen sowie der patriarchalen, für die Frauen wenig attraktiven Parteistrukturen, erleichtern Resignation und Rückzug. Der Mangel an Vorbildern führt zu einer eingeschränkten Wahrnehmung weiblicher Fähigkeiten. Die Diffusität der Anforderungen an Politikerinnen sind welt- und lebensfremd, so daß die Attraktivität einer politischen Karriere für Frauen kaum vorhanden ist.

Trotzdem kann nicht ignoriert werden, daß die 80er Jahre dieses Jahrhunderts Veränderungen brachten: es kam zur Zunahme des Anteils von Frauen in Parteien und Parlamenten in einem nie dagewesenen Ausmaß. Hoecker macht die verbesserte Bildungs- und Ausbildungssituation der Mädchen in den 70er Jahren, die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit seit den 60er Jahren, die Beschränkung der Kinderzahl (von vier (1900) auf 1,5 (1975)) und eine zunehmende Verstädterung dafür verantwortlich.[1] Hofmann-Göttig sieht außerdem in den dadurch erweiterten Kommunikationsfeldern der Frau (Beruf, Verein, Urlaub, Freunde ...) eine mögliche Ursache.[2] Jedoch spielen auch die emanzipatorischen Einflüsse der neuen Frauenbewegung in den 60er und 70er Jahre eine nicht unerhebliche Rolle, wobei die Interdependenzen der genannten Aspekte deutlich erkennbar sind.

Aber all diese positiven Einflüsse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Chancen für eine paritätische Besetzung aller politischen Gremien nach wie vor gering sind. Die Förderung der Frauen ist derzeit ein Modethema, und Modethemen haben die Eigenart, innerhalb kürzester Zeit unattraktiv zu werden. Darum kann davon ausgegangen werden, daß die Bestrebungen, den derzeitig steigenden Anteil der Frauen und den damit verbundenen Einfluß zu fördern, bald wieder nachlassen werden. Sicher ist jedoch, daß die Frauen die 'Gunst der Stunde' nutzen müssen, um jetzt ihren politischen Einfluß auszubauen, zu festigen und zu sichern.

Hier stellt sich die Frage nach der Macht, an der die Frauen bislang kaum teilhaben. Die Politik ist der Machtbereich der Männer und damit auch ein Feld, in dem Männer über Frauen Macht ausüben. Diese Tatsache gilt es zu hinterfragen und zu verändern, indem Frauen die Machtfrage stellen: sich selbst, um die eigene Angst vor der Macht zu analysieren bzw. zu überwinden; den Männern, um einen angemessenen Anteil an der Macht zu beanspruchen.

---

1 Vgl. Hoecker (1987), S. 93 ff.

2 Vgl. Hofmann-Göttig (1986), S. 103 f.

5.1 Ein Plädoyer für die Partizipation von Frauen an der Macht

Wenn es für Frauen auch offensichtlich attraktiver ist, in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Friedensorganisationen politisch zu arbeiten als in Parteien,[3] so muß frau sich darüber im klaren sein, daß in den Parlamenten die Entscheidungen getroffen werden, die ihr Leben maßgeblich beeinflussen.[4]

> "Daß unser Grundgesetz Gleichberechtigung vorsieht und somit Chancengleichheit, Abbau von Rollenklischees bedingt, werden Politiker, Gewerkschafter, Arbeitgeber ... so lange ignorieren, wie wir Frauen, die für das Patriarchat bequeme, seine Macht stützende und erhaltende Mehrheit, sie nicht in die Pflicht nehmen, das Gesetz endlich zu beachten und umzusetzen. So lange wir dazu schweigen, werden sie das Grundrecht Gleichberechtigung ein Stück Papier sein lassen, auf das 'Mann' sich gut berufen und im übrigen damit fortfahren kann, Frauen praktisch und gesetzlich zu benachteiligen. Die Geschichte beweist: Es ist reine Frauensache, die Situation der Frauen - und letztlich der Familien! - zu verändern, zu verbessern."[5]

Darum ist die parlamentarische Repräsentanz von Frauen zwingend notwendig. Nur so kann verhindert werden, daß Männermehrheiten über Fraueninteressen abstimmen und dabei in das Leben von Frauen aktiv eingreifen, wie es beispielsweise bei der Diskussion und Anwendung des § 218 immer wieder geschieht. Nur so kann verhindert werden, daß es zu frauenverachtenden Entscheidungen kommt, wie die Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die sogenannten 'Trümmerfrauen', die die ältesten Frauen in einer Stufenregelung als letzte bedachte. Nur so kann verhindert werden, daß Themen, die den Männern unangenehm sind, wie der Prostitutionstourismus oder die fehlenden Rechte der Prostitutierten, parlamentarisch totgeschwiegen werden.
Die mangelnde Beteiligung der Frauen an den frauenpolitisch relevanten Fragestellungen macht deutlich, wie *ohnmächtig* im Sinne von 'ohne Macht' wir Frauen sind.

---

3 Vgl. Schreiber/Leinemann (1985); Ballhausen (1986), S. 66

4 Damit verneine ich *nicht* die politische Relevanz von Basisgruppen, in diesem Fall speziell von Frauengruppen, vielmehr erkenne ich in ihnen *ein* notwendiges Standbein der parlamentarischen Demokratie.

5 Vgl. Pape-Siebert (1984), S. 176

Der Kampf um das aktive und passive Wahlrecht resultierte aus dieser Erkenntnis; nun darf das Ergebnis dieses Kampfes nicht ungenutzt bleiben. Es ist notwendig, daß Frauen an den Schaltstellen der Macht mitmischen, sich einmischen, mächtig werden. Zwar gilt der Einwand:

> "Die Zahl der Frauen im Parlament ist für Frauenpolitik nur dann relevant, wenn die gewählten Vertreterinnen sich zu Zielen und Forderungen bekennen, die eindeutig das derzeitige ökonomische und sexuelle Machtgefüge zugunsten der Frauen verändern",[6]

nur kann daraus nicht folgen, daß nur bestimmte Frauen ins Parlament berufen werden sollen. Vielmehr geht es im ersten Schritt um die Durchsetzung der Gleichberechtigung, und das bedeutet die Gleichberechtigung aller Frauen.
Das ist nicht gleichzusetzen mit der politischen Schonung von Frauen, im Gegenteil: es ist notwendig, die Auseinandersetzung auch mit dem eigenen Geschlecht zu suchen. Die politische Streitkultur zwischen Frauen muß ein ebenso wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie werden, wie sie es zwischen Männern schon lange ist.
Die Tradition dieser Streitkultur hat dazu geführt, daß es in der Männerwelt durchaus üblich ist, sich auch in der Öffentlichkeit laut und vernehmlich zu streiten, sich aber in der jeweiligen Eigenart, der unterschiedlichen Meinung, zu akzeptieren und nach dem Streit gemeinsam ein Bier zu trinken.

Die Männer haben auch in der Politik ihr Ritual:

> "Ironie, beißender Spott, ein Scherz zu Beginn, ein weiterer am Ende der Rede, eine Reihe Zitate, um die eigene Bildung zu illustrieren. Drohungen und Drohgebärden, gespielte Empörung über eine vorgebliche Zumutung, die Rhetorik nach den ersten Patriarchatsgesetzen: unpersönlich, souverän, rational, unterstrichen durch besonders männlich und cool wirkende Gestik und Mimik."[7]

Und dieses Ritual hat einen eigenen Sinn:

> "Es geht nicht darum, eine Entscheidung zu finden, denn diese steht in aller Regel vorher fest. Sondern es handelt sich um einen Wettkampf, einen Sport, und hierbei erhöhen die ZuschauerInnen den Reiz des Rituals, dessen Sinn im Rangabstecken liegt. Dabei ist

---

6 Janssen-Jurreit (1976), S. 352

7 Schwan (1989), S. 32

festzustellen, je mehr Öffentlichkeit zu einer Frage hergestellt wird, desto umfangreicher und aufwendiger wird das Spiel gespielt."[8]

Die vermeintliche Notwendigkeit dieses demokatischen 'Theaters' wird in allen Parlamenten immer wieder unter Beweis gestellt. Ob es nun erstrebenswert ist, daß Frauen sich dieses Ritual zu eigen machen, ist allerdings in Frage zu stellen. Sicher ist aber, daß frau es nicht ändern wird, indem sie sich heraushält. Es ist vielmehr notwendig, eine eigene, eine andere Streitkultur zu entwickeln, die den Gegenstand des Streits wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellt und dadurch das Ritual der Männer entlarvt.
Eine solche Streitkultur der Frauen gilt es zu trainieren, die Trainingsfelder zu suchen und zu nutzen. Daß Frauen als die scheinbar friedfertigeren erzogen wurden, daß es als unfein gilt, wenn Frauen sich streiten, daß Männer den Streit zwischen Frauen zur Zielscheibe ihres Gespötts machen, erschwert das Training, darf aber nicht davon abhalten. Denn der Streit ist für die Auseinandersetzung mit den Positionen Andersdenkender notwendig, zwischen Frauen ebenso wie zwischen den Geschlechtern. Er ist Bestandteil demokratischer Strukturen und kann sehr konstruktiv und anregend sein.

Die Teilhabe an der gesellschaftlichen Macht ist nicht zum Nulltarif zu haben, sie muß von uns Frauen erkämpft, erstritten werden - gegen die Interessen der Männer.

Dr. Wilfried Bauer, Unternehmensberater, stellt die kühne Behauptung auf, daß Männer bereit sind, am Mittelmaß ihrer eigenen begrenzten Möglichkeiten festzuhalten, da sie Angst haben: vor dem Verlust des Erreichten, des Bestehenden, also ihrer Lebensgrundlage in bezug auf Macht, Position, Beziehungen und Glaubwürdigkeit. Sie haben außerdem Angst vor dem Versagen, denn in dieser durch Konkurrenz geprägten Welt stellt die Frau eine weitere Form von Konkurrenz dar. Sie ist zudem eine Konkurrentin, die unkalkulierbar, nicht einschätzbar ist, da sie ihm 'fremd' und unbekannt erscheint, in ihrem Wesen, ihrem Beziehungsverhalten, ihren Ansprüchen, ihrer Arbeitsweise. Eine nicht einschätzbare Bedrohung macht Angst.

Hinzu kommt die Angst vor Veränderungen, denn ein anderes Wesen bringt Veränderung in die gut organisierte und überschaubare Welt des Mannes, und Veränderungen führen immer zu Unruhe und Unsicherheit, fordern neue

---

8 Schwan (1989), S. 32

Einstellungen und Reaktionen und verlangen eine andere Sicht der Dinge. "Die Ängste vor Verlust, Versagen und Veränderungen sind die unsichtbaren Gitterstäbe in der Welt des Mannes, in der er sich nur scheinbar frei bewegt."[9] Das erkannt zu haben, ohne es zu postulieren, ist das Verdienst der Neuen Frauenbewegung, denn die Unberechenbarkeit von Aktionen, die Lust für das Unvorhersehbare, ist die Stärke der Frauen und führte beispielsweise zum GRÜNEN-Feminat in Bonn oder zur GAL-Frauenliste in Hamburg.

Die Erkenntnis, daß die Verhinderung von Frauen durch die Männer eine reine Angstabwehr ist, kann Frauen helfen, weniger ängstlich zu sein. Dabei ist wichtig, nicht in Mitleid zu verfallen und aufgrund eines über Generationen konditionierten 'Helferinnensyndroms' stillzuhalten, um den armen, strapazierten Männerseelen nicht weh zu tun.
Es geht darum, die selbstverständlichen Rechte der Gleichberechtigung zu erkennen und zu nutzen, und zwar im Sinne des weiblichen Geschlechts.
Nur in den Parlamenten können die Strukturen der Parlamente aufgebrochen werden. "First learn the rules, than change them", ist der Wahlspruch der F.D.P.-Politikerin Carola von Braun.[10] Es ist gefährlich, denn je mehr ich meine vorgegebene Rolle lerne, desto mehr verlerne ich vielleicht die von mir gewollte. Andererseits müssen bestimmte Strukturen akzeptiert werden, um Veränderungen zu bewirken.

Das Motto eines GRÜNEN-Frauentreffens im Juli 1985 in Oldenburg lautete: *Männern ihr Recht - und nicht mehr, Frauen ihr Recht - und nicht weniger* (Susan B. Antoni, 1820-1906).
52% der Menschheit haben es nicht nötig, unter vorgegebenen Strukturen zu leiden, 52% sind mehr als die Hälfte der politischen Macht. Diese Macht gilt es zu nutzen und nicht, vor ihr davonzurennen.

Die Überwindung der Diskriminierung von Frauen muß *auch* im Rahmen politischer Machtebenen angegangen werden. Dabei ist es wichtig, daß Frauen nicht versuchen, die Männer zu imitieren. Statt dessen kommt es darauf an, ihre Eigenart, ihre Sichtweise, ihre Erfahrungen als Frauen einzubringen, um die Strukturen, wo immer es sinnvoll oder nötig erscheint, aufzubrechen, zu ändern.

---

9 Bauer (1989), S. 8

10 Persönliche Notizen aus der Arbeitsgruppe "Frauen in der Politik" auf der Tagung "Frauen und Macht"

Somit geht es zwar einerseits um die Nutzung der Macht durch die Frauen, andererseits ist es aber ebenso wichtig, verkrustete Machtstrukturen aufzubrechen und politisch attraktiver, glaubwürdiger zu machen.

5.2 Die Frage der Strategie

Die Notwendigkeit weiblicher Beteiligung an der Politik wirft die Frage nach der Strategie auf. Da mehr als 100 Jahre Frauenbewegung und das jahrzehntelange Wahlrecht der Frauen zu keiner gravierenden Veränderung weiblicher Repräsentanz in der Politik geführt haben und so die politische Ohnmacht der Frauen manifestiert wurde, muß überlegt werden, auf welchem Weg diese Form der Diskriminierung abgebaut werden kann.

In der Diskussion finden sich verschiedene Überlegungen, die die gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen im allgemeinen, aber auch die mangelnde Repräsentanz von Frauen im besonderen im Blick haben. Hoecker hat drei verschiedene Denkrichtungen ausgemacht, die im folgenden kurz skizziert werden sollen.[11]

Der weitestgehende Ansatz ergibt sich aus der Analyse der *radikalen Feministinnen*, die das Patriarchat verantwortlich machen für die massive politische, ökonomische, soziale, kulturelle und sexuelle Unterdrückung der Frauen. Da das Patriarchat der Grundpfeiler dieser Gesellschaft ist, sind auch alle gesellschaftlichen Strukturen patriarchal geprägt.
Darum ist nach Ansicht der Verfechterinnen dieser Theorie die politische Autonomie die einzige Möglichkeit, Frauenbezüge herzustellen, die nicht weitgehend patriarchal geprägt sind. Hierarchische Strukturen werden dabei weitgehend abgelehnt, ebenso organisatorische Verbundsysteme, da beides die Herausbildung und Bündelung von Macht in den Händen weniger fördert. Dem werden feministische Prinzipien entgegengesetzt, die frauenspezifischen Bedürfnissen entsprechen:

> "Unmittelbarkeit, Spontaneität, Authentizität und Selbstbestimmung als Regulative nicht nur des alltäglichen Umgangs, sondern - in Aufhebung der Trennung von Privatheit und Politik - auch der politischen Ausdrucksformen."[12]

---

11 Vgl. Hoecker (1987), S. 13 ff.

12 Band (1982); zit. nach Hoecker (1987), S. 18

Die bewußte Nichtpartizipation der radikalen Feministinnen rührt aus der Erkenntnis, daß die patriarchalen Strukturen der Parlamente die Durchsetzung frauenspezifischer Interessen verhindern. Ihr zentrales frauenpolitisches Interesse ist jedoch die revolutionäre Veränderung dieses Gesellschaftssystems.[13]
Durchsetzbare Frauenforderungen sind immer Kompromisse, die eher der Befriedung der Frauen dienen als der gesellschaftlichen Veränderung. In der außerparlamentarischen Opposition wollen die Frauen daher frei von patriarchalen Strukturen unkonventionelle Protestformen entwickeln und so von außen politischen Druck ausüben.
Die Widersprüchlichkeit dieser Haltung wird deutlich im Alltag feministischer Projekte, denn es ist mittlerweile tägliche Praxis, vom 'Oberpatriarchen Staat' Geld zu fordern, da ohne diese 'Staatsknete' das Überleben dieser Projekte nicht gesichert werden kann.[14]
Darüber hinaus ist der Überlebenskampf alternativer Projekte dermaßen kraft- und zeitraubend, daß außerparlamentarische politische Initiativen nur noch selten von diesen Projekten ausgehen.
Das haben auch einige radikale Feministinnen erkannt, die sich aufgrund dieser Erkenntnis der Partei der GRÜNEN anschlossen, die ihren politischen Vorstellungen am nächsten kommt. Hier verfechten sie fundamentalistische Positionen, indem sie Maximalforderungen stellen, wie beispielsweise die Ablehnung der Regierungsbeteiligung oder die harte, sprich 50%ige, Quotierung in allen Lebensbereichen.
Bei all dem wird die Anbindung an autonome Frauen(-projekte) ganz groß geschrieben.

Die Möglichkeiten und Grenzen feministischer Parteipolitik werden immer wieder reflektiert und kritisch analysiert. Anfang dieses Jahres erkannte Regina Michalik, daß Realpolitik Feminismus ausschließt und zog daraus die Konseqenz, sich aus der Parteiarbeit zu verabschieden.

Sie begibt sich auf die Suche nach einer 'dritten Politikform', die irgendwo zwischen Autonomie und Machtpolitik liegen soll.[15]

---

13 Vgl. Schwan (1989), S. 31

14 Vgl. Schwan (1989), S. 31; Göhler (1988)

15 Vgl. Wiedemann (1989, 1)

Eine völlig andere Denkrichtung spiegelt sich in der Diskussion um die Quotierung wider. Die Erreichung der *paritätischen Beteiligung* der Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen und speziell auf allen politischen Ebenen ist Ziel der Verfechterinnen dieses Ansatzes. Dabei entsteht oft der Eindruck, daß es sich hierbei nur um eine rein quantitative Forderung handelt, die alle damit verbundenen Probleme ausblendet. Diese Sichtweise wäre fatal und greift viel zu kurz, denn bei der Quotierung handelt es sich um ein Instrument, einen Schlüssel, um als Frauen in die weitgehend verschlossenen Bereiche der Macht vorzudringen.
Die weitverbreiteten Verhinderungsstrategien der männerbeherrschten Machtbereiche sollen mit Hilfe dieses Schlüssels außer Kraft gesetzt werden, indem den Frauen beispielsweise die Beweislast der Qualifikation nach den Kriterien der Männer genommen wird. Außerdem werden so die leidigen Besitzansprüche der 'altgedienten' Parteimänner in Frage gestellt.[16]
Über die Quotierung von Frauen in der Politik erhoffen sich die Verfechterinnen dieses Ansatzes, daß der Boden bereitet wird für die Durchsetzbarkeit frauenpolitischer Interessen.[17] Je mehr Frauen an der Macht teilhaben, desto eher können sie ihre eigenen Interessen einbringen und durchsetzen und um so größer ist ihr Einfluß.
Zwar kann nicht gesichert werden, daß durch die Quote nur 'Frauenfrauen' in die Parlamente kommen, vielmehr besteht die Gefahr, daß wiederum die Männer die ihnen genehmen Frauen fördern, da sie nach wie vor die Stimmenmehrheit haben. Jedoch sind gerade die heutigen Politikerinnen in erster Linie durch Anpassung an die gängigen Karrieremuster in die Politik gekommen[18] und somit unter Umständen für die Männer relativ bequem.

Durch Quotierung mehr Frauen in die Parlamente zu verhelfen, beinhaltet in weit stärkerem Ausmaß die Möglichkeit von Frauensolidarität, von Mehrheitsbildung, von Vorbildsein für politisch Uninteressierte, als dies derzeit der Fall sein kann. Darum kann die Quotierung nicht als rein quantitative Lösung abgewertet werden. Vielmehr bestehen mit der wachsenden Anzahl von Politikerinnen qualitative Möglichkeiten im Hinblick auf die Durchsetzbarkeit von Fraueninteressen.

---

16 Vgl. Pfarr (1985)

17 Vgl. Hoecker (1987), S. 13

18 Vgl. Hoecker (1987), S. 137

Allein die Parität sichert weder die Feminisierung der Politik noch die Veränderung gesellschaftlicher Bedingungen. Darum ist es wichtig, durch gezielte Veränderungsprozesse die *Emanzipation der Frauen* zu fördern und Unterdrückungsmechanismen abzubauen.

Diese Denkrichtung resultiert aus der Erkenntnis, daß trotz der im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichberechtigung der Frau ihre faktische Gleichberechtigung in vielen gesellschaftlich bedeutenden Bereichen noch immer nicht erreicht werden konnte.
Es wird ein Zusammenhang festgestellt zwischen der ökonomischen Abhängigkeit von Frauen und ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist somit Ausdruck der gesellschaftlichen Ausbeutung der Frauen. Darum ist die politische Beteiligung von Frauen auch nicht das Ziel an sich; vielmehr wird die Teilhabe am politischen Leben als Instrument zur Veränderung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen berachtet. Die Analyse dieser Lebensbedingungen führt zu der Erkenntnis, daß die Einbindung von Frauen in die Parlamente für die Vertretung der Fraueninteressen notwendig ist, daß aber andererseits auch die Anbindung der außerparlamentarischen Gruppen und Projekte der Frauenbewegung unerläßlich ist, um die Vereinnahmung und Verformung durch die männerbestimmten politischen Strukturen zu verhindern.

> "Präsenz in den politischen Institutionen ist hier aber keineswegs gleichbedeutend mit bedingungsloser Mitarbeit; vielmehr gelte es abzuwägen, für welche Ziele das parlamentarische System genutzt werden soll und für welche nicht ... Parteipolitische Partizipation von Frauen impliziert nach diesem Verständnis zugleich die Suche nach neuen, nichtrepressiven und nichtentfremdeten Politikformen."[19]

Somit spielt die Veränderung von gesellschaftlichen Bedingungen eine zentrale Rolle in dieser Theorie. Nicht die quantitative Aufhebung der politischen Ohnmacht von Frauen steht im Mittelpunkt, vielmehr geht es um die gesellschaftliche Einflußnahme an sich.

"Die Befreiung der Frau muß gleichzeitig Suche nach Gleichheit, nach Macht und nach der Veränderung der Machtstrukturen sein."[20] Wie dies erreicht werden soll, bleibt in diesem Ansatz jedoch weitgehend unklar.

---

19 Hoecker (1987), S. 17

20 Randzio-Plath (1980), S. 174

Die Notwendigkeit der Emanzipation wird in den zuvor dargestellten Ansätzen nicht in Frage gestellt, und sie zeigen jeweils klare Wege auf, die dahin führen können.
Welche Wege jedoch zur Emanzipation der Frauen führen, wenn ihnen gleichzeitig elementare Formen der Gleichberechtigung veweigert werden, bleibt das Geheimnis der Theoretikerinnen. Allein die Teilhabe am Erwerbsleben vermag das jedenfalls nicht; das zeigt sich in den westlichen Industrienationen ebenso wie in den Ländern des Ostblockes.

So unterschiedlich die vorgestellten Denkansätze auch sind, sie haben doch durchaus Verbindungslinien. Die Entwicklungen der jeweiligen Diskussionen scheinen sogar auf eine zunehmende Annäherung im Zusammenwachsen der Theorien hinzudeuten.
Durch die bewußte Nichtpartizipation wollen die Feministinnen eine weitgehende Autonomie für sich wahren, gleichzeitig bedienen sie sich der patriarchalen Strukturen, wenn es um das Überleben ihrer Projekte geht. Auch die Einbindung einiger Vertreterinnen bei den GRÜNEN zwecks Durchsetzung radikaler Forderungen deutet auf eine gewisse Kompromißbereitschaft hin. Daß diese Frauen trotzdem in einer kritischen Distanz zu dieser Partei stehen, versteht sich für sie von selbst.
Die Aufrechterhaltung der Anbindung an autonome Frauen ist eine Selbstverständlichkeit. So zeigt sich durchaus eine Nähe zu den Verfechterinnen des Emanzipationsansatzes, obwohl diese mit ihren Ausgangsüberlegungen bei der ökonomischen Abhängigkeit der Frauen ansetzen. Aber auch die Nähe zu den Vertreterinnen des Partizipationsansatzes ist unbestritten, denn die knsequentesten Verfechterinnen einer harten Quotenregelung finden sich bei den radikalen Feministinnen.

Die quantitative Angleichung der Geschlechter in allen politischen Gremien verfolgt als eigentliches Ziel die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau. Dieses Ziel soll durch die Integration der frauenrelevanten Fragestellungen in den Alltag der Politik erreicht werden.
Durch die Repräsentanz vieler Frauen in den politischen Gremien sollen diese Fragen aus ihrer Randstellung herausgeholt werden, ein eigenes Gewicht bekommen.
Die Funktionalisierung der parlamentarischen Beteiligung von Frauen für ihre eigenen Interessen und zur Aufhebung diskriminierender Lebensverhältnisse ist wiederum auch das Ziel der emanzipatorischen Theorie.

Aufgrund der partiellen Nähe der drei Ansätze kann keiner von ihnen als nicht relevant betrachtet werden. Vielmehr liegt in der Vielschichtigkeit verschiedenster Strategien das tatsächliche Veränderungspotential.
Diesen Ansätzen möchte ich noch weitere hinzufügen, die in der Literatur über die mangelnde Partizipation von Frauen in der Politik bislang kaum Eingang gefunden haben. Gemeint sind psychologische Erklärungsansätze, die die kritische Selbstreflexion von Frauen erfordern, ohne dabei die Gesellschaftskritik auszuklammern. Es soll also nicht die individuelle Disposition der Frau als Erklärung herangezogen werden, vielmehr geht es um die Frage der individuellen Lösungsstrategien, die die gesellschaftlichen Veränderungen nach wie vor fordern und doch Handlungsmöglichkeiten für die einzelne Frau erkennen lassen.

Es bedarf Überlegungen, die die individuelle Scheu der Frauen, sich einzumischen, Bedingungen in Frage zu stellen und die Machtteilhabe zu fordern, erklären. Ein solcher Ansatz soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden, ohne dabei den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

5.3 Von der übermäßigen Bereitschaft der Frau, sich mit dem Vorhandenen zu arrangieren

Die zuvor skizzierten Theorieansätze lassen noch viele Fragen offen, die bei den Überlegungen über die Nichtrepräsentanz von Frauen nicht ausgeklammert werden dürfen: Warum wählen Frauen nicht gezielt Frauen? Warum wählen Frauen nicht gezielt frauenfreundliche Parteien? Warum arbeiten Frauen nicht verstärkt in den Parteien mit, um Einfluß zu nehmen? Warum lassen Frauen sich ihre Rechte vorenthalten? Warum organisieren sich Frauen nicht stärker? Warum gibt es keine größere Solidarität zwischen Frauen?

Benard/Schlaffer sprechen von einer "übermäßigen Bereitschaft der Frauen, sich mit dem Vorhandenen zu arrangieren",[21] und Dowling diagnostiziert eine "heimliche Angst der Frauen vor der Unabhängigkeit".[22]

---

21 Benard/Schlaffer (1981)

22 Dowling (1982)

An einer Fülle von Beispielen zeigen Benard/Schlaffer, daß 'gestandene Frauen', Karrierefrauen, Feministinnen, Politikerinnen, Frauen berühmter Künstler etc. in ihren beruflichen Tätigkeiten selbstbewußt und sicher sind, sich mutig und offensiv mit der Welt und ihren Anforderungen auseinandersetzen. Sobald sie jedoch einen Partner und/oder Kinder haben, nehmen sich diese Frauen zurück, reduzieren sich selbst, verfallen in hilflose Reaktionen, lassen sich unterdrücken und ausbeuten.
Ähnliche Tendenzen haben auch Bock-Rosenthal u.a. festgestellt, die Karrierefrauen interviewten und bei den Ehefrauen unter ihnen die Bereitschaft zum strategischen Rückzug vorfanden, wenn zum Beispiel die Männer unter deren Erfolg litten.[23]
Außerdem bleiben Haushalt und Kinder trotz der beruflichen Beanspruchung im Zuständigkeitsbereich der Frauen,[24] was an sich schon bemerkenswert ist.

Es ist zu einfach, den Männern und der 'Gesellschaft' die alleinige Schuld zu geben. Frauen verhindern sich auch *gegenseitig*; sei es durch ihr Wahlverhalten bei politischen Entscheidungen, ungenügende Repräsentanz in entsprechenden Organisationen, oder sei es durch die Nichtförderung von Frauen durch Karrierefrauen[25] - sie verhindern sich aktiv gegenseitig durch Passivität und unsolidarisches Handeln. Pfarr sagt zu diesem für sie ärgerlichen, aber verständlichen Handeln im Rahmen der Quotendiskussion:

> "Frauen, die oben sind, ... haben dafür einen sehr hohen sozialen Preis bezahlt. Wenn jetzt weibliche Konkurrenz auf dem einfacheren Weg der Quotenregelung nachrückt, droht nachträgliche Diskriminierung. Jede Frau erscheint als Quotenfrau. Und dafür war der Aufstieg einfach zu teuer."[26]

---

23 Bock-Rosenthal/Hase/Streeck (1978), S. 76

24 Vgl. Bock-Rosenthal/Hase/Streeck (1978), S. 125

25 Vgl. Bock-Rosenthal/Hase/Streeck (1978), S. 152

26 Pfarr; zit. nach Fischer (1985), S. 129

Anders gesagt: Jede Frau in den oberen Karriere-Etagen schmälert den Wert der Leistung der Frauen, die sich durchgekämpft haben.
Aber so groß ist der Andrang der Frauen an den Karriereleitern gar nicht. Vielmehr scheint es so, daß Frauen vor der letzten Konsequenz zurückschrecken. So gibt es zum Beispiel bei der Deutschen Bank offenbar viele hervorragende Stellvertreterinnen, die die Verantwortung einer Zweigstellenleiterin aber nicht übernehmen möchten.[27] Und das ist nur verständlich, denn in ganz anderem Umfang als für den Mann gilt für die Frau der Zwang zur Entscheidung für ein Defizit. Frauen haben die Wahl, und das ist ihr Handicap!
Frauen werden konfrontiert mit zwei Wertesystemen als Lebensmöglichkeiten, einmal mit dem alten Kinder-Küche-Kirche-Denken, das eine Reduktion der Lebensmöglichkeiten auf die Familie beinhaltet und zwangsläufig zur Abhängigkeit vom Ernährer der Familie, also dem Partner, führt; zum anderen haben sie die Möglichkeit, einen Lebensweg mit eigenständiger Erwerbsarbeit einzuschlagen, der die Unabhängigkeit vom Partner, ein Selbstwertgefühl, Anerkennung der Fähigkeiten u.ä. mit sich bringen kann (wie konkret diese Möglichkeit ist, wurde bereits in Kapitel 4 diskutiert).

Nun bekommt die Frau als weibliches Wesen ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft aufgrund der 'weiblichen' Attribute des alten Wertesystems, also als nette, freundliche, hübsche, bescheidene und angepaßte Frau, während durch das Bild der berufstätigen Frau eher negative Attribute getragen werden: sie ist überlastet, vernachlässigt die Kinder und den Haushalt, ist unweiblich etc.
Die Anerkennung als Frau findet über die alten Normen statt, die den neuen Normen der berufstätigen Frau entgegenstehen, ja sogar widersprechen.
Außerdem bietet das Leben im traditionellen Sinn für Frauen auch Schutz vor der unangenehmen 'Außen'-Welt und deren Anforderungen. Die Frau hat die Wahl zwischen der traditionellen Rolle als Hausfrau, Ehefrau und Mutter, in der die Berufstätigkeit nur eine Nebenrolle spielt, und der emanzipatorischen Rolle, in der die Berufstätigkeit oder Karriere ein wesentlicher Lebensinhalt ist.
Sie hat also die Wahl zwischen der beschützten Rolle als nette, angepaßte *Frau* und der 'Aussteigerinnenrolle' als *Karrierefrau*, die der derzeitigen

---

27 Vgl. Pfarr; zit. nach Fischer (1985), S. 129

Rolle des Mannes entspringt und für die Frau gesellschaftliche Ablehnung beinhaltet, und zwar mit jeder Stufe der Karriereleiter mehr.
Die Frau hat die Wahl - nein, mehr: sie ist gezwungen, sich zu entscheiden, und die Entscheidung für das Eine ist immer auch die Entscheidung gegen das Andere, denn diese beiden Wertesysteme lassen sich nicht miteinander vereinbaren.
"Weit mehr als für Männer bedeutet für Frauen die Wahl eines Lebensmusters die Entscheidung nicht für Chancen, sondern für verschiedene Formen des Verzichts."[28] Familie und Karriere lassen sich nur vereinbaren, wenn an beides Zugeständnisse gemacht werden, nicht zuletzt, weil hinter jedem großen Mann eine Frau steht - ein Satz, der in unserer Gesellschaft nicht umkehrbar ist.
"Für jede anspruchsvolle Position seien eigentlich anderthalb Personen eingeplant - der voll einsetzbare Mann und seine Frau, die ihm den Alltagsärger abnimmt",[29] sagt Heide Pfarr. Benard/Schlaffer sprechen gar von "Zwei-Personen-Karrieren".[30] Wer Karriere machen will, muß frei sein von Sorgen über Kinder, Oberhemden und Wochenendeinkauf, er/ sie muß jemanden haben, der die Reproduktion der eigenen Person und der Familie sichert. Mann hat in der Regel jemanden, Frau nicht, zumal die Verantwortlichkeit der Reproduktionsarbeit auch bei Karrierefrauen offensichtlich nicht vom Mann übernommen wird.[31]
Auch Politikerinnen sind in diesem Sinne Karrierefrauen, und das macht das defensive Verhalten von Frauen gegenüber politischem Engagement erklärlich. "Ich finde ja auch, daß mehr Frauen in die Politik gehen sollten, aber ich habe dazu keine Zeit und keine Kraft", ist ein typischer Satz von Frauen, aber er beinhaltet noch mehr als nur die Analyse der äußeren Bedingungen.

Frauen drängen sich nicht in die Politikerinnenkarriere, sie halten sich zurück, geben sich bescheiden und erwarten das auch von ihren Geschlechtsgenossinnen.

---

28 Benard/Schlaffer (1981), S. 12

29 Pfarr; zit. nach Fischer (1985), S. 129; vgl. auch Edding (1983), S. 70 ff.; Beck-Gernsheim (1980), S. 68 ff.

30 Benard/Schlaffer (1981), S. 198 ff.

31 Vgl. Mommsen (1988)

Sie legen sich nicht ins Zeug für andere Frauen, weil daraus schnell auch die Anforderung zur Übernahme von Ämtern und Verantwortung entspringt.

"Von der übermäßigen Bereitschaft der Frauen, sich mit dem Vorhandenen zu arrangieren", sprechen Benard/Schlaffer und decken dabei auch die Möglichkeit von Frauen auf, sich zurückzuziehen, wenn es brenzlig wird. Von Männern wird verlangt, daß sie durchhalten, sich durchbeißen; dagegen wird von Frauen erwartet, daß sie aufgeben oder sich zumindest vorübergehend zurückziehen.

Ein anderer Punkt ist die Unabhängigkeit, die im weitesten Sinne eine Voraussetzung für die Karriere ist. Autonomie in Entscheidungen, die im (politischen) Geschäftsleben notwendig sind, aber auch Autonomie von der Familie. Es ist schon auffällig, daß Politikerinnen ihre Entscheidung für ein Amt von der Zustimmung der Familie abhängig machen, wie zum Beispiel Rita Süßmuth. Von Männern werden solche Überlegungen nicht erwartet.

> "Frauen, die nicht in den geordneten Bahnen traditioneller Lebensorganisation eingegliedert sind, sondern 'experimentieren' - bei Frauen ist Unabhängigkeit eine Abweichung und Leistung ein Experiment - stehen im Blickfeld eines unfreundlichen Publikums. Das Publikum wartet darauf, daß sie versagen und hofft, daß sie unglücklich sind. Jedes Eingeständnis von Schwierigkeiten wird begierig aufgenommen. Während sie keine Unterstützung finden für ihre Vorhaben, finden sie jede Unterstützung, wenn sie andeuten, daß sie manchmal daran denken aufzugeben. Man ebnet den Frauen keinen Weg für ihre Versuche, anders zu leben, aber baut ihnen breite Alleen für den Rückzug. Alle Menschen wollen geliebt, verstanden und unterstützt werden. Es wäre unehrlich zu leugnen, daß die Versuchung aufzugeben, manchmal vorhanden ist.
>
> Bei Frauen liebt man den Mißerfolg, die Schwäche, das Versagen. Du mußt ja nicht, singen die Stimmen der Gesellschaft, verführerisch wie die Sirenen. Niemand kann das von dir verlangen. Mach dich nicht kaputt. Ist es wirklich so schön, sich abzuhetzen? Gib's doch auf."[32]

Und viele Frauen hören tatsächlich auf, aber nicht,

> "weil sie weniger Durchhaltevermögen haben, sondern weil die Möglichkeit ihnen soviel öfter offensteht als einem Mann, und zwar gerade in den qualifizierten Berufen. Zu wissen: so und so ist die Situation, und ich muß mich jetzt durchschlagen, das ist eine größere

---

32 Benard/Schlaffer (1981), S. 173

> Streßlage natürlich, aber es spornt auch zu größeren Leistungen an".[33]

Aber diese Leistungen sind es auch, die Angst machen, denn sie beinhalten die Risiken des Scheiterns und die Kritik an den Fähigkeiten oder aber an der (Un-)Weiblichkeit. Letzteres könnte die unfreiwillige Unabhängigkeit vom Partner sein. Anders gesagt: durch die 'Unweiblichkeit' verliert frau unter Umständen ihre Attraktivität und damit den Partner, oder sie findet ihn gar nicht erst. Die Entscheidung für eine (Politikerinnen-)Karriere ist immer auch die Entscheidung für Autonomie, für Unabhängigkeit, und das macht Frauen Angst.

In unserer Gesellschaft erscheint diese Angst sehr begründet, denn die Abweichung vom 'weiblichen' Rollenmuster zieht die Bestrafung des 'unartigen Mädchens' nach sich, d.h., die Frau wird mit Liebesentzug bestraft. Wie bereits in Kapitel 4 ausgeführt, ist das Mädchen/die Frau konditioniert, ihre Bestätigung als Person durch die Anerkennung ihres Wohlverhaltens, auch durch Liebe, zu erfahren, nicht aber für gute Leistung wie der Junge/der Mann. Also bedeutet die Entscheidung für Karriere auch eine Entscheidung für den Verzicht auf Anerkennung, denn mit Liebesentzug ist wegen des 'abweichenden' Verhaltens zu rechnen, nicht aber mit der Anerkennung der Leistung als Politikerin/Karrierefrau.

Das ist ein Erklärungsversuch für das Verhalten von Frauen, entweder gar nicht erst Karriere machen zu wollen bzw. für die Bereitschaft, jederzeit von der Karriereleiter wieder abzuspringen.

Da Frauen ihre Bestätigung nicht aufgrund guter Leistung erhalten, aber Diskriminierung aufgrund nichtangepaßten Verhaltens erfahren, ist die Versuchung, die emotionalen Bedürfnisse durch das Zurückspringen in traditionelle Rollenbilder zu befriedigen, jederzeit sehr groß. Denn wie jeder Mensch sind auch Frauen abhängig von der Anerkennung ihrer Person.

Der 'Cinderella'-Komplex, wie ihn Dowling beschreibt, also die heimliche Angst der Frauen vor der Unabhängigkeit, läßt sich mit den Defiziten erklären, denen (Karriere-)Frauen, also *unabhängige* Frauen, ausgesetzt sind, und diese Defizite sind gesellschaftliche Realität für alle Frauen, die nicht mehr bereit sind, im traditionellen Verhaltensmuster auszuharren.

---

33 Benard/Schlaffer (1981), S. 234

Das wiederum ist eine Erklärung, warum Politikerinnen sich so angepaßt verhalten: wenn sie sich schon in ihnen nicht zustehenden Karriere-Ebenen bewegen und somit das Risiko der Nichtanerkennung eingehen, ist es notwendig, dieses Risiko durch 'Weiblichkeit' zu mildern. Der Dank der Frauen ist den Männern gewiß, die offenkundige weibliche Reize bemerken und anerkennen und damit der Frau als weibliches Wesen ihren Wert erhalten.

Die Sehnsucht nach der Unabhängigkeit ist vielen 'neuen' Frauen zu eigen, aber damit geht die Angst vor den Folgen einher, und diese Angst lähmt sie in ihren Bemühungen, sich zu befreien,[34] die Verhältnisse zu verändern.
Folge ist eine unklare Geschlechtsidentität, die unklare Verhaltensstrategien nach sich zieht: "Diese Verwirrung im Hinblick auf die Geschlechtsidentität ist im wesentlichen für die Panik der Frau verantwortlich."[35] Und Panik ist angesagt, denn:

> "Die Drohung des Entzuges von Privatleben, die Drohung der Reduzierung des Lebens auf Arbeit und Leistung, ist eine wirkungsvolle Sanktion, die ambitionierten und erfolgreichen Frauen gegenüber eingesetzt wird, durch die Prägung des gesellschaftlichen Denkens. Der Zwang zur Wahl zwischen öffentlichem und privatem Erfolg, zwischen Arbeit und Familie, soll aufrechterhalten bleiben; eine wirkungsvolle Strategie zur Behinderung von Frauen. Es ist eine Entscheidung, die sich für einen Mann nicht stellt. Die 'privilegierte Frau' hingegen ist nicht privilegiert, weil auch sie wie der Mann allen Lebensbedürfnissen nachgehen kann, sondern weil sie wählen kann zwischen verschiedenen Arten des Verlustes."[36]

Die Angst vor dem Verlust von Anerkennung und Zuwendung ist es dann auch, die lähmt, die verhindert, daß das Risiko einer Karriere eingegangen wird. Diese Angst führt am Ende zu der übermäßigen Bereitschaft der Frauen, sich mit dem Gegebenen zu arrangieren anstatt zu kämpfen und die Teilhabe an der Macht zu erstreiten.

---

34 Vgl. Dowling (1982), S. 27

35 Dowling (1982), S. 193

36 Benard/Schlaffer (1981), S. 228

5.4 Die Angst der Frauen vor der Macht: "Franz Matysiak: 'Wir müssen endlich wieder an die Macht'"[37]

Diese Schlagzeile enthält eine politische Aussage, deren Kontext in diesem Zusammenhang uninteressant ist. Sie hinterläßt bei LeserInnen keine besondere Gemütsregung, politische GegnerInnen läßt sie höchstens schmunzeln. Mich veranlaßte dieser Satz zu einem gedanklichen Spiel: das Wort "wieder" wird gestrichen und anstelle des männlichen Namens erscheint ein weiblicher, zum Beispiel Rita Süßmuth oder Annemarie Renger, oder wir legen dem ASF-Bundeskongreß oder der CDU-Frauenvereinigung eine solche Aussage in den Mund.
Ich merke förmlich, wie die Welt den Atem anhält und Männer-, aber auch Frauenaugen weit aufgerissen das Entsetzen widerspiegeln: Diese Aussage aus weiblichen Mündern kommt einem Aufruf zur Revolution gleich. Die Begriffe 'Frau' und 'Macht' erscheinen uns unvereinbar, ja scheinen sich gegenseitig auszuschließen.

Was ist so schrecklich an der Vorstellung, daß Frauen Macht beanspruchen könnten?
Das Wort 'Macht' kommt in seinem Stamm von Können/Vermögen und beinhaltet somit nichts anderes als die Fähigkeit, etwas durchsetzen zu können. Eine pluralistische Gesellschaft ist getragen von den Versuchen verschiedenster Gruppen, Macht zu erlangen, und erst der permanente Ausgleich zwischen verschiedenen Gruppen führt zur Demokratie.
Ob Gewerkschaften oder Arbeitgeber, die Parteien untereinander oder die Sportvereine einer Stadt - jeder Interessenverband versucht, Einfluß zu gewinnen, Macht zu erlangen und die eigenen Interessen durchzusetzen, und das ist nicht unmoralisch, sondern für eine demokratische Gesellschaft existenznotwendig.

Max Weber definiert "Macht als jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht". Er weist auf die Vieldeutigkeit dieses Begriffes hin, weil "alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen ...jemand in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen".[38]

---

37 Nordwest Zeitung vom 28.09.1985: Kommentar, Seite "Frau und Familie"

38 Weber (1972); in: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 28/29; zit. nach Jokisch (1984), S. 173

Macht an sich kann nicht als moralisch oder amoralisch, gut oder böse, sinnvoll oder unsinnig definiert werden. Und doch verursacht der Begriff vielen Menschen Unbehagen, denn Macht impliziert Ohnmacht, Machtmißbrauch, Herrschaft, Unterdrückung, Gewalt. Alle Menschen können auf leidvolle Erfahrungen zurückblicken, in denen sie Macht negativ erlebt haben, sei es als Kind im Verhältnis zu den Eltern, in der Institution Schule oder als Erwachsener mit Vorgesetzten, mit dem Staatsapparat oder den Vermietern. Es gibt viele Situationen, in denen sich Menschen machtlos, ohnmächtig erleben.

Macht hat einen reflexiven Charakter und existiert nur in Beziehungen. Der Diktator ist ohne Volk genauso undenkbar wie die Mutter ohne Kind. Macht benötigt das Gegenüber, über das sie wirken kann. Somit sind immer mindestens zwei Personen nötig, um Macht entstehen zu lassen und zu erhalten. Entzieht sich das Gegenüber, ist die Machtausübung nicht mehr möglich, woraus folgt, daß auch der/die Ohnmächtige Macht hat und als Subjekt handeln kann.[39]
Dabei ist die Ausgewogenheit der Macht zwischen den Beteiligten durchaus denkbar, denn erst durch das Ungleichgewicht, die Asymmetrie, wird Macht erkennbar, ähnlich wie bei einer Waage.

Macht ist in jeder Beziehung gegeben und im Rahmen der Evolution Bestandteil unseres Gesellschaftssystems geworden. Jokisch stellt sogar die These auf, "daß Macht ein notwendiges gesellschaftliches Phänomen ist, welches sich nicht beseitigen läßt".[40]
Auf alle Fälle geht es in einem immerwährenden Prozeß um den permanenten Ausgleich der Machtpotentiale, die im Interesse demokratischer Staatsformen ins Gleichgewicht gebracht werden müssen. Das muß in besonderem Maße für Frauen gelten, die in dieser Gesellschaft durch vielschichtige Diskriminierungen in der Position der Ohnmächtigen sind: sie sind überdurchschnittlich oft arbeitslos, finden sich auf schlechtbezahlten Arbeitsplätzen, haben keine Karrierechancen, sind finanziell abhängig und oft Opfer ganz konkreter Gewalt (vgl. Kapitel 4).

Die Wahrnehmung der Ohnmacht in ihrer Vielschichtigkeit verringert das weibliche Selbstwertgefühl und schränkt die Selbstwahrnehmung so ein, daß

---

39 Vgl. Jokisch (1984), S. 167 ff.; Schaeffer-Hegel, in: Neef-Uthoff (1988)

40 Vgl. Jokisch (1984), S. 176

Frauen ihre Handlungsspielräume als sehr eng empfinden. "Machtlosigkeit produziert einen weiteren Verlust an Macht",[41] sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdwahrnehmung. Die Folge ist nicht selten, daß Frauen gar nicht handeln, und wenn, dann nicht in ihrem eigenen Interesse.
Hinzu kommt, daß mächtige Frauen in der Vorstellung vieler Menschen 'Monster' sind, die ihre Weiblichkeit eingebüßt haben. Ein immer wieder gern genanntes abschreckendes Beispiel ist die englische Premierministerin Margaret Thatcher.
Die niedersächsische Landtagsabgeordnete Brigitte Stoll ist gar der Meinung: "Frauen müssen nicht 'an die Macht'. Das Wort 'Macht' hat für mich einen schlechten Beigeschmack."[42]
Darum ist es auch wichtig, die Arbeitsschwerpunkte in politischen Frauenarbeitsgemeinschaften zu entkrampfen und bei Einladungen darauf hinzuweisen: "Diese Treffen sind nicht streng sachbezogene Versammlungen, es ist in der Regel eine lockere Atmosphäre, es darf auch geklönt werden."[43]

Frauenpolitik darf scheinbar nichts mit Machtstreben zu tun haben. Sie muß der Weiblichkeitsideologie des Patriarchats gerecht werden. Sie muß sich deutlich von der Politik der Männer abheben, sie muß anders, besser sein.

Die derzeitig betriebene Politik wird als unmenschlich, unmoralisch wahrgenommen, mit so etwas wollen Frauen sich nicht 'die Hände schmutzig' machen. Frauen wollen anders, besser als Männer sein. Sie nehmen sich selbst als friedfertiger, freundlicher wahr und schaffen sich so eine Ideologie des Netten, des 'Weiblichen'.
Daß das aber nur eine Ideologie ist, beweisen sie immer wieder selber. Einerseits üben auch Frauen Gewalt aus, zum Beispiel ihren Kindern gegenüber. Andererseits waren sie oft genug beteiligt an Gewalt, so zum Beispiel im Kriegsfall, als sie in Munitionsfabriken arbeiteten, oder als Funkerinnen und Krankenschwestern Männern immer wieder zuarbeiteten. Frauen sind nicht friedfertiger als Männer, sie haben nur andere Waffen als diese (zum Beispiel die vorwurfsvolle Opferhaltung, das Leiden). So wahren sie den Schein der friedfertigen, der 'guten' Frau und können sich aus der Verantwortung stehlen, wenn Machtmißbrauch betrieben wird.

---

41 Preuss (1987), S. 355

42 Wedler (1987)

43 Report 6 (1987), Nr. 313

Thürmer-Rohr geht noch weiter und spricht von der Mittäterschaft der Frauen, die durch ihre alltäglichen und normalen Verhaltensweisen das Weiterfunktionieren dieser Gesellschaft mit all ihren zerstörerischen Entwicklungen ermöglicht. Das Nichthandeln entlastet Frauen nicht von der Verantwortung, denn durch ihren 'Sozialcharakter' (Bereitschaft zur Aufopferung, Fürsorge, Duldsamkeit) ermöglichen sie Männern das Weitermachen.[44]
Dabei ist die friedfertige Frau ein Mythos, nicht mehr und nicht weniger. Mitscherlich kommt zu dem Ergebnis,

> "daß es der Wirklichkeit nicht entspricht, dem Bild des aggressiven, unfriedfertigen Mannes ein Bild der nichtaggressiven, friedfertigen Frau entgegenzusetzen, um damit sozusagen ein Modell oder Rezept zur Lösung aller gesellschaftlichen Probleme und Konflikte anzubieten. [Vielmehr] sind bei beiden Geschlechtern, von Geburt an, aggressive Potentiale vorhanden und können jederzeit geweckt werden. Sie werden auch gebraucht, um Aktivität, Individuation, Abgrenzungsfähigkeit des Kindes zu fördern. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht lediglich in der Verarbeitung und Äußerung aggressiver Impulse oder Triebregungen, was allerdings von grundsätzlich Bedeutung ist",[45]

denn Frauen wurden in vielen Generationen konditioniert, Aggressionen nicht offen auszuleben. Ein Ergebnis sind viele depressive Frauen, die die nicht ausgelebten Aggressionen gegen sich selbst wenden und in dieser gesellschaftlich legitimierten Verarbeitung auch noch bestärkt werden. Den Männern wird aggressives Verhalten zugestanden, ja abverlangt, ob auf dem Fußballfeld, in Kasernen und Betrieben, ja sogar in Familien wird der 'starke Vater' beschworen.

Die Mythologisierung der friedfertigen Frau ist jedoch für diese Gesellschaft existenznotwendig,

> "Um sich der kritischen Potenz einer wachsenden Anzahl von Frauen zu erwehren, die mit Recht als Gefahr für die Stabilität unserer heutigen Gesellschaft erlebt wird. [Die Mächtigen benutzen] gern den psychologischen Trick, Frauen als die 'besseren Menschen' zu idealisieren. Das kostet sie nämlich nichts; kein Geld, keine

---

44 Vgl. Lukoschat (1988)

45 Mitscherlich (1985), S. 181

> Änderung ihres Verhaltens, keine neue Politik. So soll denn, wenn es nach ihnen geht, alles beim alten bleiben".[46]

Damit wird eine Doppelmoral geschaffen, die Frauen davor schützen soll, mit der 'schmutzigen' Macht umgehen zu müssen, deren Opfer die Frauen aber tagtäglich sind. Gleichzeitig wird ihnen aber auch eine Waffe aus der Hand genommen, mit deren Hilfe sie sich dagegen wehren könnten, nämlich die Waffe Aggression. Mann 'schützt' die Frauen vor der Macht, um sie ohnmächtig zu halten. Und Frauen spielen dieses Spiel mit, um die benötigte Anerkennung zu erhalten, die sie nur in der eigenen Reduktion erfahren.
"Wer als Frau Macht hat, muß mit Liebesverlust rechnen. Eine solche Frau ist oft nicht nur dem Haß der Männer, sondern auch dem der Frauen, die sich machtlos fühlen, ausgesetzt."[47]

Die Angst der Frauen vor der Macht - sowohl der der Männer, der sie ausgesetzt sind und der sie sich unterordnen, als auch der eigenen, die zu Liebesentzug, also zu Defiziten führt - ist also begründet.

Aber die Angst vor der Macht ist es auch, die Frauen in ihrer Unterordnung ausharren läßt, die sie lähmt und depressiv macht.
Weiblichkeit als moralische Instanz hat Konjunktur. Cora Stephan sagt dazu: "Diese Aufwertung hat einen Preis, der sich - wieder einmal - Selbstkastration buchstabiert."[48]
Da kann es nicht verwundern, daß Frauen sich nicht drängeln, an der Macht teilzuhaben, sei es in der Politik oder im Beruf. Sie betreiben keine Karriereplanung, peilen nicht gezielt Top-Positionen an, und wenn sie es trotzdem geschafft haben, sind sie 'halt so reingerutscht' oder 'haben eben Glück gehabt'.[49]

> "Wenn Frauen in die Politik gehen, spielt oft der Zufall eine große Rolle. Von 'Wille zu Macht' keine Spur. Es ist auch fast sprichwörtlich, daß Frauen den Zufall als Begründung heranziehen, daß und warum sie Einfluß gewannen. Ich interpretiere das als typische weibliche Abwehr, auch nur entfernt in den Ruch zu kommen, Macht

---

46 Mitscherlich (1985), S. 176

47 Mitscherlich (1985), S. 9

48 Stephan (1984)

49 Vgl. Kischke (1986); auch Veith (1988), S. 207

> als Chance zur Veränderung bewußt wahrgenommen und ergriffen zu haben."[50]

Der Zufall hat's betrieben, die Frau ist an dem Ergebnis völlig unschuldig. Das entbindet von der Verantwortung, und die passive Rolle wird (scheinbar?) nicht aufgegeben, die Weiblichkeit nicht in Frage gestellt.

Karrierefrauen entsprechen nicht gesellschaftlicher Norm, denn sie zeigen ein abweichendes Verhalten aufgrund ihrer Position, das ruft Ablehnung hervor. Darum wollen sie wenigstens nicht verantwortlich sein, wenn sie den Unmut ihrer Mitmenschen herausfordern. Daß die Männerwelt sie darin unterstützt, ist nur verständlich, denn das Bild von der machtvollen Frau schreckt so manchen Mann, und da kaum ein Mann Interesse an einem wachsenden Machtstreben der Frau und dem damit verbundenen eigenen Machtverlust hat, wird er alles tun, um sie von ihrer Unfähigkeit zu überzeugen.

Die berechtigte Angst, als Frau in Frage gestellt zu werden und damit versagt zu haben, läßt jedoch viele Frauen von einer Gesellschaft ohne Macht träumen, an der sie ohne Identitätsverlust, ohne Versagensängste mitwirken können. Und so fügen sich die verschiedenen Aspekte zusammen: das geringe Selbstwertgefühl der Frau aufgrund ihres Geschlechts, die Vermeidung von Macht zur Rettung der eigenen (weiblichen?) Identität, die Angst der Frauen, die 'Unschuld' zu verlieren, die Verhinderung der Frauen aufgrund von Männerinteressen und die Überschätzung vermeintlich männlicher Kompetenzen durch beide Geschlechter.
Das Ergebnis ist die Warnung vor dem erneuten Sündenfall der Frau, die es dem Mann gleichtun und an der Macht teilhaben will. Die angedrohte Strafe ist die zweite Vertreibung aus dem Paradies, diesmal dem des Patriarchats.

5.5 Über die Notwendigkeit, die Machtfrage zu stellen

"Friedfertigkeit ist schön. Aber leider man muß zuerst stark genug sein, um ihr Nachdruck zu verleihen", ist der Leitspruch der italienischen Politikerin Susanna Agnelli.[51]

---

50 Martiny; zit. nach Neef-Uthoff (1987); ähnliches hat auch Clemens (1986) in einer Untersuchung über Frauen in der Wissenschaft festgestellt.

51 Agnelli; zit. nach Benard/Schlaffer (1981), S. 156

"Es gibt "keine Möglichkeit, daß Frauen die Herrschaft der Gewalt je besiegen, wenn sie nicht Macht erlangen und wenn sie nicht alles Notwendige für das eigene Überleben unternehmen."[52]

Frau muß sich klarmachen, daß es die Mächtigen sind, die Werte und ihre Normen definieren und manifestieren. Poitik hat nichts mit Freundlichkeit und Höflichkeit zu tun, sondern mit Einfluß, denn wer die Spiegelregeln der Kommunikation bestimmt und sie anderen aufzwingen kann, ist im Besitz der Macht.[53]

Frauen haben derzeit - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keinen oder kaum Einfluß, da sie nicht an den Schaltstellen der Macht sitzen. Und Frauen haben auch keine Lobby. Eine Mehrheit dieser Republik tritt politisch lediglich als Minderheit, als Randgruppe in Erscheinung, und das wird sich nicht ändern, so lange Frauen in ihrer Ohnmacht ausharren, keine eigenen Widerstandsformen entwickeln und sich statt dessen in die individuelle Privatheit wegdrängeln lassen.

"Männer und Frauen sind zwei Nationen auf einem Boden"[54] und wechselseitig bestimmt von der Fremdheit und Macht des jeweils anderen Geschlechts. Sie stehen sich als zwei Parteien gegenüber, und das Geschlecht ist die Basis für den Bündnischarakter in der Politik.[55]
Es gibt nur einen Weg aus der Sackgasse der weiblichen Reduktion, und das ist die solidarische Organisation der Frauen, verbunden mit dem klaren Willen zur Macht.

> Frauen "müssen die Grenzen ihrer Situation ablehnen und sich Wege in die Zukunft zu eröffnen suchen. Resignation ist nur Abdankung und Flucht. Es gibt für die Frau keinen anderen Ausweg als an ihrer Befreiung zu arbeiten. Diese Befreiung kann nur kollektiv sein, und sie verlangt vor allen Dingen, daß die wirtschaftliche Lage der Frau sich zu Ende entwickelt. Jedoch hat es eine ganze Anzahl Frauen gegeben und gibt es noch, die für sich ihr individuelles Heil zu verwirklichen suchen ... In einer äußersten - manchmal lächerlichen, oft pathetischen - Anstrengung bemüht sich die gefangengehaltene

---

52 Chesler (1981), S. 281

53 Vgl. Janssen-Jurreit (1976), S. 607

54 Janssen-Jurreit (1976), S. 602

55 Vgl. Janssen-Jurreit (1976), S. 701

> Frau, ihr Gefängnis in einen glorreichen Himmel, ihre Fron in eine souveräne Freiheit zu verwandeln."[56]

Es ist angenehm, sich mit der Politik 'die Hände nicht schmutzig zu machen', sich nicht der Kritik auszusetzen, und vor allem: geliebt zu werden. Aus dieser unverantwortlichen Position heraus lamentiert es sich auch gut über all die schrecklichen Männer und die Bedingungen dieser Gesellschaft. Wenn frau nicht eigenverantwortlich handeln will, kann sie auch nicht erwarten, daß die Befreiung von all dem Übel dieser Welt ihr auf dem Silbertablett serviert wird. Von wem wohl? Von den Männern?
Die Machtzentren - im Falle der Politik die Parlamente - zu ignorieren heißt, Verantwortung nicht übernehmen zu wollen.
Es ist anstrengend, sich einzumischen, und es wird Rückschläge geben, aber der *Kampf* um die Rechte für das eigene Geschlecht muß geführt werden, die Verteidigung der Rechte der Männer ist bereits voll im Gange. Sie haben es auch leichter, da sie im Kampf erprobt und trainiert sind.

Aber wer sagt denn, daß frau sich auf die Kampfformen der Männer einlassen muß? Frau kann mit Phantasie und Einfallsreichtum alte Strukturen eher aufbrechen als mit Gewalt. Das haben auch die 'Frechen Frauen' der GAL-Frauenliste erkannt:

> "Hätten wir unsere Vorschläge mit der jahrtausendealten Geschichte der Unterdrückung der Frau begründet, oder daraus, daß Männer durch das Führen von Kriegen, den Bau der Atombombe, die Vernichtung von -zig Milliarden von Menschen etc. hinreichend ihre Unfähigkeit bewiesen hätten, menschenwürdige Politik zu machen ... wenn wir die GAL-Strukturen als frauenfeindlich, die Frauenpolitik als vernachlässigt angeprangert hätten ... wenn wir gesagt hätten, daß nur noch die Frauen die Apokalypse verhindern können, wenn wir nur all diese richtigen Sachen gesagt hätten, ohne von unserer Lust und Lust auf die Macht zu reden - ja, dann hätten wir nicht in ein solches Wespennest gestochen. Die Männer hätten schuldbewußt geguckt, vielleicht auch einfach nur ratlos ob soviel Bedenkenswertem, sich aber von der männlichen Gesamtschuld weitgehend freigesprochen, ihre 'ja, aber ...'-Analysen dagegengesetzt und wären zur Tagesordnung übergegangen ... Genau diese Tatsache aber, daß wir zwar um all die Seiten unserer Ungleichheit und Diskriminierung wissen und sie spüren, sie aber dennoch nicht zum Durchsetzungsmittel erheben, sondern vor allem mit der Lust uns

---

56 Beauvoir, de (1951), S. 592 f.

> auszuprobieren und gegen die Langeweile argumentieren, stößt auf Unmut und Zorn."[57]

Und frau kann Macht anders nutzen, als mann es tut, zum Beispiel durch Basisdemokratie oder die Zusammenarbeit mit autonomen Frauen.
Daraus folgt aber auch die Notwendigkeit der Existenz einer autonomen Frauenbewegung, als Sicherheitsgurt für Parlamentarierinnen, die immer in der Gefahr leben, durch herrschende Strukturen aufgerieben und aufgesogen zu werden.

Dies ist ein Plädoyer für den Willen sich einzumischen, aber nicht zu den Bedingungen des Patriarchats, sondern mit Mitteln der Emotion und Phantasie.
Frau kann nicht darauf warten, bis Politik sich menschlicher gestaltet, um sich dann ihr eigenes Image zu erhalten, wenn sie sich einläßt. Frau kann nicht als ewige Sozialarbeiterin, ausgestattet mit dem 'Helferinnensyndrom', für die "Hausfrauisierung"[58] der Politik eintreten. Das Wertesystem des Netten wird die Frau nicht freigeben für die Machtteilhabe an unserem politischen System.
Darum muß frau ihre eigenen aggressiven Anteile endlich akzeptieren und sie *konstruktiv* einsetzen für ihre eigenen Interessen, anstatt sie durch Opferhaltung und Masochismus subtil gegen sich selbst zu richten. Ich plädiere für die Eigenverantwortung der Frauen, endlich für sich selbst zu streiten, anstatt Wasserträgerin der Männer zu sein.

Aber hüten wir uns vor der Überforderung unserer selbst, indem wir uns als die besseren Menschen definieren und die bessere Politik betreiben wollen. Hüten wir uns davor, die Anforderungen an uns so hochzuschrauben, daß sie kaum mehr zu erfüllen sind. Es ist schon schwer genug, innerhalb der Männerdomäne Politik zu arbeiten; es ist noch schwerer, sich dem Anpassungsdruck auf Dauer zu widersetzen, und es ist unmenschlich, Frauen immer und überall eine andere Politik abzuverlangen.
Strukturen, die über Jahrhunderte eingefahren sind, lassen sich nicht in wenigen Jahren radikal verändern. Tritt frau mit diesem Anspruch an, Politik zu machen, so wird sie zwangsläufig scheitern und darin wieder einmal den Beweis für ihre begrenzten Fähigkeiten sehen.

---

57 Treckentrup/Goehle (1985), S. 119

58 Stephan (1984)

Erfolg innerhalb dieses Systems zu haben und gleichzeitig den Anforderungen gerecht werden zu müssen heißt: an Frauen wieder einmal die höheren Ansprüche zu stellen, sie zu überfordern. Trotzdem glaube ich, daß die Teilhabe der Frauen an der Macht diese verändert, nämlich:

> "insoweit Frauen eine andere Wirklichkeit erleben als Männer aus historischen und biologischen Gründen, insoweit sie aufhören, sich an dem Versuch abzuarbeiten, sich in die herrschenden Wahnsysteme zu integrieren, insoweit sie schreibend und lebend - und ich möchte noch hinzufügen: Politik machend - als Frauen auf Autonomie aus sind".[59]

Und Autonomie von den Anforderungen dieser Männergesellschaft ist die Voraussetzung, um für die eigenen Interessen, die Interessen des weiblichen Geschlechts einzutreten.

> "Das mag ein Kampf gegen drögen Machismo in den eigenen Reihen wie in der politischen Schlipsgesellschaft sein. Das mag der Kampf um Gelder für Frauenprojekte sein: für Frauenhäuser, für Beratungsstellen, für Lehrstühle, für Frauenstudien. Das mag die Forderung nach allgemeiner 30-Stunden-Woche bei absoluter Lohnerhöhung für Frauen auf das angemessene 'Ernährereinkommen' sein. Das mag auch die vehemente Förderung einer Verbesserung des Mannes sein. Das kann die Eroberung von Positionen bedeuten, das kann die Pflege besserer Umgangsformen sein."[60]

So träumen Frauen von der Veränderung der Welt, so suchen sie nach anderen Formen von Macht, die ohne Herrschaft und Gewalt auskommt.

> "Der in Jahrhunderten trotz aufgezwungener Unterwerfungslust und Resignation geschärfte Sinn der Frauen für Unterdrückung in jeder Form sollte von ihnen stärker eingesetzt werden, zu aller Nutzen. An der Frau liegt es, die primären sadomasochistischen Sozialisationsformen, die den Geschlechterbeziehungen zugrunde liegen, zu ändern. An der Frau liegt es, ihren männlichen Lebensgefährten daran zu hindern, ständig Sündenböcke zu produzieren, ob im Privat-, Berufs- oder politischen Leben. An der Frau liegt es, männlichem Imponier- und Selbstdarstellungsgehabe, diese Wurzel vieler Gewaltakte und kriegerischer Auseinandersetzungen, die zur Aufrechterhaltung solcher Mentalität notwendige Bewunderung zu versagen, die eigenen Identifikationen mit männlichen Idealen und Wertvorstellungen zu überprüfen und in Frage zu stellen. An der Frau liegt es aber auch, die von den Männern 'gepachteten' Positionen zu

---

59 Wolf; nach Nickels (1985), S. 46

60 Stephan (1984)

> erringen, um ihre 'friedfertige', vernünftigere und objektbezogenere Einstellung zu vielen Fragen der Lebensgestaltung stärker zur Geltung zu bringen. An der Frau liegt es, sich ihrer Geschichte zu erinnern und sich auf ihre Vorbilder in Vergangenheit und Gegenwart zu besinnen."[61]

Es wird von den Möglichkeiten weiblicher Politik geschwärmt, die menschlicher, kreativer, offener, ehrlicher sein wird. "Die 'moralische Instanz Weiblichkeit' hat jedoch ihre Tücken - politisch wie 'privat'."[62]

Denn Frauen begeben sich dadurch auf eine Gratwanderung; einerseits müssen sie unter Beweis stellen, daß sie wirklich die besseren Menschen sind; diesem Anspruch können sie kaum gerecht werden, da auch sie nur Menschen sind, die mit ihren Problemen und Schwächen leben müssen und keine Wunder vollbringen können. Dadurch sind sie immer in Gefahr, ins Kreuzfeuer der Kritik zu geraten. Andererseits wird es Versuche geben, sie auf ihre vermeintlich weiblicheren Werte festzulegen, sie dadurch moralisch unter Druck zu setzen, zu reduzieren und ihre notwendigen Aggressionen zu blockieren. Beides birgt die große Gefahr, daß Frauen die wirkliche Teilhabe an der Macht vermeiden oder daran scheitern.
Fruchtbar scheint der Ansatz der GAL-Frauenliste zu sein, die für ihre Lust an der Macht einsteht.

> "Denn Lust ist fast unbe-herr-schbar [sic!], macht widerspenstig, unbequem und unberechenbar. Sie kommt und geht erst wieder, wenn sie befriedigt ist, ist also nicht einfach durch Sachzwänge abstellbar. Und ist ein ungeheurer Motor. Wer weiß nicht, was sie alles vor lauter Lust schaffen kann. Und wer meint, Lust hätte mit Politik nichts zu tun, der kann ich nur Emma Goldmann zitieren, eine Anarchistin, die sagt: 'Was ist das für eine Revolution, die ich nicht tanzen kann? Das ist keine'."[63]

Den Mut zur eigenen Lust zu haben bedeutet, sich nicht für irgendwelche hehren Ziele, für die eigene Moral, für Erreichtes oder Versäumtes rechtfertigen zu müssen. Statt dessen kann frau ausprobieren, wo ihre Möglichkeiten und Grenzen sind, wie ihre Strategien aussehen können, wie sie die 'Entsolidarisierung' von der Männerwelt betreiben und die Solidarität mit dem eigenen Geschlecht aufrechterhalten will.

---

61 Mitscherlich (1985), S. 183

62 Stephan (1984), S. 15

63 Michalik (1985), S. 51

Frauen sind zu frisch im Geschäft der Politik, als daß fertige Handlungsstrategien geliefert werden könnten. Wenn es ein weibliches Handeln mit der Macht gibt, so muß es sich erst herauskristallisieren, und dazu bedarf es noch Jahrzehnte, wenn nicht länger. Trotzdem:

> "Wer die Macht hat, bestimmt auch darüber, wer wann mütterlich und sanft zu sein hat, wer wann Kinder in die Welt zu setzen hat, welche Rolle die Frauen ohne Protest jeweils übernehmen, wann sie an lebensvernichtenden Kriegen teilnehmen, wann sie die 'sanfte Macht der Familie' zu stabilisieren, sich dafür zu opfern haben und ähnliches mehr."[64]

Und solange Frauen ihre Macht nicht einsetzen und nutzen, so lange werden sie aus dem aufgedrückten männlichen Normengewühl nicht herausfinden. Solange Frauen ihren Willen zur Macht nicht benennen und durchsetzen, werden sich die gesellschaftlichen Strukturen nicht verändern. Es hilft nicht, sich Schutzräume zu suchen und darin auszuharren, nur die offene Auseinandersetzung, sowohl mit dem eigenen als auch mit dem anderen Geschlecht, kann uns weiterbringen. "Vermeidung inhaltlicher Differenzen, Zaghaftigkeit bei den eigenen Interessen und Diffusität politischer Ziele, das alles ist Vermeidung von Macht."[65]

> "Wir stehen nicht mehr rechtlos vor der Tür der Männergesellschaft - dank unserer kämpferischen Großmütter ... wir können längst nicht mehr die Schuld für unsere Zweitrangigkeit bei allen anderen, nur nicht bei uns suchen."[66]

Die Analyse der eigenen Machtlosigkeit darf nicht zur Resignation führen, sondern muß Ansatz sein für die Suche nach Wegen, die aus der Ohnmacht führen. Hier mag es Irrwege geben und Sackgassen, die es zu überwinden gilt. Die Annäherung an die Utopie einer 'Feminisierung der Gesellschaft' ist ein mögliches Ziel.

Der Anspruch, als bessere Menschen die bessere Politik machen zu wollen, ist mit Sicherheit eine Sackgasse. Daß Frauen in der Politik viele Suppen auslöffeln müssen, die die Männer ihnen eingebrockt haben, ist manchmal vermutlich unvermeidbar. Aber sie können sich auch ihre eigene,

---

64 Mitscherlich (1985), S. 8

65 Brockmann (1985)

66 Pape-Siebert (1984), S. 176 f.

bekömmlichere Suppe kochen, nach ihrem Geschmack würzen und diese den Männern vorsetzen.

Wir benötigen dafür jedoch einen positiv besetzten Begriff 'Macht', wie ihn Hannah Ahrendt geprägt hat, der eine klare Trennungslinie zwischen Macht, Herrschaft und Gewalt zieht. Während Macht die Eigenschaft, die Fähigkeit 'Können' und 'Vermögen' ausdrückt, ist Herrschaft als "klassisches Über- und Unterordnungsverhältnis"[67] zu bezeichnen. Gewalt ist demgegenüber der absolute Gegenbegriff von Macht, denn über Macht verfügt niemals ein einzelner Mensch.

> "Zu den entscheidenden Unterschieden zwischen Macht und Gewalt gehört, daß Macht immer von Zahlen abhängt, während die Gewalt bis zu einem gewissen Grade von Zahlen unabhängig ist, weil sie sich auf Werkzeuge verläßt ... Der Extremfall der Macht ist gegeben in der Konstellation: Alle gegen Einen, der Extremfall der Gewalt in der Konstellation: Einer gegen Alle. Und das letztere ist ohne Werkzeug, d.h. ohne Gewalt*mittel* niemals möglich."[68]

Ahrendt kommt den weiblichen Zukunftsentwürfen der Frauenbewegung entgegen, wenn sie sagt:

> "Macht entsteht, wann immer Menschen sich zusammentun und gemeinsam handeln, ihre Legitimität beruht nicht auf den Zielen und Zwecken, die eine Gruppe sich jeweils setzt, sie stammt aus dem Machtursprung, der mit der Gründung der Gruppe zusammenfällt."[69]

> "Macht muß ja nicht notwendig Unterdrückung bedeuten, sie könnte auch Macht sein, etwas hervorzubringen: eine andere Lebensweise, eine andere Welt, einen inspirierenden Sinn."[70]

Für Ahrendt ist die Gesamtheit der Gruppenmitglieder das Subjekt der Macht, während die soziale Gruppe bei Weber Objekt bleibt.[71] Diese veränderte Sichtweise eröffnet die Möglichkeit, mit Hilfe der Macht Gesellschaft zu gestalten, indem Individuen sich zusammenschließen, um im Einvernehmen miteinander zu handeln. Der Begriff 'Macht' erlangt so eine

---

67 Meyer (1987), S. 16 f.

68 Ahrendt (1970), S. 43 ff.; Hervorhebung im Original; zit. nach Meyer (1987), S. 21

69 Ahrendt (1970), S. 43 ff.; zit. nach Meyer (1987), S. 21

70 Rossanda (1980), S. 178

71 Vgl. Meyer (1987), S. 21

qualitative Dimension, da die "Einmischung in die Sphäre der Macht"[72] positiv besetzt werden kann. Nicht der Machterwerb wird moralisch bewertet, sondern die Ziele, die Wege und die Ergebnisse der Politik.

Ob Frauen Macht und damit Politik anders gestalten und ausüben als Männer, muß sich erst noch zeigen. Welchen Preis sie dafür zahlen, wenn sie sich auf Macht einlassen oder ob es für sie ein Gewinn werden wird, läßt sich derzeit nur spekulieren. Ob die Rechnung der Beteiligung an der Macht aufgeht, kann erst beantwortet werden, wenn sich Frauen an allen gesellschaftlichen Machtbereichen paritätitisch beteiligen können und es auch tun.

Daß die gesellschaftliche Rechnung bislang ohne die Frau gemacht wird und welchen Preis sie derzeit dafür bezahlt, ist hinlänglich diskutiert. Nun gilt es, das Prinzip Hoffnung umzusetzen, dabei die Utopie vor Augen zu haben und uns die notwendige Lehrzeit zuzugestehen.

5.6 Möglichkeiten einer Parteilichkeit für Frauen

Der erklärte Wille zur Macht birgt nicht die Garantie der Parteilichkeit für Frauen in sich, wohl aber die Hoffnung, daß es viele Frauen gibt, die das Ziel haben, bewußt Einfluß auf die männerdominierten Strukturen und Inhalte zu nehmen.
Eine Parteilichkeit für Frauen ist jedoch Voraussetzung für die Um- und Durchsetzung gezielter Frauenpolitik, denn allein die Anwesenheit von Frauen in den Parlamenten wird keine Veränderungen bewirken. Fraktioneller Anpassungsdruck und starre Strukturen führen zu Reibungsverlusten, denen Frauen in ganz besonderem Umfang ausgesetzt sind.

Es geht nicht um die Hälfte des Patriarchats - die können die Männer selber behalten."[73] Es geht um grundlegende Veränderungen in dieser patriarchal geprägten Gesellschaft.
Um dies zu erreichen, müssen Frauen eigene Strukturen entwickeln, die sie den vorhandenen entgegensetzen. Es gilt, für das Denken und Handeln von und für Frauen eine *eigenständige Identität* zu entwickeln, bzw. zu bewahren und eigene Maßstäbe zu setzen. Nicht die männlichen Leitbilder

---

72 Meyer (1987), S. 20

73 Beck-Oberdorf (1986), S. 77

sind die Orientierungspunkte, sondern Frauen, die wir in der Geschichte wiederentdecken oder Frauen, die bereits heute gegen den Strom schwimmen; Fähigkeiten, die Frauen in ihrem Alltag entwickelt haben: Pragmatismus, die Orientierung am Menschen, das Wohl des Ganzen im Augen behalten,[74] müssen bewahrt werden, um Politik positiv zu beeinflussen.
"Der Staat ist kein Fahrrad. Frau kann sich nicht einfach draufsetzen und in eine beliebige Richtung fahren. Dieser Staat ist ein Männerstaat."[75] Darum müssen Frauen ihre politische Eigenständigkeit herausarbeiten und ihre Kraft für andere Politikformen einsetzen. Sich auf die patriarchalen Kampfformen einzulassen, sich an ihren Forderungen zu messen bedeutet, eine eigenständige, weibliche Identität zu verhindern und damit Veränderungspotentiale außer Kraft zu setzen.

> "Nur dort, wo Frauen eigene Solidaritätsstrukturen besitzen - Frauenbünde, Geheimgesellschaften - oder eigene religiöse Zeremonien durchführen, von denen sie ihrerseits Männer ausschließen, ist zu beobachten, daß sie Verhaltensspielräume im ökonomischen und sexuellen Bereich erobert haben",

resümiert Janssen-Jurreit.[76] Männer pflegen diese Strategie seit Generationen, offensiv oder subtil, und haben so Seilschaften geschaffen und gepflegt, die in Politik und Wirtschaft Macht aufbauen und sichern. Das Funktionieren dieser Strategie ist hinlänglich bewiesen und diskutiert. Feist folgert daraus:

> "Frauenmacht muß, wenn sie autonom sein will, außerhalb der *bestehenden* Parteien ihre Basis suchen, auch wenn dies eine vorübergehende Schwächung bedeutet. Sie muß sich von den herkömmlichen Strukturen trennen, um sie zu überwinden, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß Minderheiten, als die Frauen auf der politischen Bühne in Erscheinung treten, innerhalb von Organisationen stets machtloser sind als außerhalb. Sie brauchen eigene Organisationsformen, Solidaritätsstrukturen und Netzwerke, die ihre Strategien und Aktivitäten tragen und legitimieren können, die ihnen eine Definitionsmacht geben für die Deutung und Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Realität. Mit anderen Worten: Eine autonome

---

74 Vgl. Krieger (1985), S. 56

75 Krieger (1955), S. 55

76 Janssen-Jurreit (1976), S. 701

> Frauenbewegung braucht eine Frauenpartei, um die inerten Kräfte des Wahl- und des Parteiensystems wirksam zu bewegen."[77]

Diese Forderung ist nicht neu, denn solange Frauen das Wahlrecht haben, resultiert sie aus der enttäuschten Analyse über den Einfluß der Frauen in der Politik.

Seit 1979 gibt es in der Bundesrepublik eine organisierte *Frauenpartei*, die sich der Frauenpolitik, dem Umweltschutz und dem Pazifismus verschrieben hat.[78] 1982 trat sie in Niedersachsen erstmals zur Wahl an. Ihr Wahlergebnis war ernüchternd, denn lediglich 589 Stimmen konnte sie auf sich vereinen - das ließ sich nicht einmal mehr in Prozentzahlen ausdrücken.[79]
Die Ursache für das enttäuschende Wahlergebnis sah die Partei in der Tatsache, daß sie von den Medien totgeschwiegen wurde.[80] Randzio-Plath macht dafür eher die überstürzte Gründung dieser Partei verantwortlich, die es einerseits versäumt hatte, sich die breite Unterstützung in der Frauenbewegung zu sichern und andererseits durch die Aufnahme von Männern als Parteimitglieder die Feministinnen verprellte.[81]
Mir scheint jedoch die Tatsache von nicht unerheblicher Bedeutung zu sein, daß 'Frau sein' allein noch keine Ideologie ist. Unabhängig von ihrem Geschlecht sind Frauen durch ihre unterschiedlichen Lebensbedingungen, Erfahrungen, Vorstellungen und Ideale völlig verschieden. "Gefiltert vom Parteiensystem ließen sich [darum] bisher die Interessen der Frauen in ein eigenes Frauenprogramm nicht aggregieren."[82]
Das zeigt sich auch an dem Wahlverhalten der Frauen, die anteilmäßig sehr ähnlich wählten wie die Männer. Auch eine vermeintlich frauenfreundliche Politik einzelner Parteien beeinflußt die Wahlentscheidungen - wenn überhaupt - nur geringfügig (vgl. Kapitel 3.4.2).

Differenzen zwischen Frauen zeigen sich auch deutlich in den unterschiedlichen Strömungen der Frauenbewegung, die trotz übereinstimmender Analyse der diskriminierenden Lebensbedingungen von Frauen keinen

---

77 Feist (1986), S. 99; Hervorhebung im Original

78 Vgl. Rath (1982), S. 69 ff.

79 Vgl. Rath (1982), S. 144

80 Vgl. Rath (1982), S. 144

81 Vgl. Randzio-Plath (1987)

82 Feist (1986), S. 102

gemeinsamen Lösungsweg finden konnten. Trotzdem ist die Feststellung von Feist richtig, daß Frauen ihre *Autonomie* nur erhalten können, wenn sie unabhängig und losgelöst von männlichen Strukturen Organisationsformen, Solidaritätsstrukturen und Netzwerke schaffen.[83] Ob das jedoch im Rahmen einer Frauenpartei möglich ist, scheint allein aufgrund der Tatsache fraglich, daß Parteien bestimmte Strukturen haben, die derzeit aufgrund des herrschenden Parteiensystems nicht veränderbar sind und von vielen Frauen abgelehnt werden.
Sinnvoller ist meiner Meinung nach der Aufbau von *Netzwerken*, in denen sich Frauen aus allen Lebensbereichen zusammenfinden: Politikerinnen, Berufsfrauen, Hausfrauen, Studentinnen, interessierte Frauen, organisierte und nichtorganisierte Frauen, Frauen mit Einfluß, Frauen mit Ideen ...; wichtig ist, Strukturen zu schaffen, die den Austausch von Erfahrungen und Anregungen, die gegenseitige Ermutigung, gemeinsame Gegenstrategien, wechselseitige Rückenstärkung und Förderung ebenso ermöglichen wie *konzertierte Aktionen*. Es müssen Frauenzusammenhänge geschaffen werden, in denen die gegenseitige Konkurrenz mit und um Männer wegfällt und das unbewußte Buhlen um die Anerkennung der Männer nicht nötig ist.[84]
Je mehr Frauen diese Netzwerke tragen, je größer ist die Vielfalt, um so stärker ist auch ihr gesellschaftliches Gewicht. Für die Machtfrauen wären diese Kooperationen zudem gerade wegen der autonomen Frauen sinnvolle Gegengewichte und damit Korrektive gegen die Anpassungs- und Verschleißerscheinungen des Patriarchats. Die immer wieder betriebene Vereinzelung von Frauen durch die Männerwelt muß aufgehoben werden, um das Machtbewußtsein aufgrund einer eigenständigen Identität zu stärken. Von der Vielfalt, der Verschiedenheit, der Andersartigkeit profitieren, sie sich zunutze machen heißt, Macht schaffen. Sich einmischen und mitmischen, ohne sich vereinnahmen zu lassen,[85] muß das Ziel der neuen Machtfrauen sein. Gemeinsamkeit macht stark, Vereinzelung dezimiert die Macht.

Eine mögliche Form, wie Frauen sich fraktionsübergreifend gegenseitig stützen können, fanden die acht neuen Berliner Senatorinnen:

---

83 Vgl. Feist (1986), S. 99

84 Vgl. Treckentrup/Göhler (1985), S. 124

85 Vgl. Pinl (1989), S. 133

> "Wir Frauen machen eine Stunde vor den Senatssitzungen ein gemeinsames Frühstück. Das nannten wir Hexenfrühstück; das kann auch eine Klammer sein, wenn es mal in der Koalition schwierig wird. Wir haben so noch andere Kommunikationswege, auf denen wir uns verständigen können."[86]

Ein solcher Zusammenschluß von Frauen ist auch geeignet, die weibliche Respektabilität vor den politischen Strukturen und Akteuren abzubauen. Warum nur empfinden Frauen das patriarchal geprägte parlamentarische System so ehrfurchtserregend? Die politischen RepräsentantInnen sind von BürgerInnen gewählt und verschanzen sich hinter einer bornierten Selbstgefälligkeit und Seriosität, die keine ist. Frau muß den Respekt verlieren vor diesen Fassaden, sich nicht bluffen lassen. Nur in der respektlosen Unterwanderung der Strukturen liegen wirkliche Veränderungsmöglichkeiten.

Darum liegt ein wesentlicher Machtfaktor in der *Unberechenbarkeit* von Frauen, die die Überraschung als wirkungsvolles Instrument erkannt haben, das oft mehr bewirkt als gute Argumete, denn Berechenbarkeit ist Bestandteil des Systems und der patriarchalen Logik.[87]
Die Wirkung von Überraschungsangriffen auf das Patriarchat haben sowohl die Frauen des GRÜNEN-Feminats als auch die 'Frechen Frauen' der GAL-Frauenliste unter Beweis gestellt. Quer zu erwartetem Denken und Verhalten zu handeln, verunsichert die Herrschenden und schafft dadurch Handlungsspielräume.
Obwohl es keine allgemeingültigen Rezepte mit Erfolgsgarantie für Frauen gibt, kann doch festgestellt werden, daß alle bisherigen Rezepte für die Sache der Frauen nur wenig bekömmlich ware. Politikformen zu verändern, indem Strukturen in Frage gestellt werden, ist eine Handlungsebene, die Rahmenbedingungen schaffen kann, in denen Frauen eher bereit sind, sich einzumishen.

Die Parteilichkeit für Frauen hat aber auch eine andere Handlungsebene, nämlich die inhaltliche. Aber was ist *Frauenpolitik*? Politik für Frauen? Politik mit Frauen? Politik von Frauen? Frauenspezifische Politik?

"Das Private ist politisch", hieß es in der Neuen Frauenbewegung - ein entscheidender Satz. Er darf aber nicht interpretiert werden in "Nur das Private

---

86 Volkholz; zit. nach Traxler (1989), S. 13

87 Vgl. Hickel; zit. nach Pinl (1989), S. 133

ist politisch", denn auch das Politische ist - in seinen Auswirkungen - privat, gesellschaftliche Diskriminierung trifft uns auch im privaten Bereich.

"Was hat der Gullideckel mit Feminismus zu tun?" war das Motto einer Arbeitsgruppe von Kommunalpolitikerinnen bei einem GRÜNEN-Landesfrauentreffen im Juli 1985 in Oldenburg. Hinter diesem Motto steht der Aufruf an Frauen, sich nicht auf Sozialpolitik reduzieren zu lassen, denn hinter der Steuer-, Haushalts- und Verkehrspolitik stehen ebenso wie in Landwirtschafts- und Verteidigungspolitik ganz konkrete Fraueninteressen.
Frau muß den Blick dafür schärfen, welche Steuerreformen, Verkehrspläne oder Verteidigungskonzepte auch in ihr Leben eingreifen, um sich entsprechend einzumischen. Auch Verteidigungspolitik ist Frauenpolitik, sei es, daß Frauen im Kriegsfall zu Hilfsdiensten herangezogen oder ihre Kinder als Kanonenfutter mißbraucht werden. Straßenbaumaßnahmen schmälern auch den Geldbeutel der weiblichen Anlieger, und in der Haushaltspolitik werden die Weichen für mögliche Investitionen im Bereich 'Soziales' gestellt.
Alles in allem gibt es keine geschlechtsneutralen Inhalte. Durch die Reduktion der Politikerinnen auf die Bereiche Familie, Jugend und Soziales sollen Frauen inkompetent und ohne wesentlichen Einfluß bleiben. Frauen müssen die Prioritäten anders setzen als mann sie ihnen abverlangt, und Frauen geben so Männern die Chance, die sogenannten 'weiblichen' Qualitäten zu entwickeln, wie zum Beispiel Fürsorglichkeit, Freundlichkeit, Aufopferung.

Ein wesentliches Ziel muß darum die *Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung* sein. Dazu gehört auch die Anpassung der Berufswelt an die Bedürfnisse von Vätern und Müttern, indem Arbeitszeitverkürzung, Kinderbetreuung, die Überwindung des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes und Qualifizierungsprogramme weiter vorangetrieben werden. Die daraus resultierenden Freiräume für Frauen, die Förderung ihres Selbstwertgefühls, die emanzipatorische Selbstwahrnehmung lassen auch eine verstärkte Partizipation von Frauen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen erwarten.

Frauenförderpläne können - wenn sie ernst genommen werden - Frauen aus ihren diskriminierenden und unterprivilegierten Positionen heraushelfen. Als Folge davon finden sich mehr Frauen in Führungsebenen und Machtpositionen wieder. Nicht länger als Ausnahme- oder Alibifrau fungierend, kann frau Motivation und Anreiz für andere sein, kann sie sich

etwas zutrauen und eigene Forderungen stellen; sie muß nicht resignieren, sich nicht länger mit dem Mangel oder dem Kompromiß zufriedengeben. Statt dessen kann sie offensiv und selbstbewußt ein eigenes Lebensziel anstreben.

Ein konsequenter Schritt in Richtung Frauenförderung ist die *Quotierung*, eine "positive Diskriminierung"[88] zugunsten von Frauen, die bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen und Führungspositionen genauso greifen kann wie bei der Vergabe von Listenplätzen bei Wahlen. Umsetzungsmöglichkeiten werden für alle gesellschaftlichen Bereiche derzeit heftig diskutiert und juristisch überprüft.[89]
Nach den quantitativ erfolgreichen Quotierungsbemühungen der GRÜNEN (vgl. Kapitel 4.3.4) können sich mit dieser Strategie auch zunehmend Frauen anfreunden, die vor wenigen Jahren die Quotierung noch heftig abgelehnt haben, beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) (vgl. Kapitel 4.3.2). Selbst konservative Politikerinnen, wie die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, fordern mittlerweile eine Quotierung für Wissenschaftlerinnen.[90]
"Quoten sind nichts Neues, es gibt sie längst - allerdings zugunsten von Männern", sagt Heide Pfarr, Vizepräsidentin der Universität Hamburg, und weiter: "Wer Frauenquoten ablehnt, will die Beibehaltung der Männerquoten."[91]

Wer wider besseres Wissen Frauen mit scheinheiligen Argumenten boykottiert, ob im Berufsleben oder in der Politik, der muß gezwungen werden, ihnen den Weg freizugeben für qualifizierte Berufe und Karrieren. "Es sollen keine Privilegien geschaffen, sondern bisher vorenthaltenes Recht gewährt werden."[92]
Dabei ist klar, daß die Quoten allein kein Allheilmittel gegen das Patriarchat sind, sondern eines von vielen Instrumenten, die die Gleichstellung der Frau vorantreiben können. Es geht nicht um die quantitative Gleichstellung, das

---

88 Vgl. zum Beispiel Richardsen/Michalik (1985); Jansen (1986); Hessische Landesregierung (1985)

89 Vgl. Meyer (1987), S. 24

90 Auf einer Fachtagung der AnglistInnen, GermanistInnen und RomanistInnen (Angero) im März 1989; vgl. Zweiwochendienst, 1. Halbjahr 1989

91 Zit. nach Fischer (1985), S. 129

92 Meyer (1987), S. 24

ist lediglich der Rahmen, der die Chance für eine Veränderung von Strukturen und Macht bietet.

Die Quotierung ist nicht Ziel der Frauenpolitik, aber sie ist ein notwendiges Hilfsmittel auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Die GRÜNEN-Frauen konnten den Beweis ihrer Kompetenz und ihrer Fähigkeiten nur antreten, weil sie die Möglichkeit dazu hatten. Quotierung bedeutet nicht, daß jede Frau besser ist als der schlechteste Mann, sondern daß auch Frauen die Möglichkeit erhalten, Wege ihren Fähigkeiten entsprechend zu gehen. Frauen sind nicht inkompetenter, nicht unpolitischer als Männer, sie haben bislang nur viel weniger Möglichkeiten, ihre Kompetenzen unter Beweis zu stellen; Quotierung kann diese Möglichkeiten schaffen.

Eine Institution, die diesen Prozeß unterstützen und fördern kann, ist die *Frauenbeauftragte* oder *Gleichstellungsstelle*. Allerorten finden sich Initiativen für eine solche Einrichtung; viele Städte, Gemeinden, Landkreise, aber auch Institutionen wie Gewerkschaften und Parteien haben bereits eine solche Stelle geschaffen.
Hier die Möglichkeiten und Grenzen einer Frauenbeauftragten aufzuzeigen, würde den Rahmen dieses Buches weit übersteigen; Generalisierungen sind darüber hinaus kaum möglich. Der jeweilige Arbeitsumfang, die Ausstattung, die hierarchische Zuordnung, die politische Eingebundenheit, die Kompetenzen und der finanzielle Spielraum sind sehr unterschiedlich, teils aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen, wie regional unterschiedlicher Gemeindeordnungen, teils aufgrund der jeweiligen politischen Kräfteverteilung.

Trotzdem können erste Erfahrungen wiedergegeben werden, die in ähnlicher Form vielerorts gemacht wurden. Insgesamt sind die Erwartungen an eine solche Stelle zu hoch, denn sie kann zwar "lauter punktuelle, kleine Schritte in Richtung Gleichberechtigung gehen", stellte Inge Sollwedel fest, die vier Jahre lang Sonderbeauftragte in Hessen war, aber allein "mit einer Frauenbeauftragten vollziehen sich keine Gesellschaftsveränderungen".[93]

Allen Frauenbeauftragten gemeinsam ist die Erfahrung, daß es einen riesigen Arbeitsanfall gibt, der kaum zu bewältigen ist. Als Beispiele seien hier die Einrichtung eines Frauenhauses oder die Förderung von Ausbildungen für Mädchen in typischen Männerberufen genannt; aber auch ganz konkrete

---

93 Michels (1985)

Anfragen oder Bitten um Hilfestellung bei Problemen mit dem Arbeitsamt, dem Arbeitgeber, dem Partner, einer Organisation erreichen eine Gleichstellungsstelle.

Die Effektivität der Arbeit hält sich jedoch oftmals in Grenzen, da die Verwaltung bei der Bewältigung frauenspezifischer Probleme zwar die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel haben kann, aber keine grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen bewirken wird. Dazu bedarf es unter anderem auch einer gesellschaftlichen, außerparlamentarischen Bewegung.

"Frauenpolitik vor Ort kann nur so gut oder so schlecht sein, wie die Frauenbewegung aktiv ist. Ihre Arbeit kann von keiner verwaltungstechnischen Institution übernommen werden", stellte Meyer-Ulrich aufgrund einer Untersuchung über die Wirksamkeit kommunaler Gleichstellungsstellen in bezug auf die Umsetzung grün-feministischer Politik in Nordrhein-Westfalen fest.[94]

Auch Rendtorff/Jung trauen diesen Büros nur wenig frauenpolitischen Nutzen zu:

> "De facto entlasten diese Büros und Leitstellen alle anderen Ministerien, Dezernate oder Magistrate von ernsthaften frauenpolitischen Aktivitäten, und es ist dabei kein zufälliger Zynismus, daß diese Leitstellen wenig politische Entscheidungskompetenz besitzen und meistens über nur knappe materielle und personelle Ausstattungen verfügen. So zeigt auch die Realität der Ergebnisse, daß der faktische Nutzen meist gering, der politische Nutzen aber zumindest zweischneidig ist."[95]

Diese Bewertung unterstreicht auch Ursula Kerstein, Bremer Landesfrauenbeauftragte, nach sechs Jahren Arbeit, als sie feststellt: "Das Negative an dieser Arbeit ist, daß alles so langsam" geht; so haben ihre Bemühungen, mit der 1984 in Kraft getretenen 'Richtlinie zur Förderung der Frauen' so gut wie nichts bewirkt, Erfolge erzielte sie nur dort, wo es starre Quoten gab, nämlich im Ausbildungsbereich. Sollte es so im Schneckentempo weitergehen, hätten Frauen erst im Jahre 2328 50% der Arbeitsplätze besetzt. Sie unterstützt deshalb auch den Gesetzentwurf der GRÜNEN-Juristin Heide

---

94 Meyer-Ulrich (1988), S. 123

95 Rendtorff/Jung (1985)

Dieball, der vorsieht, 20 Jahre lang nur Frauen in den von ihnen unterrepräsentierten Bereichen zuzulassen.[96]

Yvette Roudy, von 1981 bis 1986 französische Ministerin für Frauenrecht und Initiatorin für ein 'Gesetz zur beruflichen Gleichstellung von Mann und Frau', kommt zu der Einsicht: "Mit Gesetzen ändert man keine Mentalität."[97] Dennoch sind Gesetze Werkzeuge, deren sich die Frauen bedienen können. Das hatte auch Elisabeth Selbert erkannt, als sie um den Artikel 3 (2) Grundgestz stritt:

> "Der Gleichberechtigungsgrundsatz ist nie wieder aus dem Grundgesetz rauszukriegen. Nie wieder. Ohne ihn wären all die Reformen, die uns heute Selbstverständlichkeiten sind, nicht möglich gewesen: 218, Ehe- und Familienrecht, Namensrecht, prinzipielle Lohngleichheit, gleiche Bildungsmöglichkeiten, jedenfalls gesetzlich."[98]

Die trotzdem nur begrenzten Erfolge, die Frauen aufgrund dieses Grundgesetzartikels erzielen konnten, führten immer wieder zu Vorstößen für ein *Antidiskriminierungsgesetz* (ADG). Bereits 1978 forderte die Humanistische Union eine gesetzliche Grundlage, die die direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen und Männern aufgrund ihres Geschlechts im Bereich der Arbeit, Erziehung, Justiz und Werbung verhindern sollte. 1980 wurde hierzu ein Entwurf der sozialliberalen Koalition erstellt, der jedoch bislang nicht veröffentlicht wurde; im gleichen Jahr fragte die Friedrich-Naumann-Stiftung nach der Notwendigkeit eines solchen Gesetzes.[99]

1985 legten die GRÜNEN einen Gesetzentwurf vor, der die bislang weitestgehenden Forderungen enthielt und jede Diskriminierung in jedem Bereich des Lebens geahndet wissen wollte. Außerdem war der Entwurf ausschließlich auf die Diskriminierung von Frauen ausgerichtet und sah unter anderem die gesetzmäßige Einführung von regionalen und überregionalen Frauenbeauftragten sowie ein Verbandsklagerecht vor[100] (vgl. Kapitel 4.3.4).

---

96 Zit. nach Debus (1988); vgl. auch Die Tageszeitung (TAZ) vom 21.06.1988: "Männer-Aussperrungs-Gesetz"

97 Zit. nach Bremer (1985)

98 Dertinger (1980), S. 240

99 Vgl. Meyer (1987), S. 23 f.

100 Vgl. Meyer (1987), S. 23 f.

Ansätze für die Umsetzung eines solches ADGs befinden sich bereits in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und AL in Berlin.[101]

So gibt es viele Ideen und Ansätze in der frauenpolitischen Diskussion, von denen hier nur einige angerissen werden konnten.
Wenn sie auch nicht immer unumstritten sind, so wird doch deutlich, daß es sich dabei um Themenbereiche handelt, die unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen niemals von den Männern zugunsten der Frauen erstritten wurden. Die Ausgestaltung der Forderungen kann auch nur von Frauen vorgenommen werden, da nur diese entpsrechende Erfahrungen mit der weiblichen Lebenswirklichkeit haben.
Die "durchgreifende Änderung geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse kann nicht allein durch den Verzicht einer männlichen Minderheit auf Privilegien erreicht werden. Vielmehr bedarf es dazu grundlegender gesellschaftlicher Lern- und Wandlungsprozesse"[102] bei Männern und Frauen.

---

101 Vgl. Zweiwochendienst 30 (1989)

102 Vgl. Hoecker (1987, 1), S. 14

6 *Resümee*

> "Weibliches Verhalten und weibliche Eigenschaften sind ... immer das Produkt einer Interaktion zwischen dem angeeigneten kulturellen System und den Zufällen der individuellen Lebensgeschichte."[1]

Dieses Zusammenwirken der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der ganz persönlichen Disposition wird deutlich in den Biographien der dargestellten Frauen. Auch die Bedeutung des historischen Kontextes einer Gesellschaft zeigt sich hier, denn der Zeitpunkt der Erlangung des Frauenwahlrechts ist nicht unabhängig von der demokratischen Bewegung im Nachkriegsdeutschland zu sehen. Ebenso ist der Einfluß der Neuen Frauenbewegung nicht denkbar ohne das gesamtgesellschaftliche Unruhepotential der 60er Jahre, und die Entdeckung des Themas 'Frau' durch die Altparteien wäre nicht erfolgt ohne die spontanen Wahlerfolge der GRÜNEN, durch die Frauenpolitik erstmals medienwirksam wurde.

Ein Ensemble aus historischen, kulturellen und individuellen Dispositionen aktivierte ein gesellschaftliches Veränderungsbedürfnis, das ebenso wie das ganz persönliche Engagement einzelner zum Tragen kam. Die Erfolge für die Gleichberechtigung entsprangen somit dem unermüdlichen Einsatz fortschrittlicher Frauen, die auf der Basis emanzipatorischen Gedankengutes gegen eine Vielfalt reaktionärer Kräfte ankämpften.
Das Zugeständnis der formalen Gleichberechtigung entband dann jedoch beide Geschlechter von der kritischen Reflexion der Realität, und das erklärt die anfängliche Stagnation der quantitativen Beteiligung der Frauen im parlamentarischen Bereich.

Die überraschende Zunahme des Frauenanteils auf allen politischen Ebenen in den 80er Jahren ist unter anderem auf die verstärkte Selbstreflexion der Frauen, die Analyse des quantitativen und qualitativen Istzustandes derzeitiger Politik durch sie selbst und ihr dadurch gestärktes Selbstvertrauen zurückzuführen.

Die Wahrnehmung des eigenen Geschlechts als gesellschaftliches Subjekt,[2] das Einfluß nehmen kann, seine Rechte einklagt und ein eigenständiges

---

1 Hagemann-White (1984), S. 104

kulturelles Gewicht anstrebt, ist der Erfolg der Neuen Frauenbewegung. Sie entdeckte ihre eigene Geschichte, arbeitete an einer eigenen Kultur, fand Formen weiblicher Spiritualität und entwickelte veränderte Widerstandsformen. Mit Kraft und Lust thematisierte sie die Diskriminierung des weiblichen Geschlechts und forderte zunehmend Veränderungen.

Die Wahrnehmung der eigenen Person als Subjekt, das sich denkend und handelnd in die gesellschaftlichen Prozesse einmischt und teilhaben will, war die Voraussetzung für das zunehmende Selbstbewußtsein der Frauen und zeigt sich in ihren immer weitergehenden Forderungen nach Abbau diskriminierender Rahmenbedingungen.

Auch wenn die Analyse des Zahlenmaterials noch eine trostlose Realität offenbarte, sind doch die Hoffnungsschimmer in bezug auf eine quantitative Teilhabe der Frauen auf allen Machtebenen nicht mehr zu übersehen. Die immer lauter ausgesprochene Kritik - auch konservativer Frauen - an der offensichtlichen Diskriminierung des weiblichen Geschlechts trägt zu dieser Hoffnung bei.

Trotzdem sorgen die soziokulturellen Rahmenbedingungen noch immer für ausgeprägt weibliche Verhaltensnormen und eine eingeschränkte Selbstwahrnehmung der Frauen. Beides ist hinderlich für eine politische Karriere. Denn die Bedeutung der Familie, ein weniger stark ausgeprägtes Profilierungsbedürfnis und die Angst, nicht legitimerweise an die Position gekommen zu sein,[3] führen zur Zurückhaltung der Frauen. So bleiben sie für die Medien unattraktiv und damit für die Gesellschaft unsichtbar.

Die begrenzte Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik, die damit verbundene Mehrfachbelastung und der Mangel an weiblichen Vorbildern, führen zur Wahrnehmung der eingeschränkten Realisierungsmöglichkeiten weiblicher Lebensräume. Die Folge dieser empfundenen Ohnmacht ist dann das vermeintlich politische Desinteresse der Frauen.

Die Möglichkeit der Realisierung von Bedürfnissen, die nicht dem überholten weiblichen Rollenverständnis entsprechen, ist aber auch tatsächlich eingeschränkter, da männliche Strukturen und Seilschaften ebenso verhindernd wirken wie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Das beweist

---

2 Vgl. Jokisch (1984), S. 182

3 Vgl. Stephan (1984), S. 14

Hoecker in ihrer Studie über die Gründe mangelnder politischer Frauenrepräsentanz in Bremen. Sie kommt zu dem Ergebnis,

> "daß die Unterrepräsentation von Frauen in innerparteilichen wie öffentlichen Ämtern weder auf mangelnde individuelle Bereitschaft, noch auf Bildungsdefizite, noch auf unzureichende Aktivität zurückgeführt werden kann. Für die Rekrutierung des politischen Führungspersonals stehen vielmehr in Bremen ausreichend aktive, motivierte und qualifizierte Frauen zur Verfügung".[4]

Daraus folgt Hoecker, daß der Ausschluß von Frauen nur überwunden werden kann,

> "wenn die Parteien die Gleichberechtigung durch ihre Politik auf der Ebene der Gesellschaft, im zwischenparteilichen Wettbewerb, im innerparteilichen Betrieb und nicht zuletzt durch das individuelle Verhalten der Mitglieder selbst auch konsequent verwirklichen".[5]

Denn noch immer schließen die Männer die Frauen von der politischen Machtteilhabe aus. Die Vermarktung des Themas 'Frauen' in allen Parteien macht deutlich, wie weit entfernt die Männerwelt noch von einer tatsächlichen Gleichbehandlung der Frauen ist. Hinzu kommt, daß die Frauen den Männern aber bereitwillig die Macht überlassen.

> "Warum hat sich die Politik den Frauen verweigert, warum verweigern sich heute die Frauen der Politik? Steckt in dieser doppelten Verweigerung nicht womöglich der Keim sowohl einer Krise der traditionellen Politik als auch einer Kritik, die eine andere Politik einleiten könnte?",

fragt Rossanda.[6] Die derzeitigen Machtstrukturen werden von den Frauen offenbar abgelehnt, denn "solange gesellschaftliche Macht vor allem hierarchisch organisiert, bürokratisch von oben *gegen* unten eingesetzt und qualitativ unverändert bleibt,"[7] können und wollen Frauen sich nicht damit identifizieren. "Und solange die bestehenden Institutionen demjenigen die besten Chancen versprechen, der auf seine Familie und auf sein eigenes Glück am

---

4 Hoecker (1987), S. 230

5 Hoecker (1987), S. 230

6 Rossanda (1980), S. 11

7 Meyer (1987), S. 16; Hervorhebung im Original

wenigsten Rücksicht nimmt",[8] werden Frauen sich nicht in Scharen an der Politik beteiligen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß immer mehr Frauen von einer Macht ohne Herrschaft träumen.[9] Sie suchen nach einem dritten Weg, der irgendwo zwischen männlicher Durchsetzungsrücksichtslosigkeit und weiblicher Selbstaufopferung liegt.[10] Nicht die Frauen, sondern die Formen der Politik müssen sich verändern.[11]

Auf der Suche nach anderen Politikformen stellen Frauen denn auch immer wieder die Frage nach ihrem Verhältnis zur Macht, denn die derzeitigen Machtverhältnisse erleben sie - auch in ihrer Umkehrung - für sich als nicht erstrebenswert. Die daraus resultierende Reflexion des Machtbegriffes führte zu seiner Neudefinition: Macht wird nicht länger als Zustand akzeptiert, der gegen andere durchgesetzt werden muß, sondern als Eigenschaft, die die Fähigkeit ausdrückt, Einfluß zu nehmen. Das ermöglicht eine deutlichere Abgrenzung zu Gewalt und Herrschaft einerseits und die Ausgestaltung von Macht im weiblichen Sinne andererseits. Meyer meint:

> "Macht sollte ein soziales Netz sein, durch Geben und Nehmen bestimmt. Positiv verstanden wäre Macht ein Vorbild, die sich herstellt, sich rechtfertigt und beenden läßt durch diejenigen, die von ihr gleichzeitig betroffen sind. Die Vorstellung von Macht als Netz impliziert *Nähe*, die sie stärkt, und nicht *Distanz* zum Gegenüber, die sie schwächen würde. Sie enthält die Verantwortung von allen gegenüber allem Sozialen."[12]

Natürlich stellt sich die Frage, in welchem Umfang Frauen eine andere Politik machen (können) und inwieweit sie durch die Instanzen der Macht hindurch ihre sozialen Fähigkeiten bewahren werden, denn:

> "Sicherlich besteht die Gefahr, daß auch Frauen auf dem Weg zur Macht die moralische Kraft, die ihnen aus einer größeren Lebensweltnähe und ihrem beziehungs- und menschenorientierten Denken erwächst, verlieren und sich anpassen."[13]

---

8 Meyer (1987), S. 27

9 Vgl. z.B. Randzio-Plath (1987), S. 71

10 Vgl. Stephan (1984), S. 12

11 Vgl. Hoecker (1987a), S. 14

12 Meyer (1987), S. 28; Hervorhebungen im Original

13 Meyer (1987), S. 28

Da Lebens- und Arbeitsbedingungen immer auch die Menschen verändern, werden sich Machtfrauen davon nicht freimachen können. Ob diese Veränderungen positiv oder negativ ausfallen, muß die Zukunft zeigen. Auf alle Fälle beinhaltet die "Einmischung"[14] die *Hoffnung* einer positiven Einflußnahme auf die gesellschaftlichen Prozesse, wohingegen die Verweigerung der Macht auf alle Fälle Stagnation bedeutet, also ein Festhalten an der Machtlosigkeit. Da sich Macht ebenso wie Machtlosigkeit in einem sich selbst verstärkenden Regelkreis reproduziert,[15] bleibt nur die Alternative, teilweise Abschied zu nehmen

> "von traditionellen weiblichen Sozialisationsmustern, von den geschützten 'Frauen-Räumen' in den Nischen der Ohnmacht. Macht heißt für Frauen, Risiken auf sich nehmen, z.B. das Risiko, nicht mehr geliebt zu werden, Kritik und Ablehnung ertragen zu müssen oder gar zu scheitern, aber auch das Risiko, die 'Unschuld der Ohnmacht' zu verlieren".[16]

Doch das Risiko, zu scheitern und abgelehnt zu werden, vermindert sich proportional zu der Anzahl der Frauen, die an der Macht teilhaben. Sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln bedeutet, Verantwortung zu übernehmen für sich selbst und die politische Zukunft der Welt.

Es kann jedoch nicht Ziel sein, die Männer in ihren Machtpositionen einfach abzulösen. Es geht vielmehr um eine andere Qualität von Macht. Und dabei dürfen keine übermenschlichen Fähigkeiten von den Frauen erwartet werden.

> "Aber dennoch läßt die überproportionale Repräsentanz von Frauen in den neuen sozialen Bewegungen etwas ahnen von den dahinterstehenden Motiven und der Kraft der Veränderung. Frauen wollen neue Formen der Partizipation, der Öffentlichkeit und der Entscheidungsfindung in der Politik durchsetzen. Sie wollen die Häufung von Macht in den Händen einzelner aufheben, in dem sicheren Gespür dafür, daß 'politische Macht etwas ist, was kein einzelner Mensch, der seine Grenzen kennt, tragen kann' (Barbara Sichtermann)".[17]

---

14 Rossanda (1980)

15 Vgl. Preuss (1987), S. 354 ff.

16 Meyer (1987), S. 28

17 Meyer (1987), S. 28

In dem Umfang, in dem Frauen sich selbst in dieser Gesellschaft als ohnmächtig erleben, können sie andere Machtformen entwickeln und den männlichen Strukturen entgegenstellen.

> "Die männliche Sicht von Beziehungen und Wirkungsmöglichkeiten ist vom Bild einer Pyramide oder einer Rangfolge geprägt: Macht befindet sich an der Spitze und wirkt von oben nach unten. Zur Sicherung von Macht ist auf den Abstand zum möglichen Konkurrenten zu achten ... Damit einer gewinnt, müssen andere verlieren. Wer etwas erreichen will, muß daher ständig in Konkurrenz stehen. Die weibliche Sicht geht von einem Geflecht von Beziehungen aus, das wie ein Netz strukturiert ist. Ein Netz kann mehrere Mittelpunkte oder Zentren haben, deren Wirkungsmöglichkeiten sich gerade daraus ergeben, daß sie nicht abgetrennt und am Rande, sondern nach allen Richtungen hin eingebunden sind. Das Geben und Nehmen in persönlichen Beziehungen stärkt diese Einbindung. Distanz schwächt sie ... Die Stärkung der weiblichen Stimme in der Politik könnte zu einer Aufwertung des Modells vom Netz gegenüber dem Modell der Hierarchie beitragen."[18]

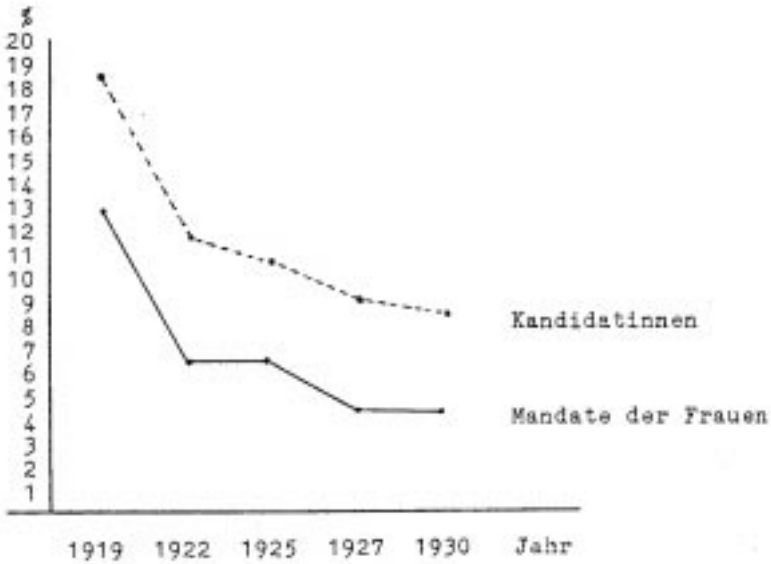
Somit werden Frauen Politik verändern; nicht weil sie die besseren Menschen sind, sondern allein aufgrund der Tatsache, daß ihre Lebenswirklichkeit, ihre Lebenszusammenhänge andere sind als die der Männer. Es liegt an den Frauen selber, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihnen helfen, in diesem patriarchal geprägten politischen System nicht nur zu überleben, sondern aktiv an seiner Veränderung zu arbeiten.

So mögen denn die Quoten einerseits, Autonomie, Unberechenbarkeit und Phantasie andererseits die Frauen zu einer wirklich machtvollen Teilhabe an der Politik führen.

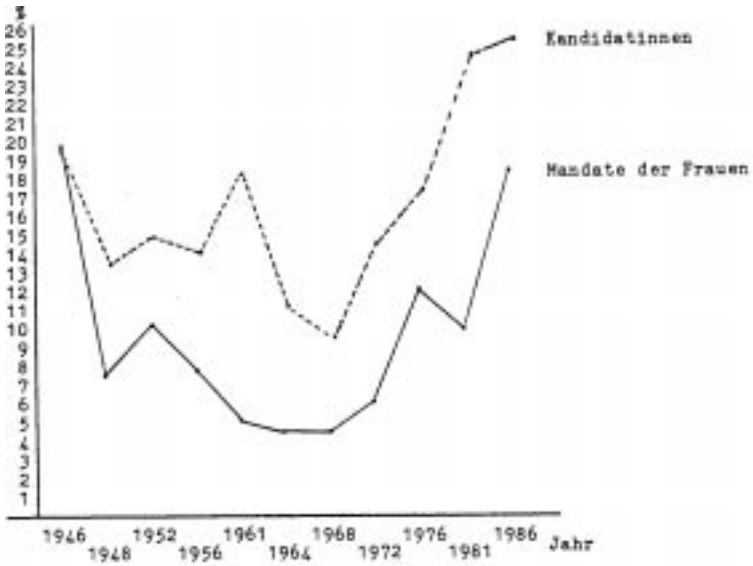
---

18 Hagemann-White (1987), S. 35 f.

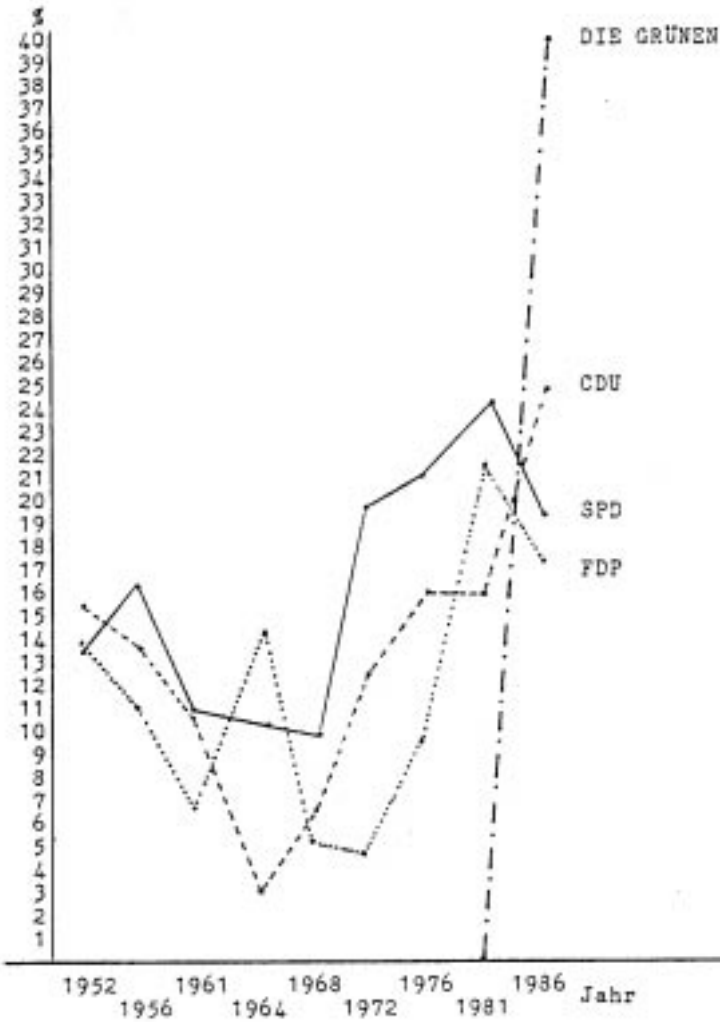
Grafik 1: Verhältnis zwischen Kandidatinnen und weiblichen Mandaten im Gesamtstadtrat Oldenburg von 1919 bis 1927



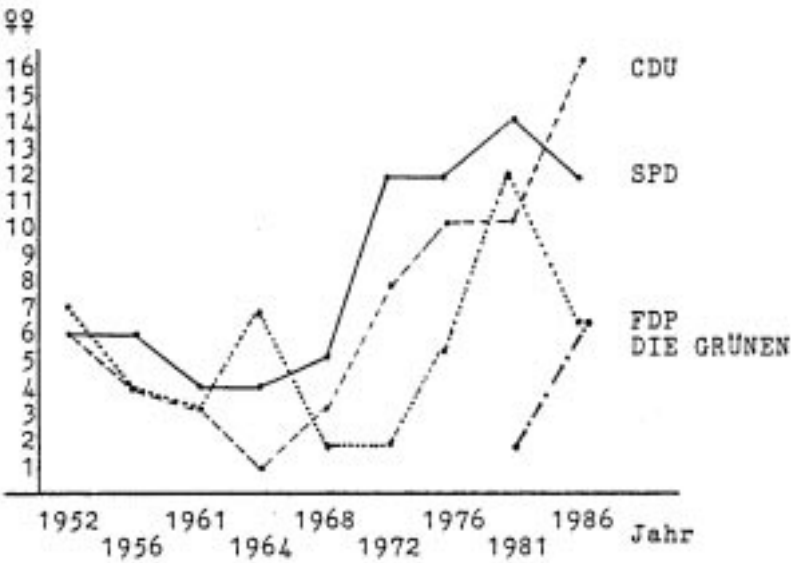
Grafik 2: Verhältnis zwischen Kandidatinnen und weiblichen Mandaten bei den Oldenburger Stadtkreiswahlen 1946 bis 1948 sowie bei den Stadtratswahlen von 1952 bis 1981



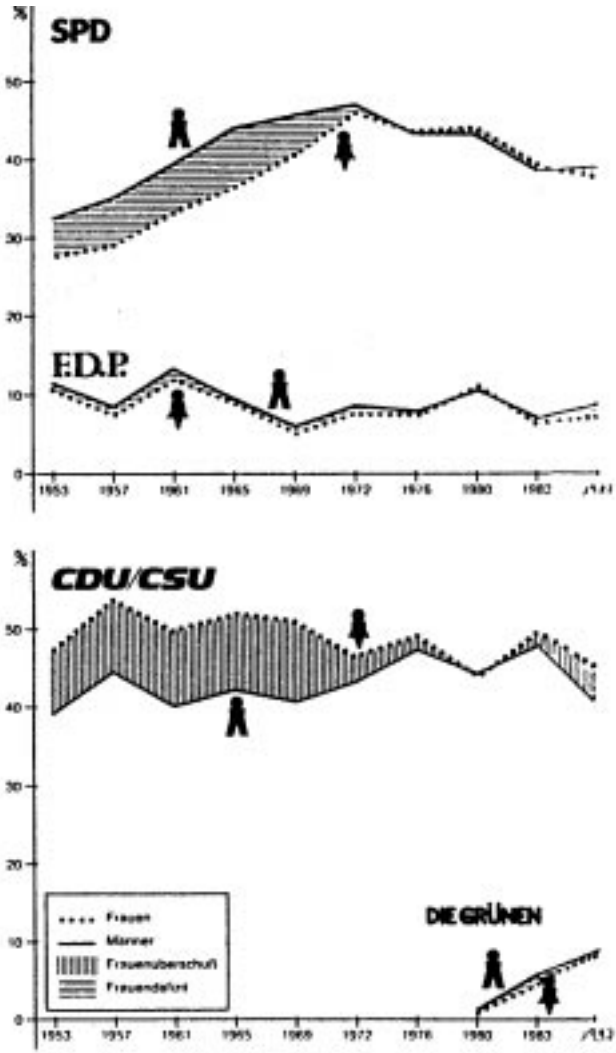
Grafik 3: Entwicklung bei den Kandidaturen der Frauen, differenziert nach Parteien (relativ)



Grafik 4: Entwicklung bei den Kandidaturen der Frauen, differenziert nach Parteien (absolut)



Grafik 5: Frauenbilanzen der Parteien - Bundestagswahlen 1953 bis 1987 (jeweils in Prozent)



Literaturverzeichnis

Alternative Kommunalpolitik, Heft 4 (1984)

Amtliche Mitteilungen, Jahrgänge 1956 - 1981; Niedersächsisches Staatsarchiv, Best.-Nr. Z 2/1

Arens, Roman: Die Dampfwalze holt die Kuh nicht vom Eis. In: Frankfurter Rundschau vom 23. September 1985

Ariadne: Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung. Sonderheft: Frauenstimmrecht, Heft 12 (1988)

Asendorf, Dirk: Alle Quoten übererfüllt. In: Die Tageszeitung[1] vom 29. April 1989.

Baader, Ottilie: Ein steiniger Weg: Lebenserinnerungen einer Sozialistin. Bonn 1979.

Baar, Lothar/Wilberg, Walter: Die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise, die bürgerliche und die industrielle Revolution und die Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz. In: Wirtschaftswissenschaft 10 (1977). Berlin (DDR) 1977.

Bäumer, Gertrud: Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart. Stuttgart 1914.

Bäumer, Gertrud: Die seelische Krisis. Berlin 1926.

Bäumer, Gertrud: Lebensweg durch die Zeitwende. Tübingen 1933.

Bäumer, Gertrud: Gestalt und Wandel - Frauenbildnisse -. Berlin 1939.

Bäumer, Gertrud: Die Frauengestalt in der Frühe. Berlin 1940.

Bahrdt, Hans-Paul: Wandlungen in der Familie. In: Claessens, Dieter/Milhoffer, Petra (Hg.): Familiensoziologie. Ein Reader zur Einführung. Frankfurt/M. 1973, S. 110 ff.

Ballhausen, Anne u.a.: Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis. Weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Bielefeld 1986.

Bammé, Arno/Holling, Eggert/Lempert, Wolfgang: Berufliche Sozialisation. München 1983.

---

1 Im folgenden TAZ

Barz, Monika/Maier-Störmer, Susanne: Schlagen und geschlagen werden. In: Brehmer, Ilse (Hg.): Sexismus in der Schule. Weinheim/Basel 1982, S. 279-287.

Bauer, Wilfried: Die Tyrannei des Mittelmaßes - oder: Haben Männer Angst vor den Frauen? Vortrag, gehalten am 07. Mai 1989 auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema 'Frauen und Macht' in Gummersbach-Niederseßmar (Skript).

Beauvoir, Simone de: Das andere Geschlecht. Hamburg 1951.

Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus. Berlin 1946.

Beck-Gernsheim, Elisabeth: Das halbierte Leben. Frankfurt/M. 1980.

Beck-Oberdorf, Marieluise: Quotierung - das Grüne vom Ei? In: Jansen, Mechthild (Hg.): Halbe-Halbe: Der Streit um die Quotierung. Berlin 1986, S. 72-77.

Becker-Schmidt, Regina u.a.: Eines ist zu wenig - beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik. Berlin 1984.

Beckmann, Emmy (Hg.): Gertrud Bäumer: Des Lebens wie der Liebe Band - Briefe. Tübingen 1985.

Beck'sche Texte: Das Grundgesetz. Nördlingen 1980.

Belotti, Elena Gianini: Was geschieht mit kleinen Mädchen? München 1981.

Benard, Cheryl/Schlaffer, Edit: Liebesgeschichten aus dem Patriarchat: Von der übermäßigen Bereitschaft der Frauen, sich mit dem Vorhandenen zu arrangieren. Reinbek 1981.

Bernardoni, Claudia (Hg.): Der vergeudete Reichtum - Über die Partizipation von Frauen im öffentlichen Leben. Bonn 1987.

Beyer, Johanna u.a. (Hg.): Frauenhandlexikon: Stichworte zur Selbstbestimmung. München 1983.

Bissinger, Manfred: Don Geissler und die Frauen - Kommentar. In: natur, Heft 8 (1985).

Bock-Rosenthal, Erika/Haase, Christa/Streeck, Sylvia: Wenn Frauen Karriere machen. Frankfurt/M. 1978.

Bode, Elfriede: Lebensperspektiven junger Frauen. In: WSI-Mitteilungen (Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes), Heft 1 (1984), S. 54-60.

Borries, Bodo von: Weibliche Geschlechtslosigkeit. 'Angeboren' oder 'erlernt'? In: Brehmer, Ilse (Hg.): Sexismus in der Schule. Weinheim/Basel 1982, S. 119-128.

Brand, Karl-Werner u.a.: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. 1986.

Brandt, Willy (Hg.): Frauen heute: Eine Bestandsaufnahme. Hamburg 1981.

Braun, Lily: Die Frauen und die Politik. Die Frauen und der Krieg. Die Emanzipation der Kinder. Düsseldorf 1981.

Brehmer, Ilse (Hg.): Sexismus in der Schule: Der heimliche Lehrplan der Frauendiskriminierung. Weinheim/Basel 1982.

Breuer, Lore: Frauenhandbuch. Koblenz 1975.

Brockmann, Anna Dorothea: Vorsicht: Macht. In: Grüne Illustrierte Niedersachsen, Heft 7 (1985).

Buhmann, Inga: Frankfurt, der SDS und vieles, was weh tut. In: Seibold, Carsten: Die 68er - Das Fest der Rebellion. München 1988, S. 310-314.

Bunte: Nachts, wenn die Generalsekretärin weint. Oktober 1988.

Chesler, Phyllis: Frauen - das verrückte Geschlecht. Reinbek 1981.

Christlich-Soziale Union (CDU): Bericht der Bundesgeschäftsstelle zum 36. Bundesparteitag 1988, Wiesbaden. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs.

Clemens, Bärbel u.a. (Hg.): Töchter der Alma Mater - Frauen in der Berufs- und Hochschulforschung. Frankfurt/M. 1986.

Clever, Markus: Abdankung einer Generalin. In: Nordwest Zeitung vom 18. Januar 1984.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1980 - 1987. Bearbeitet von Peter Schindler. Baden-Baden 1988.

Debus, Barbara: Frauen-Behörde überholt grüne Fraktion. In: TAZ vom 22. Juli 1988

Debus, Barbara: Dr. Peter Klink bald 'Quotierungsopfer'? In: TAZ vom 01. April 1989.

Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Materialien zur Frauenpolitik 1 (1989): Motive junger Nichtwählerinnen.

Der Oldenburger Hauskalender: Hausfreund 1901-1925. Nds. Staatsarchiv Oldenburg, Best.-Nr. Z 12/1.

Der Spiegel: Heft 15 (09. April 1984): Spitze entmannt; Heft 37 (09. September 1985): Mal was Neues. Hamburg.

Der Städtetag 7 (1988).

Dertinger, Antje: Die bessere Hälfte kämpft um ihr Recht. Köln 1980.

Deutscher Bundestag - Presse- und Informationszentrum -: Frau und Gesellschaft: Zwischenbericht der Enquete-Kommission Deutscher Bundestag. In: Zur Sache, Heft 1 (1977).

Deutscher Bundestag - Hauptabteilung wissenschaftliche Dienste -: Materialien 82; Parlamentarierinnen in deutschen Parlamenten 1919 bis 1983. Bonn 1983.

Deutscher Bundestag - 10. Wahlperiode -: Stellungnahme der Bundesregierung: Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland. Sechster Jugendbericht. Bonn 1984.

Die Grünen: Wer wir sind - was wir wollen. Informationsheft der Grünen in Bonn. Stand: Januar 1983.

Die Grünen: Antrag der Fraktion zum Antidiskriminierungsgesetz vom 07. März 1986.

Die Grünen: Satzung des Bundesverbandes. Stand: Mai 1988.

Die Grünen (Hg.) (Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen der Grünen, Bundesvorstand; Arbeitskreis Frauenpolitik der Bundestagsfraktion): Antidiskriminierungsgesetz. Warum - Wozu - Für wen? Nr. 1 und Nr. 2. Bonn, o.J.

Die Tageszeitung (TAZ): Ausgaben vom 21. Juni 1988: Männer-Aussperrungs-Gesetz (BD); 13. Dezember 1988: Leserbriefe; 16. Januar 1989: 40 Jahre CDU-Frauenunion; 31. Januar 1989: Bremer SPD jetzt mit Chefin (Ase); 25. April 1989: Leserbriefe.

Dölle, Gilla: Frauenlisten: Listen der Macht? In: Ariadne, Heft 12 (1988), S. 32-34.

Doormann, Lottemi: Wartet nicht auf bess're Zeiten. Frauenpolitik aus Bonn und Alternativen der Frauenbewegung. Köln 1980.

Dowling, Colette: Der Cinderella-Komplex: Die heimliche Angst der Frauen vor der Unabhängigkeit. Frankfurt/M. 1982

Drewitz, Ingeborg: Nichts als Propaganda-Reden. In: Erziehung und Wissenschaft, Heft 3 (1985).

Edding, Cornelia: Einbruch in den Herrenclub. Hamburg 1983.

Emma; Zeitschrift für Frauen. Heft 7 (1977).

Exner, Michael: Nur hier und da ein Platz für Frauen. In: Nordwest Zeitung vom 09. Mai 1985.

Exner, Michael: Probleme mit den Frauenquoten. In: Nordwest Zeitung vom 26. März 1988, 1.

Exner, Michael: Wie man so quotiert ... In: Nordwest Zeitung vom 30. Juli 1988, 2.

Exner, Michael: In der Union hat das Rechnen eingesetzt - und Frauen stehen hoch im Kurs. In: Nordwest Zeitung vom 04. Januar 1989, 1.

Exner, Michael: SPD: Für die Frauenquote werden Männerköpfe rollen. In: Nordwest Zeitung vom 30. März 1989, 2

Exner, Michael: Kein Grund zur Schadenfreude. In: Nordwest Zeitung vom 08. April 1989.

Fehrle, Brigitte: Durchmarsch für Rot-Grün in Berlin. In: TAZ vom 18. März 1989.

Feist, Ursula: Die Amazonen sind noch fern. Das Wahlrecht der Frauen. Enttäuschungen und Chancen. In: Feministische Studien, Heft 1 (1986), S. 91-106.

Feuersenger, Marianne: Die garantierte Gleichberechtigung. Ein umstrittener Sieg der Frauen. Freiburg 1980.

Feyl, Renate: "Sein ist das Weib, Denken der Mann". Ansichten und Äußerungen für und wider den Intellekt der Frauen von Luther bis Weininger. Gesammelt von R. Feyl. Berlin (DDR) 1984.

Filter, Cornelia: Frauenwahlrecht. In: Emma, Heft 11 (1988, S. 18-24.

Fischer, Gabriele: Und ewig lockt das Kind. In: Manager-Magazin, Heft 7 (1985), S. 122-129 und S. 172-173.

Fleßner, Heike/Knake-Werner, Heidi: Veränderte Lebensräume und Wertvorstellungen von Frauen. In: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hg.): Wir wollen alles! Beruf - Familie - Politik. Frankfurt/M. 1983, S. 75-91.

Frankfurter Rundschau: Ausgaben vom 26./27. Februar 1985: Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau - Dokumentation. Leitantrag zum 33. Bundeskongreß der CDU; 07. Mai 1985: Zur Person: Anke Martiny; 20. Mai 1985: Frauen dürfen Brände löschen (dpa); 08. Oktober 1985: Aufgespießt; 10. Dezember 1985: Dem Flugzeug ist es egal, wer es steuert (ap).

Franz, Günther (Hg.): Staatsverfassungen. München 1964.

Frasch, Heidi/Wagner, Angelika C.: "Auf die Jungen achtet man einfach mehr ...". In: Brehmer, Ilse (Hg.): Sexismus in der Schule. Weinheim/Basel 1982, S. 260-278.

Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert. Materialiensammlung zu der Abteilung 20. Jahrhundert im historischen Museum Frankfurt a.M., Band 1 (bearbeitet von Friedrun Bastkowski). Frankfurt/M. 1980.

Frauenalltag und Frauenbewegung 1890 - 1980. Katalog. Historisches Museum Frankfurt a.M. Basel/Frankfurt a.M. 1981.

Friedrich-Naumann-Stiftung (Arbeitskreis Gleichberechtigung): Cornelius Fett-Jakobi (F.D.P.). Nachts, wenn der Generalsekretär weint. Ohne Ort und ohne Jahr.

Fülles, Mechthild: Frauen in Partei und Parlament. Köln 1969.

Galcsynski, Ronny: Aus Frau Ratsherr wird Frau Ratsherrin. In: Alternative Kommunalpolitik, Heft 2 (1989), S. 27 f.

Garaudy, Roger: Der letzte Ausweg. Feminisierung der Gesellschaft. Olten 1982.

Gerhard, Ute: Verhältnisse und Verhinderungen: Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1981.

Göhler, Adrienne: Es feministelt allüberall ... In: TAZ vom 01. Oktober 1988.

Grabrucker, Marianne: Typisch Mädchen ... Prägungen in den ersten drei Lebensjahren. Ein Tagebuch. Frankfurt/M. 1985.

Groot, Lidwi de/Veld, Elske ter: Mut zur Strategie. Wie Frauen in der Öffentlichkeit zielbewußter handeln können. München 1985.

grüner-basis-dienst: Heft 10, Oktober 1985: Grüne Frauen machen Politik.

Grüne Illustrierte Niedersachsen, Heft 7 (1985).

Günther, Wolfgang: Die Revolution von 1918/1919 in Oldenburg. Oldenburg 1979.

Hagemann-White, Carol: Sozialisation: weiblich - männlich? Opladen 1984.

Hagemann-White, Carol: Hat die neue Frauenbewegung die politischen Partizipationsformen und die Wirkungsmöglichkeiten von Frauen verändert? In: Frauenforschung, Heft 4 (1986), S. 38-50.

Hagemann-White, Carol: Können Frauen Politik verändern? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 9/10 (1987), S. 29-37.

Heck, Rita/Kleinhorst, Annette (Hg.): Frauen - Alltag - Politik. Eine Zwischenbilanz. München 1986.

Heinz, W. u.a.: Berufsfindung und Arbeitsmarkt. Entwicklung von Berufsvorstellungen und Berufsentscheidungen im Prozeß der Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Zwischenberichte 1 bis 4 an das BMBW und die Universität Bremen 1979, 1980, 1981 und 1982.

Hellmann, Ulrike/Volkholz, Volker: Mädchen in Männerberufen. Eine empirische Streitschrift. Hamburg 1985.

Henkel, Peter: Wenn "Frau" in Männerdomänen einbricht. In: Frankfurter Rundschau vom 22. April 1985.

Hervé, Florence: Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen. In: dieselbe (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln 1982.

Hervé, Florence (Hg.): Brot und Rosen: Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung. Frankfurt/M. 1989.

Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln 1987.3

Hessische Landesregierung: Quotierung - Reizwort oder Lösung. Gießen 1985.

Heymann, Lida Gustava (in Zusammenarbeit mit Anita Augspurg): Erlebtes - Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden. Meisenheim a.Gl. 1972.

Hippel, Theodor Gottlieb von: Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber. Berlin 1828. Neuauflage Frankfurt/M. 1977.

Hoecker, Beate: Frauen in Bremer Parteien. Bremen 1985.

Hoecker, Beate: Frauen in der Politik: Eine soziologische Studie. Opaden 1987.

Hoecker, Beate: Politik: Noch immer kein Beruf für Frauen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 9/10 (1987, 1), S. 3-14.

Hofmann-Göttig, Joachim: Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Bonn 1986.

Horsch, Evelyn: Es gibt auch Brüder - nicht nur Schwestern. In: Frankfurter Rundschau vom 27. April 1985.

Horstkemper, Marianne: Schule, Geschlecht und Selbstvertrauen. Eine Längsschnittstudie über Mädchensozialisation in der Schule. Weinheim/München 1987.

Huffmann, Ursula u.a. (Hg.): Frauen in Wissenschaft und Politik. Düsseldorf 1987.

Institut Frau und Gesellschaft: Frauenforschung, Heft 4 (1986).

Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbacher Berichte 2 (1985).

Jansen, Mechthild (Hg.): Halbe-Halbe. Der Streit um die Quotierung. Berlin 1986.

Jansen, Mechthild (Hg.): Frauen-Widerspruch: Alltag und Politik. Köln 1987.

Janssen-Jurreit, Marielouise: Sexismus: Über die Abtreibung der Frauenfrage. München/ Wien 1986.

Janssen-Jurreit, Marielouise: Frauenprogamm: Gegen Diskriminierung. Reinbek 1979.

Jochimsen, Luc: Sozialismus als Männersache oder Kennen Sie "Bebels Frau"? Reinbek 1978.

Jokisch, Rodrigo: Macht - Frauen - Individualität. In: Schaeffer-Hegel, Barbara(Hg.): Frauen und Macht. Bonn 1984.

Kelly, Petra: Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft. Bornheim/ Merten 1983.

Kintzinger, Axel: Eine Frau an Hamburgs SPD-Spitze. In: TAZ vom 16. Februar 1989.

Kintzinger, Axel: Das Protokoll schreibt "innen" jetzt kursiv. In: TAZ vom 16. Februar 1989.

Kischke, Martina I.: Fehlende Karriereplanung. Frauen und beruflicher Aufstieg. In: Frankfurter Rundschau vom 08. März 1986.

König, Johann-Günther: Die streitbaren Bremerinnen (6 Portraits zur Emanzipation der Frau). Bremen 1981.

Krell, Gertraude: Das Bild der Frau in der Arbeitswissenschaft. Frankfurt/New York 1984.

Krell, Gertraude/Tammling, Berga: Arbeitsschutz als Alibi für die Doppelbelastung der Frau - gleicher Arbeitsschutz für beide Geschlechter! In: Janssen-Jurreit, Marielouise (Hg.): Frauenprogramm gegen Diskriminierung. Reinbek 1979, S. 101-111.

Krieger, Verena: Der Staat ist kein Fahrrad. In: grüner-basis-dienst, Heft 10 (1985), S. 54-56.

Krüger, Dorothea: Lebensperspektiven von älteren Frauen ab 45 Jahren. Oldenburg 1980.

Krüger, Helga: Berufsfindung und weibliche Normalbiographie. In: Mayer, Christine u.a. (Hg.): Mädchen und Frauen. Beruf und Biographie. München 1984, S. 21-32.

Langemann, Prof. Dr.: Denkschrift des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation. Teil I: Warum müssen Kirche, Gemeinde und Staat das Frauenstimmrecht grundsätzlich ablehnen? Oldenburgisches Staatsarchiv, Bestandsnummer 136, Nr. 1397.

Lepsius, Renate: Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen. Hamburg 1987.

Lölhöffel, Helmut: Die SPD-Frauen drohen ihrer Partei jetzt mit Verweigerung. In: Frankfurter Rundschau vom 26. September 1985.

Lübbing, Hermann: Oldenburgische Landesgeschichte. Oldenburg 1953.

Lüneborg, Margret/Metz-Göckel, Sigrid: Dramatischer Rückgang bei Gymnasialdirektorinnen. In: Zweiwochendienst, Heft 27 (1988), S. 22 f.

Lukoschat, Helga: Die Lust zu denken und zu wissen. In: TAZ vom 11. April 1988.

Lukoschat, Helga: Berliner Frauen - Ratschlag ohne Power. In: TAZ vom 16. Februar 1989.

May, Hannelore: Berliner Weiberrat - ein fast unmögliches Projekt. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 19 (1987), S. 100 ff.

Menschik, Jutta: Französische Revolution 1789 und bürgerliche Revolution von 1848 - ihr Einfluß auf die Frauenbewegung. In: Hervé, Florence: Brot und Rosen. Frankfurt a.M. 1979, S. 45-50.

Menschik, Jutta: Die bürgerliche Frauenbewegung. In: ebenda, S. 53-56.

Meyenberg, Rüdiger: SPD in der Provinz. Frankfurt/M. 1978.

Meyer, Birgit: Frauen an die Macht? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 9/10 (1987), S. 15-28.

Meyer-Ulrich, Gaby: Kommunale Gleichstellungsstellen. Düsseldorf 1988.

Michalik, Regina: Gibt es eine gemeinsame Strategie der Frauen in den Grünen? In: grüner-basis-dienst, Heft 10 (1985).

Michalik, Regina: Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die feministischste Partei im Land? Bonn 1987.

Michels, Claudia: Das Frauenthema am Kochen halten. In: Frankfurter Rundschau vom 14. August 1985.

Micke, W.W.: Handlexikon zur Politikwissenschaft. München 1983.

Mitchell, Juliet: Frauenbewegung - Frauenbefreiung. Münster 1978.

Mitscherlich, Margarete: Die friedfertige Frau. Frankfurt/M. 1985.

Mitteilungsblatt des Landesfrauenrates Hamburg, Heft 2 (1989).

Mommsen, Ursula: Wenn Frauen das Geld verdienen und Männer Windeln wechseln. In: Nordwest Zeitung vom 12. September 1988.

Müller, Walter u.a.: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880 - 1980. Frankfurt/New York 1983.

Münder, Johannes/Slupik, Vera/Schmitt-Bott, Regula: Rechtliche und politische Diskriminierung von Mädchen und Frauen. Opladen 1984.

Nachrichten aus Stadt und Land vom 28. Oktober 1930.

Nave-Herz, Rosemarie: Das Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft: der Anachronismus in den Rollenerwartungen. Neuwied/Berlin 1975.

Neef-Uthoff, Maria: Nicht siegen, dabei sein ist wichtig. In: TAZ vom 12. Januar 1987.

Neef-Uthoff, Maria: Macht ist ein Mittel zum Zweck. In: TAZ vom 26. Oktober 1988.

Nickels, Christa: Feminismus. Weiblichkeit an die Macht. In: grüner-basis-dienst, Heft 10 (1985), S. 46-48.

Niedersächsisches Staatsarchiv (STA) Oldenburg: Best. 131: Nr. 90, 1149, 1159; Best. 136: Nr. 818-824, 832, 1197, 1149, 1150; Best. 262-1, Nr. 3-24, 3-26, 3-29, 1041-1049.

Nordwest Zeitung: Ausgaben Oktober 1960, Oktober 1964, Oktober 1972, September/Ok-tober 1976, August bis Oktober 1981 sowie 07. Mai 1985: Ein Signal (dpa); 03. Juni 1985: Eine der drei ersten Plätze an eine Frau vergeben (low); 28. September 1985: Kommentar Seite Frau und Familie (Angelika); "Franz Matysiak: Wir müssen wieder an die Macht"; 05. Oktober 1985: SPD-Frauen sind kampfbereit (lni); 24. Dezember 1985: SPD-Team für Wahlkampf (lni); 22. Septembr 1987: 600.000 Frauen sind vom Alkohol abhängig (ap); 16. Oktober 1987: Frauen unter sich (lni); 10. Oktober 1987: Die Armut ist weiblich (dpa); 13. Januar 1989; CDU soll mehr Frauen in Spitzenämter hieven (dpa); 26. Januar 1989: CSU attackiert Frau Lehr (dpa); 13. Februar 1989: Erstmals wieder mehr SPD-Mitglieder (dpa); 14. April 1989: Das neue Bundeskabinett; 19. April 1989: Neue Serie von Banknoten - erstmals mit 200-DM-Scheinen (ap); 21. April 1989: Leere Bänke bei Frauendebatten (lni); 06. Juni 1989: Vechtaer Frau CDU-Kandidatin zur Bundestagswahl (lt); 23. Juni 1989: Berufstätige Frauen weiter benachteiligt (lni); 17. Juli 1989: Theilen: Bonner Strategie-Papier eine "beknackte" Studie (ex); 11. August 1989: In der SPD wächst der Einfluß der Frauen (dpa); 19. September 1989: CDU-Frauen wollen zugreifen (ex).

Oldenburger Anzeiger vom 18. Februar 1919 und vom 12. November 1930.

Pape-Siebert, Sonja: Genug gejammert! Oder verraten die Frauen den Feminismus? Berlin/Bonn 1984.

Pfarr, Heide: Die Abgehobenheit der Einzelkämpferin ist unaufhebbar. In: Frankfurter Rundschau vom 28. Mai 1984; Dokumentation.

Pfarr, Heide: Verständnis der männlichen Parteimitglieder reicht nicht aus. In: Frankfurter Rundschau vom 29. November 1984.

Pinl, Claudia: Das Ende des "Heiligen Grals". In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 24 (1989): Der Kaiserin Neue Kleider.

Plog, Carsten: Freizeit-Paschas machen Frauen nach der Arbeit Streß. In: Frankfurter Rundschau vom 24. Januar 1989.

Pollmann, Dorlis/Laudowicz, Edith (Hg.): Weil ich das Leben liebe ... Aus dem Leben engagierter Frauen. Köln 1981.

Popp, Adelheid: Jugend einer Arbeiterin. Bonn 1983.

Potthast, Gaby: Frauen wählen Frauen. (Bundestagswahl 1987.) In: Grüne-Illustrierte, Heft 10 (1986), S. 24 f.

Preuss, Eva: Die Frau als Managerin. Vorurteile, Fakten, Erfahrungen. Stuttgart 1987.

Puhvogel, Birgit: Nachgefragt: Das Interview zum Tag mit Erika Hanke. In: Nordwest Zeitung vom 16. März 1989.

Randzio-Plath, Christa: Laß uns endlich mitregieren. Wege von Frauen in die Politik. Freiburg 1980.

Randzio-Plath, Christa: Frauenmacht - Ausweg aus der Krise. Köln 1987.

Rath, Eva: Küche und Parlament. Ein leidenschaftliches Manifest für eine Frauenpartei. Kronshagen 1982.

Rendtorff, Barbara/Jung, Dörthe: Keine Rede von einer "frauenfreundlichen Wende". In: Frankfurter Rundschau vom 21. September 1985.

report 6 (1987), Nr. 313 (Zeitung der SPD in Wardenburg)

Rheude, Rainer: Noch in der Schwebe. In: Nordwest Zeitung vom 28. September 1985.

Richardsen, Elke A./Michalik, Regina (Hg.): Die quotierte Hälfte. Frauenpolitik in den grün-alternativen Parteien. Berlin 1985.

Roitzsch, Jutta: Streicheleinheiten in gepflegtem Stil. In: Frankfurter Rundschau vom 23. März 1985.

Rossanda, Rossana: Einmischungen. Gespräche mit Frauen. Frankfurt/M. 1980.

Rowbotham, Sheila: Im Dunkel der Geschichte. Frauenleben in England vom 17. bis 20. Jahrhundert. Frankfurt/New York 1980.

Rudzio, Wolfgang: Die organisierte Demokratie. Parteien und Verbände in der Bundesrepublik. Stuttgart 1977.

Schaap, Klaus: Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933. Düsseldorf 1978.

Schaap, Klaus: Oldenburgs Weg ins 3. Reich. Oldenburg 1983.

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.): Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats. Berlin 1984.

Schenk, Herrad: Die feministische Herausforderung: 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. München 1980.

Scheu, Ursula: Wir werden nicht als Mädchen geboren - wir werden dazu gemacht. Frankfurt/M. 1981.

Scheub, Ute: Frauenliste - eine "andere Politik"? In: TAZ vom 06. März 1987.

Schild-Kreuziger, Kornelia: Die Organisierbarkeit der Frauen. Stuttgart 1980.

Schlötzer, Christian: Frauen in der Politik noch immer im Nachteil. In: Nordwest Zeitung vom 03. August 1985.

Schmalz-Jacobsen, Cornelia: Klimawechsel: Berichte aus dem politischen Parterre. Reinbek 1981.

Schmidt, Renate: Forderungen an den Geliebten. In: TAZ vom 20. Oktober 1988.
Schmidtchen, Gerhard: Die Situation der Frau. Berlin 1984.
Schreiber, Marion: Glamour ist nicht zu holen. In: Der Spiegel, Heft 12 (1985).
Schreiber, Marion/Leinemann, Jürgen: Wir wollen unsere Hälfte von der Welt. In: Der Spiegel, Heft 13 (1985).
Schrenter-Schwarzenfeld, Horst: Über den Fall Lambsdorff fällt in der Partei kein Wort. In: Frankfurter Rundschau vom 26. Januar 1984.
Schröder, Hannelore/Sauter, Theresia: Zur politischen Theorie des Feminismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 48. Bonn 1977.
Schulz, Dagmar: Ein Mädchen ist fast so gut wie ein Junge. Band 1. Berlin 1980.
Schultz, Hans-Jürgen (Hg.): Frauen - Porträts aus zwei Jahrhunderten. Stuttgart 1982.
Schwan, Marianne: Von den lila Pünktchen in der Grünen Partei. In: Alternative Kommunalpolitik, Heft 3 (1989).
Schwarzer, Alice: 10 Jahre Frauenbewegung - So fing es an! Köln 1981.
Seibold, Carsten(Hg.): Die 68er. Das Fest der Rebellion. München 1988.
Sie - Er - Es. Sexismus in Bonn. Eine Fernsehsendung des Norddeutschen Rundfunks vom 16. April 1985.
Sieber, Ursel: "... nicht nur dumm rebellieren". Quelle unbekannt.
Sieber, Ursel: Abschied vom Mythos Frauensolidarität. In: TAZ vom 09. April 1987.
Sieber, Ursel: Alte Tante SPD soll Frauenpartei werden. In: TAZ vom 29. August 1988, 1.
Sieber, Ursel: Da waren die Genossen fassungslos. In: TAZ vom 30. August 1988, 2.
Sieber, Ursel: SPD mit einem Hauch Feminismus. In: TAZ vom 20. März 1989.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1910 bis 1913. Ohne Ort und ohne Jahr.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1917. Berlin 1917.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei 1919. Berlin 1919.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Berlin 1925.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Grundsatzprogramm. Bonn/Bad Godesberg 1959.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Bezirk Weser-Ems: Geschäftsbericht 1981/82 vom Bezirksparteitag 1983. Ohne Ort.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 - 1985. Bonn 1985.

Stadt Oldenburg (Der Oberstadtdirektor) (Hg.): Weibergeschichten. Frauenalltag in Oldenburg 1800 - 1918. Ausstellungskatalog, zusammengestellt von Gabriele Beckmann u.a. Oldenburg 1988.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistisches Jahrbuch 1988 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 1988.

Stephan, Cora: Weiterhin unbeständig und kühl - Hausfrauisierung der Politik? Manuskript für die Zeitschrift "Neue Kritik", September 1984.

Stephan, Cora: Ein Loblied auf die freie Frau. In: TAZ vom 26. Juni 1988.

Stolle, Uta: Die widerlich nützliche Quote. In: TAZ vom 30. November 1988.

Strack, Gerda: Wir müssen die Frauen für uns gewinnen. In: Frankfurter Rundschau vom 28. September 1985.

Süddeutsche Zeitung: Rückzug ins Private (17.01.1984). In: Nordwest Zeitung vom 18. Januar 1984: FDP.

Thönessen, Werner: Frauenemanzipation. Frankfurt/M. 1969.

Traxler, Inge: Spaß an der Macht und Angst vor der Isolation. In: Erziehung und Wissenschaft, Heft 7/7 (1989), S. 12-14.

Treckentrup, Gaby/Göhler, Adrienne: Die Frechen Frauen. In: Richardsen, Elke A./ Michalik, Regina (Hg.): Die quotierte Hälfte. Berlin 1985, S. 118-131.

Trömel-Plötz, Senta: Frauensprache: Sprache der Veränderung. Frankfurt/M. 1982.

Trömel-Plötz, Senta (Hg.): Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen. Frankfurt/M. 1984.

Trömel-Plötz, Senta: Männerbonus ist durch Kompetenz und Leistung nicht wettzumachen. In: Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 1985: Dokumentation.

Vahlenkamp, Werner: Ein Leben für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit: Elisabeth und Friedrich Frerichs zum 100. Geburtstag. Hg. von der Arbeiterwohlfahrt Weser-Ems e.V. Ohne Ort, 1983.

Veith, Monika: Frauenkarriere im Management. Einstiegsbarrieren und Diskriminierungsmechanismen. Frankfurt/M. 1988.

Vollmer, Antje: ... und wehret euch täglich! Bonn - ein Grünes Tagebuch. Gütersloh 1984.

Vorwärts, Ausgabe 24 vom 13. Juni 1986.

Voss, Reinhard: "Abgründe" sehen die SPD-Frauen in Johannes Raus Regierung. In: Frankfurter Rundschau vom 29. Januar 1985.

Waidhofer, Brigitte: Von Männern verlacht und grob beschimpft. In: Nordwest Zeitung vom 22. April 1985.

Weber, Marianne: Frauenfragen und Frauengedanken. Tübingen 1919.

Weber, Marianne: Die Idee der Ehe und der Ehescheidung. Frankfurt/M. 1929.

Weber, Marianne: Die Frauen und die Liebe. Leipzig 1935. Lebenserinnerungen. Bremen 1948.

Weber, Marianne: Max Weber: Ein Lebensbild. Heidelberg 1950.

Weber-Kellermann, Ingeborg: Frauenleben im 19. Jahrhundert. München 1983.

Wedler, Uwe: Nur vier Frauen in der Fraktion. Hoffnung auf einen Frauenförderplan. In: Nordwest Zeitung vom 17. März 1987.

Wedler, Uwe: Wir hier zu Hause bestimmen, wer was wird! In: Nordwest Zeitung vom 08. Februar 1988.

Weingarten, Susanne: Kein Wahlsieg ohne Frauen. In: TAZ vom 10. Oktober 1987.

Wickert, Christel: Zwischen Familie und Parlament. Sozialdemokratische Frauenarbeit in Südniedersachsen 1919-1950. Kassel 1983.

Wiedemann, Charlotte: Realpolitik schließt Feminismus aus. Interview mit Regina Michalik. In: TAZ vom 13. Februar 1989, 1.

Wiedemann, Charlotte: SPD im Grundsatz nach allen Seiten hin offen. In: TAZ vom 17. März 1989, 2.

Willms-Herget, Angelika: Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt/New York 1985.

Windolf, Paul: Berufliche Sozialisation. Stuttgart 1981.

Wolf, Hans: Mittelstand wählt Vorstand: "Damenopfer" für Frau Breuel? In: Nordwest Zeitung vom 26. April 1985.

Wolters, Margarete/Sutor, Clara (Hg.): Marie Olympe de Gouges. Politische Schriften in Auswahl (Hamburger historische Studien, Band 8). Hamburg 1979.

Woodtli, Susanna: Gleichberechtigung. Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz. Frauenfeld 1983.

Wülfing, Gisela: Bringt das Begehren zum Sprechen. In: TAZ vom 21. Januar 1989.

Wurms, Renate: Kein einig Volk von Schwestern. In: Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Köln 1982.

Zetkin, Clara: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Frankfurt/M. 1979.

Zweiwochendienst. Frauen und Politik. Nr. 27 (1988), Nr. 30 (1989), 1. Halbjahr 1989.